

Das Argument

57

12. Jahrgang 1970

Revolution und Konterrevolution in Griechenland

Walter Fischer und Eberhard Rondholz: Revolution
und Konterrevolution in Griechenland 1936–1970 95

Marios Nikolinakos: Materialien zur kapitalistischen
Entwicklung in Griechenland (1. Teil) 164

Zur Diskussion gestellt

Autorenkollektiv: Mandels »Marxistische Wirtschafts-
theorie« – ein Lehrbuch der Politischen Ökonomie?
(Veit-Michael Bader, Joachim Bischoff,
Heiner Ganssmann, Werner Goldschmidt,
Burkhard Hoffmann, Lothar Rien) 216

Besprechungen:

Literatur zur Entstehung des griechischen Faschismus;
Neuere Literatur zum deutschen Jakobinismus;
Rosa Luxemburg: Politische Schriften 228

Walter Fischer und Eberhard Rondholz

Revolution und Konterrevolution in Griechenland 1936 - 1970

Einleitung

Seit den zwanziger Jahren herrscht in Griechenland teils latenter, teils offener Bürgerkrieg.

Er hat seine Gründe in der Klassenlage. Fast zwei Drittel der Bevölkerung leben auf dem Land, können aber wegen der Rückständigkeit der Landwirtschaft, vor allem in den ausgedehnten Berggebieten, oft kaum ihren Lebensunterhalt sichern. Das kleine, im wesentlichen auf Athen und Saloniki beschränkte Industrieproletariat existiert bis heute unter Bedingungen, die denen der englischen Arbeiter Mitte des 19. Jahrhunderts vergleichbar sind. Das Großbürgertum, die herrschende Klasse, ist schmal; 200 Familien stellen die wichtigsten Industriellen, Reeder, Offiziere und Beamten.

Das Bürgertum konnte die sozialistische Revolution nur durch die härtesten Mittel verhindern. 1936 gelang es ihm noch ohne ausländische Hilfe, durch eine Militärdiktatur seine Stellung zu sichern. 1942 bis 1949 — während der deutschen Besatzung und in den ersten Nachkriegsjahren — wurde der Bürgerkrieg offen geführt. Ohne das Eingreifen Englands und der USA auf seiten des Bürgertums, die sich Griechenland als militärische Basis gegen die UdSSR und für ihre Ölinteressen in Nahost sichern wollten, hätte die herrschende Klasse verloren. Diese Interventionen waren entscheidend für die Entwicklung des Landes: formal ein souveräner, demokratischer Staat, tatsächlich eine englische, seit 1947 amerikanische Halbkolonie. Das Bürgertum hielt die arbeitenden Klassen durch Militär, Polizei, Konzentrationslager und Wahlfälschungen unter Kontrolle. Es gelang ihm, die Opposition weitgehend zu unterdrücken; es gelang ihm nicht, die Ursachen des latenten Aufstandes zu beseitigen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen sich weiter. Als der Rechten 1967 eine vollständige Niederlage bei den Wahlen bevorstand, machte sie mit amerikanischer Unterstützung erneut vom Mittel des Militärputsches Gebrauch.

ERSTER TEIL: KLASSENLAGEN

1. Großgrundbesitzer und Bürgertum

Während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts beherrschten die griechischen Großgrundbesitzer Wirtschaft und Politik des Lan-

des¹. Noch unter der vierhundertjährigen türkischen Herrschaft über Griechenland² waren sie neben den Okkupanten durch Kollaboration emporgekommen, nach der Vertreibung der Türken³ in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatten sie ihre Position dadurch verstärkt, daß sie ihre Beteiligung an der nationalen Revolution, die in der Hauptsache von den besitzlosen Pächtern getragen

1 Zur Geschichte Griechenlands allgemein: Finlay, George: *A History of Greece from its Conquest by the Romans to the Present Time*, 7 Bde., 2. Aufl. Oxford, 1877; Hertzberg, G. F.: *Geschichte Griechenlands seit dem Absterben des Antiken Lebens bis zur Gegenwart*, 4 Bde., Gotha 1878/79; derselbe: *Neueste Geschichte Griechenlands von der Erhebung der Neugriechen gegen die Pforte bis zum Berliner Frieden*, Gotha 1879; Hopf, Karl: *Geschichte Griechenlands vom Beginn des Mittelalters bis auf unsere Zeit*, Ersch und Gruber, *Allgemeine Enzyklopädie der Wissenschaft und Kultur*, Bd. 85 und 86, Leipzig 1867/68; Mendelssohn-Bartholdy, K.: *Geschichte Griechenlands von der Eroberung durch die Türkei im Jahre 1453 bis auf unsere Tage*, Leipzig 1870; Schmeidler, W. F. Carl: *Geschichte des Königreichs Griechenland. Nebst einem Rückblick auf die Vorgeschichte*, Heidelberg 1877; Hallmann, Hans: *Neugriechenlands Geschichte 1820—1948*, Bonn 1949; Forster, Edward S.: *A Short History of Modern Greece, 1821—1956*, 3. Aufl. London 1958; Heurtly, W. A., Darby, H. C., Crawley, C. W., Woodhouse, C. M.: *A Short History of Greece from Early Times to 1964*, Cambridge 1965; Noel-Baker, F.: *Greece, The Whole Story*, London 1946; Woodhouse, C. M.: *The Story of Modern Greece*, London 1968; Sophocles, S. M.: *A History of Greece, Thessaloniki 1961*; Svoronos, G. N.: *Histoire de la Grèce moderne*, Paris 1953; Driault, E. und M. L'Heritier: *Histoire diplomatique de la Grèce (1821—1923)*, 5 Bde., Paris 1925/26.

2 Zur Türkenherrschaft neben den in Anmerkung 1 genannten Arbeiten: Allen, D. E. W.: *The Turks in Europe*, London 1919; Andreadis, A.: *L'administration financière de la Grèce sous la domination Turque*. In: *Revue des études Grecques XXIII*, Nr. 102, Mars—Juin 1910; Busch-Zantner, Richard: *Agrarverfassung, Gesellschaft und Siedlung in Südosteuropa. Unter besonderer Berücksichtigung der Türkenzeit*, Leipzig 1938; derselbe: *Tschiflikwesen und Zadruga in Südosteuropa*, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 1937, S. 72 ff.; Hammer-Purgstall, J. v.: *Des Osmanischen Reichs Staatsverfassung und Staatsverwaltung, dargestellt aus den Quellen seiner Grundgesetze*, 2 Bde., Wien 1815; Tischendorf: *Das Lehnswesen in den moslemischen Staaten, insbesondere im Osmanischen Reich*, Leipzig 1872; Papadopoulos, Th. A.: *Studies and Documents Relating to the History of the Greek Church and People under Turkish Domination*, Brüssel 1952; Stoianovich, Traian: *Conquering Balkan Orthodox Merchant*, *Journal of Economic History*, June, 1960.

3 Zum Unabhängigkeitskrieg: Prokesch-Osten, Anton von: *Geschichte des Abfalls der Griechen vom türkischen Reiche im Jahre 1821 und der Gründung des Hellenischen Königreiches. Aus diplomatischem Standpunkte*, 6 Bde., Wien 1867; Finlay, George: *History of the Greek Revolution*, 2 Bde., London 1861; Woodhouse, C. M.: *The Greek War of Independence*, London 1952; Alison, Ph. W.: *The War of Greek Independence*, London 1897; Crawley, C. W.: *The Question of Greek Independence. A Study of British Policy in Near East, 1821—1833*, Cambridge 1930; Dakin, D.: *The Origins of the Greek Revolution of 1821*, London 1952; Gordon, T.: *History of the Greek Revolution*, 2 Bde., London 1832; Phillips, W. A.: *The War of Greek Independence*, London 1897.

worden war, im eigenen Interesse auszunutzen: sie übernahmen die gesellschaftlichen Positionen, die zuvor die Türken innehatten. „Die soziale Stellung der besitzlosen aufständischen Bauern hatte sich nach der Vertreibung der Türken nicht verbessert, im Gegenteil, sie wurden von der herrschenden ... Klasse ... unterworfen ...⁴.“ Außenpolitisch wurden die Großgrundbesitzer zwar durch die sogenannten Schutzmächte Rußland, Frankreich und vor allem England kontrolliert, die den griechisch-türkischen Krieg formal beendet und in den Londoner Protokollen von 1832 festgelegt hatten: „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Intervention, um Ruhe und Ordnung im Lande zu bewahren⁵.“ Von diesem angemaßten Interventionsrecht machten sie jedesmal Gebrauch, wenn eine selbständige Athener Außenpolitik die Rolle Griechenlands als Militärstützpunkt des englischen oder französischen Kolonialreiches in Frage zu stellen drohte⁶. Innenpolitisch aber war die Rolle der Feudalherren als herrschende Klasse unbestritten. „Griechenland hat sich der Internationale der Revolution von 1848“ — ein Ausdruck Arthur Rosenbergs — „nicht angeschlossen. Es gab kein liberales Bürgertum, das der absoluten Monarchie, dem Feudalismus, der Bürokratie und den kirchlichen Machthabern die Idee der sozialen Demokratie hätte entgegengesetzen können. Es gab kein Proletariat, das in einer Koalition mit der Landbevölkerung und den Kleinbürgern die Führung des Kampfes gegen den Absolutismus und für die Verteilung des Grundbesitzes sowie die Beteiligung an der staatlichen Gewalt hätte übernehmen können⁷.“

1881 trat die Türkei in der Folge eines verlorenen Krieges Thessalien und Teile des Epirus an Griechenland ab. Die Rechte der türkischen Großgrundbesitzer in diesen Provinzen wurden dadurch nicht berührt, doch in den folgenden Jahren kauften Griechen den größten Teil der türkischen Güter auf⁸. Dies hatte eine Verschlechterung der Lage der Teilpächter zur Folge, da die griechische Bauerngesetzgebung härter war als die türkische und weil die neuen Besitzer das Ackerland meist in Weide verwandelten und die für die Viehzucht überflüssigen Teilpächter vertrieben⁹. Bestrebungen des Bürgertums zur Enteignung des Großgrundbesitzes blieben, mit geringen Ausnah-

4 Papoulias, K.: Ein Brevier griechischer Résistancegeschichte. In: Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland, hrsg. von Nikolinakos, M. und K. Nikolaou, Frankfurt/Main 1969, S. 101.

5 Papoulias, a.a.O., S. 101.

6 Siehe Anm. 1.

7 Papoulias, a.a.O., S. 101.

8 Kienitz, Friedrich Karl: Existenzfragen des griechischen Bauerntums. Agrarverfassung, Kreditversorgung und Genossenschaftswesen. Entwicklung und Gegenwartsprobleme. Berlin 1960, S. 30. — Zum damaligen Stand der griechischen Landwirtschaft: Chalikiopoulos, L.: Wirtschaftsgeographische Skizze Thessaliens. Geogr. Zeitschr. 11, 1905; Decasos, Panajotis A.: Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland, Leipzig 1904; Gos: L'agriculture en Thessalie, Paris 1886.

9 Kienitz, a.a.O., S. 30.

men, erfolglos. Erst 1911, nach der Einleitung der bürgerlichen Revolution¹⁰ durch die Liberale Partei unter Venizelos, wurden die gesetzlichen Grundlagen¹¹ für die Enteignung und Umverteilung geschaffen. Die Durchführung aber verzögerte sich zum einen durch den Balkankrieg 1912/13¹², nach dem Griechenland von der Türkei die Provinzen Mazedonien¹³, Westthrazien und weitere Gebiete des Epirus erhielt, in denen ebenfalls der Großgrundbesitz vorherrschte; zum anderen dadurch, daß die Großgrundbesitzer dem Bürgertum 1915 bis 1917 und 1920 bis 1922 nochmals die Herrschaft streitig machten.

Erst in den zwanziger Jahren verloren die Großgrundbesitzer endgültig ihre Macht. Das Bürgertum war erstarkt; das Handelskapital verwandelte sich, wenn auch langsam, zum Teil in Industriekapital; die aufsteigende Klasse gewann entsprechend ihrer gewachsenen ökonomischen Bedeutung politischen Einfluß. Die bürgerliche Revolution wurde 1922 durch die Niederlage in einem neuen Krieg gegen die Türkei¹⁴ beschleunigt, als deren Folge anderthalb Millionen Griechen aus der Türkei nach Griechenland flüchteten oder umgesiedelt wurden. Die plötzliche Vermehrung der Bevölkerung um fast 20 % führte zu einer jahrelangen wirtschaftlichen und politischen Krise. Die jetzt vom Bürgertum gebildete Regierung setzte die Zwangsenteignung der Großgrundbesitzer durch und verteilte das Land unter 600 000 Flüchtlinge und 600 000 ehemalige Teilpächter¹⁵. Noch immer aber waren

10 Venizelos, Eleftherios: *The Vindication of Greek National Policy*, London 1918; Toynbee, A. J.: *Greek Policy since 1882*, Oxford 1914; Kerofilas, C.: *Eleftherios Venizelos*, London 1915; Abbott, G. F.: *Greece in Evolution*, London 1909.

11 Kienitz, a.a.O., S. 33 ff.

12 Cassavetti, D. J.: *Hellas and the Balkan Wars*, London 1914; Rippel, Ignatz: *Nach dem Balkankrieg. Wirtschaftspolitische Streiflichter*, Wien und Leipzig 1914; Schröder, W.: *England, Europa und der Orient. Untersuchungen zur englischen Vorkriegspolitik in Vorgeschichte und Verlauf der Balkankrise 1912*, Stuttgart 1938; Trapmann, A. H.: *The Greeks Triumphant, 1912—1913*, London 1915; Stavrianos, L. S.: *The Balkans since 1453*, New York 1958.

13 Aristo: *Mazedonien und Saloniki vor und nach den Balkankriegen*. *Balkan-Revue*, 1. Jg., Berlin 1915.

14 Pallis, A. A.: *Greece's Anatolian Venture — and After*, London 1937.

15 Zur Umsiedlung und Landreform: League of Nations: *Greek Refugee Settlement*, Genf 1926; Ladas, Stephen P.: *The Exchange of Minorities: Bulgaria, Greece and Turkey*, New York 1932; Eddy, Charles B.: *Greece and the Greek Refugees*, London 1931; Pentzopoulos, Dimitri: *The Balkan Exchange of Minorities and its Impact upon Greece*, Paris — The Hague 1962; Streit, G.: *Der Lausanner Vertrag und der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch* (= Reihe 1, Heft 10 der Veröff. d. Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel), Berlin 1929; Schultze-Jena, Joachim: *Die Neugriechische Kolonisation Westthraziens*, *Geograph. Anzeiger* 1935, S. 172 ff.; Schultze-Jena, Joachim: *Die Neugriechische Kolonisation Ostmakedoniens*, *Geograph. Anzeiger*, 1934, S. 457 ff.; Papenhusen, F.: *Die Neubesiedlung Griechenlands*, *Zeitschr. der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin*, 1933, S. 34 ff.; Pallis, A. A.: *Racial Migrations in the Balkans During the Years 1912—1924*, *Geogr. Journal* 66, Nr. 4, Oktober

die Großgrundbesitzer so mächtig, daß die Regierung eine entschädigungslose Enteignung nicht wagen konnte. Das Land wurde entsprechend seinem Wert von 1914 zu einem Drittel vom Staat, zu zwei Dritteln von den neuen Eigentümern innerhalb von 30 Jahren abgezahlt¹⁶. So verwandelten sich die Großgrundbesitzer in Kapitalisten. Aus dem Kampf zweier Klassen wurden die Differenzen verschiedener Kapitalistengruppen. Diese Gruppen sahen sich aber sehr rasch gezwungen, ungeachtet ihrer Differenzen eine einheitliche Front gegen die unter dem Druck der anhaltenden Krise in der Landwirtschaft revolutionärer werdenden Bauern und das langsam wachsende Industrieproletariat zu bilden.

Die eingeleitete bürgerliche Revolution wurde nicht vollendet. Der griechische Kapitalismus blieb bis zum zweiten Weltkrieg auf relativ niedriger Stufe fixiert¹⁷. Nur der Handelssektor, begünstigt durch

1925, S. 315 ff.; Negreponi-Delivani, Maria: Le développement de la Grèce du Nord depuis 1912, Thessaloniki 1962; Michalis, Kostas G.: Die neuere Agrar- und Siedlungsgesetzgebung Griechenlands. In: Sering, M. (Hrsg.): Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. Ein Sammelwerk. Berlin-Leipzig 1930; Mears, Eliot Grinell: The Aftermath of the Refugee Impact, Stanford 1929; Lehmann, Herbert: Zur Flüchtlingsansiedlung in Griechenland, Zeitschr. der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Heft 3/4, 1929; Kaloussis, D.: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch in den Jahren 1922/23, Wien 1935; Hollmann: Agrarreform, Flüchtlingskolonisation und die Entwicklung der Landwirtschaft in Griechenland, Berichte über die Landwirtschaft, 1930, S. 270 ff.; Hadzopoulos, A.: Die Flüchtlingsfrage in Griechenland, Athen 1927; Fels, Edwin: Landgewinnung in Griechenland, Gotha 1944; Evelpidis, Chrysos: La Réforme Agricole en Grèce, Genf 1952; Blanchard, R.: The Exchange of Populations between Greece and Turkey, Geogr. Review XV, New York 1925, S. 449 ff.

16 Kienitz, a.a.O., S. 37.

17 Zur Entwicklung Griechenlands zwischen den Balkankriegen und der Metaxas-Diktatur: Andreades, A.: Les finances de la Grèce, Paris 1915; derselbe: Les progrès économiques de la Grèce, Paris 1919; derselbe: Les effets économiques et sociales de la guerre en Grèce, Paris 1929; Antonopoulos, D. G.: La dette publique hellénique, Athen 1922; Charitakis, G.: Die heutige griechische Industrie, Hamburg 1919; Dertilis: La reconstruction financière de la Grèce, Paris 1928; Eisenwaldt: Die Wirtschaft Griechenlands, Berlin 1928; Heisenberg, A.: Neugriechenland, Leipzig und Berlin 1919; Kapsalis, T.: La balance des comptes de la Grèce, Paris 1927; Kohlruf, Eberhard: Die französischen Kapitalanlagen in Südosteuropa im Rahmen der gesamten Auslandsverschuldung der südosteuropäischen Länder, Leipzig 1934; Kyriazi, D.: Zur Entwicklung des Gewerbes im heutigen Griechenland, 1916; Mathiopoulos, Basil P.: Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821—1961), Hannover 1961; Ronart, Stephan: Das Griechenland von heute, Amsterdam 1935; Schacher, Gerhard: Der Balkan und seine wirtschaftlichen Kräfte, Stuttgart 1930; Schramm-von Thadden, Ehrengard: Griechenland und die Großen Mächte (1913—1923), Göttingen 1933; Stevanovic, Radomir: Der Außenhandel und das Handelssystem der Balkanländer zwischen den beiden Weltkriegen, Köln 1952; Tsouderos, E. J.: Le relèvement économique de la Grèce, Paris 1920; Zolotas, Xenophon: Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, Leipzig 1925.

die geographische Lage des Landes, entwickelte sich bedeutend. Einer raschen Industrialisierung aber stand der Mangel Griechenlands an Rohstoffen, vor allem an Eisen und Steinkohle entgegen. Trotz hoher Zollmauern, monopolistischer Marktbedingungen und rigoroser Einfuhrbeschränkungen entwickelte sich keine Schwerindustrie und die Konsumgüterindustrie deckte weder den Bedarf des Landes, noch war sie auf internationalen Märkten wettbewerbsfähig. Darüber hinaus erwies sich der halbkoloniale Status des Landes gegenüber England, der im 19. Jahrhundert die Wirtschaft relativ wenig beeinträchtigt hatte, da sie weitgehend Natural- oder einfache Warenwirtschaft war, im 20. Jahrhundert als ein Haupthindernis der weiteren Entwicklung. Die griechische Staat mußte nach dem verlorenen Krieg gegen die Türkei große Kredite zu weit überhöhten Zinsen aufnehmen, er wurde gezwungen, ungünstige Außenhandelsverträge abzuschließen und englischem Kapital für Investitionen in Griechenland Sonderbedingungen einzuräumen. Die Abhängigkeit verstärkte sich, als 1947 die USA die Rolle Englands übernahmen, Griechenland 1952 in die NATO eintrat und 1962 der EWG assoziiert wurde¹⁸. Die griechische Bourgeoisie mußte politische und wirtschaftliche Diktate hinnehmen, die ihr nicht erlaubten, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen, da sie im Kampf gegen die sozialistische Revolution auf die militärische Unterstützung Englands bzw. der USA angewiesen war.

2. Industrieproletariat

Im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Griechenland entstand neben dem Bürgertum ein städtisches Proletariat. Seine Größe kann nur geschätzt werden. Die verschiedenen Statistiken zeigen grobe Abweichungen, weil die Abgrenzung von Arbeitern und Handwerkern nach unterschiedlichen Kriterien erfolgt und die große Zahl der Unterbeschäftigten und Arbeitslosen ungleich berücksichtigt wird¹⁹. Die Zahl der Arbeiter dürfte unter Einschluß des Bau- und Verkehrssektors bei 300 000 liegen, die im Handwerk Beschäftigten sind ausgeschlossen, ebenso die Arbeitslosen.

Seit 1950 hat sich die Zahl der Arbeiter kaum vergrößert; eine Steigerung erfolgte nur auf dem Bau- und Verkehrssektor²¹. Dabei stieg

18 Dazu unten die Kapitel „Amerikanische Intervention und Fortsetzung des Bürgerkrieges“ und „Griechenland unter Papagos und Karamanlis“.

19 Zum Handwerk und zur Arbeitslosigkeit s. u.

20 Nach dem letzten Zensus von 1961 waren in der Industrie 607 000 Personen (rd. 17 % der Erwerbstätigen) beschäftigt, davon im Bergbau 20 000, in der verarbeitenden Industrie 314 000, in der Bauwirtschaft 141 000, in öffentlichen Versorgungsbetrieben 20 000, im Transportsektor 112 000 (Statistical Yearbook of Greece 1968, Athen 1969, S. 120). Rechnet man die etwa 100 000 Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, ferner die 100 000—150 000 tatsächlich im Handwerk, nicht in der Industrie Beschäftigten sowie die Angestellten nicht mit, so kommt man auf 300 000.

21 Vgl. die Zahlen der OEEC für 1950, zit. bei von Bismarck-Osten, Ferdinand: Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft

die industrielle Produktion im gleichen Zeitraum auf ungefähr das Doppelte²². Ursache der Stagnation der Beschäftigung bei steigender Produktion ist der hohe Grad der Mechanisierung, teilweise auch Automation in den neueren Betrieben, die nach dem Krieg, in der Regel von ausländischen Konzernen, errichtet wurden, ferner die Tatsache, daß die älteren griechischen Betriebe meist nur rationalisiert, aber nicht erweitert wurden²³.

Die Arbeitszeit beträgt bei einer 6-Tage-Woche offiziell acht, tatsächlich oft neun bis zwölf Stunden²⁴. Die Löhne zählen zu den niedrigsten in Europa. Ein Arbeiter verdient durchschnittlich 200 DM im Monat²⁵. Das Existenzminimum in den Städten liegt indessen für eine vierköpfige Familie bei 500 DM²⁶. Die Steigerung der Nominallöhne seit 1950, der in den amtlichen Statistiken große Bedeutung zugemessen wird, wird übertroffen von der Steigerung der Lebenshaltungskosten, die in den gleichen Statistiken übergangen wird. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Reallohn um 25 % gesunken²⁷. 50 % der Lebenshaltungskosten bestehen aus indirekten Steuern. An direkten Steuern werden 5 % abgezogen, was nur scheinbar wenig ist, da der Tageslohn, nicht der Jahresverdienst der meist für mehrere Monate Arbeitslosen als Berechnungsgrundlage gilt und ein Lohnsteuerjahresausgleich nicht gewährt wird²⁸. Hinzu kommen 12 % Sozialabgaben²⁹. Das Versicherungswesen ist anarchisch, es gibt mehr als 150 Versicherungsträger, die meisten mit unbedeutenden Mitgliederzahlen. Unter ihnen ist der staatliche Versicherungsfonds IKA der be-

Griechenlands, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 68, Heft 2, Hamburg 1952, S. 267.

22 Index der industriellen Produktion und Beschäftigung (ohne Elektrizitätserzeugung):

(1952 = 100)

Jahr	Produktion	Beschäftigung
1953	112,6	95,7
1957	157,2	97,8
1960	189,2	96,0

Kabanas, Panajotis: Zur Lage der abhängigen Arbeit in Griechenland, Diss., Frankfurt 1964, S. 138.

23 Kabanas, a.a.O., S. 217.

24 Kabanas, a.a.O., S. 177 ff.

25 Errechnet nach Statistical Yearbook 1968, S. 126 ff.

26 Berechnung des griechischen Gewerkschaftsbundes, zit. nach Kabanas, a.a.O., S. 149 ff.

27 Kabanas, a.a.O., S. 136. Im Hinblick auf die niedrigen, stets hinter den Lebenshaltungskosten zurückbleibenden Löhne bemerkt McNeill: „Fortunately for the political stability of the country, wage earners and salary classes are a minority in Greece.“ McNeill, William Hardy: Greece: American Aid in Action, 1947—1956. New York 1957, S. 22.

28 Kabanas, a.a.O., S. 141 ff.

29 Kabanas, a.a.O., S. 147.

deutendste³⁰. Nach dem Gesetz führen Unternehmer wie Arbeiter Beiträge an die IKA ab, in Wirklichkeit verzögern die Unternehmer die Zahlung ihrer Beiträge gern ins unendliche und behalten darüber hinaus gelegentlich die Beiträge ihrer Arbeiter ein, anstatt sie weiterzuleiten³¹. Der Staat entzog sich bis 1960 der gesetzlichen Verpflichtung, nach der er die Finanzierung der IKA mitzutragen hatte; dann entledigte er sich ihrer endgültig durch Dekret³². Kein Wunder, daß die Leistungen der IKA schlecht sind; der durchschnittliche Rentensatz liegt bei 50 DM, die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind zwischen 1950 und 1960 gesunken³³. In vielen Betrieben fehlen die einfachsten Sicherungsvorrichtungen, die Zahl der Unfälle ist entsprechend hoch. Meist bedeutet die geringste Forderung den Verlust des Arbeitsplatzes; die Unternehmer sehen keinen Grund zu Konzessionen, da es für jeden Arbeitsplatz mehrere Bewerber gibt. Die Unterernährung der Arbeiter ist allgemein³⁴. Ihre Wohnungsverhältnisse sind katastrophal, die meisten Familien leben in einem Raum³⁵.

30 Statistical Yearbook 1968, S. 67 ff. „... die Anfänge der Sozialfürsorge kamen spontan in Form von Selbstunterstützungskassen der abhängig Erwerbstätigen auf, die jedoch miteinander kaum in Verbindung standen und auf Grund ihrer beschränkten Mittel kaum als wirksame Hilfe anzusehen waren ... Das Industriekapital bekämpfte jeden Versuch zur Einführung einer Sozialversicherung ... Der Staat übernahm erst relativ spät eine Verantwortung innerhalb des Sozialversicherungssystems; er ließ 1937 ein bereits drei Jahre vorher verabschiedetes Gesetz über den ‚Sozialversicherungsfonds‘ (IKA) in Kraft treten, der als Pflichtversicherung für die abhängig Erwerbstätigen ... dienen sollte.“ Kabanias, a.a.O., S. 180 f.

31 Die Schuldenlast der Unternehmer gegenüber dem IKA stieg von 11 Millionen DM 1951 auf 130 Millionen 1962 an. Kabanias, a.a.O., S. 187.

32 „Diese ablehnende Haltung nimmt er (der Staat) jedoch nur speziell dem IKA gegenüber ein ... So zahlt er aus diesen ‚Sozialabgaben‘ (der Arbeiter und Angestellten) 25,8 % der Einnahmen der Versicherung der selbständig Erwerbstätigen ...“ Kabanias, a.a.O., S. 189.

33 Statistical Yearbook 1968, S. 67 ff., Kabanias, a.a.O., S. 184 f.

34 Hauptnahrungsmittel sind billige Gemüse, Hülsenfrüchte, Getreide. Mangel herrscht insbesondere an tierischem Eiweiß, ferner an Fett. Hypovitaminosen sind weit verbreitet.

35 „Nach einem amtlichen Bericht, der 1958 im Ekonomikos Tachydromos erschienen ist, ergibt sich bei 60 000 Wohnungen mit 220 000 Bewohnern im Gebiet von Athen folgendes Bild:

Wohnungen ohne Küche	28 %
Ohne Bad	94 %
Mit schlechter Lüftung	11 %
Mit schlechtem natürlichem Licht	9 %
Ohne Sonne	15 %
Feucht	29 %
Ohne elektrische Anlage	36 %

Die Verhältnisse sind jedoch in den einzelnen Gegenden unterschiedlich“, in vielen Athener Vororten nämlich noch erheblich schlechter. „Von den

Von den Gewerkschaften erhält die Arbeiterklasse keine Unterstützung bei den Bemühungen um Verbesserung ihrer Lage. Die 1918 gegründete Gewerkschaftsorganisation konnte sich nur kurze Zeit ungehindert entwickeln³⁶. 1936 wurde sie im Zuge einer der ersten Maßnahmen der Metaxas-Diktatur verstaatlicht³⁷. Die Ansätze der neuen Gewerkschaften wurden 1947 durch die rechtsgerichtete Regierung Tsaldaris erneut unter Regierungskontrolle gestellt³⁸. An dieser Situation hat sich bis heute nichts Entscheidendes geändert. „Das charakteristische Kennzeichen der Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Griechenland besteht ... darin, daß die Gewerkschaft praktisch verstaatlicht ist, daß man im wesentlichen überhaupt nicht von ‚gewerkschaftlichen Rechten‘ der abhängig Erwerbstätigen reden kann und daß die in der Verwaltung tätigen Gewerkschaftsfunktionäre nicht selten Angestellte des Arbeitsministeriums, der Gewerkschaftsabteilung der Polizei sowie direkt des Unternehmertums sind“³⁹.

3. Bauern

Unter den Balkanländern hat Griechenland die schlechtesten landwirtschaftlichen Voraussetzungen. Nur 30 % seiner Fläche sind kultiviert, gegenüber 40 % in Jugoslawien und 70 % in Ungarn. Die nördlichen Provinzen Epirus und Westmazedonien bestehen aus ho-

oben erwähnten 60 000 Wohnungen im Gebiet von Athen bestanden 57 % aus einem Zimmer ... Im allgemeinen betrug die Personendichte:

- über 3 Personen je Zimmer bei 37 % der Wohnungen,
- über 4 Personen je Zimmer bei 20 % der Wohnungen,
- über 5 Personen je Zimmer bei 10 % der Wohnungen.

... Aus einem anderen amtlichen Bericht, der 1958 im *Ekonomikos Tachydromos* veröffentlicht wurde, geht hervor, daß in Griechenland 50 000 bis 60 000 Wohnungen lediglich als Löcher zu bezeichnen sind.“ Kabanas, a.a.O., S. 192 f. Siehe auch *Statistical Yearbook 1968*, S. 53 f. und die Arbeit von W. Glahe über Wohnungsbau in Griechenland in: Glahe, W./Heuer, J./Papalekas, J. C.: *Griechische Entwicklungsprobleme*, Köln-Braunsfeld 1962.

36 Kousoulas, Dimitrios George: *Revolution and Defeat. The Story of the Greek Communist Party*, London 1965.

37 s. u.

38 Kabanas, a.a.O., S. 201 ff., Mathiopoulos, Basil P.: *Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821—1961)*, Hannover 1961, S. 86 ff.

39 Kabanas, a.a.O., S. 206. 1936 schloß Metaxas „die Organisation der Arbeitnehmer in eine Arbeitsfront unter staatlicher Aufsicht zusammen ... Diese Lage hat sich grundsätzlich nicht geändert. Maßgebende Gewerkschaftsführer sind Angestellte des Arbeitsministeriums. Die Einziehung der gewerkschaftlichen Pflichtbeiträge wird durch den Staat garantiert. Die leitenden Funktionäre sitzen fest in ihren Pfründen“. Pfeffer, K. H./Schaafhausen, I.: *Griechenland. Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg*, Hamburg 1959, S. 67. „Die Gewerkschaften ... sind ... ein williges Instrument der Athener Regierung.“ Fischer, Alfred Joachim: *EDA — Das griechische Wespennest*, in: *Politische Studien*, 9. Jahrgang, Heft 101, September 1958, S. 638.

hen Bergketten mit unfruchtbaren Böden und hartem Klima. Nur in den Ebenen von Ostmazedonien, Westthrazien und Thessalien, deren Flüsse Axios, Strymon und Nestos das ganze Jahr Wasser führen, liegen günstige Bedingungen vor. Der Süden ist zum größten Teil gebirgig, der Nutzung der ohnehin schlechten Böden stehen die geringen Regenmengen, das Austrocknen der Wasserläufe im Sommer und die starke Bodenerosion entgegen⁴⁰.

Die Umverteilung des Großgrundbesitzes seit 1911, in großem Maßstab allerdings erst nach 1922, löste die Agrarfrage nur scheinbar, da im Verhältnis zur Zahl der bäuerlichen Bevölkerung, die 1928 mit über vier Millionen 65 %, heute mit etwa fünf Millionen 60 % der Gesamtbevölkerung ausmacht⁴¹, zu wenig Land zur Verfügung stand.

40 Region	Bergland in %	Ebene in %	Kultiviert %
Zentral-Gr. mit Euböa	82	18	25,8
Peloponnes	69	31	34,7
Thessalien	55	45	34,7
Epirus	73	27	14,8
Mazedonien	65	35	29,2
Thrazien	67	33	30,2
Kreta	54	46	39,7
Ägäische Inseln	71	29	23,4
Ionische Inseln	67	33	36,7
Griechenland	68	32	29,5

Nach: Kayser, Bernard/Thompson, Kenneth: Economic and Social Atlas of Greece, Athen 1964, S. 301.

„Cultivation of much slope land is on laboriously constructed terraces. But much of the terracing is poorly carried out and maintained and only partially effective in preventing soil erosion. Abandoned terraced fields are widespread. Elsewhere the stony, thin soils of the slopes may be cultivated without the protection of terracing but the returns are meager and accelerated erosion results. Uncultivable uplands present a wide variety of topography and vegetation. Some slopes are very steep and large sections are rocky and more or less devoid of soil or vegetation cover. It might further be noted that other factors limiting cultivation include saline accumulations, thin and stony soils, flood-transported detritus, poor natural drainage, and susceptibility to flooding. The widespread Greek practice, especially in the drier eastern and southern areas, of cropping land with the intervention of fallows, mainly for the purpose of conserving moisture, drastically reduces the available supply of arable land.“ Kayser/Thompson, a.a.O., 301.

41 Year	Population (in thousand)			Percent distribution		
	Urban	Semi-urban	Rural	Urban	Semi-urban	Rural
1928	1900	900	3370	31,1	14,5	54,5
1951	2900	1130	3620	37,7	14,8	47,5
1961	3600	1085	3670	43,3	12,9	43,8

Statistical Yearbook 1968, S. 21.

Auch die Verdoppelung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen 1923 und 1939⁴², vor allem durch Trockenlegung der ausgedehnten mazedonischen Sümpfe⁴³, beseitigte das Problem nicht. Die Landzersplitterung ist stärker als in allen anderen europäischen Ländern⁴⁴. Auf den einzelnen Betrieb entfallen heute durchschnittlich nur 1,5 bis 2,5 Hektar⁴⁵. Die Höfe mit zwei oder weniger Hektar machen rund 50 % aller bäuerlichen Betriebe aus und ernähren bei den meist extensiven Anbaumethoden eine Familie nicht. Dem durchschnittlichen Mindestjahresbedarf eines Bauernhaushaltes von 4000 DM steht ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 800 DM gegenüber⁴⁶. Auf den unrentablen Parzellen lasteten zudem die Entschädigungsverpflichtungen gegenüber den früheren Eigentümern⁴⁷. Hinter der formalen Unabhängigkeit, die die Agrarverfassung von 1923 den Bauern garantiert, stand von vornherein der Zwang zur Lohnarbeit, d. h. die Proletarisierung. Der Bevölkerungsdruck auf dem Land hat seit den zwanziger Jahren noch zugenommen; von den zweieinhalb Millionen Arbeitskräften könnten eine Million abgezogen werden⁴⁸. Doch Griechenland hat keine Industrie, die eine nennenswerte Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten aufnehmen könnte.

Obwohl fast zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben müssen, macht die landwirtschaftliche Produktion weniger als ein Drittel des Volkseinkommens aus⁴⁹. Trotz Steigerung der Erträge

Die Statistik ist insofern irreführend, als sie „semi-urban population“ in „Städten“ mit einer Einwohnerzahl zwischen 2000 und 5000 lebt, die ihrem Charakter nach größere Dörfer sind. Die oben gegebenen Zahlen der ländlichen Bevölkerung errechnen sich durch Zusammenfassung der „semi-urban“ und „rural population“.

42 von Bismarck-Osten, a.a.O., S. 266.

43 Fels, Edwin: Landgewinnung in Griechenland, Gotha 1944.

44 Maddison, Angus/Stavrianopoulos, Alexander/Higgins, Benjamin: Foreign Skills and Technical Assistance in Greek Development, OECD, Paris 1966, S. 18. Statistical Yearbook 1968, S. 69, 134 ff.

45 Aufteilung der landwirtschaftlichen Nutzflächen nach Betriebsgrößen (1961):

Betriebsgröße in ha	Zahl der landw. Betriebe	Anteil a. d. Gesamtzahl der Betriebe in %	Anteil a. d. ges. bebauten Fläche in %
0— 1	287 106	27,2	7,0
1— 5	603 198	58,3	52,0
5—10	114 327	11,0	24,0
10—20	25 912	2,5	10,5
über 20	4 900	0,5	6,5

Meynaud, Jean: Les forces politiques en Grèce, Montréal 1965, S. 159.

46 Errechnet nach Angaben der Agrarbank von Griechenland, zit. in Kabanass, a.a.O., S. 102.

47 Kienitz, a.a.O., S. 37.

48 Nach Angaben der Agrarbank, zit. in Kabanass, a.a.O., S. 169.

49 Statistical Yearbook 1968, S. 331 f.

um fast 100 % seit dem Zweiten Weltkrieg liegt die landwirtschaftliche Produktivität der EWG-Staaten im Mittel immer noch um 200 % über der Griechenlands⁵⁰. Die schlechte Ertragslage der bäuerlichen Betriebe verzögerte den Ausbau der Bewässerungssysteme, 1960 waren erst 10 % der Nutzfläche bewässert; sie verhinderte oft den kostspieligen Einsatz des Kunstdüngers; moderne landwirtschaftliche Maschinen sind meist zu teuer, da sie importiert werden müssen, vielfach rentiert sich ihr Einsatz auf den kleinen Parzellen nicht^{50a}. In einigen Gebieten wird immer noch der Hakenpflug benutzt. So konnte das Land seinen Bedarf an Nahrungsmitteln, vor allem an Getreide, nicht decken⁵¹. Folge: die Exporterlöse aus seinen wenigen im Überschuß produzierten Erzeugnissen — Tabak, Oliven, Wein, Baumwolle, Früchte⁵² — wurden zum großen Teil nicht für die Einfuhr dringend benötigter Investitionsgüter, sondern für Weizenimporte aus den USA verwendet. Seit 1957 wird nun wenigstens genügend Getreide für den Inlandbedarf angebaut. Doch müssen andere Nahrungsmittel, vor allem Fleisch, auch heute noch importiert werden. Versuche, die Schwächen der griechischen Agrarwirtschaft durch Genossenschaften und Kredite der Agrarbank zu beheben, sind gescheitert. 75 % der Bauern gehören zwar einer der 7600 Genossenschaften an — meist handelt es sich um Kredit-, nur selten um Verkaufs- oder Produktionsgenossenschaften⁵³ —, doch die Möglichkeiten dieser Organisationen sind außerordentlich beschränkt, Kapitalmangel verbietet Investitionen⁵⁴. 1928 wurde die staatliche Agrarbank zur Verwaltung einer internationalen Anleihe zur Flüchtlingsansiedlung gegründet. Heute ist sie der einzige relevante Kreditgeber für die Landwirtschaft. Mangels Einlagen der Bauern bzw. Genossenschaften erfolgt die Finanzierung der Kredite durch die Notenbank, hat also stets inflationistische Tendenz⁵⁵. Gemessen an der Rückständigkeit der Land-

50 Maddison/Stavrianopoulos/Higgins, a.a.O., S. 18.

51 Noch in den Jahren 1955 und 1956 machte der Wert der eingeführten Nahrungsmittel 17 % bzw. 18 % des Wertes der gesamten Einfuhr aus. Von diesen 17 bzw. 18 % entfiel allein die Hälfte auf die Einfuhr von Weizen (errechnet nach Angaben des Statistical Yearbook of Greece 1957, S. 265 ff.). „In 1957 production of wheat was, for the first time in recent history, sufficient to cover domestic demand for this commodity.“ In den folgenden Jahren wurde der Weizenanbau ständig ausgedehnt, „... wheat is far and away the most important Greek crop. It occupies some 31 % of the total cultivated area and over 66 % of the area devoted to cereal crops ... The main wheat producing areas are Macedonia and Thessaly.“ Kayser/Thompson, a.a.O., 303.

52 1961 betrug der Anteil des Tabaks am Wert der Gesamtausfuhr 37 %. Hauptanbaugebiete sind Thessalien und Mazedonien. — Der Anteil der Baumwolle am Wert der Gesamtausfuhr 1961 betrug 11 %. Hauptanbaugelände ist Mazedonien. Kayser/Thompson, a.a.O., 311, 312. Siehe auch Statistical Yearbook 1968, S. 139 ff., S. 153 ff.

53 Glahe, W./Heuer, J./Papalekas, J. C., a.a.O., S. 34 ff., Kienitz, a.a.O.

54 Ebenda.

55 Ebenda.

wirtschaft ist der Umfang der Kreditgewährung unbedeutend⁵⁶. Dieses System brachte keine Veränderung, nur permanent wachsende Verschuldung.

Am schlechtesten ist die Lage der Bergbauern in Nord- und Mittelgriechenland, wo die meisten Flüchtlinge angesiedelt wurden und die Parzellen am kleinsten sind. Die Landwirtschaft gewährleistet hier oft nur den Lebensunterhalt für zwei, vier oder sechs Monate im Jahr. Anders die Situation in den Ebenen, wo über den eigenen Bedarf hinaus für den inländischen, zum Teil auch internationalen Markt Tabak, Obst und Gemüse angebaut werden. Auch in einigen Gegenden des Peloponnes, wo keine Flüchtlinge den Bevölkerungsdruck verstärkten und keine staatlichen Eingriffe die Eigentumsverhältnisse veränderten, ist die Lage der Bauern erträglich^{56a}.

4. Handel, Handwerk und Dienstleistungsberufe

In Handel, Handwerk und Dienstleistungsberufen sind eine Million, also 30 % der Erwerbstätigen beschäftigt⁵⁷. Zwar lauten die Vergleichszahlen für Westdeutschland 35 %, für Belgien und Frankreich 37 %⁵⁸, aber in diesen Ländern steht die starke Ausdehnung dieser Wirtschaftszweige in einem tragbaren Verhältnis zum Grad der Industrialisierung. Für Agrarländer, deren Industrie noch in den Anfängen steht, deren Landwirtschaft aber hochentwickelt und ertragreich ist, wie Jugoslawien und Ungarn, lauten die Vergleichszahlen 13 % bzw. 16 %⁵⁹, hier ist der geringe Umfang von Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf die noch relativ einfache Wirtschaftsform zurückzuführen (er ist nicht Charakteristikum sozialistischer Systeme). Für Griechenland, das keine entwickelte Industrie hat und dessen Landwirtschaft einen so großen Beitrag zum Volkseinkommen liefert, sind diese Wirtschaftszweige übergroß. Ihre Überfüllung resultiert daher, daß die Landwirtschaft die Bevölkerung nur zum Teil ernährt und die Industrie nicht genügend Arbeitsplätze bietet. In diesem Punkt ist Griechenland mit Spanien und Portugal vergleichbar.

Der Umfang des Handelssektors ist nicht genau zu bestimmen. Die Schätzungen liegen zwischen 100 000 und 150 000 Betrieben mit 150 000 bis 300 000 Beschäftigten. Die Ungenauigkeiten sind bedingt durch die teilweise Verbindung von Handwerk und Kleinhandel sowie durch die starke Fluktuation; ständig drängt das städtische und ländliche Proletariat in den Handel, macht wegen der extremen Konkurrenz bald Bankrott und ist wieder arbeitslos. Die Notwendigkeit

56 Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., Statistische Anlage, Tab. 23, Statistical Yearbook 1968, S. 317.

56a Sehr aufschlußreich in dieser Hinsicht sind die detaillierten Berichte W. H. McNeills über die politischen und ökonomischen Verhältnisse mehrerer Dörfer in Nord- und Südgriechenland zwischen 1940 und 1955. McNeill, a.a.O., S. 85—147.

57 Statistical Yearbook 1968, S. 120.

58 UNO-Ziffern, zit. nach Statistical Yearbook 1968, S. 350.

59 Ebenda.

dieses Kreislaufs ergibt sich aus folgenden Zahlen: bei 100 000 Kleinhandelsgeschäften entfallen auf ein Geschäft lediglich 85 Kunden, wobei deren sehr geringe Kaufkraft zu berücksichtigen ist; bei 10 000 Großhandelsunternehmen kommen auf jedes nur 10 Kleinhändler als Kunden⁶⁰.

Das Handwerk zählt etwa 250 000 Beschäftigte in 100 000 Betrieben⁶¹. Meist handelt es sich um Einmann- oder reine Familienbetriebe, Lohnarbeit ist wenig verbreitet⁶². Die Bedeutung des Handwerks geht besonders seit dem Zweiten Weltkrieg gleichmäßig in dem Grade zurück, in dem sich die einheimische Konsumgüterindustrie ausdehnt und der Import ausländischer Waren steigt. Einzelne Zweige, die noch vor 20 Jahren florierten, wie Schneider- und Schusterbetriebe, sind heute erheblich reduziert, vor allem in den Städten. Das zugrunde gehende Handwerk wirft ständig ehemals Selbständige als Proletarier auf den überfüllten Arbeitsmarkt.

Unter den privaten Dienstleistungen spielt heute der Fremdenverkehr die größte Rolle, zum einen durch die Beschäftigungsmöglichkeiten, die er, wenn auch nur in der Saison, bietet, zum anderen als Devisenquelle des Staates. Seit 1953 ist Griechenland ein ausgesprochenes Touristenland geworden, seitdem sind aber auch die durchschnittlichen Ausgaben der Besucher gesunken, so daß der Verdreifachung der Touristenzahl von 100 000 im Jahr 1953 auf 300 000 im Jahr 1960 nicht einmal eine Verdoppelung der Einnahmen gegenüberstand, sie stiegen nur von 90 auf 160 Millionen DM⁶³. In Jahren, in

60 Statistical Yearbook 1968, S. 261 f.

61

Betriebe	Zahl der Betriebe	Bezahltes Personal insgesamt	Lohnempfänger	Gehaltsempfänger	Arb. Unternehm. u. unbez. Familienang.
Betriebe insgesamt	118 776	299 699	—	—	166 497
Betr. mit über 30 Beschäft.	1 461	145 243	122 042	23 201	1 600
Betr. mit 20 bis 29 Beschäft.	923	19 929	17 066	2 863	1 378
Betr. mit 10 bis 19 Beschäft.	3 227	36 395	31 697	4 696	5 508
Betr. mit 5 bis 9 Beschäft.	8 857	37 921	—	—	16 931
Betr. mit 1 bis 4 Beschäft.	104 311	60 211	—	—	141 080

Statistical Yearbook 1966, S. 198 f.

Die Tabelle zeigt deutlich den Stand der griechischen „Industrie“. Neben einigen wenigen modernen Großbetrieben, die zum großen Teil unter ausländischer Kontrolle stehen, die Masse der kleinen, meist handwerklichen Unternehmen, über kurz oder lang zum Untergang verurteilt.

62 Statistical Yearbook 1968, S. 198 f.

63 Wapenhans, Willi: Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes, Gießen 1962, S. 65.

denen die Touristenzahl nur geringfügig stieg, sanken die Einnahmen sogar⁶⁴. 1966 überschritt die Besucherzahl die Millionengrenze⁶⁵.

Es gibt nicht weniger als 80 000 Beamte und 30 000 Staatsangestellte. Das sind nach Schätzungen der amerikanischen und der OECD-Kommission zur Reform der griechischen Verwaltung erheblich mehr als notwendig. Viele Stellen sind überflüssig, andere fünffach besetzt. Die Beamten sind nach Roman Schnur, einem Mitglied der OECD-Kommission, „Diener der jeweils am Ruder befindlichen politischen Clique . . . , d. h. jede zur Macht gekommene Gruppe brachte für die Verwaltung ihre Anhänger mit. Erst spät“ — nämlich 1951 — „kam es zu einer Beamtenrechtsgesetzgebung im üblichen Sinne, und trotz etlicher Anläufe zu Reformen ist das Beamtentum, besonders in den höheren Rängen, vielen Politikern eine Einrichtung, in welcher vor allem persönliche Anhänger untergebracht werden können. . . . Eine Reihe leitender Posten wird mit Beamten auf Zeit besetzt. Auch werden in höheren Stellen auffallend viele Vertragsangestellte verwendet. Das verhindert nicht nur die Stabilisierung der Verwaltungsspitzen, sondern schafft zugleich Öffnungen, durch welche Unqualifizierte oder weniger Qualifizierte in leitende Positionen zu gelangen vermögen. . . . Als Faustregel kann man annehmen, daß das eigentliche Gehalt eines Beamten kein standesgemäßes ist. . . . De facto aber verdienen viele Beamte mehr. Es werden nämlich für zusätzliche Ämter, z. B. Mitwirkung in Kommissionen usw., zusätzliche Gelder bezahlt. Sie erreichen in extremen Fällen 100 % des eigentlichen Gehalts. Das Ganze ist so kompliziert, daß sich annähernd allgemeine Aussagen über das Besoldungswesen nicht machen lassen. Dies führt nicht nur zu höchst unterschiedlichen Bezügen auf dem gleichen Rang, sondern auch zur Vernachlässigung der Haupttätigkeit des Beamten. . . . Die Vergabe solcher Nebentätigkeiten (öffnet) der Patronage und dem Nepotismus Tür und Tor — hier findet die Korruption der Verwaltung durch die Verwaltung selbst breiten Auslauf⁶⁶.“ Weder den Engländern und Amerikanern, die ihre Halbkolonie mit einer besseren Verwaltung versehen wollten, noch den OECD- und EWG-Staaten, die im Interesse ihrer Handelsbeziehungen und Kredite an Griechenland vor allem auf eine Reform der Wirtschaftsressorts drängten, gelang es, Änderungen zu erreichen. Ihre Versuche stießen auf hartnäckigen Widerstand, weil das Beamtentum als eine Art Arbeitslosenunterstützung für Zehntausende funktioniert und dadurch eines der stärksten innenpolitischen Instrumente der griechischen Politiker ist.

5. Auswanderung und Gastarbeiter

Seit in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Teilpächter der ehemals türkischen Großgrundbesitze durch die neuen

64 Ebenda.

65 Statistical Yearbook 1968, S. 285.

66 Schnur, Roman: Zur Situation des Öffentlichen Dienstes in Griechenland, in: Zeitschrift für Beamtenrecht, 14. Jg. (1966), Heft 6, S. 166 f.

griechischen Besitzer vertrieben wurden, ist die Auswanderung ein Hauptmittel zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit geworden⁶⁷. In den Jahren 1900 bis 1920 wanderten jährlich 20 000 Griechen allein in die USA aus, das entsprach fast dem Bevölkerungszuwachs dieser Zeit⁶⁸. Der Zustrom der Flüchtlinge aus der Türkei 1922 konnte allerdings durch die Auswanderung nicht kompensiert werden. Gerade 1924 verschlechterten sich die Auswanderungsmöglichkeiten dadurch, daß zunächst die USA, bisher Hauptziel der Auswanderer, in den folgenden Jahren auch andere Staaten, Quoten für die Einwandereraufnahme festsetzten, die bis heute im wesentlichen aufrechterhalten worden sind⁶⁹. Die Quoten sind differenziert nach Herkunftsländern der Einwanderer und stellen eine Auswahl der Einwanderer im Hinblick auf den Arbeitsmarkt der Aufnahmeländer dar. Erwünscht sind nur junge Einwanderer mit bestimmten beruflichen Qualifikationen und gutem Gesundheitszustand, die sich rasch assimilieren und im Land bleiben. Trotz dieser Bedingungen — das griechische Landproletariat, welches die meisten Auswanderer stellt, hat keinerlei Ausbildung und will in der Regel nicht auf Lebenszeit auswandern — wurden zwischen 1951 und 1961 260 000 Auswanderer gezählt⁷⁰. Einen Sonderfall stellen die mindestens 100 000 Griechen dar, die nach dem Bürgerkrieg, meist in die sozialistischen Länder flüchteten⁷¹.

Nach dem Demographic Yearbook der UNO von 1956 lebten zwischen 1946 und 1956 — die Erhebungen für die einzelnen Länder erfolgten nicht gleichzeitig — 430 000 Personen mit griechischem Geburtsort außerhalb Griechenlands, davon in den USA 170 000, in den Ländern des Ostmitteleerraumes 300 000, die meisten von diesen in Ägypten, in Australien 25 000, in Frankreich 15 000, in der Südafrikanischen Union, England und Argentinien zusammen 35 000; dabei sind die im Ausland geborenen Nachkommen nicht berücksichtigt⁷².

Durch die griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Staaten ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland erst in den letzten Jahren gesunken. Die Zahl der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik lag bis 1959 unter 10 000; sie stieg von 13 000 im Jahre 1960 auf 125 000 im Jahre 1964 und auf knapp 200 000 im Jahre 1966, 1967 sank sie wegen der Rezession auf etwa 170 000 ab⁷³. Die Bundesrepublik hatte stets die höchste Zahl an griechischen Arbeitern unter den westeuropäischen Staaten, die EWG-

67 Kienitz, a.a.O., S. 30 f.

68 Statistical Yearbook 1968, S. 37.

69 Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., S. 47; McNeill, a.a.O., S. 9 f.

70 Statistical Yearbook 1968, S. 37, 46 ff.

71 Einen Teil dieser Emigranten stellte die slawisch-sprachige Minderheit Nordwestgriechenlands, die nach Ende des Bürgerkrieges in härtester Weise diskriminiert wurde.

72 zit. nach Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., S. 43; siehe auch Kayser/Thompson, a.a.O., 217.

73 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nürnberg 1967; Statistical Yearbook 1968, S. 38 ff.

Länder nahmen zusammen nie mehr als 250 000 griechische Arbeiter auf⁷⁴. Der Prozentsatz der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, der mit 25 % anzusetzen ist — die leicht zu widerlegende offizielle Statistik zeigt nur 6 %⁷⁵ — sank durch die befristete Arbeit im Ausland zwar auf 18 % ab. Eine Lösung des Arbeitslosenproblems aber ist sie nicht^{75a}.

6. Stadt und Land, Verkehrsverhältnisse

Die Bevölkerung der beiden Großstädte — Athen-Piräus mit heute zwei Millionen Einwohnern und Saloniki mit 380 000 — wächst seit den zwanziger Jahren erheblich schneller als die Gesamtbevölkerung; die der Provinzstädte — sie haben meist weniger als 50 000 Einwohner und sind an westeuropäischen Verhältnissen gemessen große Dörfer — stagniert; die der Dörfer geht allmählich zurück⁷⁶.

Die Einwohnerzahl Athens verdoppelte sich 1923 durch die Flüchtlinge, die wegen ihrer Herkunft aus Handel, Handwerk usw. nicht als Bauern angesiedelt werden konnten. Sie wurden in Massenlagern und Elendsquartieren am Rande der Stadt untergebracht, die sich bis heute kaum verändert haben. Ferner bedingte der Bevölkerungsdruck auf dem Lande eine ständige Abwanderung nach Athen. Schließlich wurde Athen durch die Beschränkung der Auswanderung zu einem Ersatzziel derer, die sonst nach Übersee gegangen wären. Die Landbevölkerung zog zwar auch in die Provinzstädte, doch fanden dort nur wenige Beschäftigung, die meisten wanderten bald weiter in die Hauptstadt in der Hoffnung, dort Arbeit in der Industrie, im Handel oder in einem Dienstleistungsberuf zu finden⁷⁷. Meist eine vergebliche Hoffnung.

Der Ausbau der Industrie beschränkte sich auf Athen und Saloniki, 70 % der gesamten Industrie konzentriert sich in der Hauptstadt⁷⁸. Die Landwirtschaft entwickelte sich nur in einigen Provinzen nennenswert⁷⁹. Der Fremdenverkehr beschränkt sich auf wenige Zentren.

74 Stirn, Hans: *Ausländische Arbeiter im Betrieb*, Frechen/Köln 1964, S. 142, 147.

75 *Statistical Yearbook 1968*, S. 118, dazu die Berechnungen der *Athener Wirtschaftszeitschrift Ekonomikos Tachydromos* vom 18. 10. 1962, zit. bei Kabanias, a.a.O., S. 173 f.

75a Zolotas, Xenophon: *International Labor Migration and Economic Development*, Athen 1966.

76 *Statistical Yearbook 1968*, S. 22 ff.; Kayser/Thompson, a.a.O., 201—207.

77 Kayser/Thompson, a.a.O., 218. Baxevanis, John: *Population, Internal Migration and Urbanization in Greece*. In: *Balkan-Studies*, Bd. 6, Thessaloniki 1965.

78 Kayser/Thompson, a.a.O., 402, 403.

79 Im wesentlichen durch Umstellung auf exportorientierte Produktion (Baumwolle etc.). Diese Umstellung war aber nur dort in großem Umfang möglich, wo Klima und Bodenverhältnisse ohnehin günstig waren, also in den reicheren Provinzen.

Daher bestehen in Griechenland krassere regionale Unterschiede als in jedem anderen europäischen Land. In der Provinz Attika mit der Hauptstadt Athen ist das Pro-Kopf-Einkommen um 30 % höher⁸⁰, in einigen Berggebieten hingegen um 75 % niedriger⁸¹ als der Landesdurchschnitt⁸².

Auch die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse verminderte das Gefälle zwischen den Provinzen nicht. Seitdem die Amerikaner Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre das Straßennetz aus militärischen Gründen nahezu verdoppelten, haben viele Provinzstädte wie Tripolis und Sparta auf dem Peloponnes, Florina und Edessa in Mazedonien ihre Funktion als regionale Handelszentren weitgehend eingebüßt⁸³. Trotz ihrer Erweiterung sind die Verkehrsnetze noch ungenügend und schlecht koordiniert. Offiziell umfaßt das Straßennetz 44 000 Kilometer⁸⁴. Davon existieren 18 000 Kilometer nur auf dem Papier der Planungsbehörden oder als Baustelle⁸⁵. 19 000 Kilometer sind ungepflasterte Straßen⁸⁶, vielfach nur Feldwege, mit einem Tempo von 20 Stundenkilometern zu befahren. Von den 7000 Kilometern asphaltierter Straßen benötigen die meisten neue Decken, nur die Nord-Süd-Achse Saloniki-Athen und zahlreiche, dem Militär vorbehaltene Straßen ohne jede ökonomische Bedeutung sind in gu-

80 Maddison/Stavrianopoulos/Higgins, a.a.O., S. 17.

81 Ebenda.

82 Bezeichnend für die regionalen Differenzen ist u. a. die ärztliche Versorgung der Bevölkerung. Von den 12 800 Ärzten leben 8400 in Athen und Saloniki; dort kommt auf 300 Einwohner ein Arzt, während im übrigen Griechenland auf 1360 Einwohner ein Arzt kommt (errechnet nach Statistical Yearbook 1968, S. 62 ff.). In den abgelegenen Gebieten West- und Nordgriechenlands lautet die Relation oft 1 : 5000 oder 1 : 10 000. Vgl. Kayser/Thompson, a.a.O., 222. Ähnlich sieht es mit Zahl und Verteilung der (meist privaten) Krankenhäuser aus, vgl. Statistical Yearbook 1968, S. 55. — Ein weiterer Beleg für die ungleichmäßige Entwicklung sind die Zahlen über den Analphabetismus in % der Bevölkerung über 10 Jahre:

	Griechenland gesamt	Groß-Athen	Epirus	Thrazien
Gesamt	17,78	10,09	22,39	29,53
Männer	7,59	4,55	7,02	19,11
Frauen	27,25	15,05	35,75	39,40

Statistical Yearbook 1968, S. 20; vgl. Kayser/Thompson, a.a.O., 222. Diese Zahlen werfen nebenbei ein bezeichnendes Licht auf die Rolle der Frau in der griechischen Gesellschaft.

83 McNeil, a.a.O., S. 50 ff.; Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., Statistische Anlage, Tab. 14.

84 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hrsg.): Länderkurzbericht Griechenland, Stuttgart und Mainz 1967, S. 18; Statistical Yearbook 1968, S. 266.

85 Ebenda.

86 Ebenda.

tem Zustand. Der Zustand der ungepflasterten, nicht befestigten Straßen verschlechtert sich rasch, entsprechend hoch sind die Instandhaltungskosten, die Abnutzung der teuren importierten Fahrzeuge und die Transportkosten⁸⁷. Zahlreiche Orte verfügen über keinen Zubringer zur nächsten Straße; bestimmte landwirtschaftliche Produkte können oft nur deshalb nicht angebaut werden, weil sie den Markt nicht frisch erreichen würden. Dennoch spielt sich der Hauptverkehr auf den Straßen ab^{87a}. Die Schiene tritt demgegenüber völlig zurück. Das Gleisnetz umfaßt insgesamt nur 2600 Kilometer⁸⁸, es stammt im übrigen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Alle Strecken sind einspurig, 1000 Kilometer Schmalspur⁸⁹. Das rollende Material ist völlig veraltet, der Unterbau so schlecht, daß die Züge höchstens eine Geschwindigkeit von 30—40 Stundenkilometern erreichen. Die früher durchaus bedeutende Küstenschiffahrt verlor durch den gesteigerten Bus- und Lkw-Verkehr viel von ihrer früheren Relevanz. Neben Piräus kann nur der Hafen von Saloniki bestehen, die kleineren Hafenstädte sind zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken⁹⁰.

Die Sonderstellung Athens wird deutlich in der dort zentralisierten Verwaltung. Ein OECD-Bericht von 1966 bemerkt über das Anfang des 19. Jahrhunderts von Frankreich übernommene und ohne angemessene Modifizierung einem schon bestehenden System lokaler Selbstverwaltung aufgepfropfte Verwaltungssystem: „(Es) konzentriert die Entscheidungen in den Händen der Minister, die Amtsgewalt in den Athener Ministerien. Für die meisten der Dokumente, die in anderen Ländern ein Direktor unterzeichnen kann, ist die Unterschrift des Ministers notwendig. Gleichermäßen ist der Grad an Initiative, den die Zentralregierung den lokalen und regionalen Behörden läßt, nicht sehr groß ...“⁹¹.

Die Hauptstadt ist Verwaltungs- und Handelszentrum, Mittelpunkt des Fremdenverkehrs, vor allem aber ausgedehntes Elendsquartier. Die Entwicklung Athens zum Sammelbecken des Proletariats aus dem gesamten Land verstärkte beim Bürgertum die Angst vor einer sozialistischen Revolution. Seine Befürchtungen gehen aus einem Zitat von Papalekas hervor: „Die geringe wirtschaftliche Tragfähigkeit der Hauptstadt förderte ... das bedrohliche Anwachsen einer Reservearmee des Pöbels, der mit seinen ärmlichen Siedlungen und vielfach troglodischen Behausungen einen breiten *proletarischen Gürtel* um die einstige Residenzstadt entstehen ließ. ... Athen wurde in eine gefährliche Zange genommen und in den *Zustand der Belagerung* versetzt“⁹².

87 Maddison/Stavrianopoulos/Higgins, a.a.O., S. 71 f.

88 Siehe oben Fußnote 84; Kayser/Thompson, a.a.O., 503.

89 Länderkurzbericht S. 17.

90 Kayser/Thompson, a.a.O., 502.

91 Maddison/Stavrianopoulos/Higgins, a.a.O., S. 77.

92 Glahe, W./Heuer, J./Papalekas, J. C., a.a.O., S. 19.

ZWEITER TEIL:

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION 1936 BIS 1970

1. Ursachen und Charakter der Militärdiktatur 1936 bis 1941

Die bürgerliche Revolution hatte unter anderem zur Agrarreform, zu Ansätzen einer Industrialisierung, zu ersten Gesetzen über Arbeiterschutz — die allerdings oft auf dem Papier blieben — geführt, das Verwaltungssystem wurde ausgebaut, der Rechtsschutz des Staatsbürgers durch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit verbessert, die Entwicklung des Schulwesens in die Wege geleitet (noch 1928 waren 40 % der Bevölkerung Analphabeten)⁹³.

Differenzen innerhalb der Bourgeoisie brachten Ende der zwanziger Jahre die bürgerliche Revolution zum Stillstand. Sie über-raschten zunächst, rekrutierten sich doch die beiden bürgerlichen Parteien, sowohl die Liberale Partei unter Venizelos als auch die Volkspartei⁹⁴ unter Gounaris und später Tsaldaris aus den gleichen Schichten, nämlich aus Groß- und Kleinkapitalisten, aus den Mittelschichten und dem Teil der Bauern, der ökonomisch gut gestellt war⁹⁵. Im Ergebnis verfolgten beide Parteien daher auch das gleiche Ziel: Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft gegenüber dem wachsenden Druck der Bauern und Arbeiter. Dieses Ziel versuchten sie aber auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen. War es die Taktik der Liberalen Partei, dem Druck der Massen nicht nur durch Gewalt, sondern auch durch ökonomische und politische Teilreformen zu begegnen, z. B. durch Verbesserung der Kreditbedingungen in der Landwirtschaft und Abschaffung der Monarchie, die nach der Verfassung die Kompetenzen der Parteien und des Parlamentes beschränkte, so lehnte die Volkspartei jede Konzession ab und verließ sich statt dessen auf verstärkte polizeiliche Kontrolle und Einsatz der Armee.

Um 1930 war die bürgerliche Revolution unvollendet zum Stillstand gekommen. Die Lage der Bourgeoisie wurde kritisch. Die zunehmende Krise in der Landwirtschaft, die stockende Industrialisierung, die steigende Zahl der Arbeitslosen, die hohen Auslandsschulden, deren Tilgung ein Drittel des Staatshaushaltes beanspruchte, führten während der Weltwirtschaftskrise 1932 zum Zusammenbruch der Wirtschaft, der griechische Staat erklärte den Bankrott⁹⁶.

93 Siehe Fußnote 17, ferner Tsoucalas, Constantine: *The Greek Tragedy*, Penguin Books, Harmondsworth, 1969, S. 28 ff.; Stavrianos, L. S.: *The Balkans since 1453*, New York 1959, S. 661 ff.

94 Die Volkspartei hatte sich von der Partei der Großgrundbesitzer in eine Partei des Großbürgertums verwandelt, vgl. das Kapitel „Großgrundbesitzer und Bürgertum“.

95 In den zwanziger Jahren fanden mehr als zehn Militärputsche statt. Es handelte sich durchweg um Auseinandersetzungen der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen. Politisch stand die Frage Monarchie oder Republik im Vordergrund, welches die divergierenden ökonomischen Interessen waren, ist bislang kaum untersucht.

96 Stavrianos: *The Balkans*, S. 676—687.

Zur gleichen Zeit machten die Organisationen der Bauern und Arbeiter rasche Fortschritte. Die 1918 gegründete Kommunistische Partei⁹⁷, anfangs unbedeutend wegen der geringen Zahl der Industriearbeiter, gewann Einfluß bei den Bauern und Flüchtlingen; bei letzteren sowohl unter denen bäuerlicher Herkunft als auch unter denen, die aus Handel, Handwerk usw. stammten und in den Slums von Athen lebten⁹⁸. Prozentual waren mehr Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Türkei als in Griechenland geboren⁹⁹. Am 14. Dezember 1924 schrieb der Rizospastis, das Organ der Kommunistischen Partei: „Unser Kampf ist gegen die bürgerlich-faschistische Republik gerichtet mit dem Ziel, durch Waffengewalt eine Arbeiter-, Bauern- und Flüchtlingsregierung einzusetzen¹⁰⁰.“ Dasselbe Blatt am 24. April 1925: die Partei müsse, ohne aufzuhören, eine Arbeiterpartei zu sein, „die Massen der Bauern und Flüchtlinge erobern“¹⁰¹. Diese Volksfrontpolitik hatte Erfolg. Seit 1926 waren die Kommunisten im Parlament vertreten. In der Folgezeit wurde die Linke weiter gestärkt durch Gruppen der Liberalen, die sich von ihrer Partei keine fortschrittliche Politik mehr erwarteten, ferner durch die Spaltung der 1923 entstandenen Bauernpartei, deren einer Flügel sich ebenfalls der Kommunistischen Partei anschloß. In den nördlichen Provinzen knüpfen die Kommunisten und ihnen nahestehende sozialistische Splitterparteien bei Lokalwahlen vielerorts innerhalb von drei Jahren ihre Stimmen verdoppeln¹⁰².

Das Bürgertum kämpfte von nun an nur noch um Erhaltung seiner Stellung. Es wurde in dem Maße konservativer und stellte seine eigenen Streitigkeiten zurück, in dem die Forderungen, die Streiks und lokalen bewaffneten Revolten zunahmen und immer deutlicher auf eine sozialistische Revolution zielten. Bezeichnenderweise erfolgte der Ausbau der Gendarmerie und anderer paramilitärischer Organisationen sowie die Errichtung der ersten Konzentrationslager 1929 unter der liberalen Regierung Venizelos.

Im Januar 1936 fanden Parlamentswahlen statt. Sie erbrachten für die royalistische Volkspartei und die sie unterstützenden Splitterparteien 143, für die Liberalen 141 der 300 Parlamentssitze. So lag die Entscheidung bei allen Abstimmungen bei der von den Kommunisten dominierten Volksfront mit 16 Sitzen. Zunächst bildeten die Liberalen mit den Kommunisten eine Koalition, die die Wahl von Sofoulis — nach dem Tode Venizelos' Parteiführer der Liberalen — zum Parlamentspräsidenten erreichte. Als die Koalition dann die Ernennung von Sofoulis zum Ministerpräsidenten durchsetzen wollte, drohten die Royalisten mit einem Militärputsch. Angesichts dieser Drohung

97 Kousoulas, a.a.O., S. 1 ff.

98 Pentzopoulos, Dimitri: *The Balkan Exchange of Minorities and its Impact upon Greece*, Paris — The Hague 1962, S. 190 ff.

99 Ebenda, S. 190.

100 Ebenda, S. 191.

101 Ebenda, S. 191.

102 Ebenda, S. 192; Kousoulas, a.a.O., S. 90 ff.

und der wachsenden Opposition in der eigenen Partei gegen das Bündnis mit den Kommunisten zog Sofoulis seine Kandidatur zurück. In den folgenden Verhandlungen zwischen Royalisten und Liberalen setzten erstere ihre Politik der Härte durch. General Metaxas, Vertrauensmann des Königs, wurde Premier. Die Fraktionen des Bürgertums hatten sich angesichts der wachsenden Stärke ihres Gegners, unter dem Eindruck der spanischen Ereignisse und nicht zuletzt auf Drängen Englands, welches sogenannte „stabile Verhältnisse“ in seiner Halbkolonie wünschte, wieder verbündet¹⁰³.

Doch brachte dieser Schritt dem Bürgertum nicht die erhoffte Sicherheit. Die Aktivität der Kommunistischen Partei und ihrer Verbündeten nahm weiter zu. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 1936 hatte es 350 Streiks gegeben. Ein Streik in Saloniki im Mai hatte schon Bürgerkriegscharakter. An ihm beteiligten sich Bauern der Umgebung, die Arbeiter und ein Teil der Angestellten der Stadt. Die Polizei war machtlos. Das von der Regierung eingesetzte Militär ging während der Straßenkämpfe zum Teil zu den Aufständischen über. In Saloniki und Umgebung bestand keine Regierungsautorität mehr. Die Kommunistische Partei rief zum Generalstreik auf¹⁰⁴.

Metaxas kam dem Generalstreik durch einen Staatsstreich mit Billigung des Königs und der Engländer zuvor. Am 4. August 1936 setzte er die Verfassung teilweise außer Kraft, löste das Parlament auf, verbot alle Parteien, auch die Liberale, untersagte Parteineugründungen und jede politische Betätigung, verstaatlichte die Gewerkschaften und verbot jeden Streik. Vor allem die Kommunistische Partei wurde zerschlagen, ihre Führer fast ausnahmslos in Konzentrationslager und Gefängnisse gebracht¹⁰⁵.

Zu den wichtigsten Maßnahmen des neuen Regimes gehörte die Schaffung eines Ministeriums für Öffentliche Sicherheit als Zentrale der griechischen Geheimdienste und der Polizei. Der Geheimdienst wurde nach dem Vorbild der Gestapo und des Secret Intelligence Service reorganisiert. Die 1920 von den Engländern aufgebaute Stadtpolizei und die militärisch organisierte Gendarmerie, die schon vor 1936 zur Sicherungstruppe gegen bewaffnete Streiks und Lokalrevolten umgebildet worden war, wurden verstärkt. Das Land wurde mit einem teils zivilen, teils militärischen, teils offen, teils geheim arbeitenden Sicherungsnetz überzogen, dessen Kontrolle kaum einer entgegen konnte. Ebenfalls neu geschaffen wurde das Staatssekretariat für Propaganda, dessen Hauptaufgaben die Pressezensur und die

103 Tsoucalas, a.a.O., S. 50; Stavrianos: *The Balkans*, S. 671; Kousoulas, a.a.O., S. 109 ff.

104 Stavrianos: *The Balkans*, S. 671 f.; Tsoucalas, a.a.O., S. 51; Kousoulas, a.a.O., S. 114 ff.

105 Stavrianos: *The Balkans*, S. 672 ff.; derselbe: *Greece, American Dilemma and Opportunity*, Chicago 1952, S. 28 ff.; Tsoucalas, a.a.O., S. 51 ff.; Birtles, B.: *Exiles in the Aegean*, London 1938; Kousoulas, a.a.O., S. 126 ff.

Indoktrinierung der von Metaxas gegründeten Jugendorganisation waren; als Vorbilder dienten das deutsche Propagandaministerium und die Hitlerjugend. Heer und Marine wurden verstärkt, die Luftwaffe nach dem Muster der Royal Air Force erweitert; dies trotz der wachsenden Spannungen mit Italien weniger im Hinblick auf einen Krieg mit anderen Staaten als auf den weiterhin drohenden Bürgerkrieg. Mit der vergrößerten Armee schlug Metaxas denn auch 1938 einen Aufstand nieder¹⁰⁶.

Die wirtschaftliche Lage verbesserte sich immerhin. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ließen nach; der Außenhandel mit Deutschland verdoppelte sich, gleichzeitig wuchsen die Investitionen Englands im griechischen Energie- und Verkehrssektor, die britischen Anleihen und Lieferungen von Kriegsmaterial nahmen zu. Deutschland unterstützte die Regierung Metaxas, da es sie zur Eindämmung des englischen Einflusses im Mittelmeerraum glauben zu lassen konnte; England suchte seinen durch die Achsenmächte gefährdeten Einfluß mit allen Mitteln zu erhalten. Weitgehend war die ökonomische Entwicklung Griechenlands von der Aufrüstung bestimmt, die in engem Zusammenhang mit dem Zehn-Jahres-Plan zur Arbeitsbeschaffung betrieben wurde. Die innerhalb dieses Planes erfolgende Anlage neuer Straßen, Flugplätze, Kasernen usw. war militärischer Natur, lediglich die Landgewinnung durch Entwässerung der mazedonischen Sümpfe diente zivilen Bedürfnissen¹⁰⁷.

Um nicht durch die diktatorischen Maßnahmen den gerade unterdrückten Bürgerkrieg erneut zu provozieren, wurde den Bauern ein Teil ihrer Schulden erlassen; für die Arbeiter wurden Mindestlöhne festgesetzt, Arbeitszeitbeschränkungen für Frauen und Kinder eingeführt und die Versicherung gegen Arbeitsunfälle erweitert. Diese Maßnahmen waren jedoch weitgehend formaler Natur, den Kapitalisten blieben zahlreiche Wege zur Umgehung der Bestimmungen offen¹⁰⁸. So änderte sich die ökonomische Lage der Bauern und Arbeiter zwischen 1936 und 1941 grundsätzlich nicht, während sich ihre politische drastisch verschlechterte. Die Kapitalisten erfreuten sich indessen einer Rendite von 25 %^{108a}.

2. Die Besetzung Griechenlands

Die Lage Griechenlands im Konflikt zwischen den Achsenmächten und Großbritannien komplizierte sich, als Italien wachsende Ansprüche im Mittelmeerraum anmeldete. Die Versuche, im bevorstehenden

106 Siehe Fußnote 105, ferner Schumacher, Hans: *Das neue Hellas*, Berlin 1937, S. 45 ff.

107 Stavrianos: *The Balkans*, S. 676 ff.; Schumacher, a.a.O., S. 81 ff.; Royal Institute of International Affairs and London and Cambridge Economic Service: *South-Eastern Europe; a Political and Economic Survey*, London 1939.

108 Touloupas, D.: *Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Griechenland*, Leipzig 1939.

108a Tsoucalas, a.a.O., S. 54.

henden Weltkrieg neutral zu bleiben, mußten von dem Augenblick an als gescheitert gelten, als Italien im April 1939 das Königreich Albanien annektierte und Truppen an der albanisch-griechischen Grenze konzentrierte¹⁰⁹.

Am 28. Oktober 1940 griff Italien Griechenland von Albanien aus an. Die griechische Regierung schwankte, ob sie den Italienern energisch Widerstand leisten sollte¹¹⁰. Einerseits lag Widerstand in ihrem Interesse, da eine italienische Besatzung das griechische Bürgertum nicht geschont hätte, auch hätte ein Zurückweichen vor Italien möglicherweise zu einem Aufstand größerer Truppenteile geführt. Andererseits waren nur unzureichende Maßnahmen für den Fall eines Krieges getroffen worden, die Aufrüstung der vergangenen Jahre hatte vor allem dem inneren Feind gegolten. Wollte man die Italiener zurückschlagen, mußten große Teile der unterdrückten Bevölkerung bewaffnet werden, nichts aber fürchtete das Metaxas-Regime mehr. Halb widerwillig wurde der Kampf schließlich von der Generalität aufgenommen. Wider Erwarten und dank der Unterstützung der Zivilbevölkerung gelang es der Armee, den italienischen Angriff kurz hinter den Grenzen aufzufangen und zur Gegenoffensive überzugehen. Sie konnte aber ihr Ziel, die Adriaküste, nicht erreichen. Die Erfolglosigkeit der italienischen Armee und die Verlegung englischer Einheiten nach Kreta unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, eine mehr symbolische als tatsächliche Hilfe, führten zum Eingreifen Deutschlands, denn wurde Italien nicht von Deutschland unterstützt, so drohte sein Abfall, zudem lagen die rumänischen Ölfelder, eine der wichtigsten Rohstoffquellen der deutschen Kriegsindustrie, in Reichweite der auf den Ägäisinseln stationierten englischen Luftwaffe.

Wieder schwankte die Metaxasregierung, ob sie Widerstand leisten sollte oder nicht¹¹¹. Das Bürgertum war zum größten Teil mit dem faschistischen Deutschland durch wirtschaftliche Beziehungen eng verbunden, die Intelligenz hatte vielfach an deutschen Hochschulen studiert, zahlreiche Militärs, wie Metaxas selbst, waren an der Berliner Kriegsakademie ausgebildet worden; diese mit dem nationalsozialistischen Staat sympathisierenden Gruppen hofften, durch eine rasche Kapitulation ihre privilegierten Positionen auch unter deutscher Vorherrschaft halten zu können. Ein anderer Teil des Bürgertums, durch Handelsinteressen und Ausbildung stärker an England orientiert, konnte unter deutscher Besatzung nur verlieren und sprach sich gegen Kapitulation aus. Als der Kampf endlich beschlossen wurde, war ein Teil der Generalität fest gewillt, bei der ersten Gelegenheit die Waffen niederzulegen.

109 Schramm-von Thadden, Ehrengard: Griechenland und die Großmächte im zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 1955.

110 Spencer, Floyd A.: War and Postwar Greece: An Analysis Based on Greek Writings, The Library of Congress, Washington 1952, S. 6 ff.

111 Spencer, a.a.O., S. 12 ff.; Tsoucalas, a.a.O., S. 58, Fußnote 1; Nachwort von Georgiades zu Sarafis, Stephanos: In den Bergen von Hellas, Berlin (DDR) 1964, S. 535 f.

Um den bevorstehenden deutschen Angriff abzuwehren, verlegten die Engländer 60 000 Mann nach Griechenland. Sie wurden jedoch nicht eingesetzt, da der deutsche Angriff im April 1941 taktisch anders als erwartet verlief und die griechischen Armeen von der englischen abschnitt¹¹². Für die griechische Armee unterschrieb General Tsolakoglou die Kapitulation, als große Truppenteile noch weiterkämpfen wollten. Dafür wurde er von den Deutschen später mit dem Amt des Ministerpräsidenten der Quislingregierung belohnt. Die Engländer zogen sich auf Kreta zurück, mußten aber auch diese Stellung bald räumen. Deutsche und in deren Gefolge bulgarische und italienische Truppen besetzten Griechenland. Ohne ihren bisherigen Ministerpräsidenten Metaxas, der während des deutschen Einmarsches gestorben war, floh die Regierung nach Kairo, wo sie bis zum Abzug der Deutschen aus Griechenland im Oktober 1944 blieb. Sie war von allen folgenden Ereignissen in ihrem Land getrennt und in jeder Hinsicht von den Engländern abhängig.

3. Résistance 1942 bis 1944

Nach der Okkupation Griechenlands setzten die Deutschen eine Marionettenregierung ein, erst unter General Tsolakoglou, dann unter Logothetopoulos und Rallis. Die Besatzung fand unter dem Bürgertum zahlreiche Kollaborateure. Die Marionettenregierungen wurden von denen unterstützt, die an der Stationierung der deutschen Truppen verdienten oder weiterhin nach Deutschland exportierten. Abgelehnt wurden sie meist von denen, deren Geschäfte durch die Kriegsverhältnisse zum Erliegen kamen, und die auf eine Befreiung Griechenlands durch die Engländer hofften; meist leisteten sie keinen aktiven Widerstand¹¹³.

Wie in den anderen okkupierten Ländern riß die deutsche Industrie auch in Griechenland einen großen Teil der Produktion durch Zwangsverkäufe, Zwangsverpachtungen und langfristige Lieferverträge an sich. In einem deutschen Bericht vom September 1941 heißt es: „Nach der Besetzung Griechenlands sind eine Reihe deutscher Beteiligungen an griechischen Gesellschaften, insbesondere an Bergbauunternehmen, eingegangen (worden). Insgesamt wurden bisher Beteiligungen im Werte von ... über 40 Millionen Reichsmark erworben. Für Griechenland muß eine solche Beteiligung als erheblich ange-

112 Papagos, Alexander: *The German Attack on Greece*, London 1946 (deutsche Übersetzung unter dem Titel: *Griechenland im Kriege 1940—41*, Bonn 1954); Schramm-von Thadden, a.a.O.

113 Kédros, André: *La Résistance Grecque (1940—1944)*. *Le combat d'un peuple pour sa liberté*, Paris 1966, S. 77 ff.; Woodhouse, C. M.: *Apple of Discord. A Survey of Greek Politics in Their International Setting*, London 1948, S. 12 ff.; Xydis, Stephen G.: *The Economy and Finances of Greece under Axis Occupation in 1941—42*, Pittsburgh 1943.

sehen werden¹¹⁴.“ Allein Krupp sicherte sich bis Mai 1941 jährliche Erzförderungen im Wert von 13 Millionen Reichsmark¹¹⁵.

Die Initiative zur koordinierten Organisation des Widerstandes ergriff die KPG, die sich als erste politische Partei des Landes von der Zerschlagung durch das Metaxas-Regime erholte. Nach der Gründung der Hilfsorganisation „Nationale Solidarität“ im Mai 1941 und der „Nationalen Befreiungsfront der Arbeiter“ im Juli desselben Jahres wurde unter Führung der KPG und unter Beteiligung einer Reihe kleiner sozialistischer Splitterparteien — der Union der Volksdemokratie (ELD) unter Tsirimokos, der Bauernpartei unter Gavrielidis und der Sozialistischen Partei Griechenlands (SKE) unter Svolos — im September die „Nationale Befreiungsfront“ (EAM) ins Leben gerufen. Einige kleinere Splitterparteien schlossen sich später dem Volksfrontbündnis an, während Verhandlungen mit den in Griechenland verbliebenen Führern der bürgerlichen Parteien ergebnislos blieben. Doch wenn sich auch die angestrebte breite Volksfront an der Spitze nicht realisieren ließ, so wurde sie dafür an der Basis Wirklichkeit. Der große Zulauf vor allem der traditionell venizelistisch orientierten Bauern, dessen sich die EAM unter der Parole des nationalen Befreiungskampfes bald erfreute, war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die EAM in ihrem Programm bewußt darauf verzichtete, die Forderung nach einer sozialistischen Umwandlung des Landes im Anschluß an die Befreiung zu stellen. Von dem Programm der „nationalen und sozialen Befreiung“, das die KPG auf ihrem 6. Plenum im Juli 1941 für die Widerstandsbewegung formuliert hatte, wurde in das Gründungsdokument nur noch die Forderung nach freier Entscheidung des griechischen Volkes über die Zukunft der Monarchie aufgenommen, eine Forderung, die breiter Zustimmung sicher sein konnte, da man König Georg zu Recht für den Staatsstreich des 4. August 1936 und das Metaxas-Regime verantwortlich machte¹¹⁶.

Die EAM formulierte ihre Ziele folgendermaßen: „1. Die Befreiung der Nation vom derzeitigen fremden Joch und die Eroberung der vollständigen Unabhängigkeit des Landes. 2. Sobald die fremden Besatzer verjagt sein werden, die Bildung einer provisorischen Regierung der EAM, einer Regierung, deren einzige Aufgabe es sein wird, Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auszuschreiben, gewählt nach dem Verhältniswahlrecht, damit das Volk souverän entscheiden kann über die Regierungsform, die es sich geben will. 3. Die Sicherung und die Verteidigung dieses souveränen Rechts des griechischen Volkes, über seine Regierungsform zu entscheiden gegen jeden reaktionären Versuch, dem Volk seinem Willen entgegengesetzte Lösungen aufzuzwingen und die Neutralisierung eines solchen Versu-

114 Zit. in: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. und eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin (DDR) 1969, S. 354 f.

115 Ebenda, S. 330.

116 Vgl. Kédros, a.a.O., S. 103 ff., 107 ff.

ches durch alle Mittel, über die die EAM und ihre Organe verfügen könnten¹¹⁷.“

In den Berggebieten Nord- und Mittelgriechenlands, die wegen des schlechten Straßen-, genauer: Feldwegnetzes¹¹⁸ kaum zugänglich waren, bestand nur eine schwache Kontrolle durch die Besatzungstruppen und die Athener Regierung; hier hatte die EAM ihre ersten und größten Erfolge. Ständig wurden neue Guerillaeinheiten aufgestellt, die die deutschen Außenposten und Transporte überfielen und die von der Athener Regierung abhängigen Verwaltungsorgane angriffen. Im April 1942 wurden die Guerillaeinheiten der EAM zur Nationalen Befreiungsarmee ELAS zusammengefaßt, um ihre Aktionen besser koordinieren und damit wirkungsvoller machen zu können. Um die politische Kontrolle der ELAS zu gewährleisten, war das Hauptquartier den Weisungen des Zentralkomitees der EAM unterstellt; alle höheren Kommandos der Befreiungsarmee waren dreigeteilt: neben dem militärischen Befehlshaber standen ein politischer Kommissar und der Kapetanios mit seinem halb militärischen, halb politischen Aufgabenbereich, er war verantwortlich für die Beziehungen zwischen der Guerillaeinheit und der Bevölkerung¹¹⁹. 1943 war es der EAM/ELAS gelungen, die Kontrolle der Deutschen und der Regierung Rallis auf die Städte, einige wenige Hauptstraßen und die Eisenbahnlinie Saloniki — Athen zu reduzieren¹²⁰. In den befreiten Gebieten baute die EAM ein eigenes Regierungssystem auf. In jedem Dorf wurden durch Wahlen — die ersten Wahlen in Griechenland, an denen Frauen teilnahmen — Komitees für Schul- und Kirchenfragen, für Ernährung, Soziales und Sicherheit geschaffen. Die Aufsicht über die Tätigkeit dieser Komitees lag bei einem ebenfalls gewählten Kontrollorgan. Jedes Dorf hatte ein aus Wahlen hervorgegangenes und jederzeit wieder abwählbares Gericht. 1944 bildete die EAM eine Provisorische Regierung, die PEEA, welche die örtlichen Selbstverwaltungen koordinierte, Steuern einzog, mit denen z. B. die Verpflegung der ELAS und die Bezahlung der Lehrer sichergestellt wurde, und bei der die oberste gerichtliche Instanz ihren Sitz hatte¹²¹. Auch

117 Kédros, a.a.O., S. 108.

118 McNeill, William Hardy: *The Greek Dilemma. War and Aftermath*, Philadelphia and New York 1947, S. 62.

119 Kédros, a.a.O., *passim*; Woodhouse, a.a.O., *passim*; Sarafis, a.a.O., *passim*.

120 Ebenda.

121 „The initiative of EAM-ELAS justified their predominance ... Having acquired control of almost the whole country, except the principal communications used by the Germans, they had given it things that it had never known before. Communications in the mountains, by wireless, courier, and telephone, had never been so good before or since; even motor roads were mended and used by EAM-ELAS. Their communications extended as far as Crete and Samos, where guerillas were already in the field. The benefits of civilisation and culture trickled into the mountains for the first time. Schools, local government, lawcourts, and public utilities, which the war had ended, worked again. Theatres, factories, parlia-

in den Städten wuchs die EAM. Die ihr angeschlossene neu gegründete Gewerkschaft etwa konnte durch Massenstreiks und Demonstrationen in Athen verhindern, daß bereits zusammengestellte Transporte von Zwangsarbeitern in Arbeitslager nach Deutschland verschleppt wurden¹²². 1944 kontrollierte die EAM/ELAS vier Fünftel des Landes. Die Stärke der ELAS betrug 100 000 Mann, anderhalb Millionen waren Mitglieder der EAM, weitere 600 000 bildeten die EPON, die Jugendorganisation der EAM. Die Kommunistische Partei allein hatte eine halbe Million Mitglieder¹²³.

Die sich später konstituierenden Widerstandsgruppen EDES unter Zervas (Operationsgebiet Epirus, Stärke 5000—10 000 Mann) und EKKA unter Psarros (Operationsgebiet Parnass) fanden keine Massenbasis und ihr Einfluß blieb regional. Um einige Politiker und Militärs republikanisch-venizelistischer Provenienz gruppiert, traten sie zunächst mit recht diffuser „sozialistischer“ Programmatik und unter antimonarchistischer Flagge auf, degenerierten aber sehr bald zu reinen Werkzeugen der Engländer. Diese überschütteten sie mit Geld, Waffen und Ausrüstung, um sie als Gegengewicht zu der immer mächtiger werdenden EAM aufzubauen. Hatten sie sich im Anfang bei der Bekämpfung der Besatzungstruppen unzweifelhaft Verdienste erworben, z. T. in gemeinsamen Aktionen mit EAM/ELAS, so konzentrierten sie sich, je näher der Tag der Befreiung rückte, mehr und mehr auf die Bekämpfung der EAM/ELAS und gingen dabei bis zur Kollaboration mit der Quislingregierung in Athen und den deutschen Truppen¹²⁴.

Im Kampf der Guerillas gegen die Besatzungstruppen und untereinander spielten die Engländer eine bedeutende Rolle. Sie unterstützten durch Kriegsmaterial und Geld zunächst alle Partisanen, da ihnen daran lag, daß die Hauptnachschiebelinie für die Rommel-Armee, die durch Griechenland lief, unterbrochen wurde; ferner sollten die Partisanen bei der Eröffnung einer zweiten Front gegen die Achsenmächte behilflich sein, die ursprünglich für Griechenland vorgesehen war, später, als die Invasion für Italien geplant war, sollten sie durch gesteigerte Aktivität die Deutschen dazu verleiten, Truppen aus Italien nach Griechenland zu verlegen und dadurch die Landung der Alliierten erleichtern. Im Sommer 1942 setzten die Engländer einige Verbindungsoffiziere über Griechenland ab, die die Partisanen für

mentary assemblies began for the first time.“ Stavrianos, L. S.: *Greece: American Dilemma and Opportunity*, Chicago 1952, S. 9. Vgl. Kédros, a.a.O., S. 407 ff.; McNeill, *Dilemma*, S. 74 ff., 96 ff., 110 ff.

122 Kédros, a.a.O., S. 188 ff.

123 Unterschiedliche Angaben bei den verschiedenen Autoren.

124 Kédros, a.a.O., S. 111 ff., 237 ff., 269 ff., 399 ff.; Sarafis, a.a.O., S. 203 ff., 218 ff., 259 ff., 376 ff.; McNeill, *Dilemma*, S. 65, 71 ff., 103 ff.; Woodhouse, C. M.: *Zur Geschichte der Résistance in Griechenland*. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 6 (1958), Heft 2; derselbe: *Apple of Discord*, passim; Churchill, Winston S.: *Der Zweite Weltkrieg*. Sechster Band, Erstes Buch, Bern 1953, S. 137.

eine Zusammenarbeit gewinnen und in ständiger Funkverbindung mit dem britischen Hauptquartier Nahost stehen sollten. Die beiden militärischen Ziele der Engländer wurden erreicht, da sie auch die der Partisanen waren: Rommels Nachschublinie wurde durch die Sprengung der Gorgopotamosbrücke unterbrochen und die Deutschen verlegten mehrere Divisionen nach Griechenland¹²⁵.

Im Gegensatz zu den militärischen Planern im Hauptquartier Nahost sah das Britische Foreign Office die wachsende Macht der EAM/ELAS mit Sorge und setzte ungeachtet der strategischen Erfordernisse im Kampf gegen die Achsenmächte politische Prioritäten durch. Das Machtmonopol der EAM/ELAS gefährdete den britischen Plan, den Status Griechenlands als Protektorat Großbritanniens durch die Rückkehr des Königs und die Herrschaft der probritischen Fraktion des Großbürgertums für die Nachkriegszeit zu sichern. Bereits im Frühjahr 1943 bereitete Churchill planmäßig den Bürgerkrieg vor, den er zur Durchsetzung seiner Ziele für unvermeidlich hielt¹²⁶.

Nicht nur die EAM behinderte die englische Politik. In Ägypten standen reguläre griechische Truppen. Sie waren teils durch die Exilregierung aus den griechischen Kolonien im Mittelmeerraum rekrutiert worden, teils bestanden sie aus Freiwilligen, die vor den Deutschen aus Griechenland geflohen waren. Nachdem auf Drängen der Engländer, die eine Einigung der bürgerlichen Fraktionen im Hinblick auf die künftige Restauration der Bourgeoisie verlangten, einige liberale Politiker in die Exilregierung eingetreten waren, erfolgte auch in der Armee eine entsprechende Verschiebung der Machtverhältnisse. Im Frühjahr 1943 kam es zu zwei Meutereien. Die erste war eine Revolte liberaler, republikanischer Offiziere gegen die royalistischen Offiziere, die ihre Karriere weitgehend Metaxas verdankten und die Schlüsselpositionen der Armee innehatten. Mit Unterstützung der Mannschaften setzten die Republikaner eine Umorganisation der Militärverwaltung und teilweise Neubesetzung der höchsten Armeeposten in ihrem Sinne durch¹²⁷. Die zweite Meuterei wenige Wochen später war eine Revolte der Mannschaften gegen die eben avancierten republikanischen Offiziere, da diese eine völlige Säuberung der Armee von ehemaligen Metaxasanhängern verweigerten, vor allem aber das Verlangen der Mannschaften auf Anerkennung der Provisorischen Regierung der EAM nicht unterstützten. Diese zweite Meuterei, die das Übergreifen des Bürgerkrieges auf die reguläre Armee der Exilregierung bedeutete, wurde, da die Exilregierung selbst machtlos war, von englischen Truppen niedergeschlagen. An die Spitze der wenigen Truppenteile, die sich an dem Aufstand nicht beteiligt hatten, wurden wieder royalistische Offiziere gesetzt¹²⁸.

125 Kédros, a.a.O., S. 150 ff.

126 Im April 1943 erhielt der englische Verbindungsoffizier bei den Partisanen, Myers, Geheiminstruktionen aus dem Hauptquartier in Kairo, in denen es hieß, daß „der Bürgerkrieg nach der Befreiung Griechenlands unvermeidlich“ sei. Kédros, a.a.O., S. 267.

127 McNeill, Dilemma, S. 118 ff.; Stavrianos, Greece, S. 106 ff.

128 Ebenda; Kédros, a.a.O., S. 411 ff.

Es zeigte sich bald, daß die politische Führung der EAM ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. In offensichtlicher Unterschätzung der Volksbewegung, an deren Spitze sie sich plötzlich gestellt sah, und unfähig, die politischen Manöver der Briten und der mit ihnen kollaborierenden griechischen Bourgeoisie zu durchschauen, betrieb sie eine Politik der Kompromisse, die die Verwirklichung des EAM-Programms verhinderte¹²⁹.

Bei den Libanon-Verhandlungen im Mai 1944 erreichten die Engländer eine Vertagung der Frage der künftigen Verfassung Griechenlands und damit einen Zeitgewinn. Zwischen der EAM auf der einen Seite und den griechischen Exilpolitikern und Briten auf der anderen Seite wurde vereinbart, daß fünf Mitglieder der EAM in die Exilregierung unter Papandreou eintraten, sie also zunächst einmal anerkannten, obwohl sie nicht aus Wahlen hervorgegangen war und keinerlei Basis in Griechenland hatte¹³⁰. Bei den Caserta-Verhandlungen im September 1944 erreichten die Engländer eine indirekte Kontrolle der ELAS. Es wurde vereinbart, daß sich die ELAS einstweilen der Exilregierung zur Verfügung stellte, die sie wiederum den Engländern unterstellte¹³¹.

Im Oktober 1944 schloß Churchill mit Stalin ein Abkommen über die künftige Abgrenzung der sowjetischen und englischen Interessen auf dem Balkan¹³². Das Abkommen gab England die Sicherheit, daß die UdSSR eine britische Intervention in Griechenland dulden würden. Churchill schlug vor, daß Rumänien nach dem Krieg zum russischen, Griechenland zum englischen Einflußbereich gehören sollte, für Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien wollte er den Einfluß der beiden Großmächte jeweils in Prozenten fixieren. Während dieser Vorschlag für Stalin übersetzt wurde, notierte Churchill die Prozentziffern noch einmal auf einem Blatt Papier. In Churchills Memoiren heißt es dazu: „Ich schob den Zettel Stalin zu, der mittlerweile die Übersetzung gehört hatte. Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er seinen Blaustift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit als sie zu schildern.

129 Von verschiedenen Autoren wird angenommen, daß die nachgiebige Haltung der EAM gegenüber den Briten auf den Wunsch der UdSSR, die die Anti-Hitler-Koalition der Großmächte nicht habe gefährden wollen, zurückzuführen sei (Stavrianos, *The Balkans*, S. 816; Kousoulas, a.a.O., S. 193; Tsoucalas, a.a.O., S. 77). Die verfügbaren Quellen stützen diese These nur höchst unzureichend. Bevor sich nicht die noch lebenden EAM-Führer geäußert haben, ist ein abschließendes Urteil unmöglich.

130 Kédros, a.a.O., S. 416 ff.; Sarafis, a.a.O., S. 274 ff.; Leeper, Reginald: *When Greek meets Greek*, London 1950, S. 50 ff.

131 Kédros, a.a.O., S. 461 ff.; Sarafis, a.a.O., S. 362 ff.; McNeill, Dilemma, S. 147 f.; Sweet-Escott, Bickham: *Greece. A Political and Economic Survey, 1939—1953*, London and New York 1954, S. 29 ff.

132 Xydis, Stephen G.: *America, Britain and the USSR in the Greek Arena, 1944—1947*. In: *Political Science Quarterly*, Vol. LXXVIII (1963); Stavrianos, *The Balkans*, S. 801 f.; Kédros, a.a.O., S. 426 ff.; Xydis, Stephen G.: *The Secret Anglo-Soviet Agreement on the Balkans of October 9, 1944*. In: *Journal of Central European Affairs*, 15, 1955.

... Diesmal trat ein langes Schweigen ein. Schließlich sagte ich: ‚Könnte man es nicht für ziemlich frivol halten, wenn wir diese Fragen, die das Schicksal von Millionen Menschen berühren, in so nebensächlicher Form behandeln? Wir wollen den Zettel verbrennen.‘ ‚Nein, behalten Sie ihn‘, sagte Stalin¹³³.“

Militärisch wurde die Intervention abgesichert durch die erneute Ausrüstung und Reorganisation der EDES, die bereit sein sollte, gleichzeitig mit englischen Truppen die ELAS anzugreifen. Wieder aus Churchills Memoiren: „Eines mußte vor allem vermieden werden, nämlich ein politisches Vakuum in Griechenland. Am 29. August sagte ich in einem Memorandum: ‚Es ist höchst wünschenswert, ohne vorherige Krise aus heiterem Himmel zuzuschlagen, denn es ist die beste Art, der EAM zuzuvorkommen.‘ Der Plan bestand im wesentlichen darin, Athen und seinen Flugplatz durch eine Fallschirmjägerbrigade zu besetzen, vier Jagdfliegerstaffeln hinzuverlegen, den Piräus von Minen zu räumen, dort Verstärkungen aus Ägypten zu landen und das frühe Eintreffen der griechischen Minister zu sichern¹³⁴.“

Während Churchill zum entscheidenden Schlag gegen die EAM/ELAS ausholte, glaubte die Führung der KPG offenbar bis zuletzt, durch einen strikt legalistischen Kurs die Engländer zur Einhaltung der „demokratischen Spielregeln“ bewegen und einer friedlichen politischen Entwicklung den Weg ebnen zu können. Dies ging offensichtlich nicht ohne Auseinandersetzungen mit wenigstens einem Teil der Guerillaführer ab, die, wie Aris Veluchiotis, im Bewußtsein der Macht der EAM/ELAS die Auseinandersetzung mit den Engländern aufnehmen wollten; auf ihrem 10. Plenum kritisierte die Partei einige Genossen wegen anti-englischer Polemik als Linksabweichler¹³⁵. Sie blieb konsequent bei ihrer illusionären Linie; als nach dem deutschen Abzug die ersten britischen Truppen in Athen eintrafen, wurden sie vom KPG-Zentralorgan „Rizospastis“ am 24. Oktober 1944 als „die tapferen Söhne des freiheitliebenden alliierten Großbritannens“ begrüßt, die gekommen sind, „um den Kampf gegen den zurückweichenden Feind fortzusetzen“¹³⁶. Fehlerhafter konnte die Beurteilung der politischen Lage nicht sein. Sie wurde blutig bezahlt.

4. Britische Intervention und Restauration der bürgerlichen Herrschaft

Im Oktober 1944 zogen die Deutschen ab. Ihr Rückzug war bereits durch die Rote Armee, die in Bulgarien und Rumänien stand, gefährdet, sie wollten zusätzliche Kämpfe mit den Engländern in Griechenland vermeiden. Über die EDES und verschiedene Athener Politiker traten sie mit den Engländern in Verbindung. Gegen die Zusicherung freien Abzugs teilten sie Zeitpunkt und Verlauf ihres Rückzuges mit, was den Briten und der EDES erlaubte, einige geräumte Gebiete un-

133 Churchill, a.a.O., S. 269 f.

134 Churchill, a.a.O., S. 332.

135 Saranda chronia tou K.K.E. 1918—1958, Athinai 1964, S. 500.

136 Ebenda, S. 510.

verzüglich, noch vor der EAM, unter Kontrolle zu bekommen¹³⁷. Zwei Tage nach der Räumung Athens trafen britische Truppen, zwei griechische Brigaden, die als Privatarmee der Rechten bekannt waren, und die Exilregierung in der Hauptstadt ein; nur der König blieb wegen der ungeklärten Lage einstweilen in London. Diese Aktion — von den Engländern „Befreiung Griechenlands“ genannt, obgleich Griechenland längst durch die EAM/ELAS befreit war — verlief genau nach dem oben zitierten Plan.

Papandreou erfüllte in den folgenden Wochen nur die Wünsche der Engländer, die ihm durch deren Botschafter Leeper und General Scobie in oft ultimativer Form vorgelegt wurden. Sie hatten nur eine Tendenz: Schwächung der EAM. Papandreou erfüllte hingegen keine der Zusicherungen, die er in früheren Verhandlungen der EAM gegeben hatte: weder traf er Maßnahmen zur Stabilisierung der von den Deutschen verwüsteten Wirtschaft oder zur Eindämmung der Inflation, noch setzte er die Bestrafung der Kollaborateure durch oder die Auflösung der Athener Polizei, die durch ihre Tätigkeit unter Metaxas und den Deutschen kompromittiert war. Auch die Organisation X (sprich: Chi) unter Oberst Grivas, eine extrem antikommunistische paramilitärische Truppe, die seit 1943 bzw. 1944 mit deutscher Unterstützung die EAM bekämpft hatte, blieb unbehellig¹³⁸. Anfang Dezember forderte Papandreou im Auftrag der Engländer die EAM auf, ihre Armee, die ELAS, zu demobilisieren. Dies bedeutete nichts weniger, als daß die EAM der Restauration des Bürgertums zustimmen sollte. Sie lehnte ab und die EAM-Minister traten aus der Koalitionsregierung aus. Es gab keinen Zweifel, daß der Bürgerkrieg in eine neue Phase trat.

Spätesten zu diesem Zeitpunkt hätte die EAM ihre politische Linie ändern müssen. Doch die Entschlossenheit der Briten wurde weiterhin verkannt. Der Austritt der EAM-Minister aus der Koalitionsregierung blieb reine Demonstration. Das große militärische und politische Potential wurde nicht genutzt.

Am 3. Dezember 1944 schoß die Athener Polizei auf eine unbewaffnete EAM-Demonstration. Die Antwort der ELAS war ein Überfall auf alle Athener Polizeistationen und das Hauptquartier der Organisation X. Nur das Eingreifen englischer Truppen verhinderte die Vernichtung einiger Polizeiposten und der Zentrale von X. Die Fehleinschätzung der politischen Situation lähmte die EAM aber weiterhin, sie gab der ELAS Anweisung, Zusammenstoßen mit britischen Einheiten auszuweichen und versäumte so den für den Angriff günstigsten Augenblick¹³⁹. Dies gab den Engländern Gelegenheit, ihre Vorbereitungen für den Kampf um Athen weiter zu verbessern. Telegramm Churchills an General Scobie vom 5. Dezember 1944: „Es

137 Hampe, Roland: Die Rettung Athens, Wiesbaden 1955, S. 21 ff.

138 Leeper, a.a.O., passim; Stavrianos, Greece, S. 122 ff.; McNeill, Dilemma, S. 153 ff.; Sweet-Escott, a.a.O., S. 34 f.

139 Kédros, a.a.O., S. 485 ff.; Stavrianos, Greece, S. 139 ff.; McNeill, Dilemma, S. 166 ff.; Sweet-Escott, a.a.O., S. 36 ff.

wäre selbstverständlich gut, wenn sich die griechische Regierung mit ihrer Autorität hinter Ihre Kommandogewalt stellte ... Zögern Sie aber nicht, so zu handeln, als befänden Sie sich in einer eroberten Stadt, in der ein örtlicher Aufstand ausgebrochen ist ... Wir müssen unsere Position und Autorität in Athen behaupten¹⁴⁰." Telegramm Churchills an Botschafter Leeper vom gleichen Datum: „Es ist jetzt nicht der Moment, in der griechischen Innenpolitik nur herumzupfuschen und sich einzubilden, daß die dortigen Politiker jeglicher Schattierung die Lage beeinflussen können. Kümmern Sie sich nicht um die Zusammensetzung der griechischen Regierung. Es geht um Leben und Tod ... Sie müssen Papandreou versichern, daß er von unserer Seite unterstützt werden wird, falls er seine Pflicht tut. Die Tage sind längst vorbei, da irgendwelche Politiker auf diesen rebellischen Pöbel einwirken konnten. Nur wenn er mit uns zusammengeht, hat Papandreou eine Chance, sich durchzusetzen¹⁴¹.“ Während die Engländer ihre Vorbereitungen trafen, blieb das Hauptquartier der ELAS tagelang ohne weitere Anweisung. Erst am 10. Dezember gab die EAM Befehl, die englischen Verbände in Athen, ferner die EDES im Epirus anzugreifen. Dieser Befehl war ein Kompromiß: die ELAS erhielt nicht die Erlaubnis, gegen das inzwischen von den Briten besetzte Saloniki vorzugehen. Thessalische und macedonische ELAS-Einheiten griffen von verschiedenen Richtungen aus die EDES an, überrannten ihre Stellungen und rieben sie völlig auf, bis zur Adriaküste getriebene Reste der EDES wurden von englischen Schiffen evakuiert. In Athen verfügte die ELAS über 8000 Mann und die sogenannte ELAS-Reserve, die allerdings nicht militärisch geübt war. Die Engländer hielten mit 6000 Mann, die beiden griechischen Brigaden eingerechnet, die Innenstadt, den Flugplatz, den Hafen und eine Verbindungsstraße zwischen Hafen und Innenstadt. Ihre bessere Bewaffnung wog die anfängliche zahlenmäßige Unterlegenheit auf. Während die Briten weitere Divisionen aus Italien einfliegen und den Aufbruch der griechischen Nationalgarde forcierten — diese politisch extrem rechts stehende Truppe zählte Ende Dezember 20 000 Mann — konnte die ELAS nur langsam Verstärkungen heranzuführen, motorisierte Einheiten hatte sie nicht, die Eisenbahnlinie war zerstört, und die englische Luftwaffe bombardierte tagsüber alle nach Athen führenden Straßen. Ende Dezember hatte General Scobie 80 000 Mann unter seinem Kommando. Nachdem ein letzter Großangriff der ELAS auf das Stadtzentrum wegen schlechter Koordinierung der eingesetzten Truppen gescheitert war, wurde sie in die Defensive gedrängt. In der Nacht vom 4. auf den 5. Januar 1945 zog sie sich aus Athen zurück¹⁴².

Am 11. Januar wurde ein Waffenstillstand vereinbart, am 12. Februar das Abkommen von Varkiza geschlossen. Letzteres sah vor, daß

140 Churchill, a.a.O., S. 338.

141 Churchill, a.a.O., S. 339.

142 Sarafis, a.a.O., S. 489 ff.; Kédros, a.a.O., S. 485 ff.; Stavrianos, Greece, 139 ff.; McNeill, Dilemma, S. 176 ff.

1. die ELAS innerhalb von zwei Wochen ihre Waffen übergab,
2. die EAM und die kommunistische Partei als legale Organisationen galten,
3. Parlamentswahlen und ein Plebiszit über die Rückkehr des Königs innerhalb eines Jahres stattfanden (einstweilen wurde Damaskinos, Erzbischof von Athen, von den Engländern als Regent eingesetzt),
4. eine Amnestie für die an den Dezemberkämpfen Beteiligten erlassen wurde,
5. eine Säuberung der Verwaltung, Armee, Nationalgarde, Polizei und Gendarmerie von Kollaborateuren und ehemaligen Anhängern des Metaxas-Regime stattfand¹⁴³.

Das Varkiza-Abkommen war ein folgerichtiger Schritt auf der Linie der Kompromisse, die die EAM seit dem Libanon-Abkommen verfolgt hatte. Die ELAS übergab gemäß dem ersten Punkt des Abkommens die Waffen und verzichtete damit auf das einzige Mittel, mit dem die Erfüllung der übrigen Punkte des Vertrages hätte erzwungen werden können.

Die rasch wechselnden, meist von den Royalisten dominierten Kabinette der Jahre 1945 bis 1947 waren weitgehend machtlos. Tatsächlich wurden die Regierungsgeschäfte von den englischen Missionen geführt¹⁴⁴. Die Militärmission baute die griechische Armee und Nationalgarde auf und sorgte durch entsprechende Besetzung der Schlüsselpositionen dafür, daß sie zu reinen Instrumenten der Royalisten bzw. der englischen Kolonialpolitik wurden. Der Polizeimission unterstanden Gendarmerie und Polizei. Die Wirtschaftsmission wachte darüber, daß die englischen Anleihen in Höhe von 300 Millionen Dollar zu zwei Drittel für militärische Zwecke verwendet wurden; von einem Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft war nicht die Rede, 1946 machten die militärischen Ausgaben 50 % des griechischen Staatshaushaltes aus. Engländer dominierten auch bei der Verteilung der von der UNRRA — einer Hilfsorganisation der UNO — gewährten Lebensmittel- und Medikamentenlieferungen, folglich gelangten diese

143 Sarafis, a.a.O., S. 526 ff.; Kédros, a.a.O., S. 517 ff.; Stavrianos, Greece, S. 143; McNeill, Dilemma, S. 195.

144 Sweet-Escott schreibt, die Engländer seien gezwungen gewesen, eine Reihe griechischer Regierungen ohne verfassungsmäßige Rechtfertigung und Autorität zu stützen „and in the meantime to do most of the work of government themselves. To enable them to do so, a growing host of technical advisers were imported and at least three major missions were sent to the country — the Economic and Financial Mission, Legal Mission, and the Police and Prisons Mission ...“ Sweet-Escott, a.a.O., S. 43. Siehe auch McNeill, Dilemma, S. 220 ff.; Byford-Jones, W.: The Greek Trilogy, London 1946; Dodd, N./Tiffany, L./Solley, L.: Tragedy in Greece, London 1946; Leslie, L. J.: Greece: The Facts, London 1946.

Lieferungen nur selten zu den am schlechtesten gestellten Schichten der Bevölkerung, denn diese sympathisierten mit der EAM¹⁴⁵.

Die Royalisten fanden sich leicht damit ab, daß kein Minister ohne Zustimmung der Engländer eine Entscheidung fällen konnte, da ihre Stellung nur durch die Anwesenheit der Engländer garantiert war und deren Entscheidungen ihren Wünschen entsprachen. Auch die Liberalen akzeptierten in der Regel den kolonialen Status des Landes, da dieser ihnen lieber war als die einzige Alternative: Herrschaft der EAM. Es war eine Ausnahme, daß der liberale Ministerpräsident Plastiras Anfang 1945 gegenüber dem englischen Botschafter äußerte: „Wir wollen nicht wie eine Negerkolonie behandelt werden.“ Plastiras wurde sofort gestürzt¹⁴⁶.

Instrumente der Briten und Royalisten waren neben Armee, Nationalgarde, Polizei und Gendarmerie eine Vielzahl nicht unmittelbar staatlich kontrollierter Organisationen. Die wichtigste wurde die Organisation X unter Grivas, die als lockere Dachorganisation der meisten anderen fungierte und schließlich 200 000 Mann umfaßte. Ihnen überließen britische und griechische Dienststellen die Methoden bei der planmäßigen Verfolgung der Linken, die auch durch das seit den Dezemberkämpfen herrschende Kriegsrecht nicht zu decken waren, unterstützten sie mit Geld und Waffen, leugneten aber offiziell jede Verbindung ab¹⁴⁷. „Die EAM veröffentlichte laut Chronology of International Events and Documents einen Aufruf, in dem es u. a. heißt, die gesamte Staatsmaschinerie: Armee, Polizei und Justiz seien von nichtentfernten Faschisten und Kollaborateuren beherrscht. Die ganze Widerstandsbewegung werde grausam verfolgt, 60 000 Mann der Befreiungsarmee würden unterdrückt, gemartet, gedemütigt, eingekerkert und gemordet. Statt Gesetz und Ordnung herrschten zahlreiche bewaffnete Banden, die durch staatliche Organe geduldet oder unterstützt würden, und Dörfer umzingeln, Massenverhaftungen vornehmen, morden, plündern und Grausamkeiten verüben¹⁴⁸.“ „Die EAM und ihre Anhänger werden mit einer Vielzahl von Mitteln benachteiligt. Frühere ELAS-Angehörige werden geprügelt, verhaftet und auf Grund erdichteter Anklagen verurteilt. Hunderte von Beschäftig-

145 Stavrianos, Greece, S. 158. „Notorious wealthy collaborators — industrialists and others — received protection, patronage and contracts from the government. UNRRA supplies were sold to these businessmen, who resold them at huge profits.“ Tsoucalas, a.a.O., S. 98.

146 Stavrianos, Greece, S. 151 ff.; McNeill, Dilemma, S. 207 ff.

147 Sweet-Escott, a.a.O., S. 44 ff.; McNeill, Dilemma, S. 197 ff. Die im Varkiza-Abkommen vorgesehene Amnestie wurde nie Wirklichkeit. „The amnesty did not include offences under common criminal law, an omission which proved to be fatal. Whereas the leaders of EAM were safe from sanctions, the rank and file of the guerillas were subject for unrestricted persecution. For by stretching the law there was hardly any guerilla activity that could not be brought under some common-law offence. Tens of thousands of resistance fighters were to suffer as the result of this castrated armistice ...“ Tsoucalas, a.a.O., S. 92.

148 Archiv der Gegenwart, 14. Juli 1945.

ten der Athener Stadtwerke werden entlassen wegen sogenannter ‚antinationaler‘ Betätigungen, d. h. wegen ihrer Mitgliedschaft in der EAM. . . . So wurde das Abkommen von Varkiza . . . zu einem Fetzen Papier¹⁴⁹.“

Während die Rechte stärker wurde, brach die Einheitsfront der EAM zunächst auseinander. Der sozialdemokratische Flügel um Svolos und Tsirimokos trennte sich im April 1945 von der EAM. Die Kommunistische Partei war uneinig: eine Gruppe um Veluchiotos hielt sich nicht an die in Varkiza vereinbarte Waffenruhe, sondern kämpfte im Pindusgebirge weiter; eine andere um Siantos und Bakirdzis lehnte jede weitere militärische Aktion ab; die Gruppe um Zachariades, die wegen der augenblicklichen Schwäche der Linken einen Partisanenkrieg zu diesem Zeitpunkt für falsch hielt, ihn aber später, nach einer Reorganisation, wieder aufnehmen wollte, setzte sich schließlich durch¹⁵⁰. Die fortgesetzte Unterdrückung und die Desillusionierung über die englische Politik, die sich auch unter der Labour-Regierung nicht änderte, ließen die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei, die nach der Dezemberrücklage stagnierte oder rückläufig war, steigen¹⁵¹. Anfang 1946 waren die parteiinternen Auseinandersetzungen über die künftige Politik im wesentlichen beigelegt. Die EAM festigte sich wieder, obgleich die ELD sich nicht mehr anschloß, vor allem nach den Wahlen im März 1946 und dem Plebiszit über die Frage: Monarchie oder Republik? im September 1946. Die EAM und ihr nahestehende Parteien wie die ELD beteiligten sich an den Wahlen nicht, da der Terror der Rechten eine freie Abstimmung unmöglich machte¹⁵². Nach offiziellen Angaben betrug die Wahlbeteiligung 50 %, tatsächlich lag sie niedriger, da Militär, Nationalgarde usw. dreimal oder öfter zur Urne gingen. Die aus diesen Wahlen hervorgegangene royalistische Regierung Tsaldaris bereitete im Sommer 1946 das Plebiszit mit folgenden Methoden vor: Fälschung der Wählerlisten, Verhaftungswellen mit dem Ziel, die bekanntesten Oppositionellen mundtot zu machen und ihre Anhänger einzuschüchtern, erneute Verstaatlichung der Gewerkschaften wie

149 Times, 17. April 1945.

150 Über die Diskussionen innerhalb der Partei liegen keine zuverlässigen Berichte vor. Wie in der Frage der EAM-Politik 1944 könnten auch hier nur Äußerungen der Beteiligten Klarheit schaffen. — Offensichtlich irreführend Kousoulas, a.a.O., S. 223.

151 McNeill, American Aid, S. 28 f.

152 „The terror initiated by the extreme right in the whole country after the December incidents is being amplified every day. Its development and its extension render the life of all non-royalist citizens impossible and exclude the hope that we can proceed to a free plebiscite or to elections. The terrorist organizations of the extreme right, which had been armed by the Germans and had collaborated with them, have not been disarmed or prosecuted, but have allied themselves to the security forces in order to strangle completely all democratic thought.“ Memorandum liberaler Politiker, unter ihnen Plastiras und Sophoulis, vom 5. Juni 1945, zit. nach Tsoucalas, a.a.O., S. 93.

unter Metaxas und Einschränkungen der Pressefreiheit; am Tag der Abstimmung hinderten vielfach Polizei und Angehörige der Organisation X diejenigen, die in Verdacht standen, antiroyalistisch zu stimmen, am Betreten der Wahllokale. Angeblich stimmten 69 % für die Monarchie; der König kehrte zurück¹⁵³. Die offenkundigen Verfälschungen der Wahlen und des Plebiszits brachten der EAM neuen Zulauf. Noch im Herbst 1946 brach der Partisanenkrieg wieder aus¹⁵⁴.

5. Amerikanische Intervention und Fortsetzung des Bürgerkriegs

Dem erneuten offenen Bürgerkrieg in Griechenland standen die Engländer machtlos gegenüber. Das Empire war durch den Zweiten Weltkrieg und durch die Unabhängigkeitsbestrebungen in verschiedenen seiner Kolonien, z. B. in Indien und Malaysia, so geschwächt, daß die Londoner Regierung ihre Militär- und Finanzhilfe für Griechenland nicht mehr steigern konnte. Ohne eine Steigerung dieser Hilfe aber war die Niederlage des griechischen Bürgertums, d. h. der Verlust der Halbkolonie Griechenland unausweichlich, wie die fortgesetzten Niederlagen der Regierungstruppen im Winter 1946/47 zeigten. Obwohl der 130 000 Mann starken Armee nur 10 000 Partisanen gegenüberstanden, dehnten diese die von ihnen beherrschten Gebiete, hauptsächlich im Norden des Landes, ständig weiter aus¹⁵⁵.

In dieser Situation übernahmen die USA die Rolle Englands in Griechenland. Die Vereinigten Staaten hatten während des Weltkrieges nur relativ geringe Verluste, waren also in der Lage, verstärkte Hilfe zu leisten. Ihr Motiv war nicht, wie es in der Truman-

153 Sweet-Escott, a.a.O., S. 50 ff.; McNeill, Dilemma, S. 220 ff., 243 ff.; Stavrianos, Greece, S. 163 ff., 172 ff.

154 Über die Umstände, unter denen 1946 erneut der Kampf aufgenommen wurde, liegen widersprüchliche Berichte vor. Nach Stavrianos gaben die Kommunisten das Signal zur bewaffneten Auseinandersetzung; „when the Communists resorted to open rebellion, they received much support throughout the country“. (Stavrianos, Greece, S. 176). Nach Zografos, einem Mitglied des Zentralkomitees der KPG, soll es im Gegenteil so gewesen sein, daß der Ausbruch des Kampfes „ran counter to the sentiments of the masses“ (zit. in: Gitlin, Todd: Counter-Insurgency. Myth and Reality in Greece. In: Containment and Revolution. Western Policy Towards Social Revolution, 1917 to Vietnam, hrsg. von David Horowitz, London 1967, S. 163). Diese Angabe deckt sich mit Informationen, die die Verfasser von einem ehemaligen EAM-Kommissar erhielten. Nach Tsoucalas bestanden Differenzen zwischen der KP und den Bauern. Während letztere den Kampf bereits wieder eröffnet hätten, soll die KP ihren Mitgliedern verboten haben, die Städte zu verlassen und zu den Partisanen zu stoßen; später, als die Partei selbst den Kampf wieder aufgenommen hatte, soll sie darauf hingearbeitet haben, daß die „kleinbürgerlichen“ Bauern in der Partisanenarmee und in der Provisorischen Regierung keinen entscheidenden Einfluß ausübten. Tsoucalas beruft sich dabei auf Auskünfte des ehemaligen Adjutanten von Markos, Oberbefehlshaber der Partisanen (Tsoucalas, a.a.O., S. 103 f.).

155 Stavrianos, Greece, S. 179 ff.

Doktrin¹⁵⁶ hieß, der Schutz der Demokratie in Griechenland. Vielmehr wurde in dieser Zeit für ihre expandierende Industrie der Nahe Osten wegen seines Ölreichtums zu einem wichtigen Investitionsgebiet. Um dies auch militärisch zu beherrschen und um für einen eventuellen Krieg mit der UdSSR vorbereitet zu sein — es herrschte bereits kalter Krieg zwischen den ehemaligen Alliierten —, machten sie Griechenland zu ihrem militärischen Stützpunkt. Die New York Times schrieb: „Das Interesse der Vereinigten Staaten an Griechenland ist keine bloße Gefühlsduselei. Griechenland beherrscht das strategische Bild des östlichen Mittelmeers. Würde Griechenland kommunistisch werden, so wäre die Türkei politisch in der Flanke umfaßt und könnte nicht mehr einem Druck standhalten, der bereits lästig ist. Ohne die Türkei ginge der Iran unter. Die Vereinigten Staaten haben deshalb ein starkes Interesse am Mittleren Osten, weil Saudi-Arabien zu jenem Raum gehört und in Saudi-Arabien wahrscheinlich mehr Öl ist als in den bekannten Vorkommen der Vereinigten Staaten¹⁵⁷.“ Die New York Herald Tribune: „Wir haben die Türkei und Griechenland nicht gewählt, weil sie besonders nötig Hilfe brauchen, nicht weil sie leuchtende Beispiele der Demokratie und der Grundrechte sind, sondern weil sie der strategische Zugang zum Schwarzen Meer und zum Herzen der Sowjetunion sind¹⁵⁸.“

156 Truman, Harry S.: Memoiren, Bd. 2, Stuttgart 1956, S. 108 ff.; Xydis, Stephen G.: Greece and the Great Powers, 1944—1947. Prelude to the „Truman Doctrine“, Thessaloniki 1963.

157 New York Times, 5. März 1947.

158 New York Herald Tribune, 1. April 1947. — Sweet-Escott, a.a.O., S. 59: „The State Department had already permitted the occasional assumption of commitments in the area — the acceptance of the Anglo-American Commission of Inquiry in Palestine in 1945, the agreement concluded between the American oil companies and the Anglo-Iranian Oil Company in December 1946, and the reinforcement of the United States fleet in Mediterranean. ... Greece was regarded primarily as a British interest and American public opinion ... was often critical of British policy. But faced with the imminent British withdrawal, it was clearly essential that the United States must act and act at once.“

„Eine von den Kommunisten dominierte griechische Regierung müßte als eine Gefährdung der Sicherheit der Vereinigten Staaten betrachtet werden.“ Staatssekretär Dean Acheson am 21. März 1947 vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses, zit. nach Churchill, a.a.O., S. 356.

„Ich möchte sagen, es war die Erkenntnis der Tatsache, daß das gesamte Gebiet von Gibraltar bis zum Indischen Ozean ... für die Vereinigten Staaten von lebenswichtigem Interesse ist ... Ich meine, in erster Linie in militärischer, dann aber auch bis zu einem gewissen Grade in wirtschaftlicher Hinsicht.“ Verteidigungsminister Forrestal, zit. nach Perlo, Victor: Der amerikanische Imperialismus, Berlin (DDR) 1953, S. 209.

„Alle Amerikaner in Griechenland stimmen darin überein, daß die direkte Umwandlung Griechenlands in eine Kolonie ... die einfachste und zweckmäßigste Methode wäre, das Land auf die Beine zu stellen. Aber das würde ein unerhörtes Abgehen von der traditionellen Haltung der

Die American Mission for Aid to Greece und die Botschaft der USA diktierten die Zusammensetzung der griechischen Kabinette und deren Schritte so unverhohlen wie zuvor die englischen Missionen, der frühere moralisierende Protest gegen die englische Politik war jetzt über den eigenen imperialistischen Zielen vergessen¹⁵⁹. Die griechische Armee wurde auf 200 000, die Nationalgarde auf 100 000 Mann verstärkt, beide mit modernsten amerikanischen Waffen ausgestattet, ein amerikanisch-griechisches Oberkommando leitete die Kriegsführung¹⁶⁰. „Den amerikanischen Firmen fiel praktisch die Monopolstellung am griechischen Markt und sämtliche Aufträge für die ausgedehnten technischen Arbeiten zu, die als Teil der militärischen Kampagne durchgeführt wurden. Die International Telephone & Telegraph übernahm das Fernmeldenetz; die American Tobacco Co. die Bearbeitung und den Export des wichtigsten Produkts, des Tabaks; die Trans World Airlines den Flugverkehr; die Ulen Co. die Wasserversorgung für Athen und Piräus; die Cooper Construction Co. Konzessionen für den Bau von Wasserkraftwerken und die Ausbeutung der Bodenschätze¹⁶¹.“

Trotz aller Anstrengungen scheiterte der Plan, nach dem die Partisanen noch im Sommer 1947 geschlagen sein sollten. Ihre Zahl stieg, ihre Aktionen nahmen an Stärke zu, auch der Süden des Landes geriet unter ihren Einfluß. Unterstützung erhielten sie von Jugoslawien, Bulgarien und Albanien. Die UdSSR verhielt sich neutral; Stalin soll den Partisanenkampf in Griechenland für aussichtslos gehalten haben angesichts der amerikanischen Stärke. 1948 wurden die Partisanen nach dem Muster einer regulären Armee organisiert, der Krieg wurde stellenweise mit festen Fronten geführt. Im gleichen Jahr wurde die Provisorische Demokratische Regierung gegründet, die ähnlich wie die PEEA während der Okkupationszeit arbeitete.

Erst 1949 wurden die Partisanen entscheidend geschlagen. Für ihre Niederlage gab es drei Gründe. Erstens: Nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus der Kominform 1948 bezogen auch die griechischen Kommunisten Stellung gegen Jugoslawien. Tito stellte als Antwort jede Hilfe für die Partisanen ein und schloß die griechisch-jugoslawische Grenze¹⁶². Dieser Schritt erfolgte auch unter wirtschaftlichem

Vereinigten Staaten gegenüber anderen Nationen bedeuten, und so wird denn die Wirksamkeit der Methode ‚Ratschläge und Anregungen‘ geopfert.“ Meldung der United Press, erschienen in der Athener Zeitung „Kathimerini“, 9. Oktober 1948, zit. nach Perlo, a.a.O., S. 210 f.

159 Die Vereinbarungen zwischen griechischen und amerikanischen Stellen über den Einfluß der Amerikaner „gave very wide authority to American representatives, so much so that the Greek government itself was thenceforth unable to take any decision without their approval. At the time there was little objection. The Greeks knew they needed help, and were not inclined to quibble over details“. McNeill, American Aid, S. 35.

160 Ebenda, S. 38.

161 Perlo, a.a.O., S. 209 f.

162 Stavrianos, Greece, S. 201 ff.; Sweet-Escott, a.a.O., S. 62 f.; McNeill, American Aid, S. 42.

Druck; die USA stellten Jugoslawien dringend benötigte Kredite, die es nach dem Ausschluß aus der Kominform nicht mehr von der UdSSR erhalten konnte, in Aussicht, wenn Jugoslawien dafür die griechischen Partisanen fallenließe¹⁶³. Albanien und Bulgarien konnten den Ausfall der jugoslawischen Hilfe nicht kompensieren; Albanien war zu klein, Bulgariens Grenzen verliefen zu weit von den Hauptkampfgebieten entfernt. Zweitens: Die mazedonische Frage wurde im Zusammenhang mit dem Ausschluß Jugoslawiens aus der Kominform erneut aufgerollt¹⁶⁴. Mazedonien, das teils zu Griechenland, teils zu Jugoslawien und Bulgarien gehört, war seit dem Balkankrieg ein Hauptstreitpunkt dieser drei Staaten gewesen; jeder hatte versucht, seinen mazedonischen Anteil auf Kosten der anderen zu vergrößern. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Jugoslawien für ein vereinigtes Mazedonien innerhalb der jugoslawischen Föderation eingetreten; Bulgarien hatte diesen Plan abgelehnt, da er eine Vergrößerung Jugoslawiens zu Lasten seiner Nachbarstaaten bedeutete. Bulgarien arbeitete auf ein vereinigtes Mazedonien innerhalb einer Balkanföderation hin, in der es selbst den entscheidenden Einfluß haben wollte. Die Kommunistische Partei Griechenlands hatte in dieser Frage zunächst eine klare Stellungnahme vermieden, da sie es wegen der militärischen Hilfe Jugoslawiens und Bulgariens mit keiner Seite verderben wollte und weil sie Rücksicht zu nehmen hatte auf den großen, wenn nicht überwiegenden Teil ihrer Anhänger, der weder den jugoslawischen noch den bulgarischen Ansichten zuneigte, sondern für ein Verbleiben Südazedoniens im griechischen Staatsverband eintrat. Als sie schließlich auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen der Kominform und Jugoslawien Stellung beziehen mußte, unterstützte sie die bulgarischen Pläne. Die Folge war eine tiefe Spaltung der Partei. Drittens: Die militärische Überlegenheit der Regierungstruppen wuchs ständig. Ihre Luftwaffe machte den Partisanen mehr und mehr zu schaffen. Mehrere hunderttausend Menschen wurden zwangsevakuert, um die Partisanen der Unterstützung der Bevölkerung zu berauben, und in fälschlich sogenannten Flüchtlingslagern, tatsächlich Konzentrationslagern, gefangengehalten. Die Of-

163 „Laut Reuter fanden zwischen dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Belgrad und der jugoslawischen Regierung Verhandlungen über die Einstellung der militärischen Hilfe Jugoslawiens an die griechischen Aufständischen statt. Laut AFP wird die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung eine Expertenkommission nach Jugoslawien entsenden, um die wirtschaftliche Lage zu prüfen und über die Möglichkeit der Finanzierung der Projekte, für welche Jugoslawien eine Anleihe erhalten möchte, Bericht zu erstatten ...“ Archiv der Gegenwart, 1. Juli 1949.

164 Aus der unüberschaubaren, meist höchst parteiischen Literatur zur Mazedonienfrage seien nur genannt Barker, Elisabeth: Macedonia. Its Place in Balkan Power Politics, London 1950; Stavrianos, L. S.: Balkan Federation. A History of the Movement Toward Balkan Unity in Modern Times, Hamden (Connecticut) 1964; Zotiades, George B.: The Macedonian Controversy, 2. Aufl., Thessaloniki 1961.

fensiven wurden wirkungsvoller, da der amerikanisch-griechische Generalstab nach den anfänglichen Niederlagen eine dem Partisanenkrieg besser entsprechende Taktik entwickelte. In drei großangelegten Operationen im Sommer 1949 wurden die Partisanen so geschwächt, daß sie den Kampf abbrechen mußten¹⁶⁵.

6. Griechenland unter Papagos und Karamanlis (1952 bis 1963)

Die USA beherrschten auch nach dem Bürgerkrieg die griechische Politik¹⁶⁶. Als die nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Wahlen von 1950 und 1951¹⁶⁷ den Amerikanern unerwünschte liberale

165 O'Ballance, Edgar: *The Greek Civil War, 1944—49*, London 1966; Wainhouse, Edward R.: *Guerrilla War in Greece, 1946—1949; A Case Study*. In: *Military Review*, June 1957, Nachdruck in: Osanka, Franklin Mark (Ed.): *Modern Guerrilla Warfare. Fighting Communist Guerrilla Movements, 1941—1961*, New York 1962; Papagos, Alexander: *Guerrilla Warfare*. In: *Foreign Affairs*, January, 1952, Nachdruck in: Osanka, a.a.O.; van Fleet, James: *How We Won in Greece*. In: *Balkan Studies*, Vol. 8, No. 2, Thessaloniki 1967.

166 Lakonisch heißt es bei McNeill: „American influence on Greek government policy remained very great. Direct intervention and day-by-day supervision gave way to indirect, but nonetheless quite effective, fiscal control“ (McNeill, *American Aid*, S. 67).

Im März 1952 trat der liberale Minister für Öffentliche Arbeiten, Theodoros Havinis, aus Protest gegen die ständigen amerikanischen Eingriffe zurück; er erklärte: „(The United States) have driven us to a condition where the Minister, and I say this with bitter complaint, is nonexistent, not being able himself, nor to appropriate agency which he heads, to have an opinion and to make responsible decisions without the prior approval of other persons. Thus the Minister's initiative has been nullified to the point that he does not know whether his decision will be executed or not. I protest as a Greek and as a representative of the Greek people, for the unjust humiliation which occurs to our motherland and which I consider unacceptable.“ (Zit. nach: Theodore A. Coulombis: *Greek Political Reaction to American and NATO Influences*, New Haven and London 1966, S. 57 f.)

Die Rechte bestritt nicht die Verwandlung Griechenlands in ein amerikanisches Protektorat, fand sich aber im Gegensatz zu den Liberalen leichter damit ab, daß die amerikanische Hilfe mit dem weitgehenden Verlust der Souveränität bezahlt werden mußte. „When we exist not only thanks to our own decision, but because the American exist, and they report to their citizens, under what type of logic can we deny them the right to have their own opinion? American aid is given for a specific purpose. ... As a consequence, when its purpose is misunderstood we cannot claim its continuation. When for example the fighting strength of the Army wavers, or internal security is jeopardized ... , what must the Americans do? Congratulate us? More generally, this business of oversensitivity is not of place nowadays.“ (Erklärung von General Papagos, dem späteren Ministerpräsidenten, vom April 1952, zit. nach: Coulombis, a.a.O.; S. 58 f.)

167 Meynaud, Jean: *Les forces politiques en Grèce*, Montréal 1965, S. 87 ff., 93 ff.; Tsoucalas, a.a.O., S. 121 ff.

Mehrheiten brachten, erzwangen sie mit der Drohung, jede Hilfe einzustellen, die Einführung eines Mehrheitswahlrechts, das ihren Kandidaten, General Papagos, der die royalistische Partei unter dem Namen Hellenische Sammlung reorganisierte, außerordentlich begünstigte¹⁶⁸. Papagos erhielt bei den Wahlen 1952 49 % der Stimmen — wieweit das Ergebnis auf Fälschungen beruht, ist unklar —, aber 82 % der Parlamentssitze, das waren 247 von 300. Die drei Nachfolgeparteien der Liberalen kamen trotz zusammen 34 % der Stimmen nur auf 17 % der Sitze, das waren 51. Die Vereinigte Demokratische Linke (EDA), Nachfolgerin der im Bürgerkrieg verbotenen kommunistischen Partei und darüber hinaus Sammelbecken der nichtkommunistischen Linken¹⁶⁹, erhielt, obgleich 10 % der Stimmen auf sie entfielen, keinen Platz. Im Parlament war nur das Bürgertum vertreten, und die Regierung wurde von seinem rechten Flügel gebildet.

1955 starb Papagos. Sein Nachfolger als Ministerpräsident und Parteichef der Hellenischen Sammlung, von nun an National-Radikale Union (ERE) genannt, wurde Karamanlis. Die ERE gewann durch Modifizierung des Wahlrechts, durch Verschiebung der Wahlkreisgrenzen zu ihren Gunsten und durch Fälschungen aller Art zwar die folgenden Wahlen von 1956, 1958 und 1961, aber das Anwachsen der EDA auf 25 % und der Zusammenschluß der Mittelparteien zum Zentrum, das 1961 34 % der Stimmen erhielt, zeigten die wachsende Opposition¹⁷⁰.

Die völlige Vernachlässigung der sozialen Probleme bedingte eine steigende Unzufriedenheit weiter Bevölkerungskreise. Man glaubte jedoch zunächst den Unwillen der arbeitenden Bevölkerung nicht fürchten zu müssen. Auf dem Lande beherrschten die nationalen Sicherheitsbrigaden (TEA) das Feld, aus dem Bürgerkrieg übriggebliebene Zivilmilizen unterdrückten jede Opposition und indoktrinierten die bäuerliche Bevölkerung im Sinne eines primitiven Antikommunismus¹⁷¹. In den Städten bildeten sich in Zusammenarbeit

168 Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um das Wahlrecht nahm der amerikanische Botschafter Peurifoy mit folgender Verlautbarung öffentlich Partei: „Because the American government believes that the reestablishment of the ‚single proportional‘ election method, with its unavoidable consequences of the continuation of governmental instability, would have destructive results upon the effective utilization of American aid to Greece, the American Embassy feels itself obliged to make its support publicly known for the patriotic position of the Prime Minister Plasteras with regard to this subject.“ Diese Stellungnahme erschien am 15. März 1952 in der Athener Tageszeitung „Eleftheria“ (zit. nach: Coulombis, a.a.O., S. 54).

169 Meynaud, a.a.O., S. 96 ff.; Coulombis, a.a.O., S. 69 ff.

170 Meynaud, a.a.O., S. 101 ff.; Coulombis, a.a.O., S. 93 ff.; vgl. Hermens, F. A.: Die Wahlrechtsentwicklung der Nachkriegszeit in Frankreich, Italien und Griechenland. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, N.F. 5, Tübingen 1956.

171 „The system of electoral misrepresentation was complemented by the systematic oppression practised in the countryside, especially during electoral campaigns. Potential left-wing and Centre voters were all

mit den Polizeibehörden sog. ‚halbstaatliche Organisationen‘, Terrorgruppen, die besonders bei Wahlkämpfen zum Einsatz kamen. Eine dieser rechtsradikalen Organisationen, die von einem ehemaligen Kollaborateur der Hitlerbesatzung geleitet wurde, führte im Jahre 1963 in Thessaloniki den Mord an dem (EDA-)Abgeordneten Grigorios Lambrakis aus. Der Unterdrückung diene außerdem ein umfangreiches Paket von Ausnahmegesetzen, teils aus dem Bürgerkrieg, teils noch aus der Metaxasdiktatur (1936 bis 1940) stammend, die die Opposition wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der geltenden Verfassung häufig als Parasyntagma, als Nebenverfassung bezeichnete. Die Ausnahmegesetzgebung lieferte den nach Auffassung der zuständigen Sicherheitspolizeibehörde nicht ‚nationalgesinnten‘ Bürger einem lückellosen System der administrativen Verfolgung und wirtschaftlichen Repressionen aus. Die Art der Repressionsmaßnahmen reichte von der Verweigerung eines Reisepasses oder Führerscheins bis zur so-

known in country localities and in the smaller electoral polling stations (wards) of smaller towns; this made a subsequent check on the votes cast comparatively easy. Pro-governmental ballot-sheets with distinctive signs were distributed, and their recipients were threatened with sanctions were the sheet not to be found in the poll. A small number of sheets were subsequently actually checked, a fact which added to the credibility of the general threats. Moreover, the actual methods practised in order to implement threats against political dissension were extremely efficient. The chronic dependence of the great majority of the peasantry on loans by the government-controlled Agricultural Bank, or for the repeatedly needed moratoria for the repayment of debts, have gradually led to a considerable economic dependence of the individual farmer on the state. This dependence was further accentuated by the local gendarmerie's authority to impose large fines or to charge the villagers with real or imaginary minor offences. Offences like not keeping the dog leashed, not keeping the garden clean or not having whitewashed the walls were prosecuted on the criterion of whether or not the peasant was politically docile. The inordinately high fines and expenses thereby imposed made the economic survival of the peasant strictly dependant on the representative of the central authority, that is, on the gendarme's good will. ... Economic pressure was combined with positive oppression. Right-wing bands aided the gendarmerie and a special body of Civil Guards (TEA) was build up originally along the frontiers but subsequently all over the country. TEA's role in terrorizing the peasants was enormous. Carrying arms at any time, they beat up opponents, raided the countryside and occasionally burned down farms and crops of dissidents. They constituted a permanent barrier to any ideological penetration of Left or even mildly anti-governmental propaganda. ... In the Frontier regions, tension was permanently maintained. Special authorization (characteristically issued not by the political authorities but by the Army) was necessary for non-residents to enter the region, and even members of Parliament or candidates of the Left, and sometimes of the Centre, were refused the right to enter even during their electoral campaigns. Revealing of the pressure effectively used are the electoral results in the border regions. In 1958 ERE won between 71 per cent and 86 per cent of the votes, and in 1961 when the oppression reached its maximum the percentage rose to between 91 per cent and 100 per cent.“ Tsoucalas, a.a.O., S. 143 f.

nannten ‚administrativen Deportierung‘, d. h. der Einweisung in ein Internierungslager, ohne daß es dazu eines Gerichtsurteils bedurft hätte. Das ‚Gesinnungszeugnis‘, ausgestellt vom zuständigen Polizeirevier, nahm einen festen Platz im Alltag der Griechen ein. Die Ausnahmegesetzgebung war ursprünglich nur zur Unterdrückung der Kommunisten gedacht, doch wurde von den Behörden die Bezeichnung Kommunist häufig recht großzügig ausgelegt, besonders auf dem Lande, wo das Lesen einer liberalen Zeitung den Leser bereits kompromittierte¹⁷².

Die wirtschaftliche Entwicklung war weitgehend durch die hohen Militärausgaben bestimmt. Die Südostflanke der NATO wurde 1952 durch den Beitritt der Türkei und Griechenlands¹⁷³ zum Bündnis gestärkt, was für beide Länder wegen ihrer ökonomischen Schwäche eine erhebliche Belastung bedeutete. Bei der Entscheidung, die militärischen Ausgaben auch während der fünfziger Jahre außerordentlich hoch zu halten spielte die Furcht der Amerikaner und des griechischen Bürgertums vor einem neuen Ausbruch des Bürgerkrieges mit. 1946 entfielen 25 % der Staatsausgaben auf den Etat des Verteidigungsministeriums, hinzu kamen die Kosten für Bauten, Straßen, Flugplätze, Häfen usw., so daß insgesamt 50 % des Staatshaushaltes militärischen Zwecken dienten. Während die anderen NATO-Länder — mit Ausnahme der Türkei und Portugals — rund 4 % ihres Sozialproduktes für die Rüstung aufwendeten, lag der entsprechende Satz für Griechenland 1952/53 bei 9,3 %. Die griechische Armee von 160 000 Mann umfaßt 2 % der Gesamtbevölkerung von acht Millionen, im Vergleich dazu umfaßt die Bundeswehr 0,7 % der westdeutschen Bevölkerung¹⁷⁴. „Die Armee ist jetzt etwa doppelt so groß, wie

172 Rondholz, Eberhard: Griechenland. 21. April 1967. Dokumente. Bonn-Beuel 1968, S. 11 f.

173 Einzelheiten bei Couloumbis, a.a.O., S. 33 ff.

174 McNeill, American Aid, S. 64; Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., S. 52 und Statistischer Anhang Tab. 21; die Zahlen bei Couloumbis, a.a.O., S. 187, dürften zu niedrig liegen; Statistical Yearbook 1968, S. 304.

175 Times, 15. Juli 1953. — „Nicht nur die direkten und indirekten Aufwendungen für den Militärhaushalt, sondern auch die Maßnahmen der ständigen Alarmbereitschaft belasten die Wirtschaft. Boden, Investitionsgüter, Baumaterialien, qualifizierte Arbeitskräfte, Bildungseinrichtungen und Verkehrsmittel, die für die friedlichen Aufgaben der Entwicklung dringend benötigt werden, müssen der Vorbereitung für den Verteidigungsfall dienen, wobei Planung und Disposition weit entfernt von Griechenland erfolgen. Die Arbeitslosenunterstützung in Form der militärischen Einziehung ist wirtschaftlich teuer, Militärstraßen dienen sicher auch der Wirtschaft, aber ohne militärische Hintergedanken wäre die Planung vielleicht ganz anders erfolgt. Die Friedensstärke des Heeres soll an sich 80 000 Mann betragen. Am Ende des Bürgerkrieges standen 200 000 Mann unter Waffen, die Zahl ist nie unter 100 000 gesenkt worden. Dazu kommt seit dem Regime Metaxas eine Gendarmerie, die nicht nur Polizei, sondern auch Sicherungstruppe ist. Übungsplätze, Flugfelder, Kasernen, Stützpunkte kosten Geld und Land. Nach dem Stützpunktabkommen von 1953 stellt Griechenland den USA Land zur Errichtung gemeinsam benutzbarer

es die wirtschaftliche Kapazität Griechenlands nach normalem NATO-Standard rechtfertigen würde¹⁷⁵.“

Die Finanzierung des Militärapparates erfolgte auf zwei Wegen: durch das Steueraufkommen und durch die Auslandshilfe, vor allem der USA. Beide Finanzierungsmethoden belasten die niedrigen Einkommengruppen weitaus stärker als das Bürgertum.

Das Steueraufkommen Griechenlands setzt sich im wesentlichen aus indirekten Steuern zusammen, 1960 machten sie 82 %, die direkten Steuern dagegen nur 18 % aus, seitdem ist der Anteil der indirekten Steuern weiter gestiegen¹⁷⁶. In anderen Ländern bilden die indirekten Steuern meist 45 bis 65 % des Steueraufkommens. In der Hauptsache werden die indirekten Steuern in der Form von Konsumsteuern erhoben, d. h. Bauern und Arbeiter tragen die Hauptlast, das Bürgertum zahlt wenig für seine Sicherheit.

Ohne amerikanische Hilfe aber wäre der durch die Militärkosten überlastete Staatshaushalt in keinem Jahr gedeckt gewesen. Nach Angaben der amerikanischen Botschaft in Athen beliefen sich die Leistungen der USA für Griechenland zwischen 1944 und 1964 in Form von Krediten, verlorenen Zuschüssen und Lieferungen auf vier Milliarden Dollar, davon seien 2,15 Milliarden Militär- und 1,85 Milliarden Wirtschaftshilfe gewesen¹⁷⁷. Tatsächlich liegt der Anteil der Militärhilfe bei drei Milliarden Dollar, denn die meisten der durch die Amerikaner finanzierten „öffentlichen Investitionen“, die als Wirtschaftshilfe ausgegeben werden, waren militärischer Natur (Straßen, Flugplätze usw.). Die eine Folge der umfangreichen Militärausgaben war eine wachsende Verschuldung. Der jährliche Schuldendienst des griechischen Staates war Anfang der sechziger Jahre höher als die ihm im gleichen Zeitraum gewährten Kredite¹⁷⁸. Die andere Folge war eine schleichende Inflation, da den unproduktiven Ausgaben des Staates keine entsprechende Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion gegenüberstand. Zwischen 1952 und 1962 stieg der Geldumlauf um über 500 %. Um die Kaufkraft einigermaßen stabil zu halten, liberalisierte der Staat die Einfuhren. Die für den liberalisierten Import erforderlichen Devisen konnten aber nur durch neue Auslandskredite beschafft werden, so daß die Verschul-

Stützpunkte zu Verfügung. So werden Marinebasen und Flugplätze zur Aufnahme großer Verbände vorbereitet, Raketenrampen eingerichtet ...“ Pfeffer/Schaafhausen, a.a.O., S. 52.

176 Statistical Yearbook 1968, S. 301. — Vgl. Dertilis, B. P.: Staatshaushalt und Finanzsystem Griechenlands. In: Handbuch der Finanzwirtschaft, Bd. 3, Tübingen 1967.

177 Meynaud, a.a.O., S. 412; vgl. von Bismarck-Osten, a.a.O., S. 277 sowie Couloumbis, a.a.O., S. 39.

178 Meynaud, a.a.O., S. 443 ff.; Wapenhans, Willi: Die Entwicklung der öffentlichen Auslandsverschuldung Griechenlands seit Begründung seiner Selbstständigkeit. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 117 (1961).

derung in ausländischer Währung die Devisenreserve rasch uberrundete¹⁷⁹.

Neben den Krediten an den Staat strömte in den fünfziger und sechziger Jahren amerikanisches, französisches und deutsches privates Kapital nach Griechenland. Bis 1966 wurden 2,8 Milliarden DM investiert¹⁸⁰. Dieses Kapital wurde meist in vom Ausland kontrollierten griechisch-ausländischen Gesellschaften angelegt. Der Staat spielte bei der Gründung dieser Gesellschaften eine doppelte Rolle. Zum einen schuf er für das ausländische Kapital allgemein günstige Bedingungen: das investierte Kapital darf schon nach einem Jahr teilweise rückgeführt werden, Zinsen und Dividenden sind bis zur Höhe von 10 % bzw. 12 % der Investitionssumme frei transferierbar, es werden zwischen 25 % und 50 % Steuernachla gewahrt¹⁸¹. Zum anderen übernahm er in Einzelfällen die Verpflichtung, vor allem teure Produktionsstätten wie Olraffinerien auf eigene Kosten zu errichten und nach Fertigstellung zu Bedingungen an die interessierten Gesellschaften zu verpachten, die für diese sehr günstig waren. Die griechische Regierung hat sich dieser Entwicklung zum Staatsmonopolismus nie widersetzt, da sie die an dieser Entwicklung interessierten griechischen Industriellen repräsentiert und da das in Griechenland investierte amerikanische und europäische Kapital eine Garantie für die künftige Unterstützung von seiten der USA und der übrigen NATO-Länder darstellt. — 1958 wurde die erste Ölraffinerie in Aspropyrgos bei Athen vom griechischen Staat errichtet. Zur Finanzierung war ein Kredit von 10,6 Millionen DM bei der Bundesrepublik aufgenommen worden. Die Planung erfolgte durch die Hydrocarbon Mineralöl GmbH, Düsseldorf, der Bau durch Krupp, Essen, und die Stahlunion Export GmbH, Dusseldorf¹⁸². Nach Fertigstellung wurde die Raffinerie an die zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft Transport, Handel und Destillation von Erdöl für nur 100 000 Dollar jährlich

179 Statistical Yearbook 1968, S. 310.

180 Foreign Investments in Greece by Country of Origin and Economic Sector (1953—1965) (in \$ million)

Sector	USA	France	Switzer- land	West- Germ.	United Kingdom	Others	Total
Industry	173.8	167.7	32.4	16.5	3.1	150.8	544.3
Shipyards	1.1	—	—	—	—	49.9	51.0
Mining	21.5	1.9	1.1	7.9	8.2	9.1	49.7
Hotels	0.3	1.6	3.6	2.1	0.6	12.4	20.6
Airlines	—	—	—	—	—	4.5	4.5
Fishing	—	—	1.3	0.6	0.5	1.1	3.5
Miscella- neous	32.3	0.9	0.2	—	0.8	3.7	37.9
	229.0	172.1	38.6	27.1	13.2	231.5	711.5

Quelle: Balkan Studies, Vol. 8, No. 2, Thessaloniki 1967, S. 347.

181 Meynaud, a.a.O., S. 422.

182 Chemische Industrie, Zeitschrift für die deutsche Chemiewirtschaft, Jg. X (1958), Nr. 12, S. 718.

verpachtet. An dieser Gesellschaft waren die amerikanische Socony Mobil Oil und die griechischen Industriellen Bodossakis Athanassiades und Niarchos beteiligt. Die Socony Mobil Oil liefert die 1,3 Millionen Tonnen Rohöl, die jährlich verarbeitet werden, der Transport erfolgt durch die Tankerflotte von Niarchos, Weiterverarbeitung und Vertrieb durch Bodossakis Athanassiades. Konsequenzen dieses Geschäftes waren eine zusätzliche Auslandsverschuldung des Staates und eine Verteuerung der Mineralölprodukte auf dem griechischen Markt¹⁸³. — Zur Errichtung des ersten Aluminiumwerkes in Griechenland wurde 1960 in Athen eine Aktiengesellschaft gegründet, an der die französische Firma Pechiney mit 50 %, Niarchos mit 21 %, die Reynolds International Co. mit 17 % und der griechische Staat durch die Organisation für industrielle Entwicklung mit 12 % beteiligt waren. Der Staat gewährte der Gesellschaft einen Strompreis von 0,1 Drachmen pro Kilowattstunde. Andere Industrien zahlen fast das Zehnfache. Auf diesen Strompreis beruht die große Rentabilität des Werkes, denn bei der Aluminiumerzeugung machen die Energiekosten 20 % der Produktionskosten aus. Dem Staat entstehen durch den niedrigen Tarif jährlich mehrere Millionen Dollar Verluste. Er mußte neue Kraftwerke errichten, da ein Drittel der Stromerzeugung des Landes von dem neuen Aluminiumwerk in Anspruch genommen wurde¹⁸⁴. — 1962 wurde von der zur Standard Oil gehörenden Esso und dem Esso-Großkonzessionär Pappas der Aufbau des größten Industriekomplexes Griechenlands bei Saloniki begonnen. Zu dem Projekt im Wert von 190 Millionen Dollar gehören eine Ölraffinerie, eine Ammoniakfabrik, ein Stahlwerk und eine petrochemische Fabrik. Der Staat garantierte der Gesellschaft u. a. stark überhöhte Preise und für viele Produkte die Monopolstellung auf dem griechischen Markt¹⁸⁵. — Weitere Beispiele für die Rolle ausländischen Kapitals sind die Ausbeutung der Nickelvorkommen von Larymna durch Krupp und eine französische Gesellschaft, die Erschließung der Braunkohlenlager von Aliveri bei Athen und von Ptolemais in Mazedonien durch die amerikanische Firma Pierce Management Co., die griechisch-amerikanische Firma Lignite Products Co. und die griechisch-deutsche Gruppe Bodossakis Athanassiades-Krupp, ferner die Vergabe der Schürfrechte für Öl an amerikanische, französische und deutsche Unternehmen, die Errichtung eines Zweigwerkes von Pirelli bei Patras und Niederlassungen von Siemens, Osram, St. Gobain, Unilever, Philips.

Die nicht von ausländischem Kapital beherrschte Industrie hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg kaum entwickelt. Die Produktionsanlagen wurden selten erneuert oder erweitert; zwei Drittel aller Maschinen ist älter als 20 Jahre¹⁸⁷. Auf den internationalen Märkten sind die

187 Maddison/Stavrianopoulos/Higgins, a.a.O., S. 51.

183 Meynaud, a.a.O., S. 435.

184 Meynaud, a.a.O., S. 430 ff.

185 Meynaud, a.a.O., S. 428 ff.

186 Meynaud, a.a.O., S. 423 ff.

Industrieprodukte wegen ihrer hohen Preise und ihrer schlechten Qualität nicht konkurrenzfähig, auf dem Inlandsmarkt wurden sie durch wachsende Importe zurückgedrängt. So ist die Erzförderung teilweise zurückgegangen¹⁸⁸, weil die Erze wegen der hohen Förderkosten nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Eine Ausnahme bilden die Gruben in ausländischer Hand. Die Kapazitäten der Textilindustrie, deren Anteil an der industriellen Produktion mehr als ein Viertel ausmacht, sind zunehmend weniger ausgelastet, da die Textilimporte steigen. Auch die Nahrungsmittelindustrie steht unter zunehmendem Druck von Importen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Da die mit griechischem Kapital arbeitende rückständige Industrie so gut wie nichts exportiert und die in ausländischer Hand befindliche Industrie sich in den meisten Fällen auf Griechenland als Markt konzentriert, ist die Handelsbilanz chronisch passiv¹⁸⁹.

Eine besondere Rolle spielt die Handelsflotte. 1955 waren sieben Millionen Bruttoregistertonnen in der Hand griechischer Reeder, die griechische Tonnage gehörte damit zu den größten der Welt. Dennoch kam sie der Wirtschaft als potentiell bedeutendste Devisenquelle kaum zugute, da nur 1,3 Millionen Bruttoregistertonnen in Griechenland registriert waren, 5,7 Millionen aber unter der Flagge von Panama, Liberia, Honduras und Costa Rica fahren. Die Vorteile dieser sogenannten billigen Flaggen sind vor allem steuerlicher Art. Erst nachdem Ende der fünfziger Jahre die Steuersätze attraktiver gemacht wurden, meldeten griechische Reeder größere Teile ihrer Flotten nach Griechenland um. 1967 fuhren bereits 8 Millionen Bruttoregistertonnen unter griechischer Flagge¹⁹⁰.

188 Statistical Yearbook 1968, S. 169 ff.

189	Year	Imports	Exports	Trade Balance	Exports as % of Import
	1954	9.901	4.556	—5.345	46,0
	1955	11.464	5.484	—5.980	47,0
	1956	13.911	5.698	—8.213	41,0
	1957	15.734	6.588	—9.146	41,9
	1958	16.946	6.953	—9.993	41,0
	1959	17.009	6.127	—10.882	36,0
	1960	21.060	6.096	—14.964	28,9
	1961	21.422	6.700	—14.722	31,3
	1962	21.037	7.503	—13.534	35,7
	1963	24.129	8.703	—15.426	36,1
	1964	26.552	9.256	—17.296	34,9
	1965	34.012	9.833	—24.179	28,9
	1966	36.685	12.179	—24.506	33,2
	1967	35.588	14.856	—20.732	41,7

Quelle: Statistical Yearbook 1968, S. 239.

190 Statistical Yearbook 1968, S. 273 f. Vgl. Financial Times, 30. Mai 1969; Kalitsounakis, Demetrios: Probleme des Seehandels und der Seeschifffahrt Griechenlands. In: Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 1, München 1957; Kyriasopoulos, Ion: Gegenwartsprobleme der griechischen Seeschifffahrt, Diss. Mainz 1956.

Die Landwirtschaft entwickelte sich aus den eingangs genannten Gründen nur unzureichend. Zwar wurde seit dem Zweiten Weltkrieg die Anbaufläche um 25 % vergrößert und die Produktion zwischen 1950 und 1964 um 90 % gesteigert, der Bedarf des Landes an Nahrungsmitteln muß aber auch heute noch zum Teil durch Importe gedeckt werden. Um in Zukunft nennenswerte Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion zu erzielen, müßte von der bisher meist geübten extensiven Bebauungsmethode auf eine intensive gewechselt werden. Dazu aber fehlen die Voraussetzungen: Kapital für Investitionen, vor allem für Bewässerungsanlagen, und die Möglichkeit, Kunstdünger in großen Mengen einzusetzen¹⁹¹.

Seit 1962 ist Griechenland assoziiertes Mitglied der EWG. Nach einer Übergangszeit von 22 Jahren soll es 1984 Vollmitglied werden. Da für den griechischen Export die abgebauten Zölle der EWG bereits 1962 voll wirksam wurden, während die griechischen Zölle erst 1974, für bestimmte Industrieprodukte 1984, dem EWG-Niveau angeglichen werden, wirkte sich das Abkommen zunächst günstig aus; der Export einiger landwirtschaftlicher Produkte stieg leicht an, ohne daß sich die Handelsbilanz durch entsprechend gesteigerte Einfuhren aus den EWG-Staaten verschlechterte. Ein weiterer Anreiz für Griechenland war die Gewährung eines 125-Millionen-Dollar-Kredits durch die EWG zum Zeitpunkt der Assoziierung¹⁹². Je mehr Griechenland jedoch in den kommenden Jahren seine Zölle senken muß, desto stärker wird die griechische Industrie dem Konkurrenzdruck der EWG ausgesetzt sein. Bis zur Vollmitgliedschaft wird der größte Teil zugrunde gehen oder von ausländischen Konzernen aufgekauft werden.

7. Von der Zentrumsregierung 1964/65 zum Militärputsch 1967

Die ökonomische Stagnation und die fortgesetzte politische Unterdrückung führten Anfang der sechziger Jahre zu einer Sammlung der Opposition. Dem Koalitionsblock der Zentrumsunion unter Georgios Papandreou gehörten Teile des Großbürgertums, des Mittelstandes und der Bauern an. Wegen ihrer heterogenen Zusammensetzung hatte die Zentrumsunion kein klar umrissenes Programm, was ihre

191 Damaskenides, A. N.: Problems of the Greek Rural Economy. In: *Balkan Studies*, Vol. 6, Thessaloniki 1965; OECD (Hrsg.): *Les faibles revenus dans l'agriculture. Nature des problèmes et recherche de solution*. Paris 1964, S. 291 ff.

192 Ziegler, Gert: Griechenland in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, München 1962; Delivanis, Dimitrios J.: Der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 118 (1962); Pesmazoglou, I. S.: Wirtschaftsbeziehungen Griechenlands mit dem Ausland, Vergleich und Probleme. In: *Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsprobleme*, München 1966; Petalotis, Demetrios Diogenes: Probleme für den griechischen Staatshaushalt durch die Assoziation an die EWG. Diss. München 1964.

Fraktionen zusammenhielt, war vor allem das Ziel, die ERE-Regierung zu beseitigen. Nach den Wahlen von 1961, die dem Zentrum trotz der Fälschungen 34 % der Stimmen brachten¹⁹³, setzte eine Welle von Streiks und Demonstrationen ein. Der „unnachgiebige Kampf“, zu dem Georgios Papandreou aufgerufen hatte, wurde von der EDA unterstützt. Die Regierung war bald nicht mehr in der Lage, die Opposition zu kontrollieren, ihre Terrormaßnahmen, wie z. B. die Ermordung des EDA-Abgeordneten Lambrakis, verstärkten sie nur¹⁹⁴. Im Sommer 1963 trat Karamanlis zurück¹⁹⁵. Die im Herbst gleichen Jahres unter einer Übergangsregierung durchgeführten Wahlen waren zwar immer noch gefälscht, aber nicht mehr in dem Ausmaß wie die vorangegangenen¹⁹⁶. Erstmals wurde die ERE geschlagen, sie erhielt 39 %, das Zentrum 42 %, die EDA 14 % der Stimmen. Die knappe Mehrheit des Zentrums reichte für eine Regierungsbildung nicht aus. Das Angebot der EDA, dem Zentrum parlamentarische Unterstützung zu geben ohne dafür eine Regierungsbeteiligung zu verlangen, wurde von Georgios Papandreou abgelehnt. Seine starre antikommunistische Einstellung, die er schon 1944 bewiesen hatte, war durchaus charakteristisch für den rechten bürgerlichen Flügel seiner Partei, auch befürchtete er vielleicht mit Recht, daß eine Koalition der Mitte mit der Linken wie 1936 einen Staatsstreich der Royalisten provozieren würde. Die unter diesen Umständen notwendigen Neuwahlen vom Februar 1964 brachten dem Zentrum mit 53 % die absolute Mehrheit¹⁹⁷. Georgios Papandreou bildete eine reine Zentrumsregierung.

Die neue Regierung erließ eine Amnestie für politische Gefangene. Zum ersten Mal seit 1936 leerten sich die Konzentrationslager. Sie beschränkte die Macht der Polizei¹ und Gendarmerie, lockerte die staatliche Kontrolle der Gewerkschaften und leitete die Entwicklung zu einer unabhängigen Rechtsprechung ein. Mit ausländischem Kapital handelte sie relativ günstige Bedingungen aus und faßte eine verstärkte Industrialisierung und Entwicklung der Landwirtschaft ins Auge. Das Bildungswesen wurde reformiert durch Verlängerung der Schulpflicht von sechs auf neun Jahre, stärkere Betonung der naturwissenschaftlichen Fächer gegenüber den „humanistischen“ und durch Maßnahmen zum Ausgleich des Bildungsgefälles zwischen Stadt und

193 Meynaud, a.a.O., S. 112 ff.

194 Tsoucalas, a.a.O., S. 176 f.

195 Die Gründe für den Rücktritt Karamanlis' sind bis heute nicht völlig aufgeklärt. Neben den sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit dem Zentrum und der EDA sollen Streitigkeiten mit der Krone und der Armee um die Kontrolle des Regierungsapparates bestanden haben. Gerüchten zufolge war sein Leben bedroht. Ohne um seinen Posten zu kämpfen trat er aus scheinbar nichtigem Anlaß zurück und verließ Griechenland unter falschem Namen. Seither lebt er in Paris.

196 Meynaud, a.a.O., S. 119 ff.

197 Meynaud, a.a.O., S. 123 ff.

Land. Durch diese Schritte wurde die Regierung außerordentlich populär¹⁹⁸.

Sie geriet jedoch durch die heterogene Zusammensetzung der Partei in Schwierigkeiten. Ihr rechter, großbürgerlicher Flügel, repräsentiert z. B. durch Mavros, den Direktor der Griechischen Nationalbank, die mit englischem Kapital arbeitet, war nicht bereit, Reformen zu unterstützen, die auf staatliche Wirtschaftsplanung, weitgehende Kontrolle in- und ausländischen Kapitals und auf eine Umverteilung des Nationaleinkommens zielten. Solche Reformen aber wurden vom linken Flügel, repräsentiert durch Andreas Papandreou, den Sohn des Premiers, immer heftiger verlangt¹⁹⁹. Der Ministerpräsident suchte die Widersprüche auszugleichen, wo dies nicht möglich war, ging er mit dem rechten Flügel. So ernannte er Garoufalias, einen Vertrau-

198 Meynaud, Jean: Rapport sur l'abolition de la démocratie en Grèce, Montréal 1967, S. 7 ff.; Tsoucalas, a.a.O., S. 182 ff.; Rousseas, Stephen: Militärputsch in Griechenland oder im Hintergrund der CIA, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 32.

199 In einer Rede über „Economic Planning and Private Initiative“ gehalten am 21. Februar 1967, führte Andreas Papandreou aus: „To facilitate economic growth and development in Greece, I believe that the country's infrastructure, transportation and communications, credit, and education and health must belong completely to the public sector. In contrast, agriculture and commerce should be in the private sector. Finally, industry must be both public and private. Heavy industry should probably be public while light industry should be private. . . . At any rate, foreign investment contributes to the country's economic growth and rapid industrialization as long as it increases domestic competition. Monopolies, in contrast, reduce the competitive market conditions and inhibit economic growth. Moreover, powerful monopolies undermine the democratic institutions in the country. It is easy to realize, for example, that in Greece's case there are a few monopoly industrial complexes which are not only completely controlled by foreign capital, but are also supported actively by their respective governments. In addition, these monopolies use their gigantic economic powers to corrupt the country's public administration, to wield undue influence in the governmental decision-making process for the protection of their vested interests, and in the final analysis, to topple any government that attempts to follow a national economic policy that is bound to abolish monopoly preferences or eliminate privileges granted unjustifiably to influence-peddling foreigners. . . . I have already said, and I am saying it again, foreign capital is welcome in Greece so long as: (a) foreign investors are willing to invest in Greece competing with the domestic investors under similar competitive conditions, and (b) foreign investments contribute to Greece's industrialization. Another way of accomplishing exactly the same goals as those of foreign direct investment is to substitute partly foreign direct investment with borrowing in the international market. Direct borrowing is, more often than not, much less burdensome than the preferential terms usually granted to foreign capital.“ Zit. nach: Rousseas, Stephen: The Death of a Democracy, Greece and the American Conscience, New York 1968, Appendix I, S. 201 f. (in der oben zitierten deutschen Übersetzung nicht enthalten).

ensmann des Hofes, zum Verteidigungsminister und brachte ein Gesetz durch, das jede Kritik an der Königinmutter Friederike, deren politischer Einfluß so groß wie der ihres Sohnes war, in der Presse und in öffentlichen Erklärungen verbot²⁰⁰.

Aber nicht diese Schwierigkeiten, sondern die Kontroverse über die Zypernfrage leitete den Sturz der Regierung ein. Zypern, zu vier Fünfteln von Griechen, zu einem Fünftel von Türken bewohnt, war bis 1959 englische Kolonie²⁰¹. Seine Unabhängigkeit wurde von der Mehrzahl der griechischen Zyprioten als ein vorübergehender Zustand angesehen, der durch die Enosis, die Vereinigung Zyperns mit Griechenland, beendet werden sollte. Die Türkei bekämpfte die Enosis-Bestrebungen mit allen Mitteln. Die USA drängten auf eine Beilegung des Zypernkonflikts, der die Südostflanke der NATO schwächte; für ihren Vorschlag, die Insel zwischen Griechenland und der Türkei zu teilen, konnten sie in Griechenland aber nur eine Gruppe der ERE unter Karamanlis gewinnen. Ein anderer Teil der ERE bestand auf der sofortigen Enosis, ihr Wortführer war Grivas, der frühere Chef der Organisation X, jetzt Kommandeur der zypriotischen Nationalgarde. Die zypriotische Nationalgarde hatte durch den Unabhängigkeitsvertrag eine Sonderstellung, ihre Kommandostellen waren mit Offizieren der griechischen Armee besetzt und sie unterstand dem griechischen, nicht dem zypriotischen Verteidigungsministerium. Makarios, der Ministerpräsident von Zypern, behandelte die Frage der Enosis dilatorisch, da er Zypern unabhängig halten und militärischen Auseinandersetzungen mit der Türkei aus dem Wege gehen wollte. Der Kampf dieser drei Richtungen verschärfte sich unter der Zentrumsregierung, die Makarios unterstützte, und sich dadurch gleichzeitig mit der ERE und den USA überwarf. Von diesem Zeitpunkt an arbeitete die CIA recht offen auf den Sturz Papandreous hin. Die Rolle ihrer Agenten Sinclair, Lipczyk und Barhum ist bekannt²⁰². Die ERE

200 Rousseas, Militärputsch, S. 32.

201 Coulombis, a.a.O., S. 93 ff.; Rousseas, a.a.O., S. 32 ff; Tsoucalas, a.a.O., S. 153 ff.

202 Die Angaben bei Rousseas, a.a.O., S. 37 ff., 66 f. dürfen als zuverlässig gelten. Rousseas ist als Vertrauter von Andreas Papandreou nicht auf Informationen aus dritter Hand und auf Gerüchte angewiesen. — Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen G. Papandreou und dem König im Juli 1965, wenige Tage vor Papandreous Sturz, richtete Margaret Papandreou, die Frau von Andreas Papandreou, einen Brief an Drew Pearson, an die Frau von Präsident Johnson und die Frau von Vizepräsident Humphrey mit dem Ziel, in den USA Unterstützung für G. Papandreou zu finden. Der Brief enthält folgende Passage: „For years now, under the Karamanlis regime, and though this one, the Americans have associated themselves here with the Right, and particularly with the military. There are three groups of Americans in Greece: the Embassy, the CIA, and the (American Aid) Mission. The latter two, but particularly the CIA have the upper hand here in terms of American policy. Ambassador Briggs has reported on this situation in a Senate hearing, and declared that there is often no communication or collaboration between the CIA

brachte durch Grivas das Gerücht von der Aspida-Verschwörung in die Presse, nach dem in der griechischen Armee eine Gruppe linker Offiziere unter maßgeblicher Beteiligung von Andreas Papandreou auf die Abschaffung der Monarchie durch einen Staatsstreich hinarbeitete²⁰³. Beweise für die Existenz der Aspida-Verschwörung sind nie vorgelegt worden, aber das bloße Gerücht erwies sich als ein wirksames Mittel, um die Zentrumsregierung zu Fall zu bringen. Da sich Garoufalias einer Umbesetzung hoher Armeeposten mit dem Ziel, die Position von Grivas zu schwächen, widersetzte, die Zypernpolitik des Zentrums attackierte und nach einer unvorsichtigen Äußerung des damaligen CIA-Chefs McCone dazu bestimmt war, die Regierung zu Fall zu bringen, wollte Papandreou ihn entlassen und das Amt des Verteidigungsministers selbst übernehmen²⁰⁴. Auf die Weigerung des

group and the Embassy. Furthermore, Greece in the State Department is under Near East section, not the European; and the Near East is more generally the bailiwick of the CIA. ... The question one raises is are we again going to make the mistake of lining up with the minority, reactionary forces of a country, and find another Dominican Republic in our hands?" (zit. nach Couloumbis, a.a.O., S. 237). Nach Bekanntwerden dieses Briefes verurteilte die konservative Athener Zeitung „Ethnikos Kyrix“ zwar das ungewöhnliche Vorgehen Margaret Papandreous, stimmte ihr aber in der Sache zu: „... the matter is — and this is already well known by Greek public opinion — that there are three American agencies in Greece each of which, it seems, is functioning independently of the others. These are: the American Embassy, the American Aid Mission, and the American CIA. As it appears, and it is said by American diplomats, there is not even the slightest amount of cooperation among them. The American Aid Mission now has limited authority because, simply, aid has ceased to be given. Previously, however, the Americans of the Mission governed our economy; they had become a state within a state, they ordered our ministers, and many losses were caused for the Greek economy when the money of the American taxpayers should have had better luck. The American Embassy, on the other hand, admittedly steered a course which was strictly diplomatic and prudent. So it never collided with the commonly shared feelings of the Greek people and did not attempt interferences which would offend the people's sovereign rights. The American CIA, however, has unobtrusively played in recent years — due to its mission perhaps — a peculiar if not suspect role. There are many speculations on this subject, some names are named, there are whispers about various „sums of money“. All this talk, of course, is neither official nor verified. However, something is the matter. It is moreover a fact that the officials of this American agency, possibly acting in good faith, were dragged into the recent political crisis by various circles, and in the distant past also had some involvement in the development of Greek political affairs. The interference of foreigners in Greek affairs is, however, totally unacceptable. The American CIA has no business in Greece. Our friends the Americans may cooperate with Greek military authorities in the strictly military sector, but they cannot involve themselves in the elevation and fall of our governments. ...“ (zit. nach Couloumbis, a.a.O., S. 238).

203 Rousseas, a.a.O., S. 35 f., 42 f.; Tsoucalas, a.a.O., S. 190, 199.

204 Rousseas, a.a.O., S. 35 f.

Königs, Garoufalias zu entlassen, antwortete Papandreou mit einer Rücktrittsdrohung. Der König nahm die Drohung als Tatsache und vereidigte Novas, einen gekauften Zentrumsabgeordneten, als neuen Ministerpräsidenten. Garoufalias hatte seine Aufgabe erfüllt²⁰⁵.

Dennoch befanden sich die USA und die Rechte in einer schwierigen Lage, denn weder Novas noch sein Nachfolger Tsirimokos erhielten im Parlament, wo das Zentrum 57 % der Sitze hatte, eine Mehrheit. Neuwahlen zu diesem Zeitpunkt, wo sich Streiks und Demonstrationen für Papandreou häuften, hätten das Zentrum gestärkt. Daher spaltete man zunächst durch die Zusicherung hoher Ämter und CIA-Gelder die Zentrumsfraktion, 49 Abgeordnete traten aus und gründeten das Liberaldemokratische Zentrum (Fidik). Mit dem Duldungsvotum der ERE bildete die neue Partei unter Stephanopoulos eine Regierung, die bis Dezember 1966 amtierte²⁰⁶. Während dieser Zeit arbeiteten der gemäßigte ERE-Flügel um Kanellopoulos und der rechte Flügel des Zentrums im geheimen auf eine Koalitionsregierung beider Parteien nach den Wahlen hin, die so manipuliert werden sollten, daß das Zentrum zwar stärkste Partei blieb, aber die absolute Mehrheit verlor. Der ältere Papandreou, überzeugt, daß er andernfalls erneut am Widerstand der Rechten scheitern würde, machte für diese Koalition weitgehende Zugeständnisse, vor allem war er bereit, den linken Flügel des Zentrums unter Andreas Papandreou fallenzulassen. Aber nachdem dies Abkommen bekannt geworden war, erwies sich der Flügel um Andreas Papandreou als so stark, daß Georgios Papandreou von Kanellopoulos abrücken mußte²⁰⁷.

Die griechische Rechte und die USA waren dagegen keinesfalls bereit, die Verwirklichung auch nur eines Teils der von Andreas Papandreou verfolgten Politik zu dulden. Sie widersprach allen ihren Interessen, wie der folgende Auszug aus einer am 1. März 1967 gehaltenen Rede Papandreous zeigt: „Der ASPIDA-Fall stellt den lebenden Beweis einer sehr wichtigen Tatsache (dar), nämlich daß im griechischen politischen Leben die Karten unehrlich gemischt werden. In diesem Licht gesehen überrascht es nicht, daß die griechische Rechte fast ununterbrochen 30 Jahre lang an der Macht war, (obwohl) sie eine Minderheit der griechischen Wählerschaft repräsentierte. Um dieses bemerkenswerte Kunststück auszuführen, wurde eine Vielzahl von Methoden angewandt. Sie hat (das) Wahlsystem in fast jeder nationalen Wahl in geschickter Art und Weise manipuliert, um ihre Erfordernisse der Zeit anzupassen . . . Sie hat nicht gezögert, wahrhaft gangsterhafte Methoden anzuwenden, um die Zentrumsparterie zu spalten, wenn dies ihrem Erfolg diene. Ein vollständiger Beweis dafür ist die Entwicklung seit dem Handstreich vom 15. Juli (1965, dem Sturz der Regierung Papandreou) gewesen. Denn im Sommer 1965 wurden Methoden zur Sicherung der Mehrheit für die Stephanopoulos-Regierung angewandt, von denen man selbst in weit weniger ent-

206 Meynaud, Rapport, S. 25 ff.; Rousseas, a.a.O., S. 37.

205 Meynaud, Rapport, S. 18 ff.; Rousseas, a.a.O., S. 36.

207 Rousseas, S. 44 ff.

wickelten Ländern als Griechenland nie gehört hatte. ... In Griechenland ist der Karren noch aus einem anderen Grunde festgefahren. Seit das Land eine freie Nation wurde, mußte es sich von einer oder mehreren freundschaftlichen Mächten bevormunden lassen. Jede Gönnernation hat nicht nur gern die politische Entwicklung innerhalb von Griechenland beeinflußt, sondern auch mehr oder weniger unabhängig von Griechenlands Interessen seine Außenpolitik gestaltet. Seit dem griechischen Bürgerkrieg ersetzten die USA die Engländer in dieser Gönnerrolle. Sie haben viel in Griechenland investiert ... Ganz streng betrachtet hatten sie sogar Anteil am Prozeß der Regierungsbildung. Amerikanische Diplomaten standen seit eh und je dem Palast sehr nahe und unterhalten ausgezeichnete Verbindungen zu den rechtsextremen Kreisen in Griechenland. ... Die amerikanische Politik in Griechenland hat die Grundzüge ihrer Außenpolitik des ‚kalten Krieges‘, die den Weltschauplatz seit dem Tode Roosevelts beherrscht, ausgeweitet. Diese Politik wurde charakterisiert durch einige Taktlosigkeiten gegenüber den Nöten und Problemen der Alliierten der Vereinigten Staaten, besonders im Falle kleinerer Nationen. Asien und Lateinamerika bieten ein hervorragendes Beispiel für die Absicht der amerikanischen Diplomatie, nämlich, die politische Entwicklung assoziierter Länder vollkommen zu beherrschen. ... Wir stellen nicht die Frage der Teilnahme Griechenlands an dem NATO-Bündnis zur Debatte. Aber wir fordern, daß Griechenland als eine unabhängige Nation anerkannt wird, die — ihre eigenen besonderen Interessen verfolgend — *gewählt* hat, ein Mitglied des westlichen Bündnisses zu sein. Griechenland lehnt es kategorisch ab, als ein armer Verwandter, ein Satellit dazustehen. Es besteht auf seinen Rechten, während es seinen Pflichten als Verbündeter nachkommt. ... Aber vor allem besteht Griechenland darauf, daß seine Alliierten jede Einmischung in seine inneren politischen Angelegenheiten lassen²⁰⁸.“

Nach dem Scheitern des Planes, Andreas Papandreou mit Hilfe seines Vaters auszuschalten, blieb der Rechten nur noch der Staatsstreich. Andreas Papandreou seinerseits war naiv genug, noch im Dezember 1966 über die umlaufenden Putschgerüchte zu schreiben: „... die objektiven Umstände sprechen dagegen (daß ein Putsch stattfindet). Heute ist Griechenland ein demokratischer Vulkan. Wir schreiben nicht das Jahr 1936. Und nur ein törichter Einzelgänger könnte so etwas wagen. Auch ist die Stimmung in Europa heute so, daß sie auch den verwegensten Caesar in spe abschrecken wird. Das Europa von 1966 wird kein neues Spanien in seiner Mitte dulden²⁰⁹.“ In gleicher Weise unterschätzten auch die EDA und die Kommunistische Partei ihren Feind. Die Organisierung des Widerstandes, die den Putsch vielleicht hätte verhindern können, unterblieb.

208 Information aus Griechenland. Zentrumsunion. Hrsg.: Partei-Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, 532 Bad Godesberg — Quellenstraße 2; März 1967, Nr. 9, S. 3 ff.

209 Rousseas, a.a.O., S. 54 f.; vgl. auch ebenda S. 41, 44.

Die Vorbereitungen zum Staatsstreich wurden von zwei konkurrierenden Gruppen betrieben.

Die erste unter Führung von Papadopoulos, die sogenannte Kleine Junta, bestand ausschließlich aus Militärs, meist unter Generalsrang. Sie wurde bereits 1961 gegründet. Seit 1965 waren die USA, der Königshof und die Zentrumsunion über die Staatsstreichpläne der Kleinen Junta unterrichtet, wie aus dem Bericht eines ehemaligen Sekretärs des Königs hervorgeht. Die USA unterstützten Papadopoulos durch ihre mächtigste Organisation in Griechenland, die CIA, deren Etat nach Auskunft des früheren amerikanischen Botschafters in Athen, Briggs, doppelt so hoch war wie der der amerikanischen Botschaft. Welches Vertrauen Papadopoulos genoß, zeigt die Tatsache, daß er der Verbindungsmann der CIA zum griechischen Geheimdienst KYP war. KYP ist de facto eine Unterorganisation der CIA und wird von ihr direkt, ohne Zwischenschaltung staatlicher griechischer Stellen, finanziert.

Die zweite auf einen Staatsstreich hinarbeitende Gruppe, die sogenannte Große Junta, stand unter Führung König Konstantins. Sie umfaßte nach Angaben eines ehemaligen Staboffiziers hohe Militärs, wie die Generale Spandidakis, Dovas, Peridis und den Admiral Avgeris. Der Putsch der Großen Junta war für einen Zeitpunkt kurz vor der Wahl oder für die Wahlnacht selbst, den 28. Mai, geplant. Es war vorgesehen, daß König Konstantin sich während des Putsches in Dänemark aufhalten sollte, um die Krone vom Odium des Staatsstreiches frei zu halten. Der ehemalige Ministerpräsident Karamanlis hatte sich bereit erklärt, an die Spitze der Putschisten zu treten und alle Maßnahmen zur Rückkehr aus seinem freiwilligen Pariser Exil getroffen. Daß die Amerikaner auch über die Pläne der Großen Junta unterrichtet waren, geht aus einem Artikel Sulzbergers in der New York Times vom 5. Oktober 1966 hervor: Er schrieb, die Griechen hätten zu wählen zwischen den Führern der EDA und des Zentrums „und jenen, die bereit sind, in der Unterstützung des Konservatismus und der Monarchie bis zum Äußersten zu gehen. . . . Wenn Konstantin befürchten zu müssen glaubt, daß sein Land einer Katastrophe entgegenreißt, dann wäre er, glaube ich, sogar imstande, vorübergehend einen Teil der Verfassung außer Kraft zu setzen . . .“ Die Presse des Zentrums und der EDA kannten die engen Beziehungen Sulzbergers zum Hof — Sulzbergers Frau ist Griechin, sie steht in engem Kontakt mit der Königsfamilie — und interpretierte seinen Artikel als eine von den USA unterstützte Drohung Konstantins. Die New York Times brachte in der Folgezeit weitere Hinweise auf den bevorstehenden Putsch, zuletzt am 15., 16. und 17. April 1967, und am 10. September 1967 erklärte dieses Blatt ex posteriori unverblümt: „. . . in der byzantinischen Welt der griechischen Politik spielen amerikanische Diplomaten und CIA-Agenten oft eine so wichtige Rolle wie die griechischen Politiker selbst.“

Die amerikanische Politik verfügte somit über zwei willige Instrumente ihrer künftigen Griechenlandpolitik. Im Oktober 1966, als Sulzberger seinen Artikel veröffentlichte, scheinen die USA noch unent-

geschlossen gewesen zu sein, ob sie sich der Großen oder der Kleinen Junta bedienen sollten. Warum sie sich dann für Papadopoulos entschieden und Konstantin fallenließen, ist nicht völlig klar. Vieles spricht dafür, daß Konstantin in ihren Augen 1965/66 versagt hatte, als es ihm zwar gelang, die unbequeme Zentrumsregierung zu stürzen, nicht aber, die griechische Innenpolitik tatsächlich zu kontrollieren. Vermutlich betrachtete man ihn als unzuverlässigen Helfer. Die Große Junta erfuhr erst, daß sie kaltgestellt worden war, als der Putsch der Kleinen Junta bereits rollte²¹⁰.

Der Militärputsch vom 21. April 1967 verlief nach dem NATO-Plan „Prometheus“. Der New York Times vom 3. Mai 1967 zur Folge war dessen offizieller Zweck, im Falle eines Krieges mit einem kommunistischen Land „schnellstens die kommunistischen Führer zu verhaften, um Subversionsarbeit im Untergrund zu verhindern und die Schlüsselpositionen in Verwaltungs- und Kommunikationszentren zu besetzen, um Sabotageakte abzuwehren“. Daß entsprechende Pläne auch in den Generalstäben anderer Länder existieren, bewies kürzlich die norwegische Zeitschrift *Orientering* und daß sie, ebenso wie in Griechenland, weniger für einen Kriegsfall als vielmehr für sogenannte Notstandssituationen vorgesehen sind, machte der Bericht des italienischen Blattes *Espresso* über die Staatsstreichpläne in Italien 1964 deutlich.

Der militärische Teil des Staatsstreiches verlief planmäßig. Innerhalb weniger Stunden besetzte das Militär alle Ministerien, Zeitungsredaktionen, den Rundfunk, die Partei- und Gewerkschaftsbüros. Mehrere tausend Personen wurden an Hand schwarzer Listen verhaftet²¹¹. Hinter den Kulissen jedoch gab es Schwierigkeiten. Der Kleinen Junta war es nicht gelungen, Marine und Luftwaffe unter Kontrolle zu bekommen. Die Situation hätte für sie gefährlich werden können, wenn die von den Ereignissen überraschte Große Junta diesen Teilen der Streitkräfte Befehl gegeben hätte, nach Kreta auszuweichen. Einen offenen Konflikt scheuten Konstantin und seine Gruppe indes, wahrscheinlich, weil sie Amerikaner auf seiten ihrer Konkurrenten sahen. Der amerikanische Botschafter trat als Vermittler zwischen Papadopoulos und Konstantin auf. Er bot der Königs-Junta die Posten des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministeriums an um den Preis, daß sie die Kleine Junta tolerierte. Konstantin willigte ein. Kollias wurde der von Papadopoulos völlig kon-

210 Weder Meynaud noch Rousseas, noch Tsoucalas können eine genaue Darstellung der Vorbereitungen zum Putsch und des Verhältnisses zwischen der Großen und der Kleinen Junta geben. Unsere Darstellung stützt sich auf Angaben der genannten Autoren, ferner auf den Bericht eines (aus Sicherheitsgründen) anonymen ehemaligen Stabsoffiziers (zit. nach Gstrein, H.: *Zum Beispiel Griechenland*, München 1968, S. 86 ff.), auf Äußerungen des ehemaligen königlichen Sekretärs Tsigandes (zit. nach Jannopoulos, in: *Nikolinakos, M. und K. Nikolaou, a.a.O., S. 94 f.*) und Zeitungsmeldungen, vorwiegend der Monate April und Mai 1967.

211 Zum Ablauf des Putsches siehe statt vieler: Meynaud, *Rapport*, S. 58 ff.

trollierte Premier, Spandidakis der auf Schritt und Tritt überwachte Verteidigungsminister. Ungeachtet ihrer glanzvollen Titel waren sie die machtlosesten Figuren des neuen Kabinetts²¹².

8. Der griechische Faschismus

Die bis heute vorliegenden Untersuchungen über den Charakter des gegenwärtigen griechischen Regimes sind höchst unzureichend. Daß das Selbstverständnis der Junta und die Propaganda ihrer Apologeten nicht Maßstab sein kann, leuchtet ein. Doch auch die Analysen ihrer liberal oder sozialdemokratisch orientierten Gegner sind immer dort unzulänglich oder falsch, wo sie von Einzelercheinungen abstrahieren und zu allgemeinen Aussagen gelangen. In der Regel kommen die Autoren nicht über die banale Feststellung hinaus, daß in Griechenland das parlamentarische System durch eine Gruppe von Offizieren mit amerikanischer Unterstützung abgeschafft wurde. Über die ökonomischen und politischen Entwicklungen, die zum gegenwärtigen Zustand führten, werden keine oder nur unzureichende Angaben gemacht, z. B., die Amerikaner hätten die Politik Griechenlands schon immer bestimmt und die Armee habe stets rechts gestanden²¹³. Womit nichts erklärt ist.

Gelegentlich wird zur Kennzeichnung des heutigen Regimes der Begriff „faschistisch“ verwendet. Meist steht er entsprechend der Terminologie bürgerlicher Geschichtsschreibung synonym für die undifferenzierten und daher nichtssagenden Ausdrücke „totalitär“ und

212 Vgl. Rousseas, a.a.O., S. 65 f.; Gstrein, a.a.O., S. 92. — Gelegentlich wurde vermutet, daß der Putsch in Griechenland im Zusammenhang mit dem wenige Wochen später beginnenden israelisch-arabischen Krieg zu sehen sei. Bislang gibt es für diese Vermutung keine Beweise, allerdings Indizien. So schreibt der extrem rechts stehende Franz von Caucig: „Bestand wirklich Gefahr (die den Putsch rechtfertigte)? ... Überblickt man die politische Entwicklung im ganzen Mittelmeerraum, dann gibt es kaum einen Zweifel, daß wirklich Gefahr bestand. Vielleicht ist das erst an dem Tage deutlich geworden, da im Nahen Osten zwischen Arabern und Israel die ersten Luftkämpfe und die ersten Zusammenstöße der schweren Panzer stattfanden ...“ Franz von Caucig: Griechenland unter dem Militärregime. In: Außenpolitik, 18. Jg. (1967), Heft 10, S. 623.

213 Hier sind zu nennen die bereits zitierten Arbeiten von Meynaud, Rousseas und Gstrein, ferner Skriver, Ansgar: Soldaten gegen Demokraten. Militärdiktatur in Griechenland, Köln und Berlin 1968; Mathiopoulos, Basil P.: Athen brennt. Der 21. April 1967 in Griechenland, Darmstadt 1967; Cassandras, Nikolas: Zwischen Skylla und Charybdis. Griechenland unter der Diktatur, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 1968; Marceau, Marc: La Grèce des colonels, Paris 1967; Seyppel, Joachim: Hellas — Geburt einer Tyrannis, Berlin 1968, sowie die Aufsätze von Mathiopoulos, Jannopoulos und Someritis in: Nikolinakos, H. und K. Nikolaou, a.a.O. So wichtig manche der von diesen Autoren zusammengetragenen Fakten sind, so hilflos und wirr sind die gezogenen Schlußfolgerungen.

„diktatorisch“. Allein die marxistische Faschismustheorie scheint geeignet, die griechischen Verhältnisse in entscheidenden Punkten zu erläutern, auch wenn sie vor allem am deutschen und italienischen Faschismus entwickelt wurde.

Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 führte Dimitroff aus: „Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. ... Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich ‚über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie‘ steht, wie das zum Beispiel Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das ‚aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat‘, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz²¹⁴.“ Dimitroffs Definition des Faschismus als einer spezifischen Form der Klassenherrschaft hat auch für Griechenland Gültigkeit. Allerdings herrscht nicht das griechische Finanzkapital allein. Das amerikanische ist maßgeblich beteiligt. Die amerikanische Dominanz in der griechischen Politik ist zwar nicht das entscheidende Charakteristikum der heutigen Lage, sie war auch in früheren Jahren gegeben. Charakteristisch ist aber, daß — im Gegensatz zu den fünfziger und frühen sechziger Jahren, in denen in den entscheidenden Fragen die *gesamte* bürgerliche Klasse auf seiten der Regierung und der Amerikaner stand — heute nur ein *kleiner Teil* des Bürgertums, allerdings sein mächtigster, das Finanzkapital, hinter der Junta und den amerikanischen Interessen steht. Die Junta ist ausschließlich Instrument des koalitierten griechisch-amerikanischen Finanzkapitals, weshalb sie im Gegensatz etwa zu den Regierungen Papagos und Karamanlis über die Interessen aller anderen bürgerlichen Fraktionen hinweggeht²¹⁵.

Nur diese Theorie, die den Faschismus nicht als Herrschaft der gesamten Bourgeoisie, sondern als Herrschaft eines Teils derselben auffaßt, erklärt die Kämpfe zwischen der Junta und den Monar-

214 Dimitroff, Georgi: Ausgewählte Schriften, Bd. 2, Berlin (DDR) 1958, S. 525 f.

215 Dimitroff, a.a.O., S. 527 f.: „Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. Tatsächlich gelangt der Faschismus gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfem Kampf zwischen dem Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien zur Macht; im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt ...“

chisten. Der mißlungene Gegenputsch König Konstantins vom Dezember 1967²¹⁶ und die Staatsstreichversuche royalistischer Offiziere vom Januar 1968 und Mai 1969²¹⁷ waren Versuche der beiseite geschobenen bürgerlichen Fraktionen, ihre alten Machtpositionen zurückzuerobern. Die permanenten Säuberungen der Streitkräfte — bis Juli 1969 war ein Viertel aller Offiziere entlassen oder verhaftet²¹⁸ — haben weniger den Zweck, liberale oder gar prokommunistische Militärs zu beseitigen, solche gibt es in den griechischen Streitkräften kaum, sie sollten vielmehr den Rückhalt des um die Krone gruppierten Bürgertums zerschlagen. Aus dem gleichen Grund wurden zahlreiche hohe Beamte, Hochschullehrer und Juristen ihrer Posten enthoben, ein Personenkreis also, der gerade in Griechenland nicht fortschrittlich, sondern zum größeren Teil extrem reaktionär ist²¹⁹.

Die Politik der USA gegenüber ihren Athener Statthaltern ist scheinbar widersprüchlich. Auf der einen Seite unterstützen die Vereinigten Staaten die Junta finanziell wie materiell. Präsident Nixon erklärt, der Putsch sei notwendig gewesen. Vizepräsident Agnew, der Herkunft nach Grieche und auf vertrautem Fuß mit der Junta, unterstützt das Regime in jeder Hinsicht, der frühere NATO-Oberbefehlshaber Lemnitzer gibt öffentliche Erklärungen zugunsten der Athener Regierung ab. Der stellvertretende Verteidigungsminister der Regierung Johnson schrieb im Oktober 1967: „Griechenland war und ist wichtig für die Sicherheit des Westens. Als NATO-Mitglied an der gefährdeten südöstlichen Flanke stellt Griechenland sowohl bewaffnete Streitkräfte als auch eine für die Allianz lebenswichtige Infrastruktur von Basen. Außerdem sind die Häfen Griechenlands für die 6. Flotte der USA im Mittelmeer von Bedeutung. Ein Blick auf die Landkarte belehrt über die geographische Schlüsselposition Griechenlands im östlichen Mittelmeer. Die ausgezeichneten Häfen und die Reparatur- und Kommunikationseinrichtungen zeigen, wie wichtig Griechenland für wirkungsvolle Operationen der USA in diesem Raum ist. Die Nahostkrise im Mai und Juni (1967) ließ diese Bedeutung greifbar hervortreten²²⁰.“ Die Zuverlässigkeit der Junta wurde erneut betont, als im Mai 1969 Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften in der Türkei die dortigen US-Basen stilllegten und ihre

216 *Le Monde*, 15. 12. 1967; *Süddeutsche Zeitung*, 27./28. 1. 1968. Dieser Putschversuch wurde im wesentlichen von der im April 1967 ausmanövierten Großen Junta getragen, beteiligt waren u. a. Kollias, Spandidakis, Dovas und Peridis.

217 *Observer*, 21. 1. 1968; *Welt*, 6. 6. 1969; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 5. 1969; *Financial Times*, 30. 5. 1969; *Neue Zürcher Zeitung*, 31. 5. 1969; *Herald Tribune*, 9. 6. 1969.

218 *Frankfurter Rundschau*, 23. 7. 1969.

219 Charakteristisch ist der Konflikt zwischen der Regierung und dem erkonservativen Präsidenten des Staatsrates, Michail Stassinopoulos, der in der Presse zum demokratischen Widerstandskämpfer stilisiert wurde. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 6. 1969, 30. 6. 1969, 1. 7. 1969.

220 *Zit. nach Jannopoulos, a.a.O., S. 98.*

Besatzungen nur noch über eine Luftbrücke von Griechenland aus versorgt werden konnten²²¹. Ihre Wertschätzung der Junta bewiesen die Vereinigten Staaten schließlich, als sie Papadopoulos vom bevorstehenden Putsch König Konstantins benachrichtigten²²². Auf der anderen Seite hat Washington mehrfach, zuletzt im April 1969, erklärt, es lege Wert auf eine Demokratisierung der griechischen Verhältnisse und halte eine Koalitionsregierung der ERE und des rechten Zentrums unter Karamanlis für wünschenswert²²³. Diese scheinbare Widersprüchlichkeit der amerikanischen Politik hat zwei Ursachen. Zum einen sehen sich die USA durch die Distanzierung vieler Staaten, zum Beispiel der skandinavischen, vom griechischen Regime und durch die Vorwürfe, Washington habe den Putsch zumindest geduldet, gezwungen, von der Junta wenigstens verbal abzurücken. Zum anderen hat die Junta ihre Aufgaben aus amerikanischer Sicht vielleicht schon erfüllt: die Wahlen und damit der sichere Sieg des Zentrums wurden verhindert, die Opposition ist mundtot gemacht. Sollte es unter amerikanischem Druck zu einer Karamanlis-Regierung kommen, so könnte sich Washington als Retter der Demokratie hinstellen, ohne daß sich an der augenblicklichen Situation Entscheidendes änderte. Ein Karamanlis würde aus taktischen Gründen nur einige Härten mildern und im übrigen auf der von der Junta geschaffenen Basis weiterarbeiten.

Die Junta hat jedoch nicht nur gegen die Monarchisten zu kämpfen und den möglichen Entzug der amerikanischen Unterstützung zu fürchten. Ein Teil ihres schmalen, aus dem rechtsgerichteten Kleinbürgertum, den niederen Rängen der Streitkräfte und dem Lumpenproletariat rekrutierten Anhangs droht mit einer „zweiten Revolution“. Diesen nach sozialer Herkunft und ideologischer Ausrichtung der SA vergleichbaren Gruppen mit den Obersten Ladas und Ioannides als Exponenten ist das Regime nicht hart genug, sie werfen ihm Verrat an der „nationalen Idee“ vor. Anlässlich der jüngsten Distanzierung der USA von der Junta, auf die Papadopoulos ihrer Ansicht nach nicht scharf genug reagierte, steigerten sie ihre Kritik zur Drohung mit Gewalt²²⁴. Die Gruppe um Ladas und Ioannides kontrolliert immerhin wichtige Positionen in Armee und Polizei. Das Regime würde sich zwar in einer offenen Auseinandersetzung wahrscheinlich durchsetzen, aber immerhin geschwächt werden. Es ist daher zu Konzessionen genötigt. So sind die Massenbeförderungen von Offizieren in der ersten Hälfte des Jahres 1969, die Kabinettsumbildung im Juni 1969, die eine weitgehende Eliminierung des zivilen Elements zur Folge hatte, und der Beschluß alle Botschafterposten mit Militärs zu

221 Frankfurter Rundschau, 22. 1. 1969, 18. 2. 1969; Neue Zürcher Zeitung, 22. 2. 1969, 31. 5. 1969; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. 5. 1969, 5. 6. 1969, 12. 6. 1969; Le Monde, 20. 6. 1969.

222 Gstrein, a.a.O., S. 93.

223 Neue Zürcher Zeitung, 29. 4. 1969, 3. 5. 1969, 7. 5. 1969.

224 Handelsblatt, 30. 1. 1968; Spiegel Nr. 28/1969 vom 7. 7. 1969.

besetzen, nicht zuletzt auf die ultimativen Forderungen der Ladas-Gruppe zurückzuführen.

Die Bemühungen der Junta um ein Minimum an Zustimmung im Inneren des Landes und im Ausland führten zu einigen Maßnahmen gegenüber den Bauern und Gewerkschaften, die stets als Beweise der Fortschrittlichkeit des Regimes zitiert werden. — Im März 1968 wurden den Bauern fast alle Schulden erlassen, die sie gegenüber der staatlichen Agrarbank zwischen 1945 und 1967 eingegangen waren. Diese Aktion betraf rund 650 000 Familien, insgesamt wurden Schulden in Höhe von einer Milliarde DM getilgt. Vorbild für diesen Schritt war wohl eine vergleichbare Popularitätskampagne der Metaxasdiktatur von 1937. Einige Tausend mehr oder weniger erzwungene Danktelegramme liefen bei der Regierung ein, der Athener Rundfunk füllte ganze Sendungen mit ihnen, die zensierte Presse druckte sie ab. Verschwiegen wurde allerdings, daß die Junta einen erheblichen Teil der erlassenen Beträge durch härtere Steuern wieder hereinholen will. Verschwiegen wurde, daß das Regime kein Programm für die Landwirtschaft entwickelt, die Schwierigkeiten der Bauern vielmehr nur vermehrt hat, indem es die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise herabsetzte²²⁵. Abgesehen von dem einmaligen Schuldenerlaß schenkte die Junta den Bauern nur eine Blut- und Boden-Ideologie, wie sie aus folgender Predigt des Landwirtschaftsministers Matthaiou spricht: „Ich grüße Euch, die Menschen der Mühsal und des Schweißes, und sende Euch den revolutionären Geist unserer Regierung. Ich grüße besonders die tapfere und reine bäuerliche Jugend. Das Rückgrat unseres Volkes sind die Bauern und Arbeiter. Wir alle, die wir die Verantwortung für das Land übernommen haben, kommen aus Familien von Lebenskämpfern, Bauern und Angestellte waren unsere Väter, und unser eigenes Leben war ein fortwährender Kampf. Wir lebten in der Nähe der Bauernschaft, freuten uns, litten und weinten mit ihr. Wir teilten ihre Freuden und Leiden, ihre Hoffnungen und Träume. Und immer sahen wir ihre Verelendung durch die hemmungslosen Politikaster. ... Unsere Revolutionsregierung ist entschlossen, diesem Verbrechen ein Ende zu bereiten. Unsere Landwirtschaftspolitik hat den Wohlstand, die Entlastung und den Fortschritt der Bauernschaft zum objektiven Ziel. ... Schließlich muß besondere Bedeutung dem Dorf zukommen, der grundlegenden Zelle unseres nationalen Organismus. Die Sehnsucht nach der Stadt muß aufhören. ... Im Bewußtsein unserer Verantwortung werden wir das Golgatha der Nation besteigen, auf dessen Gipfel uns aber nicht das Kreuz des Martyriums erwarten wird, sondern der Stern der Rasse, der überhelle Stern der Nation ...²²⁶.“ — Im Juli 1968 führte das Regime die Koalitionsfreiheit wieder ein, die seit April 1967 aufgehoben war, und im Mai 1969 wurden die als juntafreundlich bekannten Spitzenfunktionäre des Griechischen Gewerkschaftsbundes abge-

225 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. 4. 1968; Neue Zürcher Zeitung, 9. 4. 1968.

226 Rondholz, a.a.O., S. 33 f.

setzt²²⁷. Die Wiedereinführung des Koalitionsrechtes war jedoch nur ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber der International Labour Organization (ILO) und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), die beide mit dem Ausschluß der griechischen Vertreter aus ihren Organisationen gedroht hatten, sofern der Griechische Gewerkschaftsbund Instrument der Junta bleibe. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat seine Drohung inzwischen wahr gemacht. Für die griechische Arbeiterschaft blieb der taktische Schritt der Junta bedeutungslos. Ihre völlige Unterdrückung wird auch bei offiziell bestehender Koalitionsfreiheit fortgesetzt, neben den zahlreichen auf Basis des Gesetzes über den Belagerungszustand erlassenen einschränkenden Verordnungen ist die Wiederverkündung der Koalitionsfreiheit eine höhnische Phrase. Die Haltung der Junta den Arbeitern gegenüber geht auch aus folgendem Zynismus des Arbeitsministers hervor: Streiks seien nicht mehr nötig, da die nationale Regierung die echten Bedürfnisse des arbeitenden Volkes kenne und befriedige.

Entgegen allen Angaben der griechischen Regierung hat sich die Lage der Wirtschaft zwischen 1967 und 1969 verschlechtert.

Die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes zu konstanten Preisen betrug 1964 8,5 %, 1965 7,4 %, 1966 7,1 %. 1967 sank sie auf 3,8 %, und ohne die ungewöhnlich guten Ernten dieses Jahres wäre sie noch stärker zurückgegangen. Auch 1968 blieb die Wachstumsrate auf diesem niedrigen Niveau.

Die Produktion der auf den Binnenmarkt angewiesenen, meist nur mit griechischem Kapital arbeitenden Industrien, z. B. die Textil-, Papier-, Holz- und Maschinenindustrie stagnierte oder war rückläufig, denn die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung wurde durch die von der Regierung angeordnete Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise vermindert, und in den Städten wurde das Geld wegen der politischen Situation zum Teil gehortet. Eine Produktionssteigerung war nur in den exportorientierten, im allgemeinen mit ausländischem Kapital arbeitenden Sparten wie Metall-, Chemie- und Elektroindustrie zu verzeichnen.

Die Junta beteuert unablässig, die Wirtschaft sei gesund, die Drachme eine der stabilsten Währungen der Welt. Zur Begründung gibt sie an, die Preise seien stabil geblieben, zum Teil gesunken, die Spareinlagen gestiegen, die Goldbestände bei der Notenbank gewachsen, die vor dem Putsch gegebene Inflationsgefahr beseitigt und die Zahlungsbilanz ausgeglichen. Diese Punkte sind sämtlich entweder falsch oder beweisen das Gegenteil dessen, was sie beweisen sollen. Zwar wurden im ersten Halbjahr nach dem Putsch die Lebensmittelpreise um 4,1 % und die Preise für Industrieerzeugnisse um 3,1 % gesenkt. Seit Herbst 1967 haben die Preise jedoch in allen Bereichen, mit Ausnahme der Landwirtschaft, wieder angezogen. Im April 1968 hatten sie den Stand vom Vorjahr bereits wieder erreicht und seither steigen sie

227 Frankfurter Rundschau, 12. 6. 1968; Neue Zürcher Zeitung, 9. 6. 1968; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. 7. 1969.

weiter. Daß die Spareinlagen zugenommen haben, ist nicht, wie die Regierung vorgibt, ein Zeichen des Vertrauens; große Teile der Bevölkerung, bedroht von neuen Massenentlassungen aus politischen Gründen und in Angst vor plötzlichen Krisen angesichts des kaum zu kalkulierenden wirtschaftlichen Kurses der Regierung, schafft sich einige Rücklagen, zum Teil als Spareinlagen, zum großen Teil wird das Geld allerdings auch gehortet. Die gleichfalls als Vertrauensbeweis vorgewiesenen gewachsenen Goldbestände sind nur Ausdruck der finanziellen Schwierigkeiten der Bauern. Um bei gesunkenem Einkommen ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, müssen sie Gold verkaufen. Die latente Inflation ist durch das Regime nicht beseitigt, sondern gesteigert worden, denn bei sprunghaft gewachsenen Staatsausgaben und nur mäßig höheren Steuereinnahmen hat der Notenumlauf um mindestens 40 % zugenommen; die Geldhortung wurde schon erwähnt. Die Zahlungsbilanz schließlich ist nicht als Beweis für die Stabilität, sondern für die Gefährdung der Drachme zu werten: Die Importe haben im Zeitraum Januar—Mai 1969 einen Höchststand erreicht, während die Exporte nur wenig gesteigert wurden. Das Defizit in der Handelsbilanz für diesen Zeitraum von 380 Millionen Dollar stellt einen Rekord dar, für den vergleichbaren Zeitraum 1966 belief es sich nur auf 285 Millionen Dollar. Diese ungünstige Entwicklung wird zum Teil durch die unsichtbaren Einnahmen aus Schifffahrt, Tourismus und Gastarbeiterüberweisungen kompensiert, aber für die Monate Januar—Mai 1969 weist die Zahlungsbilanz immer noch ein Defizit von 180 Millionen Dollar auf, das sind 60 Millionen mehr als im entsprechenden Zeitraum 1966. Das wachsende Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz konnte nur durch rapid zunehmende Verschuldung zu meist ungünstigen Bedingungen gegenüber ausländischen Kreditgebern kaschiert werden. Wie lange das Regime die Löcher in der Zahlungsbilanz auf diese Weise stopfen kann, ist fraglich²²⁸.

228 Zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands nach dem Putsch: Grèce. Etudes économiques de l'OCDE, Paris 1969. Die erste Fassung dieses Berichtes wurde wegen Einspruchs der griechischen Regierung nicht veröffentlicht. Die zweite Fassung gibt zwar kein ungeschminktes Bild, ist aber immer noch recht kritisch, vor allem in den Ausführungen über die Zahlungsbilanz. Die OECD setzte inzwischen so geringes Vertrauen in die offiziellen Angaben zur Wirtschaft Griechenlands aus Athen, daß sie dazu überging, diese Angaben, soweit möglich, zu überprüfen. Wie die Junta Fakten verfälscht, um ihre Wirtschaftspolitik in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen, zeigen folgende Beispiele: zum Beweis, daß das Regime in kürzester Zeit die Arbeitslosigkeit vermindert habe, wird in der vom Koordinationsministerium herausgegebenen Broschüre „The Achievements of the National Government in the Economic Field“, Athen 1969, S. 24, das Absinken der Zahl der griechischen Gastarbeiter in Westeuropa angeführt. Daß dieser Rückgang durch die Rezession in der BRD 1967 bedingt war, wird nicht erwähnt. Zum Beweis des angeblichen wirtschaftlichen Fortschritts wird in derselben Broschüre auf S. 33 der erwähnte OECD-Bericht genannt — und völlig sinnentstellend zitiert. Die offiziellen Verlautbarungen, wie etwa die Jahresberichte der Bank von

Während sich in den auf den Binnenmarkt angewiesenen Industrieparten die Bankrotte auch großer Unternehmen häufen, wurden die Bedingungen für ausländisches Kapital weiter verbessert. 1967 zeigten sich die Investoren noch zurückhaltend, da sie an der Stabilität der neuen Verhältnisse zweifelten; die genehmigten Investitionsvorhaben lagen mit 375 Millionen DM unter denen der Vorjahre. 1968 indes betrug das bewilligte Investitionsvolumen bereits 900 Millionen DM und lag damit höher als je zuvor. Die Kolonialisierung Griechenlands trat in eine neue Phase.

Der bedeutendste Vertrag über 3,4 Milliarden DM kam zwischen dem griechischen Staat und der amerikanischen Firma Litton-Industries zustande. Bereits 1963 hatte Litton dem Kabinett Karamanlis angeboten, für die wirtschaftliche Entwicklung Kretas und des Südwestpeloponnes innerhalb von 12 Jahren Investitionen von 3,4 Milliarden DM zu vermitteln und Pläne für die Anlage dieser Summe in industriellen, landwirtschaftlichen und touristischen Projekten zu erstellen. Vielleicht spekulierte Litton bei diesem Vorschlag auf die im Südwestpeloponnes vermuteten Ölvorkommen, auch mögen militärische Vorhaben im Spiel gewesen sein. An Provisionen und Beratungsgebühren verlangte Litton nicht weniger als 180 Millionen DM. Karamanlis zögerte, da der Vertragsentwurf Litton weitgehend freie Hand ließ, dem griechischen Staat aber erhebliche Verpflichtungen auferlegte. 1966 war Ministerpräsident Stephanopoulos auf Drängen seines von Litton bestochenen Ministers Mitsotakis zur Unterschrift bereit, doch Papandreou brachte das Projekt zu Fall; Griechenland dürfe nicht „an Amerika verkauft werden“, argumentierte er, durch diesen Vertrag entstehe „in Südosteuropa ein neuer Kongo“. Die Junta unterzeichnete den Vertrag indes bereits drei Wochen nach dem Putsch und stellte ihn als Erfolg ihrer Wirtschaftspolitik dar. Littons Beauftragter für Griechenland antwortete auf die Frage, ob es nicht zumindest voreilig gewesen sei, mit der Junta zu paktieren: „Was wollen Sie eigentlich? Im heutigen Griechenland fühle ich mich sicherer als in den Städten Amerikas²²⁹.“

Ähnlich entwickelten sich die Verhandlungen über die Erschließung der Braunkohlenvorkommen bei Megalopolis auf dem Peloponnes.

Griechenland oder „Greece Today — Monthly Economic and Statistical Review (Hrsg.: Bank of Greece) oder „Greece: Economic News“ (Hrsg.: Koordinationsministerium) bestehen zum erheblichen Teil aus mehr oder minder groben Verfälschungen. — Von den relevanten Zeitungsmeldungen zur wirtschaftlichen Entwicklung seien genannt: Neue Zürcher Zeitung, 21. 11. 1967; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. 2. 1968, 18. 3. 1968, 20. 5. 1968; Neue Zürcher Zeitung, 26. 6. 1969; Börsen-Zeitung, 5. 7. 1968; Handelsblatt, 28./29. 3. 1969, 27. 2. 1969, 17. 4. 1969.

229 Spiegel Nr. 17/1969 vom 21. 4. 1969. — Der Vertrag wurde 1969 von der griechischen Regierung wieder gekündigt, allerdings nicht, weil der Junta Bedenken wegen des kolonialistischen Charakters des Vertrages gekommen wären, sondern weil Litton so gut wie nichts an Investitionen vermittelte. Ob Litton den Vertrag nicht erfüllen konnte oder nicht mehr erfüllen wollte, ist unklar.

Ein deutsch-schweizerisches Firmenkonsortium unter Führung von AEG-Telefunken bot der Regierung Papandreou 200 Millionen DM zu nicht näher bekannten Konditionen für dieses Projekt an. Ein Vertrag kam damals nicht zustande, da das Konsortium plötzlich erklärte, die Kohle sei nicht abbauwürdig, zudem erschwere ein unterirdischer Fluß die Förderung. Tatsächlich scheint Papandreou nicht bereit gewesen zu sein, den Kreditoren Sonderbedingungen einzuräumen. Mit dem Militärregime kam der Vertrag zustande und seitdem ist von schlechter Qualität der Kohle und unterirdischen Flüssen keine Rede mehr²³⁰.

Weitere Investitionen wurden getätigt oder sind geplant von Alcoa, dem größten amerikanischen Aluminiumproduzenten, in Verbindung mit japanischen Unternehmen und Onassis, von der Esso-Pappas-Gruppe, der für manches Kapitel in der Kolonialgeschichte Lateinamerikas verantwortlichen United Fruit, dem amerikanischen Chemiekonzern Dow Chemical, dem größten europäischen Aluminiumerzeuger Pechiney, der International Telephone and Telegraph, die zu den fünf größten amerikanischen Unternehmen gehört; ferner von Krupp, Siemens und Hoechst, andere deutsche Vorhaben betreffen Pflanzenschutzmittel, Elektrogenatoren, Maschinen und Motoren²³¹. Die Liste ließe sich fortsetzen. Da ein Ende dieser Entwicklung nicht abzusehen ist, wird in wenigen Jahren die gesamte relevante Industrie in Griechenland in ausländischer Hand sein.

Bald nach dem Putsch kündigte das Regime an, es werde einen Entwurf zu einer neuen Verfassung ausarbeiten lassen und der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen. Ein erster Entwurf wurde durch eine von Ministerpräsident Kollias berufene Juristenkommission erstellt. Er sah eine drastische Einschränkung der Funktionen der Legislative und eine mit nahezu unbegrenzten Vollmachten versehene Exekutive vor. Die bereits in der Verfassung von 1952 verankerte starke Stellung des Königs blieb im wesentlichen unverändert. Nach dem gescheiterten Gegenputsch des Königs im Dezember 1967 wurde ein zweiter Entwurf vorgelegt, der die Stellung des Ministerpräsidenten gegenüber dem König stärkte. Danach sind die Handlungen des Königs — z. B. Entlassung des Premiers — abhängig von der Zustimmung eines neu zu schaffenden Nationalrats, der seinerseits aber wieder vom Ministerpräsidenten kontrolliert wird. Weiter wurde dem König der Oberbefehl über die Streitkräfte genommen, die bisher die stärkste Stütze der Monarchie gewesen waren. Ein Glanzstück dieses Entwurfs ist der Artikel 136: „Verfassungsakte, die nach dem 21. April 1967 erlassen sind, bleiben wirksam, auch wenn sie im Gegensatz zur Verfassung stehen, solange sie nicht durch ein anderes Gesetz aufgehoben werden.“ Gesetze aber, die im Widerspruch zur Verfassung stehende Akte der Regierung aufheben, können allein deshalb nicht erlassen werden, weil das Parlament auf die Beratung — nicht Be-

230 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 4. 1968.

231 Börsen-Zeitung, 5. 7. 1968; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. 4. 1968, 11. 11. 1968, 8. 5. 1969; Handelsblatt, 4. 6. 1968, 20. 2. 1969, 22. 4. 1969; Neue Zürcher Zeitung, 30. 3. 1969.

schluß — von Gesetzen minderer Bedeutung beschränkt wird; Gesetze größerer Bedeutung werden ohne Konsultation des Parlaments von der Regierung beschlossen. Die Bedeutung des Parlaments wird ferner dadurch eingeschränkt, daß die Regierung mit Ausnahme des Ministerpräsidenten und seiner zwei Stellvertreter nicht mehr aus den Reihen der Parlamentarier stammen darf. Neu in diesem Entwurf ist schließlich die Bestimmung, wonach die Armee Wächterin des Regimes ist. Der dritte Entwurf dieser Verfassungsparodie, dessen voller Wortlaut bezeichnenderweise erst *nach* dem Referendum vom 29. September 1969 bekanntgegeben wurde, geht in folgenden Punkten über den zweiten noch hinaus: zum einen sollen die ersten Wahlen noch unter der jetzigen Regierung stattfinden, zum anderen kann das Inkrafttreten der Verfassung oder von Teilen derselben vom Regime nach Belieben hinausgezögert werden. Folge der letzteren Bestimmung ist, daß die nur mit Rücksicht auf das Ausland aufgenommenen Artikel über die Grundrechte ad infinitum auf dem Papier bleiben und die Junta weiterhin mit dem Gesetz über den Belagezustand regiert²³².

Unter dem Motto „Für die demokratischste und perfektste Verfassung der Welt“ wurde ein gewaltiger Propagandafeldzug in Presse und Funk inszeniert. „Ja zur Verfassung“ stand auf Straßen, Häusern, Kirchen, auf Taxis und in den Geschäftsauslagen. „Ja“ strahlte nachts in riesiger Leuchtschrift von den Hügeln über Athen und Piräus. „In den Behörden und Ämtern, Banken und Großbetrieben, Genossenschaften, Gewerkschaften, Gemeinden und Verbänden wurden Angestellten und Betriebsversammlungen einberufen, in denen Redner, die die Polizei bestimmt hatte, vorgefertigte Manuskripte ablasen, in denen eine Kette von Gemeinplätzen den Wert der neuen Verfassung pries²³³.“ Einige Millionen durch Polizei- und Armeeeoffiziere vorgefertigte positive Stellungnahmen mußten von den Teilnehmern solcher Veranstaltungen unterzeichnet werden. Als Gegner des Regimes bekannte Personen wurden von Polizei und Gendarmerie bedroht, man werde sie für eventuelle Nein-Stimmen in ihrem Bezirk verantwortlich machen, ihnen Berufslizenz, Paß, Führerschein entziehen, ihren Kindern das Zeugnis über die „nationale Gesinnung“ — Vorbedingung für jedes Studium — verweigern. Die TEA-Brigaden gaben Waffen an Regimeanhänger aus und erteilten diesen privaten Terrormilizen Vollmacht zu Patrouillen und Haussuchungen mit dem Ziel möglichst massiver Einschüchterung. Gerüchte wurden ausgestreut, man werde jeden, der mit Nein stimme, an Hand seiner Fingerabdrücke identifizieren (in Griechenland sind die Fingerabdrücke aller Personen in ihren Identitätspapieren enthalten). Jeder Stimmberechtigte unterlag strengster Wahlpflicht, wer ihr nicht nachkam, hatte sich vor dem Militärgericht zu verantworten und mußte mit wirt-

232 Vgl. D. Schefold: Die griechische Verfassung vom 15. 11. 1968. In: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts, Tübingen 1969. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 3. 1968, 18. 3. 1968, 20. 3. 1968, 12. 7. 1968; Neue Zürcher Zeitung, 12. 7. 1968.

233 Gstrein, a.a.O., S. 31.

schaftlichem Ruin durch Berufsverbot rechnen. Die Kommissionen zur Überwachung der Wahllokale wurden vom Innenministerium ernannt, in der Mehrzahl setzten sie sich aus Beamten, Offizieren, Polizisten, blinden Organen des Regimes, zusammen. Diese Kommissionen waren ermächtigt, das Wahlgeheimnis zu brechen. Bei früheren Wahlen waren 16 000 Wahllokale eingerichtet worden, beim Referendum nur 8000, wie es heißt, fand das Regime nicht genügend zuverlässige Helfer, um die Abstimmung an 16 000 Orten zu überwachen. Auf dem Land wurde im allgemeinen offen abgestimmt, entweder existierten keine Wahlkabinen oder die Wähler wagten sie aus Angst vor Repressalien nicht zu benutzen oder es waren nur Ja-Zettel, keine Nein-Zettel erhältlich.

Zwanzig Prozent der Wähler wagten es, sich der Stimme zu enthalten. Nach dem Willen der Junta sollten aus Gründen der Glaubwürdigkeit dem Ausland gegenüber von den abgegebenen Stimmen auf dem Lande 5 %, in den Städten 25 % auf Nein lauten. Ihr vorbereitender Terror war jedoch so durchgreifend gewesen, daß weit mehr Ja-Stimmen als erwartet zusammenkamen. Das Ergebnis des Referendums wurde auf 92 % Ja-Stimmen heruntermanipuliert²³⁴.

Die Art der Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Volksabstimmung charakterisiert die Methoden des Regimes hinlänglich. Auf weitere Unterdrückungsmaßnahmen, wie Verbot von Parteien und Vereinigungen, willkürliche Verhaftungen, Einweisung in Konzentrationslager, Folterungen, Massenprozesse mit drakonischen Urteilen, Zensur auf allen Gebieten, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Sie sind inzwischen allgemein bekannt.

Schon bald nach dem Putsch entstanden Widerstandsorganisationen unterschiedlicher politischer Richtung. Aus ihrer Vielzahl seien nur die wichtigsten erwähnt. Die bedeutendste scheint die „Patriotische Front“ zu sein. Sie steht unter maßgeblichem Einfluß der EDA und der Kommunistischen Partei, auch wenn ihr zahlreiche dem Zentrum nahestehende Mitglieder angehören. Eine Schwesterorganisation der „Patriotischen Front“ ist die „Patriotische Antidiktatorische Arbeiterfront“. Diese Widerstandsgruppen leiden jedoch unter den Richtungskämpfen innerhalb der Kommunistischen Partei, die an Schärfe ständig zugenommen haben. Die Auseinandersetzung scheint über der Frage entstanden zu sein, welche Fehler die Partei vor dem Putsch gemacht habe und welche Taktik sie in Zukunft verfolgen solle. Über den ersten Punkt wurde, geht man nach der Resolution des 11. Plenums des Zentralkomitees vom Juli 1967, noch Einigkeit erzielt: „Die KPG stellte richtig fest, daß im Juni 1965 eine tiefe politische Krise ausgebrochen war und daß das Volk vor dem Dilemma Faschismus oder Demokratie stehen würde. In der letzten Periode aber war sie nicht in der Lage, alle Anzeichen richtig anzuschätzen, die zeigten, daß die Reaktion Platz gewann. Sie sah nicht so deutlich, wie es nötig gewesen wäre, ... daß ... die Tendenz der reaktionärsten Ele-

²³⁴ Le Monde, 28. 9. 1968, 1. 10. 1968, 2. 10. 1968; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 9. 1968, 16. 10. 1968; Spiegel vom 30. 9. 1968.

mente stärker wurde, sich in eine offene faschistische Lösung zu flüchten. Die KPG unterschätzte, obwohl sie wiederholt auf die Gefahr eines offenen faschistischen Militärputsches hinwies, in der letzten Zeit diese Gefahr . . . Die KPG war in ideologischer, organisatorischer und technischer Hinsicht nicht genügend vorbereitet, um der Situation zu begegnen²³⁵.“ Fraktionskämpfe im Exil zwischen der Gruppe um den Generalsekretär Kolijannis und den Anhängern von Partsalides führten anlässlich des 12. Plenums der KPG im Februar 1968 zur Spaltung der Partei in einen prosovjetschen und einen der KPI nahestehenden Flügel; dem letzteren gehört der größte Teil der im Inland lebenden führenden Kader an.

Die Untergrundorganisation „Demokratische Verteidigung“, neben der Patriotischen Front die wichtigste Widerstandsgruppe, besteht vorwiegend aus ehemaligen Anhängern des linken Flügels der Zentrumsunion und hat starken Rückhalt in der progressiven Intelligenz. Beide Gruppen haben mit der hauptsächlich im westeuropäischen Exil tätigen „Panhellenischen Befreiungsfront“ (PAK) Andreas Papandreous Koordinationsabkommen auf der Basis eines Minimalprogramms abgeschlossen: Sturz der Junta, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten auf Grund der bis zum Militärputsch geltenden Verfassung, Bildung einer Regierung aus allen Parteien und Widerstandsorganisationen und freie Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung. Die politische und organisatorische Selbständigkeit der Widerstandsgruppen wurde durch diese Abkommen nicht berührt.

Der griechische Widerstand hat durch Massenverhaftungen und Terrorprozesse in seiner ersten Phase schwere Rückschläge erlitten. Die Zukunft wird zeigen, ob es langfristig gelingen wird, den zersplitterten griechischen Widerstand zu einigen und zu konsolidieren, um geschlossen den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen²³⁶.

235 Rondholz, a.a.O., S. 78 f.

236 Zu Organisation und Strategie des antifaschistischen Widerstandes in Griechenland vergl. vor allem den Aufsatz „La résistance en Grèce — où en est-on?“. La Grèce sous les colonels, Sonderheft 2 der Zeitschrift Poreia (Organ der Association des étudiants hellènes de Paris), Paris 1969, S. 44—67.

Marios Nikolinakos

Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland

(1. Teil)

Dieser Aufsatz bezweckt keine erschöpfende Behandlung der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland. Sie ist einer in Vorbereitung befindlichen umfassenderen Arbeit vorbehalten. Deshalb wird hier auch nicht alles vorhandene Material herangezogen. Es wird vielmehr im folgenden versucht, die allgemeinen Tendenzen dieser Entwicklung zu skizzieren, Probleme zu konkretisieren, Hypothesen aufzustellen und die Feststellung zu untermauern, daß Griechenland erst nach dem Zweiten Weltkrieg in die Phase der Industrialisierung eingetreten ist. Dies widerspricht der Ansicht älterer bürgerlicher Nationalökonomien, die der Industrie in Griechenland schon vor 1930 große Bedeutung beimessen¹.

Neueste Untersuchungen aufgrund einer Analyse des statistischen Materials haben gezeigt, daß sich die sogenannte „Industrie“ in Griechenland noch in einer Phase befindet, die als Übergang von der Manufaktur zur mechanisierten Industrie zu bezeichnen wäre². 84,9% der Betriebe beschäftigten zur Zeit der Volkszählung von 1958 immer noch weniger als 5 Personen; nur bei 31,1% der Gesamtzahl der Betriebe wurde die Produktion maschinell betrieben³. Im Jahre 1964 machte die Zahl der Betriebe mit 1 bis 4 Beschäftigten 87,6% der Gesamtzahl der Betriebe aus⁴. Nach der statistischen Erhebung von 1963 betrug der Prozentsatz der Betriebe, in denen die Produktion maschinell betrieben wurde, 41,7%⁵.

1 Siehe dazu G. Charitakis: *I elliniki Viomichania* (Die griechische Industrie), Athen 1927, insbesondere S. 171 ff.; X. Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung) 2. Aufl. Athen 1964, insb. S. 166 ff. (vorhanden auch in deutscher Sprache, Leipzig 1926). D. S. Stefanidis: *I thesis tis viomichanias en ti koinoniki mas oikonomia* (Die Stellung der Industrie in unserer Volkswirtschaft), Thessaloniki 1938.

2 Vgl. dazu: Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. I, Berlin 1965, S. 356 ff., 391 ff. Académie des Sciences de l'U.R.S.S., Institut d'Economie: *Manuel d'Economie Politique*, Paris 1956, S. 103 ff., E. Mandel: *Traité d'économie marxiste*, Tome I, Paris 1962, S. 134 ff. John Eaton: *Political Economy*, London 1963, S. 55 f., 59—61.

3 Siehe G. Coutsoumaris: *The Morphology of Greek Industry*, Athens 1963, S. 37, 50.

4 National Statistical Service of Greece: *Statistical Yearbook of Greece*, Athens 1967, S. 212—213.

5 Office National de Statistique: *Résultats du recensement des industries manufacturières-artisanat et des industries extractives*, effectué le septembre 1963, Athènes 1966, Vol. II, S. 20.

Nach einer Untersuchung des Griechischen Produktivitätszentrums werden Betriebe mit weniger als 25 Beschäftigten als „Handwerk“ bezeichnet⁶, d. h. als Betriebe, in denen „Werkzeuge und Handfertigkeit als wichtigste Produktionsmittel“ im Gebrauch sind⁷. Betrachtet man die Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten nach den vorhandenen Statistiken, dann machen sie 97,9 % der Gesamtzahl der Betriebe aus⁸. Dies reicht für den Augenblick aus, um die obige Behauptung zu belegen, nach der sich die griechische Volkswirtschaft erst jetzt auf dem Weg zur Industrialisierung befindet. Das Fazit, das aus dieser These hervorgeht, ist, daß die neuesten politischen Entwicklungen in Griechenland nicht als Entartungen eines reifen kapitalistischen Systems, sondern als Begleiterscheinungen bei der Grundlegung kapitalistischer Verhältnisse zu betrachten sind. Die Labilität der sozialen bzw. politischen Verhältnisse in Griechenland bis heute korreliert mit dem Frühstadium der kapitalistischen Entwicklung im ökonomischen Bereich, in dem sich das Land noch befindet.

Die Zeit, die der Gründung des neugriechischen Staates nach dem siegreichen Aufstand gegen die Türken im Jahre 1821 folgte, kann aus systematischen Gründen in drei Perioden unterteilt werden, in denen die Phasen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse im großen und ganzen klar zum Ausdruck kommen. Die erste Periode, die der Naturalwirtschaft und der Feudalverhältnisse, erstreckt sich bis zum Aufstand der Offiziere im Jahre 1909, der der Liberalen Partei unter Venizelos den Weg zur Macht öffnete. Danach folgt bis zum Zweiten Weltkrieg die Periode der Auflösung der feudalähnlichen Verhältnisse und der fortschreitenden Kapitalisierung der Wirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg fängt eine Periode an, die als die Periode der Industrialisierung bezeichnet werden könnte, in der sich die Produktionsverhältnisse zu wirklichen kapitalistischen Verhältnissen entwickeln.

Die obige Einteilung ist, wie jede Einteilung, willkürlich und sollte nicht als absolut gelten. Die Auflösung der feudalähnlichen Verhältnisse z. B. hatte schon im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts begonnen. Ansätze einer Industrialisierung sind auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg vorhanden. Trotzdem haben die genannten historischen Ereignisse solch eine zentrale Bedeutung, daß eine systematische Studie der kapitalistischen Entwicklungen in Griechenland nach ihnen die Entwicklungsstadien einteilen darf.

6 Ellinikon Kentron Paragigotitos (Griechisches Produktivitäts-Zentrum): *Provlimata tis viotechnias en Elladi* (Probleme des Handwerks in Griechenland), Athen 1965, S. 12 f. Das statistische Amt bezeichnet diese Betriebe als „kleine Industrie“ (small-scale industry), siehe den Hinweis in voriger Fußnote.

7 Nach Ellinikon Kentron Paragigotitos (Griechisches Produktivitätszentrum): *Lexilogion oikonomotechnikon oron* (Lexikon wirtschaftstechnischer Ausdrücke), Athen 1969, S. 29.

8 Siehe den Hinweis in Fußnote 4.

I. Die Periode der Naturalwirtschaft und der Feudalverhältnisse

Es mag verwundern, daß wir die Periode zwischen 1821 und 1909 als Periode der Naturalwirtschaft bezeichnen, zumal auch marxistische Autoren die Anfänge des Kapitalismus schon innerhalb dieser Periode ansetzen⁹. In der vorliegenden Analyse werden jedoch für die Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland ökonomische Kriterien angewandt, in deren Mittelpunkt die Struktur und die Größe des Marktes steht, wobei andere Faktoren, wie die Natur der Produktionsverhältnisse, die Kapitalisierung der Wirtschaft (Akkumulationsprozeß, Art des Kapitals), die außenwirtschaftlichen Beziehungen und die Urbanisierung hinzugezogen werden. Bei dieser Betrachtungs-

9 Kabanas z. B. sieht die Ansätze der kapitalistischen Entwicklung in der Zeit zwischen 1833 und 1880. Siehe P. Kabanas: Zur Lage der abhängigen Arbeit in Griechenland, Diss. Frankfurt 1964, S. 22 ff. Dieser Irrtum entsteht unseres Erachtens daraus, daß man der griechischen Revolution von 1821 gegen den Osmanenstaat den Charakter einer „bürgerlichen Revolution“ einräumt, was einer gründlicheren Analyse nicht unbedingt standhält. Dies geschieht aufgrund von historischen, soziologischen und politischen Kriterien, die einige Parallelen zu den Entwicklungen in den kapitalistischen Ländern Westeuropas aufzeigen. Für die Entwicklung des Kapitalismus sind jedoch vielmehr ökonomische Kriterien relevant. Kapitalismus bedeutet nicht nur eine Produktionsart, er entsteht vielmehr, soweit sich die Produktionsmittel in den Händen einer Klasse konzentrieren und daraus eine Klasse von Besitzlosen entsteht, schreibt Dobb. Siehe M. Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, London 1963, S. 7, siehe auch 17 ff. Es ist nicht zu leugnen, daß Klassengegensätze eine bedeutende Rolle bei der Revolution von 1821 spielen, sie werden aber durch den gemeinsamen Kampf des ganzen Volkes für die Unabhängigkeit verwischt. Der „nationale“ Charakter der Revolution tritt vor ihren „sozialen“ Charakter. Daß letzten Endes die bürgerliche Klasse die Initiative zum Aufstand ergriff und am Anfang der Revolution als deren Hauptnutznießer hervortrat, spricht nicht unbedingt dafür, daß die Revolution „bürgerlichen“ Charakter hatte. Es könnte des weiteren bezweifelt werden, ob wirklich die bürgerliche Klasse im neuen Staat die Bühne beherrschte. Siehe weiter im Text. Zu dem Begriff der Klasse siehe Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, a.a.O., S. 15. Die Diskussion dieses Problems würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Siehe dazu, außer Kabanas, a.a.O., S. 19—21 auch J. Sevgos: *Syntomi Meleti tis Neollinikis Istorias* (Kurze Studie der neugriechischen Geschichte), Athen 1945, Bd. I, S. 42—45, 113 f. L. Strigos: *I epanastasi tou ikosiena* (Die Revolution von einundzwanzig), 1959, S. 26—32. Vgl. dazu die Meinung über den bürgerlichen Charakter und die Bedeutung des Aufstandes von Goudi im Jahre 1909 in A. Despotopoulos-T. Vournas-J. Kouchtzioglou: *Istoria tis neoteris Ellados (1828—1940)* (Geschichte Neugriechenlands), Athen 1957, S. 369 ff. Erst in der nach 1909 folgenden Periode unter Venizelos „wurden zum ersten Mal in Griechenland“, nach diesen Autoren, „die sozialen Gegensätze bewußt und die politischen Formeln herauskristallisiert“, S. 385. „Mit dem Aufstand von Goudi kommt der Gegensatz zwischen Bürgern und herrschender Klasse klar zum Ausdruck. Die Bürger werden nunmehr selbst die führende und herrschende Klasse.“ Ebenda, S. 371. Siehe im Text am Ende dieses Kapitels.

weise läßt sich die ganze Periode bis zu den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts in der Tat als Naturalwirtschaft kennzeichnen.

Unter der Türkenherrschaft ist hauptsächlich eine handwerkliche Produktion vorhanden, die manchmal auch auf dem europäischen Markt ihren Absatz findet. Berühmt dafür ist die Arbeitsgemeinschaft von Ambelakia in Thessalien, deren Textilien erst durch die Konkurrenz der Baumwollindustrie von Manchester vom europäischen Markt verdrängt wurden. „Vor der Revolution von 1821 bestand die griechische Industrie hauptsächlich aus Heimbetrieben, in denen jede Bauernfamilie Jahr für Jahr ihre Lebensbedürfnisse befriedigte, und aus landwirtschaftlichen Unternehmungen. Zur Zeit der Türkenherrschaft vollzog sich der Warenaustausch unter primitiven Bedingungen im Rahmen religiöser Festlichkeiten oder in den Bazars. Ebenso gab es wenige Wasser- und Windmühlen und nur einzelne Schiffswerften auf den dazu privilegierten Inseln. Außerdem entwickelte sich damals die Pulverfabrikation, und an mehreren Orten des Landes entstanden Pulvermühlen¹⁰.“ Charitakis spricht von einem „Verwelken“ der wirtschaftlichen Verhältnisse Mitte des 18. Jahrhunderts, die auf das Elementarste zusammengeschrumpft waren. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts ist eine Belebung durch Handel und Schifffahrt zu beobachten¹¹. Die Verhältnisse sind diejenigen, die auch in Westeuropa für die Zeit unter der Feudalherrschaft bekannt sind. Nur sind sie in Griechenland durch die Türkenherrschaft etwas modifiziert. Auf dem Agrarsektor herrschten Verhältnisse der Naturalwirtschaft. Geld und Handel konzentrierten sich auf einige Handels- und Schifffahrtszentren, wie Jannina in Epirus, Larissa in Thessalien, Patras und Tripolis in Peloponnes, Heraklion auf Kreta, Levadia und Athen in Mittel-Griechenland. In diesen Städten bestehen auch Zünfte, in denen die Handwerker organisiert sind. In den Schifffahrtszentren wie Missolonghi, Galaxidi, Mykonos, Spetses, Hydra, Psara entwickelt sich eine Schiffbauindustrie. Die griechischen Gemeinden außerhalb Griechenlands, die sich an verschiedenen Orten, wie in Italien, Zentraleuropa,

10 B. Mathiopoulos: Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821—1961), Hannover 1961, S. 47.

11 Charitakis: I elliniki viomichania (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 3. „Die Produktion Griechenlands während des 18. Jahrhunderts beruhte hauptsächlich auf dem Spinner- und Färberhandwerk, aber auch auf dem Gerberei-, Metall-, Teppichhandwerk und der Pulverherstellung. Die Absatzmärkte für das Spinner- und Färberhandwerk waren vorwiegend Deutschland und Österreich.“ Nach Fotiadis zitiert in Kabanas: Zur Lage der abhängigen Arbeit ... a.a.O., S. 230, Fußn. 29, auch S. 13—19. Pepelasis führt dieses Blühen der Wirtschaft auf die Ausdehnung und die Vereinigung eines verhältnismäßig großen Marktes (zwischen Schwarzem Meer, Wien, Griechenland, Thessaloniki und Konstantinopel) zurück. Als übertrieben muß die Ansicht bezeichnet werden, daß die Balkanwirtschaft Ende des 18. Jahrhunderts dabei war, die „pre-breakthrough“-Periode zu verlassen. Siehe A. Pepelasis: Greece, in A. Pepelasis-L. Mears-I. Adelman: Economic Development, Analysis and Case Studies, New York 1961, S. 504.

Rußland und in den übrigen Balkanländern bildeten, bilden den anderen Stützpunkt für Handel und Schifffahrt. Großes Kapital sammelte sich in den Händen weniger Händler und Reeder in diesen Städten¹².

Dieses Kapital fand jedoch keinen Zugang zur Industrie. Aller Handel in dieser Zeit befördert Produkte handwerklichen Charakters. Das Kapital bleibt Geld- bzw. Handelskapital. Der Grund dafür ist hauptsächlich die Kleinheit der Märkte, die durch die Isolierung voneinander und durch das geringe Potential der Agrarbevölkerung bedingt ist. Die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung ist minimal, zumal die Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung ausmachen, in naturalwirtschaftlichen Verhältnissen leben¹³.

Das Agrarproblem unter der Türkenherrschaft muß hier besonders hervorgehoben werden, da es auch im ganzen 19. Jahrhundert nach der Neugründung des griechischen Staates im Mittelpunkt steht. Grundsätzlich wurden in der Osmanenperiode die in Byzanz vorhandenen Feudalverhältnisse nicht geändert. Das Land gehörte Großgrundbesitzern, dem Staat bzw. dem Sultan, Klöstern oder der Kirche. Im flachen Land entwickelte sich mit der Zeit ein Großgrundbesitz, wobei die Bauern theoretisch frei waren, sich von einem zum anderen Landgut zu bewegen. Im Bergland traf man auch Kleinbesitzer. Zuletzt, in der Zeit vor der Revolution von 1821, herrschte jedoch das Pachtsystem mit Kleinbetrieben¹⁴. Wie bereits erwähnt, war die Landwirtschaft autark, ohne Beziehungen zu den Handelszentren,

12 Siehe dazu Chr. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), Athen 1950, S. 28, 31 ff., 36 f. Sevgos: *Syntomi meleti tis neollinikis istorias* (Kurze Studie der neugriechischen Geschichte), a.a.O., S. 13—16, 36—38. Marx spricht in dieser Beziehung vom Wucher- bzw. Kaufmannskapital. Siehe Marx: *Das Kapital*, Bd. I, a.a.O., S. 778. Vgl. E. Mandel: *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt 1967, S. 26. Die Wucherzinsen kommen nach Sevgos (a.a.O. S. 37) bis auf 50 %.

13 Vgl. dazu die Ausführungen von Marx über die Bedeutung der in der Landwirtschaft herrschenden Verhältnisse für die Industrie in Marx: *Das Kapital*, a.a.O., Bd. I, S. 773 ff. Dazu Mandel: „Ursprüngliche Akkumulation von Geldkapital springt nur dann über in ursprüngliche Akkumulation von Industriekapital, wenn die Auflösung der Naturalwirtschaft auf dem Land, die Verallgemeinerung der Warenproduktion, die politische Macht der bürgerlichen Klasse, die Rolle des Staates als Verteidigungsmittel dieser Klasse gegen ausländische Konkurrenten (...) einen sozialökonomischen Gesamtkomplex bilden, der die Industrialisierung begünstigt.“ E. Mandel: *Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt*, in: „*Folgen einer Theorie. Essays über das ‚Kapital‘ von Karl Marx*“, Frankfurt 1967, S. 89.

14 Siehe dazu Chr. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 29. Derselbe: *I georgia tis Ellados* (Die Landwirtschaft Griechenlands), Athen 1944, S. 22. A. D. Sideris: *I georgiki politiki tis Ellados kata tin lixasan ekatontaetian* (1833—1933) (Die Agrarpolitik Griechenlands in den letzten hundert Jahren), Athen 1935, S. 23 f. F. K. Kienitz: *Existenzfragen des griechischen Bauerntums*, Berlin 1960, S. 21—25.

d. h. keine Waren-, sondern Naturalwirtschaft¹⁵. Zur Zeit der Revolution von 1821 hatten sich die Verhältnisse auf dem Lande zugespitzt. Die Verteilung des Bodens sah folgendermaßen aus:

In Mittelgriechenland lebten 247 000 Griechen und 20 865 Türken. Im Westen war das Land je zur Hälfte auf Griechen und Türken verteilt. Im Osten besaßen die Griechen 517 800 Hektar und die Türken 208 298 Hektar. Auf dem Peloponnes lebten 458 000 Griechen und 42 550 Türken! Die ersten besaßen 150 000 Hektar und die anderen 300 000¹⁶. Thiersch berichtet, daß um 1830 die Verhältnisse in der griechischen Landwirtschaft an die Zeit von Hesiod erinnerten. Griechenland produzierte damals zwei Drittel des benötigten Getreides. Die Produktion von Tabak, Baumwolle und Wolle reichte nur für den einheimischen Konsum aus¹⁷. Die meisten Dörfer waren isoliert, bedingt u. a. auch durch die Tatsache, daß sie in den Bergen lagen¹⁸.

Die Gründung des neugriechischen Staates änderte nichts an dieser Situation, trotz der Tatsache, daß das Agrarproblem zur Revolution

15 Thiersch schreibt über die Landwirtschaft um 1830: „Les habits de la famille se font dans la maison sans aucun secours étranger; le paysan prépare jusqu'au cuir dont il fait les souliers, qu'on attache encore à la manière des anciens, pendant que sa femme et ses filles filent au fuseau et tissent le coton et la laine dont elles font toutes sortes de vêtements.“ F. Thiersch: *De l'état actuel de la Grèce et des moyens d'arriver à sa restauration*, Leipzig 1833, Bd. I, S. 302. Über die Wohnverhältnisse der Bauern siehe ebenda, S. 300 f. Folgendes Zitat gibt ein abgerundetes Bild der Naturalwirtschaft um diese Zeit: „Pour le travail que le paysan ne peut pas faire lui-même, comme pour les impôts qu'il doit payer à l'état, il s'arrange avec une partie de ses produits: le forgeron qui lui prépare le fer de sa charrue et les autres instruments d'agriculture, le propriétaire des chevaux qui lui battent ses blés, le curé qui baptise ses enfants et bénit ses fruits, en prennent chacun une certaine partie dont ils sont convenus d'avance; quant à l'état, il lui doit payer les dîmes des tous ses produits, soit en blé, soit en tabac, en coton, en vin, en huile, en amandes, en figues, s'il est propriétaire, et le quart, s'il ne fait que de cultiver des terres et des vignes nationales; il doit la même quantité de soie, lorsqu'il nourrit ses vers avec des mûriers qui sont propriété publique. Ceux qui cultivent les terres des particuliers, sont fréquemment soumis à des conditions plus dures, et quand le propriétaire donne à une famille de laboureurs les bœufs et la semence, celui-ci est obligé de lui abandonner la moitié de tous les produits, déduction faite des dîmes et de la semence.“ Thiersch, ebenda, S. 303. Ähnlich äußert sich auch Maurer: „... Die Bauern endlich sind von den Kolonien im Mittelalter in weiter nichts unterschieden, als daß sie, was ihr Gewerbe betrifft, noch ganz auf der Stufe der althomerischen Zeit stehen, den althesiodischen Pflug führen, ja nicht einmal den Gebrauch des Düngers kennen und wollen.“ Zitiert in D. G. Tsoungos: *Hundert Jahre Griechische Landwirtschaft*, Diss. Berlin 1931, S. 158.

16 Sevgos: *Syntomi meleti tis neollinikis istorias* (Kurze Studie der neugriechischen Geschichte), a.a.O., S. 42. Über die Verhältnisse, unter denen die Bauern damals lebten, siehe ebenda, S. 24.

17 Thiersch: *De l'état actuel de la Grèce* ... a.a.O., S. 293—295.

18 Thiersch, a.a.O., S. 301.

von 1821 beigetragen hatte¹⁹. Im Gegenteil, an die Stelle der Türken trat der griechische Staat als Besitzer der Ländereien, die vor der Revolution den Türken gehörten. Man schätzt die Größe der sogenannten „nationalen Ländereien“ auf 1,2 bis 1,3 Mio. Hektar, was nach Mathiopoulos und nach Stefanidis die Hälfte der Ackerbaufläche ausmachte²⁰. Wohlgermerkt, die andere Hälfte des Bodens gehörte nicht nur Bauern, sondern zum größten Teil Kirchen und Klöstern²¹. Erst mit der Gesetzgebung von 1871 wurde ein nennenswerter Versuch unternommen, diese Ländereien an Privatpersonen zu verteilen, wobei wieder nicht die besitzlosen Bauern, sondern Großgrundbesitzer weitgehend von der Verteilung profitierten. Man schätzt, daß 45 % der bebaubaren oder anbaufähigen Fläche des Staates oder 35 % der „nationalen Ländereien“ insgesamt illegal besetzt wurden²². Die Annektierung der Ionischen Inseln im Jahre 1864 und Thessaliens mit einem Teil von Epirus im Jahre 1881 änderte kaum diese Besitzverhältnisse. Auf den Ionischen Inseln herrschten Feudalverhältnisse, während der in Thessalien herrschende Großbesitz unverändert blieb. So machte der Großgrundbesitz noch am Anfang des Ersten Weltkrieges etwa 35 % der bebauten bzw. anbaufähigen Gesamtfläche aus²³.

Die oben skizzierte Bodenverteilung in dieser Periode könnte zusammenfassend zu folgender Feststellung führen: Bis 1871 gehörte der Hauptteil des bebauten bzw. anbaufähigen Bodens dem Staat und der Kirche. Daneben bestand im Peloponnes, in Mittelgriechenland und auf den Inseln der Kleingrundbesitz²⁴. Die staatlichen Ländereien und diejenigen der Kirche wurden an Besitzlose bzw. Kleinbauern verpachtet. Mit der Aneignung Thessaliens entsteht ein neues Problem durch die Beibehaltung des Großbesitzes²⁵. Diese Güter wurden durch eine besondere Art von Verpachtung (Teilbau) bewirtschaftet, wobei

19 Siehe dazu Sevgos, a.a.O., S. 42 f. Strigos, a.a.O., S. 26 f.

20 Mathiopoulos: Die Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland, a.a.O., S. 114. D. Stefanidis: *Mathimata agrotikis politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), Athen 1953, S. 26. Zolotas setzt die Größe der „nationalen Ländereien“ mit 721 050 Hektar an. Siehe X. Zolotas: *Agrotiki Politiki* (Agrarpolitik), Athen 1934, S. 70.

21 Stefanidis, a.a.O., S. 26. Vgl. Zolotas, ebenda, S. 70.

22 Stefanidis, a.a.O., S. 28.

23 Stefanidis, a.a.O., S. 70. Siehe zu den Besitzverhältnissen in der Landwirtschaft bis zum Ersten Weltkrieg, Stefanidis, a.a.O., S. 25—29, 69 f., Zolotas, a.a.O., S. 70—81. Tsoungos: *Hundert Jahre Griechische Landwirtschaft*, a.a.O., S. 157—163, Mathiopoulos, a.a.O., S. 113—121. D. E. Kalitsoinakis: *Efirimosmeni politikis oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), Athen 1965, S. 99—104, Kienitz, a.a.O., S. 26—32.

24 Nach Struck betrug der Kleingrundbesitz oft nur 5—20 ha, „die noch dazu meist stark parzelliert“ waren. A. Struck: *Zur Landeskunde von Griechenland*, Frankfurt 1912, S. 86.

25 $\frac{3}{4}$ der Fläche in Thessalien und Epirus bestanden aus Tsiflikia (Großländereien), deren Besitzer mit der Landwirtschaft nichts zu tun hatten. Siehe Zolotas: *Agrotiki Politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 77. Struck: *Zur Landeskunde von Griechenland*, a.a.O., S. 86 f.

der Besitzer die Hälfte oder ein Drittel des Bruttoertrages und der Teilbauer den Rest bekam, je nach Prozentsatz der von ihm eingesetzten Mittel (bzw. Kosten) zur Bewirtschaftung. Mehr als die Hälfte der Bauern in Thessalien waren besitzlos und gezwungen, auf dem Besitz der Großgrundbesitzer unter den vorerwähnten Bedingungen zu arbeiten²⁶. Alle Versuche, den Großgrundbesitz unter die besitzlosen Bauern zu verteilen, stießen auf den Widerstand der Großgrundbesitzer, zumal die Verfassung die Zwangsenteignung zwecks Verteilung an Besitzlose nicht vorsah²⁷. Die Bedingungen, unter denen die Bauern in Thessalien lebten, waren so miserabel und ihre Ausbeutung seitens der Großgrundbesitzer und der von ihnen eingesetzten Verwalter so groß, daß es oft zu Aufständen und Krisen kam²⁸. „Es gab eine im Elend lebende Klasse der besitzlosen Bauern auf fruchtbaren Böden, die wegen des Bewirtschaftungssystems den wenigsten Ertrag hatten“, schreibt Prof. Zolotas. „Statt daß die Bauern

26 Prof. Stefanidis erwähnt, daß einige griechische Großgrundbesitzer härter als die Türken gegen die besitzlosen Pächter vorgehen, unter dem Vorwand, sie hätten die Güter zu hohen Preisen gekauft und müßten deshalb den höchstmöglichen Ertrag erwirtschaften. Stefanidis: *Mathimata Agrotikis Politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 75. Es sei hinzugefügt, daß in Thessalien trotzdem die extensive Bewirtschaftung des Bodens betrieben wurde und ein großer Teil der Äcker als Weiden benutzt wurde. Siehe P. A. Decasos: *Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland*, Berlin 1904, S. 40. Daß ein Mangel an Arbeitskräften in Thessalien durch die Evakuierung der Mohammedaner entstand, wie von Decasos und Struck behauptet wird, erklärt nicht die obige Situation. Siehe Decasos, a.a.O., S. 40, Struck. a.a.O., S. 86 f. Genügend Arbeitskräfte waren vorhanden, die jedoch wegen der Besitzverhältnisse als Teilbauern nur Kleinbau bewirtschaften konnten.

27 Siehe Stefanidis: *Mathimata Agrotikis Politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 74—78. Zolotas: *Agrotiki Politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 74—81. Prof. Zolotas bemerkt, daß „die verschiedenen Regierungen die Besitzer begünstigten, während sie sich den Bauern gegenüber indifferent verhielten“, a.a.O., S. 78. Prof. Stefanidis bemerkt zu der im Jahre 1907 eingeführten Gesetzgebung, daß sie „chaotisch“ war. Stefanidis, a.a.O., S. 76.

28 Struck führte das Bewirtschaftungssystem, die Überzahl der nur wenig ausgenützten Güter und die Mängel des kleinen Besitztums als die drei kritischen Punkte der Agrarfragen an. Struck: *Zur Landeskunde von Griechenland*, a.a.O., S. 86 f. Siehe auch Decasos: *Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland*, a.a.O., S. 52—55. Decasos findet das System des Teilbaus „wo es von beiden Teilen gewissenhaft ausgeübt wird, vorzüglich, wie in Norditalien, Frankreich usw.“, er fügt aber hinzu, daß dies in Griechenland nicht der Fall ist. „Jedes Tsiflik ist ein Zentrum der Energielosigkeit, ein Stagnationspunkt.“ Er erwähnt weiter, daß da, wo die Bauern in Griechenland „von diesem System befreit wurden und selbst wirtschaften, die energischsten und arbeitsamsten“ unter den Landwirten zu finden sind, S. 54. Andreadis lobt die Verdienste des Großgrundbesitzes um die griechische Landwirtschaft! A. Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce depuis quarante ans*, in derselbe: *Erga* (Werke), Bd. II, Athen 1939, S. 194.

der ruhigste, friedlichste und konservativste Teil der Bevölkerung waren, entwickelten sie sich zu Unruhestiftern und Revolutionären²⁹.“

Unter diesen Bedingungen konnte sich die Landwirtschaft nicht entwickeln³⁰. Die schon vor der Revolution von 1821 bestehenden Verhältnisse der Naturalwirtschaft blieben das ganze 19. Jahrhundert hindurch bestehen. Märkte konnten sich nicht entwickeln. Die Bauern arbeiteten für den eigenen Gebrauch auf kleinen, eigenen oder verpachteten Äckern. Keine Meliorationsarbeiten wurden seitens des Staates unternommen³¹, der Agrarkredit wurde vernachlässigt³², ein

29 Zolotas: *Agrotiki Politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 78. Interessant ist dabei, wie die Vertreter der Oligarchie die Lage beurteilen. Decasos z. B., der sein oben zitiertes Buch „Seiner Majestät Georg I., König der Hellenen, dem erhabenen Präsidenten der griechischen Landwirtschaftsgesellschaft, dem unermüdlichen Förderer aller nationalen Interessen, in tiefer Ehrfurcht“ widmet, schreibt über den Charakter und die Eigenschaft des Griechen: „An der Arbeit haben die Arbeiter ein Vergnügen und es ist üblich, besonders nach der Wein- und Korinthenlese, daß die Arbeiter freudig tanzen. Manchmal wieder arbeiten sie für den Lehrer oder für den Priester, und er gibt ihnen nur einfache Kost als Entgelt. Da bei uns die Arbeiten meistens gärtnerischer Natur sind, so arbeiten auch die Frauen und die Kinder. Manchmal arbeitet der Mann als Tagelöhner und die Frau mit den Kindern besorgt die eigene Wirtschaft“ (S. 36 f.). Dieses etwas im idyllischen Stil beschriebene Bild wird weiter ergänzt: „Hauptsächlich der peloponnesische Landmann zeichnet sich durch besondere Geschicklichkeit aus. Geradezu hervorragend ist seine Genügsamkeit. Mais- oder Gerstenbrot, Oliven, etwas Gemüse, Knoblauch, Zwiebeln oder Käse, dazu mit Wasser verdünnter Wein sind die kärgliche Nahrung dieser gegen die äußeren klimatischen Verhältnisse abgehärteten Menschen. Die Ertragsfähigkeit ihrer wenig fruchtbaren Äcker wissen sie mit großer Geduld und Ausdauer zu erhöhen, indem sie zuweilen aus großen Entfernungen gute Ackererde herbeischaffen“ (S. 37 f.). In Thessalien „trifft man auf eine träge, energielose Bauernbevölkerung, die durch die herrschenden wirtschaftlichen Mißstände böswillig geworden ist“ (S. 38). Und das allgemeine Fazit dieser letzten Endes zynischen Schilderung: „Allen griechischen Bauern aber ebenso wie der städtischen Arbeiterbevölkerung muß das hohe Lob gespendet werden, daß sie in ihren Lebensansprüchen sehr genügsam, dabei aber sehr gastfreundlich, fürsorglich beim Bezug ihrer Bedarfsartikel in guten Erntejahren, von einer tadellosen Sittlichkeit, unverfälschtem religiösen Gefühl und von lebhaftem Patriotismus besetzt sind“ (S. 38). Decasos: Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland, a.a.O. Tsoungos bemerkt jedoch mit Recht: „Die Bedürfnislosigkeit des griechischen Bauern, von der immer die Rede ist, liegt nicht etwa in seiner Natur, sondern ist durch seine ökonomische Lage bedingt“, a.a.O., S. 39.

30 Zwischen 1833 und 1837 stieg die landwirtschaftliche Produktion von 30 auf 50 Mio. Drachmen. Zwischen 1837 und 1849 hat die landwirtschaftliche Produktion keinen Fortschritt gemacht. Ab 1850 ist sie in volle Dekadenz verfallen. E. About: *La Grèce contemporaine*, Paris 1860, S. 106.

31 Siehe dazu Stefanidis: *Mathimata Agrotikis Politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 205 ff. Zolotas: *Agrotiki Politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 190 ff. Decasos: Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland, a.a.O., S. 28—32. Kalitsounakis: *Efirmosmeni Politiki Oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 115 ff. Die einzige Ausnahme

Straßennetz, das die Märkte miteinander verbunden und die Wirtschaft kommerzialisiert hätte, entwickelte sich nur langsam³³. Der Franzose About, der Griechenland im Jahre 1852 besucht hatte, erzählt, daß die Gold- und Silbermünzen verschwunden waren und nur Bronzemünzen — die etwa den 10-, 5- und 2-Pfennig-Münzen entsprechen — vorhanden waren³⁴. Von Ausbildung der Bauern konnte keine Rede sein³⁵.

Diese Zustände führten mit der Zeit zur Proletarisierung der Massen. Dazu muß erwähnt werden, daß sich die Bevölkerung zahlenmäßig von 651 233 im Jahre 1834 auf 2 631 952 Einwohner im Jahre 1907 vermehrt hatte, während das Land flächenmäßig im gleichen Zeitraum von 48 976 qkm auf 64 296 qkm anwuchs. Das Wachstumsverhältnis liegt bei 1:4 für die Bevölkerung und 1:1,3 für die Fläche³⁶.

ist die Trockenlegung des Kopais-Sees, die von einer französischen am Anfang (1882) und später von einer englischen Gesellschaft (1887) übernommen wurde. Siehe dazu Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce* . . . , a.a.O., S. 196 f. Stefanidis, a.a.O., S. 205, Fußn. 1, Kalitsounakis, a.a.O., S. 116, Fußn. 1, Struck, a.a.O., S. 89 f.

32 Bis 1914 fehlte jegliche Kreditorganisation. Siehe Tsoungos, a.a.O., S. 32. Ähnliches stellt auch Zolotas fest. Siehe Zolotas, a.a.O., S. 171. Siehe weiter Kalitsounakis, a.a.O., S. 120—122, Decasos, a.a.O., S. 33—36. Die fast ausschließliche Art des Agrarkredits in dieser Periode ist der Kredit zum Landankauf. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 281 f., Decasos (a.a.O., S. 33), spricht von Wucherzinsen in Höhe von 30—50 %.

33 Im Binnenland war der Verkehr nach der Befreiung des Landes gering. „Es gab überhaupt keinen Weg, weder für Wagen noch für Karren“. Decasos, a.a.O., S. 22. Im Jahre 1867 belief sich die Länge der Straßen auf 380 km, im Jahre 1882 auf 1137 km und im Jahre 1894 auf 1913,1 km. Bis 1900 wurden auch noch ca. 700 km Straßen gebaut. Decasos, a.a.O., S. 24. Siehe auch Struck, a.a.O., S. 136, und D. S. Stefanidis: *I isroi xenon kefalaion* (Die Einfuhr ausländischen Kapitals), Thessaloniki 1930, S. 179, Fußn. 3. Über die Schifffahrt und die Eisenbahn werden wir noch im Text sprechen. Siehe weiter Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 574 f. Nach Kalitsounakis betrug die Länge der Straßen im Jahre 1913 7691 km (S. 575). About bemerkt: „Les routes ne manqueraient pas, si les revenus de l'Etat, qu'on gaspille pour entretenir une flotte et une armée, étaient employés à des travaux d'utilité publique.“ About: *La Grèce contemporaine*, a.a.O., S. 112. Thiersch hatte schon 1833 auf die Wichtigkeit des Straßenbaus für die Landwirtschaft und generell für die Wirtschaft hingewiesen. Siehe Thiersch: *De l'état actuel de la Grèce*, a.a.O., Bd. II, S. 30 ff.

34 About: *La Grèce contemporaine*, a.a.O., S. 93 f.

35 Siehe dazu Decasos, a.a.O., S. 25—28, Stefanidis, a.a.O., S. 243 f.

36 Siehe Struck: *Zur Landeskunde von Griechenland*, a.a.O., S. 73 f. Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce depuis quarante ans*, a.a.O., S. 185. Auch E. Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, München-Leipzig 1928, S. 10. Vgl. Decasos, a.a.O., S. 39. Decasos (ebenda, Fußn. 1) gibt das Verhältnis der Einwohner auf 1 qkm wie folgend: 1838 15,82, 1861 23,18, 1879 32,94, 1889 34,83. Für 1896 und 1907 war dieses Verhältnis 38,2 und 41,6 entsprechend. Siehe N. Polyzos: *Evolution démographique en Grèce*, in: „Internationaler Bevölkerungskongreß“, Wien 1959, S. 440.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung machte, nach Schätzungen von Tsouderos, etwa 61,7 % der Gesamtbevölkerung aus³⁷. Nach den von Struck angegebenen Informationen für 1907 machte die landwirtschaftliche Bevölkerung 12,4 % der Gesamtbevölkerung aus, während 1 896 182 Personen, d. h. 72 % der Gesamteinwohnerzahl als „Besitzlose“ angegeben werden³⁸. Es wird nicht erklärt, was diese „Besitzlosen“ eigentlich sind. Struck bemerkt, daß zwischen 1879 und 1907 die landwirtschaftliche Bevölkerung von 124 ‰ auf 98 ‰ zurückging³⁹. Decasos erwähnt, daß 1876 etwa 17 % der Gesamteinwohnerzahl (1 064 615 Personen) Landwirte, Viehzüchter und Gutsbesitzer waren. In dieser Statistik sind jedoch weder alle in der Landwirtschaft tätigen Männer noch die Frauen und die Kinder miteingeschlossen, so daß die landwirtschaftliche Bevölkerung höher angesetzt werden müßte⁴⁰. Abgesehen von diesen an sich gegensätzlichen Angaben kann man die Proletarisierung der Massen an drei Phänomenen erkennen: an der Frage der Landarbeiter, an der Frage der Urbanisierung und an der Frage der Auswanderung.

Die Landarbeiterfrage war in Griechenland, nach den verschiedenen Autoren, nie besonders groß, da einerseits auf dem Peloponnes, in Mittelgriechenland und auf den Inseln der Kleinbesitz vorherrschte und andererseits in den Gegenden, in denen Großgrundbesitz vorhanden war, wie in Thessalien und Epirus, das System des Teilbaus keine Landarbeiterklasse entstehen ließ⁴¹. Trotzdem lassen auch die kargen Angaben erkennen, daß die Landarbeiter eine große Zahl ausmachten, die am Rande lebte. War die Zahl der völlig besitzlosen Landarbeiter auch klein, so war jedoch, wie alle Autoren andeuten, die Zahl der sogenannten „seßhaften Landarbeiter“, d. h. derjenigen Bauern, die wegen der geringen Größe ihrer Betriebe Arbeit auf größeren Ländereien suchen mußten, groß. Tsoungos schreibt über die Lage der Landarbeiter: „Die seßhaften Landarbeiter besitzen gewöhnlich ein kleines Haus und ein Stück Land (Häusler). Allerdings besitzt eine kleine Anzahl von seßhaften Landarbeitern weder Haus noch Land (Einlieger); sie finden Beschäftigung auf den Großgütern. Endlich finden während der Erntezeit auch ein paar Tausend Wanderarbeiter Beschäftigung, die aus Albanien und den Gebirgen herkommen ...“⁴². Durch die Einwanderung aus den Gebirgen und dem Ausland wurden die Tageslöhne heruntergedrückt⁴³.

37 E. J. Tsouderos: *Le relèvement économique de la Grèce*. Paris-Nancy 1919, S. 111. Stefanidis schätzt mit allem Vorbehalt gegenüber der Korrektheit der Statistiken die Landbevölkerung nach der Volkszählung von 1907 um 77 % der Gesamtbevölkerung. Siehe Stefanidis: *I thesis tis viomichanias ...* (Die Stellung der Industrie ...), a.a.O., S. 22.

38 Struck, a.a.O., S. 79, Tabelle. Tsoungos, a.a.O., S. 35, Tabelle. Tsoungos meint, daß unter „Besitzlosen“ zu $\frac{3}{4}$ die Frauen untergebracht wurden (S. 36).

39 Struck, a.a.O., S. 80.

40 Decasos, a.a.O., S. 39, Fußn. 2.

41 Siehe z. B. Stefanidis, a.a.O., S. 174; Zolotas, a.a.O., S. 152 ff.

42 Tsoungos, a.a.O., S. 39 f. Siehe auch Decasos, a.a.O., S. 43—46.

43 Decasos, a.a.O., S. 45.

Viel einleuchtender für die Proletarisierung der Massen ist der Urbanisierungstrend, der mit den sechziger Jahren einsetzt. Die Bevölkerung der Städte mit mehr als 5 000 Einwohnern wuchs von 16,5% (1861) auf 24,8% (1907) der Gesamtbevölkerung. Dagegen ging die Zahl der Landbevölkerung von 15% (1870) auf 9,8% (1907) zurück⁴⁴. Folgende Tabelle, die von Struck aufgestellt wurde, gibt ein klares Bild des Urbanisierungsprozesses während dieser Periode⁴⁵:

Zahl der Bevölkerung							
	1853	1870	1879	1881	1889	1896	1907
Athen	30 590	44 510	65 499	—	110 262	123 666	167 479
Piräus	5 434	10 963	21 618	—	34 327	51 020	73 579
Patras	15 854	16 641	25 494	—	33 529	37 985	37 724
Volos	—	—	—	4 987	11 029	16 788	23 563
Korfu	15 452	15 452	16 515	—	19 025	18 581	18 987
Larissa	—	—	—	13 169	13 610	15 373	18 041
Trikkala	—	—	—	5 563	14 820	21 149	17 809
Hermoupolis	—	20 996	22 000	—	27 000	18 760	17 773
Kalamata	3 942	6 327	7 609	—	10 696	14 298	15 397
Pyrgos	3 502	6 140	8 788	—	12 647	12 708	13 690
Zakynthos	—	17 516	16 250	—	12 603	14 906	13 580
Chalkis	5 317	6 447	6 877	—	9 119	8 661	10 958
Tripolis	6 600	7 020	10 057	—	10 698	10 465	10 789
Lavrion	—	1 362	4 900	—	3 802	7 926	10 007

Es wird daraus ersichtlich, daß immer größere Teile der Bevölkerung vom Land wegwanderten und Arbeitsmöglichkeiten in den Städten suchten.

Am krassesten jedoch kommt die Tatsache der Proletarisierung des großen Teils der Bevölkerung in der Auswanderung nach dem Ausland zum Ausdruck. Ab 1890 wandern immer größere Scharen von Proletariern nach den Vereinigten Staaten aus. Am Anfang vom Peloponnes aus, wo der Kleinbesitz vorherrschte, später, und zwar ab 1905, auch aus Thessalien und Epirus. Folgende Tabelle gibt Aufschluß über das Ausmaß der Auswanderung in dieser Periode⁴⁶:

44 Tsoungos, a.a.O., S. 36 f. Siehe auch Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 42. Siehe weiter Fußn. 112.

45 Struck, a.a.O., Tabelle auf S. 80. Für das Jahr 1853, Tsoungos, a.a.O., S. 38, Fußn. 41 und Andreadis: Les progrès économiques de la Grèce ... a.a.O., S. 186 f. Siehe auch Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 36.

46 Nach Zolotas, a.a.O., S. 40, Fußn. 1. Für das Jahr 1898 Struck, a.a.O., S. 76, der übrigens gern kleinere Zahlen angibt. Siehe auch Tsoungos, a.a.O., S. 37.

1870	23	1900	3 775
1875	25	1901	5 919
1880	23	1902	8 115
1883	75	1903	14 376
1887	313	1904	12 625
1890	1105	1905	12 144
1893	1131	1906	23 127
1896	2175	1907	46 283
1898	2339	1908	28 808
1899	2395	1909	20 262

Zolotas nennt die Auswanderung eine „nationale Gefahr“, da sie den Bevölkerungszuwachs bedrohte und das Land von den besten Arbeitskräften im Alter zwischen 15 und 35 Jahren beraubte⁴⁷.

Aus den vorangegangenen Ausführungen geht hervor, daß die oben erwähnten Statistiken über die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die sie auf 17 % beziffern, nicht der Wirklichkeit entsprechen. Die von Tsouderos und in der Fußnote 37 von Stefanidis angegebenen Schätzungen müssen der Wirklichkeit näher stehen. Abgesehen davon sind jedoch die oben angeführten Angaben stichhaltig für den Prozeß der Proletarisierung, der sich Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich anbahnte⁴⁸. Der Boden für die kapitalistische Entwicklung war schon vorhanden⁴⁹. Sehen wir jetzt, wie es sich mit der Kapitalakkumulation verhält.

Es ist eine gewisse Kapitalakkumulation mittels der Ausbeutung der Agrarbevölkerung festzustellen. Was Baran über diesen Zusammenhang in den heutigen Entwicklungsländern sagt, ist auch maßgebend für die Kapitalakkumulation in Griechenland in dieser Zeit⁵⁰. Die Bauern trugen zu dieser Akkumulation bei in dem Sinne, daß sie entweder die Pacht an die Grundbesitzer und die Steuern an den Staat von ihrer kärglichen Ernte bezahlten oder, soweit sie für den Markt produzierten, geringe Preise für ihre Produkte erhielten, während sie hohe Preise zahlen mußten für die wenigen Konsumgüter, die sie sich anschaffen konnten. Der Mehrwert wurde auf diese Weise in die Hände der Grundbesitzer, der Geldverleiher, der Händler und

47 Zolotas, a.a.O., S. 40. Allein zwischen 1899 und 1911 wanderten nach den Vereinigten Staaten etwa 200 000 Personen aus. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 60.

48 Siehe dazu Mathiopoulos, a.a.O., S. 53 f.

49 Siehe zu der Bedeutung des Proletariats für die kapitalistische Entwicklung Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, a.a.O., S. 220 ff.

50 P. A. Baran: *The Political Economy of Growth*, 2nd ed. 1957, New York, S. 164 f. Zolotas bemerkt, daß der Surplus der Agrarproduktion zur Förderung ausländischer Arbeitskräfte im Ausland diene, zumal die griechischen Einfuhren sowohl aus Industrie- wie auch aus Agrarprodukten bestanden. Zolotas, a.a.O., S. 45.

des Staates geleitet⁵¹. Wie schon angeführt, waren die Wirtschaftsverhältnisse gleich nach der Gründung des Neugriechischen Staates völlig naturalwirtschaftlichen Charakters. In den damals existierenden Städten gab es kleines Handwerk⁵². Diese Situation dauerte jahrelang, so daß About auch Mitte des 19. Jahrhunderts bemerken konnte, daß „on ne sait pas faire en Grèce un de ces couteaux fermés que l'on vend à Paris pour cinq sous!“⁵³. Um 1860 sind jedoch in einigen Städten, besonders in Athen⁵⁴, kleine Manufakturen entstanden, durch die Entwicklung des Gewerbes (Mehl-, Textil- und Pulver-Industrie sowie Schiffbau) und des Handwerkes (Metallverarbeitung, Gerberei, Holzverarbeitung usw.) einerseits, und durch die Übernahme von Verarbeitungszweigen aus dem Ausland (Glashandwerk, Stoff-, Papier- und Zuckerindustrie usw.), andererseits. In den danach folgenden Jahren verbreitete sich die Manufaktur auch in anderen Zentren, begünstigt durch die Drachmenabwertung zwischen 1855 und 1895, ohne sich jedoch zur wirklichen Industrie zu entwickeln, in dem Maße, daß man von einer Industrialisierung sprechen kann⁵⁵. Im

51 Siehe dazu Sideris: *I georgiki politiki tis Ellados...* (Die Agrarpolitik Griechenlands...), a.a.O., S. 362. Zu der Besteuerung der Landwirtschaft siehe insbesondere: A. Andreadis: *Dimosia Oikonomia kai Statistiki* (Finanzwirtschaft und -statistik), Hrsg. Ch. M. Ladas, Athen 1920, Bd. II, S. 21 ff. G. Servakis-C. Pertountzi: *The Agricultural Policy of Greece*, in O. S. Morgan: *Agricultural Systems of Middle Europe, A Symposium*, New York 1933, S. 178—180. A. D. Sideris: *Agrotiki forologia* (Agrarbesteuerung), Athen 1932. Sideris (*ibid.* S. 7) bemerkt, daß das ganze System unsystematisch und viegestaltig war, dem ottomanischen Steuersystem in der Türkenzeit sehr ähnlich. Die Dekati zum Beispiel, eine Steuer von 10% auf die Bruttoernte, also auf die Agrarprodukte, wurde bis 1880 beibehalten und durch die Steuer der Pflügetiere ersetzt, die nach den Köpfen der Pflügetiere berechnet wurde. Dazu gab es eine Vielzahl von Steuern auf die einzelnen Agrarprodukte (Tabak, Öl, Feigen, Korinthen usw.), auf das bebaute Land, auf die Weiden, Gärten, Weingärten usw.

52 Thiersch: *De l'Etat actuel de la Grèce*, a.a.O., S. 58 ff. Tsouderos bemerkt, daß bis etwa 1870 Griechenland „n'avait que de petites industries domestiques qui étaient le complément de l'agriculture“. Tsouderos: *Le relèvement économique de la Grèce*, a.a.O., S. 154. Bis 1850 gab es in Attika nur 7 Fabriken, die Lebensmittel herstellten. Zwischen 1850 und 1912 wurden 173 neue Unternehmungen gegründet, und zwar Leder- und Textilfabriken sowie Mühlen. Siehe Ch. Kriekoukis: *Die Entwicklung des Korinthenproblems in Griechenland*, Diss. 1930, Berlin, S. 19.

53 About: *La Grèce contemporaine*, a.a.O., S. 141. About erzählt, daß die Produkte, mit denen Griechenland an der Londoner Messe vertreten war, aus „du miel dans un pot, des raisins de Corinthe dans un bocal, un peu d'huile, un peu de vin, un peu de coton, un peu de garance, une poignée de figes, un peu de vallone, un cube de marbre et une vitrine où s'étaient quelques costumes grecs“ bestanden. *Ibid.*

54 Noch im Jahre 1917 waren um Athen 62% der Gesamtzahl der Betriebe ansässig, mit 60% der Gesamtproduktion. 47% der Arbeiter beschäftigten sich auch in dieser Gegend. Siehe Zolotas, a.a.O., S. 33.

55 Siehe Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 26—27, 29. Siehe auch Struck, a.a.O., S. 129—134.

Jahre 1875 gab es nach Mansolas 89 Betriebe mit Dampfmaschinen und 1887 PS insgesamt, verstreut auf 23 Städte⁵⁶. Im Jahre 1889 war die Zahl der Betriebe auf 145 und die Zahl der PS auf 5568 gestiegen, während im Jahre 1892 die letztere auf etwa 10 000 stieg⁵⁷. Die vorhandenen Betriebe waren hauptsächlich mit der Produktion von Konsumgütern beschäftigt. Interessant ist zu bemerken, daß sich das inländische Kapital auf die Produktion von Konsumgütern beschränkte, während das ausländische Kapital im Bergbau investierte, wobei es sich hauptsächlich um die Ausbeutung verschiedener Mineralien und deren Export, nicht um ihre Verarbeitung handelte⁵⁸. Als Gründe der langsamen Entwicklung zur Industrialisierung werden der Mangel an Kapital, an Kenntnissen und an Straßen, die Kleinheit der Märkte⁵⁹ und ihre Zersplitterung, die Bevorzugung des Handels, die Genügsamkeit der Griechen und das Fehlen jeglicher Politik seitens des Staates zur Förderung der Industrie angeführt⁶⁰. Auf der anderen Seite wird der ab 1860 zu beobachtende Fortschritt auf die Einführung des Zollschatzes⁶¹, die Entwicklung des Verkehrswesens, die Abwertung der Drachme zwischen 1880 und 1895, den Zuwachs der Bevölkerung und die Urbanisierung zurückgeführt⁶². Professor Stefa-

56 Siehe Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 16 f.

57 Charitakis, a.a.O., S. 30. Siehe allgemein auch Mathiopoulos, a.a.O., S. 47 ff. Tsouderos erwähnt, daß es im Jahre 1850 7 Industriebetriebe gab, deren Zahl auf 22 im Jahre 1880, auf 63 im Jahre 1900 und 92 im Jahre 1910 stieg. Tsouderos: *Le relèvement économique de la Grèce*, a.a.O., S. 155.

58 Zolotas, a.a.O., S. 29. Vgl. dazu Charitakis, a.a.O., S. 29—34, Struck, a.a.O., S. 115—128.

59 Siehe oben im Text und die Hinweise in Fußnote 36. Die Kleinheit des Marktes soll nicht nur im örtlichen oder zahlenmäßigen Sinne, sondern auch im Sinne der geringen Kaufkraft der Bevölkerung verstanden werden. Für die Bedeutung der Marktgröße für die Entwicklung des Kapitalismus siehe Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, a.a.O., S. 290 ff.

60 Siehe Charitakis, a.a.O., S. 19—25. Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce...*, a.a.O., S. 208 f. Auch Mathiopoulos, a.a.O., S. 49 f. Stefanidis: *I thesis tis viomichanias...* (Die Stellung der Industrie...), a.a.O., S. 23, führt den Mangel an Rohstoffen als Hindernisfaktor an, während Zolotas vielmehr in dem Faktor Energie ein Hauptproblem sieht, a.a.O., S. 29, 116.

61 Er diene zwar zur Finanzierung des staatlichen Budgets, hatte jedoch wegen der hohen Zollsätze auch günstige Nebenwirkungen auf die industrielle Produktion. Siehe Charitakis, a.a.O., S. 35. Auch Zolotas, a.a.O., S. 128 ff.

62 Siehe Charitakis, a.a.O., S. 34—38. Zolotas, a.a.O., S. 28 f. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 58. Ab 1890 ist ein Rückgang in der weiteren Entwicklung der Industrialisierung zu bemerken, dessen Ursache der Bankrott des griechischen Staates im Jahre 1893, der griechisch-türkische Krieg von 1897, der mit der Niederlage Griechenlands endete, und die Abwertung der Drachme sind. Ebenda, 38 f. Siehe auch Zolotas, a.a.O.,

nidis faßt den Stand dieser Entwicklung zusammen mit der Bemerkung, daß Griechenland bis zum Ersten Weltkrieg hauptsächlich ein Agrarland war, dessen sekundärer Sektor bis 1900 ausschließlich und danach hauptsächlich aus Gewerbe und Handwerk bestand⁶³.

Zahlenmäßig gesehen waren im Jahre 1861 13,87 % des arbeitenden Volkes im industriellen Sektor beschäftigt. Der Prozentsatz stieg auf 15,7 % im Jahre 1870 und auf 25,6 % im Jahre 1907⁶⁴. Wieviele davon Arbeiter waren, ist nicht bekannt. Die statistischen Angaben sind nicht einleuchtend. Nach einigen Schätzungen betrug die Zahl der Industriearbeiter im Jahre 1882 40 000⁶⁵. Man schätzt auch, daß die Zahl der unmündigen Arbeiter, d. h. Knaben und Mädchen, vor 1912 11 977 betrug⁶⁶. Über die Arbeitsbedingungen läßt sich vieles sagen, wie auch über die niedrigen Löhne, die durch ein übermäßiges Angebot an Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, das einer kleinen Nachfrage gegenüberstand, herabgesetzt wurden. Das Fehlen einer sozialen Gesetzgebung und das Fehlen einer Organisierung des Proletariats führte zu ausbeuterischen Verhältnissen, die besonders zu Lasten der Frauen- und Kinderarbeit gingen⁶⁷.

Um die Frage der Kapitalakkumulation zu erforschen, muß man unter den oben geschilderten Verhältnissen die Frage des Handels in dieser Periode betrachten. Wie am Anfang dieses Kapitels erwähnt, blühte am Ende des 18. Jahrhunderts der Handel und die Schifffahrt, wobei sie durch die im Ausland errichteten Griechenkolonien besonderen Auftrieb erfuhren. Thiersch schätzte um 1830, daß die vorhandene griechische Flotte, die während der Revolution große Verluste erlitten hatte, verdoppelt werden konnte⁶⁸. „La Grèce est une puissance maritime et commerçante plutôt que la France et l'Angleterre elle-même“, schreibt er⁶⁹. About gibt die Zahl der Schiffe im Jahre 1838 mit 3269 und im Jahre 1840 mit 4046 mit einer Gesamttonnage

S. 30 f. Zu den Gründen der geringen Industrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg siehe Stefanidis: *I thesis tis viomichanias...* (Die Stellung der Industrie...), a.a.O., S. 22—27.

63 Stefanidis, a.a.O., S. 22. Andreadis erwähnt, daß der Börsenmarkt der Aktiengesellschaften von 4,6 Mio. Drachmen im Jahre 1896 auf 7,7 Mio. Drachmen im Jahre 1904 und auf 85,9 Mio. Drachmen im Jahre 1908 stieg. Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce...*, a.a.O., S. 209.

64 Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 35. Siehe auch Mathiopoulos, a.a.O., S. 54 f.

65 Mathiopoulos, a.a.O., S. 55.

66 Nach Herkner-Kalitsounakis, zitiert in Mathiopoulos, a.a.O., S. 54 f.

67 Siehe dazu Zolotas, a.a.O., S. 78 ff. Arbeitszeiten über 12 Stunden waren bis 1910 nicht selten, *ibid.* S. 96. Ein großer Teil der Arbeiter litt an Sumpffieber. Vgl. dazu Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce...*, a.a.O., S. 195 f. Die Löhne der Frauen waren um 50 % niedriger als diejenigen der Männer. In den Provinzen waren die Löhne 10—20 % niedriger als in Athen. Siehe weiter Mathiopoulos, a.a.O., S. 56—59.

68 Thiersch, a.a.O., Bd. I, S. 210 f., auch Bd. II, S. 82.

69 Thiersch, a.a.O., Bd. II, S. 73.

von 266 221 Tonnen an⁷⁰. Die Flotte im Jahre 1860 zählte 1212 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 233 732 Tonnen. 1875 stieg die Zahl der Schiffe auf 5437, wovon 27 Dampfer waren⁷¹. Die Zahl der Dampfschiffe im Jahre 1911 war auf 343 und diejenige der Gesamttonnage auf 387 634 Tonnen gestiegen⁷². Die Schifffahrt machte große Gewinne, die nach Zolotas zum Teil den Weg zur Industrie fanden⁷³. Ein Bild des außerhalb Griechenlands befindlichen Handelspotentials gibt die Zahl der Griechen, die sich in verschiedenen Städten vom Kaukasus bis Nordafrika niedergelassen hatten. Im Jahre 1907 war die Bevölkerung Griechenlands 2,6 Mio. Dazu wohnten 1,5 Mio. Griechen in der europäischen Türkei (hauptsächlich Konstantinopel), 1 Mio. in der asiatischen Türkei, 500 000 auf Kreta und Zypern und 250 000 in den verschiedenen Kolonien⁷⁴. Diese Griechen, mit Ausnahme derjenigen in der asiatischen Türkei, beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem Handel⁷⁵.

Der Handel Griechenlands mit dem Ausland bestand hauptsächlich in der Ausfuhr von Agrarprodukten und der Einfuhr von Lebensmitteln und Konsumgütern⁷⁶. In den dreißiger Jahren bestanden die griechischen Ausfuhren aus Wein, Korinthen, Apfelsinen, Feigen und Zitronen, wie auch aus einem Teil der Wolle-, Baumwolle- und Seideproduktion und aus Schafen. Griechenland führte Getreide und andere Produkte ein⁷⁷. Statistische Angaben sind bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht vorhanden. Die vorhandenen Statistiken ab 1851 zeigen, daß die Zahlungsbilanz Griechenlands immer passiv gewesen ist. Der Export machte etwa 40—50 % des Importes aus. Zolotas macht Angaben über die Getreideproduktion zwischen 1869 und 1908, aus denen hervorgeht, daß etwa 80 % des benötigten Getreides einge-

70 About, a.a.O., S. 148. Interessant ist die Bemerkung, daß Griechenland, „ce petit royaume sans population et sans capitaux“, Handelsbeziehungen mit der Türkei aufrechterhielt, die doppelt so hoch waren wie diejenigen, die England und dreizehnmal so hoch wie diejenigen, die Frankreich mit der Türkei hatten. Ibid. S. 148 f.

71 Siehe Zolotas, a.a.O., S. 68—69. Siehe auch Tsouderos: *Le relèvement économique de la Grèce*, a.a.O., S. 221 ff.

72 A. Andreadis: *La marine marchande grecque*. in derselbe: *Erga* (Werke), Bd. II, Athen 1939, S. 233.

73 Zolotas, a.a.O., S. 74, 120. Die griechische Schifffahrt beförderte Güter nicht nur zwischen Griechenland und dem Ausland, sondern auch zwischen dritten Ländern. Andreadis erwähnt das Beispiel des Getreidehandels zwischen Rußland und Frankreich. Auch Indien und der Atlantik gehörten zum Bereich der griechischen Schifffahrt. Schließlich wurden auch die Auswanderer nach Amerika auf griechischen Schiffen befördert. Siehe Andreadis: *La marine marchande grecque*, a.a.O., S. 236 f.

74 Nach Struck, a.a.O., S. 80 f.

75 Nach Thiersch gab es in den dreißiger Jahren 30 000 Handelsgeschäfte. Er schätzte die im Ausland lebenden griechischen Händler, die Geschäfte mit Griechenland machten, auf etwa 100 000. Siehe Thiersch, a.a.O., Bd. II, S. 82 f.

76 Siehe Zolotas, a.a.O., S. 42.

77 Thiersch, a.a.O., Bd. II, S. 74.

führt werden mußten⁷⁸. Nachstehende Tabelle gibt ein Bild der Handelsbilanz Griechenlands im Jahre 1898⁷⁹.

	Einfuhr	Ausfuhr
	%	%
Nahrungsmittel	42	58
Rohmaterialien	17	26
Fertigstoffe	38	15
Sonstige Waren	3	1
	<hr/> 100	<hr/> 100

Für das Jahr 1900 geben folgende zwei Tabellen Auskunft über die Struktur der Ein- bzw. Ausfuhren:

Ausfuhren landwirtschaftlicher Produkte in % der Gesamtausfuhren

Korinthen	51,8
Wein	4,7
Tabak	3,5
Tiere, Butter, Käse, rohe Felle, sonstige Viehzuchtprodukte	2,9
Olivenöl, Oliven, Seife	2,7
Feigen	2,3
Eicheln	1,6
Seide und Kokons	1,3
Obst und Gemüse	0,4
Wald- und Gerbstoffe	0,2
Kartoffeln, Leguminosen und sonstige Produkte	1,4
Insgesamt	72,8

Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte in % der Gesamteinfuhren

Getreide	25,8
Holz	8,5
Tiere und Viehzuchtprodukte	7,05
Kaffee	2,1
Oliven und verschiedene Öle	1,8
Zucker	1,3
Reis	1,2
Pflanzliche Farb- und Gerbstoffe	0,4
Sonstige landwirtschaftliche Produkte	1,85
Insgesamt	50,00

Aus Statistiken für die Jahre 1909/11 geht hervor, daß die Ausfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten 20,8 % der Gesamtausfuhren, die Einfuhren von Rohstoffen und Industrieprodukten 49,4 % der Gesamteinfuhren ausmachten⁸⁰.

78 Zolotas, a.a.O., S. 43.

79 Folgende drei Tabellen stammen aus Decasos, a.a.O., S. 58, 59.

80 Tsoungos, a.a.O., S. 61.

Die Stellung der Korinthen bei der Ausfuhr soll besonders hervor-
gehoben werden. Der Tabak kam an dritter Stelle; erst in der danach
folgenden Periode hat er die führende Position bei der Ausfuhr erhal-
ten, die er bis jetzt fast noch hat. Die Entwicklungen auf dem land-
wirtschaftlichen Sektor und eine fortschreitende Intensivierung des
Anbaus führten zu Monokulturen, die die Stabilität des ganzen Wirt-
schaftssystems in Gefahr brachten. Zwischen 1830 und 1862 stieg die
Anbaufläche der Korinthen von 3 880 auf 22 040 Hektar⁸¹. Im Jahre 1876
war die Anbaufläche auf 36 960 Hektar, im Jahre 1891 auf 67 000
Hektar gestiegen⁸². Diese Zunahme der Korinthenkultur führte zu
einer Krise in den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts, die nur durch
die im Jahre 1878 ausgebrochene Reblaus-Epidemie (Phylloxera) in
Frankreich und die dadurch entstandene Nachfrage herausgezögert
worden war. Der Staat sah sich gezwungen, Maßnahmen zu treffen,
die jedoch das Elend in der Landwirtschaft und die Probleme der
Handelsbilanz nicht lösen konnten, sondern umgekehrt neue Probleme
zu Lasten der Bauern schufen⁸³.

Die bisherigen Ausführungen mögen gezeigt haben, daß die Kapi-
talakkumulation, die anscheinend in den letzten Jahrzehnten des 19.
Jahrhunderts stattgefunden hat, aus dem Agrarsektor stammt. Diese
Kapitalakkumulation, die zum großen Teil aus Handels- und Schiff-
fahrtskapital besteht, wandelte sich nur zögernd in industrielles Kapi-
tal um⁸⁴. Wie schon erwähnt, interessierte sich dieses Kapital im indu-
striellen Sektor hauptsächlich an der Lebensmittelindustrie. Wie hoch
diese Kapitalakkumulation war, ist wegen des Fehlens jeglichen stati-
stischen Materials unmöglich festzustellen. Auf jeden Fall deuten die
vorhandenen Angaben über die Zinssätze auf einen großen Kapital-
mangel in der Industrie hin⁸⁵. Die Behauptung, die gleichmäßige Ein-

81 Siehe folgende Fußnote.

82 Siehe Kriekoukis: Die Entwicklung des Korinthenproblems...,
a.a.O., S. 82, 83, 86, 89.

83 Siehe dazu Kriekoukis, a.a.O., S. 79 ff. A. Andreadis: The Currant
Crisis in Greece, in „Economic Journal“, Bd. XVI (1906), S. 41 ff. Tsoungos,
a.a.O., S. III ff. Stefanidis: Mathimata agrotikis politikis (Vorlesungen über
Agrarpolitik), a.a.O., S. 224 ff. Zolotas: Agrotiki Politiki (Agrarpolitik),
a.a.O., S. 296—305.

84 "... die griechischen Kapitalisten entscheiden sich sehr ungern,
Kapital in Industrieunternehmen zu investieren, die eine verhältnismäßig
große Menge von festem Kapital benötigen...". Der Grieche ist der Unter-
nehmer des laufenden (baren) Kapitals, und der leichten Unternehmungs-
tätigkeit." Charitakis, a.a.O., S. 73. Vgl. auch A. Alexander: Greek Indus-
trialists, Athens 1964, S. 127.

85 In den ersten Jahren nach der Gründung des neugriechischen Staa-
tes variierte der Zinssatz auf dem freien Markt zwischen 30 % und 50 %, danach bis 1900 zwischen 12 % und 30 % und um 1911 lag er um 12 %.
Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos (Griechenland auf dem
Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 108. Über den Mangel an Kapital
siehe Zolotas, ebenda, S. 106 ff., Charitakis, a.a.O., S. 73 ff. Pepelasis meint,
es gab eigentlich keinen Mangel an Kapital, sondern, daß das vorhandene
Kapital nicht produktiv verwendet wurde. Pepelasis: Greece, a.a.O.,

kommensverteilung habe die Sparfähigkeit eines großen Teils der Bevölkerung und dadurch die inländische Kapitalakkumulation behindert, ist nicht stichhaltig, zumal, wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, die großen Gewinne in die Hände der Händler, Reeder und Großgrundbesitzer gingen, während das Einkommen des größten Teils der Bevölkerung um das Existenzminimum lag. Dazu nahm der Staat durch Anleihen und durch eine inflationistische Politik seitens der Notenbank vorhandenes Geldkapital in Anspruch⁸⁶.

Der Mangel an Kapital aus inländischen Quellen mußte durch ausländisches Kapital ersetzt werden. In der ganzen Periode machte der griechische Staat große Anleihen im Ausland. Bis 1879 war die Höhe dieser Anleihen gering, die Bedingungen, unter denen sie gemacht wurden, waren trotzdem ausbeuterisch⁸⁷. Nach 1879 bis 1893 machte der griechische Staat 7 Anleihen im Ausland, deren Netto-Höhe mit 425,2 Mio. Goldfrancs beziffert werden kann. Diese Anleihen wurden

S. 504 ff. Einige Angaben über die Höhe der Kapitalakkumulation, die aber nicht eindeutig sind, gibt Evelpidis in *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 94. Danach machten die an den Bankinstituten gesammelten Kapitalien im Jahre 1897 83, im Jahre 1901 149,3 im Jahre 1905 238,1 und im Jahre 1910 463 Mio. Drachmen (zu festen Preisen) aus. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des Bankwesens in Griechenland, das hier nicht behandelt wird. Siehe Evelpidis, a.a.O., S. 93 und G. Vasos: *Die Beziehungen zwischen Banken und Industrie in Griechenland*, Diss. Freiburg 1968, S. 9—22.

86 Siehe Zolotas, a.a.O., S. 115. Die Behauptung von Zolotas, a.a.O., S. 114, daß die geringe Sparfähigkeit der Bevölkerung auch auf die gleichmäßige Einkommensverteilung zurückzuführen ist, die die Sparfähigkeit nicht fördert, ist durch theoretische Überzeugungen, nicht auf empirischen Daten begründet. Zolotas selbst (*ibid.*) gibt zu, daß nur die Reeder in dieser Periode große Gewinne erzielten, wodurch er das schnelle Wachstum der Schifffahrt in Griechenland erklärt. Nach Zolotas selbst waren übrigens die Löhne sehr niedrig (a.a.O., S. 85 ff.). Über die Lage in der Landwirtschaft ist schon im Text berichtet worden. Die große Auswanderung deutet auch daraufhin, daß während sich einerseits Geldkapital in den Händen der Händler und der Reeder sammelte, große Massen sich proletarisieren und als einzigen Ausweg aus ihrer Misere die Auswanderung fanden. Eine weitgehende kritische Analyse der These, die ungleichmäßige Einkommensverteilung begünstige die Kapitalbildung, siehe in M. Nikolinakos: *Einkommensverteilung und Entwicklungsprozeß*, Diss. Köln, 1967.

87 Die Anleihe von Februar 1824 in Höhe von einem Nominalwert von 800 000 Pfund wurde zum Preis von 59 % abgeschlossen. Die Anleihe von 2 Mio. Pfund im darauffolgenden Jahr wurde zum Preis von 55 % abgeschlossen. Siehe Stefanidis: *I isroi xenon kefalaion* (Die Einfuhr ausländischen Kapitals), a.a.O., S. 172. Bis 1879 wurden Privatkapitalien in Höhe von etwa 100 Mio. Goldfrancs eingeführt, investiert hauptsächlich im Bergbau. *Ibid.*, S. 178. Siehe auch im einzelnen A. Andreadis: *Ethnika daneia kai elliniki dimosia oikonomia* (Nationalanleihen und die griechische Staatswirtschaft), in derselbe: *Erga* (Werke), Bd. II, a.a.O., S. 199 ff., insb. auch S. 362—364.

im allgemeinen unter höchst ungünstigen Bedingungen gemacht. Dazu muß erwähnt werden, daß der größte Teil dieser Anleihen für Militärzwecke, für die Regelung bzw. Tilgung früherer Staatsanleihen und für Haushaltszwecke verwendet wurde. Nur ein kleiner Teil davon wurde für den Straßenbau und die Entwicklung der Eisenbahnen benutzt⁸⁸. Privatkapitalien wurden auch in dieser Zeit in der Form von Anleihen an Institutionen des öffentlichen Rechts oder an Unternehmungen hauptsächlich in der Form der privilegierten Investierung in öffentliche Projekte eingeführt. Dazu zählen die Trockenlegung des Kopais-Sees⁸⁹, der Kanal von Korinth und die Entwicklung der Eisenbahnen. Stefanidis schätzt das eingeführte Kapital aller Formen in der Zeit von 1879 bis 1893 auf 750 Mio. Goldfrancs, wovon 530 Mio. Staatsanleihen, 90 Mio. Anleihen an Institutionen des öffentlichen Rechts und 100 Mio. Investitionen in große öffentliche Projekte waren⁹⁰. Die ungedeckte Verschuldung des griechischen Staates⁹¹ und die Verwendung dieses Geldes für Konsumzwecke führten dazu, daß der griechische Staat im Jahre 1893 Konkurs anmelden mußte, da er nicht imstande war, seinen Verpflichtungen dem Auslande gegenüber nachzukommen. Andreadis gibt einen detaillierten Bericht der Tatsachen, die zu dem Konkurs von 1893 führten⁹². Dieser Konkurs und der im Jahre 1897 ausgebrochene Krieg mit der Türkei führten zur Gründung der sogenannten „Internationalen Kontrollkommission“⁹³, die aus Vertretern Deutschlands, Englands, Frankreichs, Österreichs, Rußlands und Italiens bestand und deren Aufgabe es war, die öffentlichen Finanzen Griechenlands zu kontrollieren und zu verwalten, damit die Forderungen der ausländischen Besitzer von Obligationen des griechischen Staates erfüllt werden konnten⁹⁴. Auf diese Weise

88 Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 179—186, Andreadis, a.a.O., S. 365 ff.

89 Siehe dazu die Hinweise in Fußn. 31. Stefanidis (a.a.O., S. 190, 191) erzählt über die ausbeuterischen Absichten der englischen Gesellschaft, die das Werk übernommen hatte.

90 Stefanidis, a.a.O., S. 197 f.

91 Vgl. dazu Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 782. Marx schreibt diesbezüglich: „Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist ihre Staatsschuld.“ Ibid. Marx bemerkt an derselben Stelle, daß die öffentliche Schuld einer der energischen Hebel der ursprünglichen Akkumulation wird. Vgl. Baran: The Political Economy of Growth, a.a.O., S. 139.

92 Siehe Andreadis, a.a.O., S. 365—441. Siehe auch das „Der Konkurs“ betitelte Kapitel, ebenda, S. 441—452. Auch derselbe: Les contrôles financiers internationaux, in Erga (Werke), Bd. II, a.a.O., S. 112 ff.

93 Diese Bezeichnung wurde als „nach Knechtschaft riechend“ (savouring servitude) im nächsten Jahr in „Internationale Finanzkommission“ (Commission Financière Internationale) geändert. Siehe Andreadis: Ethnika daneia kai elliniki dimosia oikonomia (Nationalanleihen und die griechische Staatswirtschaft), a.a.O., S. 480.

94 Artikel 2 des Vertrags von Konstantinopel vom 18. 9. 1897 lautet: „La Grèce paiera à la Turquie une indemnité de guerre de 4 million de livres turques. L'arrangement nécessaire pour faciliter le paiement rapide de l'indemnité sera fait avec l'assentiment des puissances de manière à

gelang es der imperialistischen Politik der europäischen Mächte, auch in Griechenland festen Fuß zu fassen, was im Rahmen ihrer Politik lag, den ganzen Balkan durch Staatsanleihen an die Regierungen und durch Investitionen in Eisenbahnen unter ihren völligen Einfluß zu bringen⁹⁵. Bis 1910 wurden auch andere Kapitalien in verschiedenen Formen (Anleihen oder direkte Investitionen) in Griechenland eingeführt⁹⁶.

Mit dem Aufbau des Eisenbahnnetzes wurde erst im Jahre 1867 begonnen. Erst nach 1881 ist eine größere Investitionstätigkeit auf diesem Sektor zu beobachten. Im Jahre 1909 bestand das Bahnnetz aus fünf Linien⁹⁷ mit einer Gesamtlänge von 1583 km⁹⁸.

ne pas porter atteinte aux droits acquis des anciens créanciers de la Grèce. A cet effet sera instituée à Athènes une Commission internationale des représentants des puissances médiatrices à raison d'un membre nommé par chaque puissance. Le gouvernement hellénique fera adopter une loi agréée, préalablement, par les puissances réglant le fonctionnement de la Commission et d'après laquelle la perception et l'emploi des revenus suffisants au service de l'emprunt pour l'indemnité de guerre et les autres dettes nationales seront placées sous le contrôle absolu de la dite Commission.“ Die Kommission kontrollierte die Salz-, Papier- und Zigaretten-, Streichhölzer-, Spielkarten-, Petroleum- und Schmirgelmonopole, die Tabaksteuer, die Stempelgebühren und das Zollamt von Piräus und sechs anderer Städte im Falle, daß die Einnahmen nicht ausreichten. Die Finanzkontrolle wurde durch die schon bestehende griechische Gesellschaft für Monopole, die unter der unmittelbaren und absoluten Kontrolle der Intern. Kommission stand, ausgeführt. Siehe im allgemeinen Andreadis: Les contrôles financiers internationaux, a.a.O., S. 119—122. Derselbe: Ethnika daneia kai elliniki dimosia oikonomia (Nationalanleihen und die griechische Staatswirtschaft), a.a.O., S. 453 ff., insb. 477 ff. Interessant ist die Bemerkung von Andreadis, daß sich die Internationale Kommission nicht nur auf die Kontrolle der Gesellschaft für Monopole beschränkte, sondern diese auch auf die Verwaltung ausdehnte. Im Jahre 1904 gelang es ihr zu erreichen, daß die Beamten des Zollamtes von Piräus nicht ohne ihre Genehmigung versetzt werden durften! Andreadis, ebenda, S. 486. Im Vergleich zu solchen, anderen Ländern auferlegten Kontrollen, war die Internationale Kontrolle in Griechenland sehr schwer. Siehe Andreadis, ebenda, S. 503 ff. Derselbe: Les contrôles financiers internationaux, a.a.O., S. 122 bis 124. Clemanceau hat die Griechenland auferlegte Kontrolle als „une besogne infâme“ bezeichnet, während Castelar behauptete, die Mächte „avaient consacré l'ecrasement et la servitude de la Grèce“. Andreadis: Ebenda, S. 119, Fußn. 2.

95 Siehe eine interessante Analyse dieser Politik in L. S. Stavrianos: The Balkans 1815—1914, New York-Chicago-San Francisco-Toronto-London 1965, S. 73—78. Auch Andreadis: Les contrôles financiers internationaux, a.a.O., S. 112—146.

96 Siehe dazu Stefanidis: I isroi xenon kefalaion (Die Einfuhr ausländischen Kapitals), a.a.O., S. 199 ff.

97 Den Attischen Bahnen (76 km), den Peloponnes-Bahnen (748 km), der Nordwestbahn (63 km), den Thessalischen Bahnen (233 km) und der Zentral- bzw. Larissa-Bahn (440 km). Dazu bestand noch die Linie Piräus-Athen (10 km) und Pyrgos-Katakolon (13 km). Siehe Struck, a.a.O., S. 179.

98 Siehe Struck, a.a.O., S. 136—153, 179. D. Stefanidis: Mathimata emborikis politikis (Vorlesungen über Handelspolitik), Athen 1957, S. 154

Am Ende dieser Periode, also Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts, beobachtet man in Griechenland eine Umwandlung der Produktionsverhältnisse, die als Anfang der Auflösung der Naturalwirtschaft und der Feudalverhältnisse und als Ansatz zum Kapitalismus bezeichnet werden könnte. Die Landwirtschaft hatte schon angefangen, zum Teil für den Markt zu produzieren, was die Einführung der Geldwirtschaft auf dem Lande bedeutet. Durch den Bau von Straßen und einem Bahnnetz, wie durch die Schifffahrt, die den Handel befördert, wird ein Markt geschaffen, der auch durch den Zuwachs der Bevölkerung und die Urbanisierung erweitert wird. Durch die Landwirtschaft und den Handel wird Kapital akkumuliert, das in den industriellen Sektor investiert zu werden beginnt. Die Verhältnisse in der Landwirtschaft schaffen ein Proletariat, das einen Ausweg in der Auswanderung findet, da die Umwandlung des Geld- bzw. Handels- in Industriekapital langsam vorangeht. Durch die Einfuhr ausländischen Kapitals und durch die Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen gewinnt der Imperialismus eine bedeutende Stellung in der Wirtschaft. Der Staat übernimmt schließlich eine aktive Rolle bei den Investitionen in der Infrastruktur. Dies ist ein Phänomen, das fast in allen Balkanländern zu beobachten ist. Stavrianos schreibt diesbezüglich: „During these years (1878—1914) the dynamic and expanding civilisation of Western Europe impinged upon the Balkan Peninsula and undermined the latter's self-sufficient natural economy. This traditional economy gave way to a money or capitalist economy, which in turn led to fundamental changes in the social organisation and daily life of the Balkan peoples.“⁹⁹

Erst am Ende dieser Periode wird die Bedeutung und die gesellschaftliche Rolle der bürgerlichen Klasse spürbar. Nach der Revolution von 1821 beherrschten kleinbürgerliche Elemente und die Großgrundbesitzer die Bühne. „In ihrer Gesamtheit spielte die bürgerliche Klasse politisch eine Rolle, die darin bestand, neben dem Großgrundbesitz zu existieren, zumal ihre Interessen mit den Interessen der Großgrundbesitzer völlig übereinstimmten.“¹⁰⁰ Die Bauern waren die

bis 159. Über die Bedeutung der Eisenbahnen für die kapitalistische Entwicklung siehe Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, a.a.O., S. 296 f.

⁹⁹ Stavrianos: *The Balkans*, a.a.O., S. 73, auch S. 79—82. In Fußnote 11 haben wir Pepelasis Behauptung zitiert, nach der der Balkan Ende des 18. Jahrhunderts an der Schwelle war, die „pre-breakthrough“-Periode zu verlassen und sich auf den Weg der Entwicklung zu begeben. Er meint weiter, daß dieser Trend durch den Nationalismus und die Spaltung des ottomanischen Reiches in viele kleine Staaten aufgehalten wurde. Erst nach 1888 durch die Erweiterung des Marktes nach dem Anschluß Thessaliens, das Blühen der Schifffahrt und den Aufbau des Bahnnetzes wird wieder ein ansteigender Trend bemerkbar. Pepelasis: *Greece*, a.a.O., S. 504 f.

¹⁰⁰ *Oi koinonikopolitikes dynameis stin Ellada* (Die sozialen und politischen Kräfte in Griechenland), hrsgb. von Omilos Alexandros Papanastasiou (Verein Alexander Papanastasiou), Athen 1966, S. 12. Vgl. Kabanis:

ausgebeutete Klasse. Die Untätigkeit des Staates, sowohl im landwirtschaftlichen¹⁰¹ wie auch im industriellen Bereich¹⁰², trug zu der Proletarisierung der Massen bei. Die langsame Entwicklung der Produktivkräfte trotz einer gewissen ursprünglichen Kapitalakkumulation, führte zu krassen Gegensätzen zwischen Bauern und Großgrundbesitzern einerseits und der sich formierenden Arbeiterklasse und den Kapitalisten andererseits¹⁰³. Die bürgerliche Klasse fühlte, daß es an der Zeit war, ihre fortschrittliche Rolle zu spielen. Nur sie konnte das System aus der Sackgasse retten. Darin liegt die Bedeutung des Militäraufstandes von 1909, der die bürgerliche Klasse an die Macht brachte¹⁰⁴.

II. Die Periode der Auflösung der Feudalverhältnisse

Das erste Ereignis nach 1909, dem eine große Bedeutung beizumessen ist, ist die Verdoppelung der Fläche Griechenlands und ihrer Bevölkerung nach den erfolgreichen Balkankriegen von 1912 und 1913. Durch die Annektierung von Epirus, von Mazedonien, einem Teil von Thrazien, von Kreta und den ägäischen Inseln stieg die Fläche Griechenlands von 64 000 auf 120 000 qkm und die Bevölkerung von 2,8 auf 5 Mio. Einwohner¹⁰⁵. Nach dem Ersten Weltkrieg und der Katastrophe von Kleinasien im Jahre 1922 entstanden die Grenzen

Zur Lage der abhängigen Arbeit in Griechenland, a.a.O., S. 68 ff. Vgl. weiter Mathiopoulos, a.a.O., S. 50, 51, 55 ff. Siehe auch die Ausführungen in Alexander: *Greek Industrialists*, a.a.O., S. 56.

101 Siehe dazu Sideris: *I georgiki politiki tis Ellados...* (Die Agrarpolitik Griechenlands...), a.a.O., S. 30 f., 65, 112 ff., 267, 93 ff., 243—248, 325—330, 76 ff. usw. Stefanidis bemerkt, daß das Interesse des Staates an der Landwirtschaft bis zum Militäraufstand von 1909 sehr gering war. Siehe O. S. Stefanidis: *Eisagogi is tin agrotikjn politikjn* (Einführung in die Agrarpolitik), Athen 1957, a.a.O., S. 92 f. Siehe weiter Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce...*, a.a.O., S. 204 ff.

102 Siehe dazu Stefanidis: *I thesis tis viomichanias...* (Die Stellung der Industrie...), a.a.O., S. 3 f., 25 f., 41; Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 137 f. Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 154 ff.

103 Siehe die Ausführungen über die Bedeutung der Klasse der Handwerker in Alexander: *Greek Industrialists*, a.a.O., S. 58.

104 Siehe dazu M. Nikolinakos: Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung. Wirtschaftliche und soziale Hintergründe des Putsches, in M. Nikolinakos-K. Nikolaou: *Die verhinderte Demokratie: Modell Griechenland*, Frankfurt 1969, S. 9—11. Über den bürgerlichen Charakter des Aufstandes von Goudi 1909 siehe weiter die Bemerkungen in Fußn. 9 dieses Kapitels.

105 Despotopoulos-Vournas-Kouchtzoğlu: *Istoria tis neoterias Ellados, 1828—1940* (Geschichte Neugriechenlands), a.a.O., S. 425. Nach Charitakis änderte sich das Verhältnis der Einwohner pro qkm zwischen 1915 und 1925 von 41,05 auf 49,60. Siehe Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 55. Vgl. auch oben Fußn. 36. Siehe weiter Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 9—14.

Griechenlands in dem noch heute bestehenden Umfang. Im angeschlossenen Gebiet bestanden 500 km Bahnlinien und 2000 km Straßen. Die Wirtschaft der neuen Gebiete war nicht verschieden von derjenigen des alten Griechenlands vor 1912. Im Gegenteil, in den neuen Gebieten herrschten vielmehr Feudalverhältnisse ähnlich denjenigen in Thessalien, während die schon im alten Griechenland auf dem industriellen Sektor vor 1912 erzielten Fortschritte in den neuen Gebieten fehlten¹⁰⁶. Die flächen- und bevölkerungsmäßige Vergrößerung Griechenlands bedeutete eine Erweiterung des Marktes.

Die Erweiterung des Marktes fand auch nach dem kleinasiatischen Krieg im Jahre 1922 statt, als 1,2 Millionen Flüchtlinge aus Kleinasien nach Griechenland kamen¹⁰⁷. Diese positive Tatsache ist jedoch mit den Problemen verbunden, die diese Flüchtlinge schufen. Sie stellten nicht nur einen Markt dar, sie waren auch Produktivkräfte, die Beschäftigung suchten. Fast die Hälfte der Flüchtlinge wurden in der Landwirtschaft beschäftigt, und zwar in den sogenannten neuen Gebieten (hauptsächlich Mazedonien), die einerseits einen fruchtbaren Boden hatten und andererseits durch die Evakuierung der vorher dort wohnenden Türken und Bulgaren viele neue Kräfte aufnehmen konnten¹⁰⁸. Die übrigen ließen sich in Städten und hauptsächlich in Athen nieder, wo sie zum großen Teil als Arbeiterproletariat lebten¹⁰⁹. Am Rande der Städte entstanden Flüchtlingssiedlungen, in denen das Elend und die Not kraß zum Ausdruck kamen¹¹⁰. Fast bis

106 Nach Kalitsounakis waren $\frac{2}{3}$ der Dörfer, d. h. 413 Dörfer auf 653 in Epirus und 609 Dörfer auf 1335 in Mazedonien Tsiflikia, d. h. Großgrundbesitz, der mit dem System des Teilbaus extensiv bewirtschaftet wurde. Siehe Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 103, Fußn. 1.

107 Nach der Volkszählung von 1928 betrug die Zahl der Flüchtlinge 1 221 849. Siehe D. Kaloussis: *Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch in den Jahren 1922/23*, Diss., Wien 1935, S. 20, Fußn. 20 und A. Hadzopoulos: *Die Flüchtlingsfrage in Griechenland*, Diss., Athen 1927, S. 32. Pallis beziffert den Bevölkerungszuwachs durch die Flüchtlinge (eingeschlossen die Flüchtlinge aus Rußland und Bulgarien) mit 1 526 500 Personen. Siehe A. A. Pallis: *Les effets de la guerre sur la population de la Grèce*, in A. Andreadis (Hrsg.): *Les effets économiques et sociaux de la guerre en Grèce*, Paris-New Haven 1928, S. 135.

108 Kaloussis betont, daß es ohne die Landwirtschaft unmöglich gewesen wäre, die Flüchtlinge unterzubringen. Siehe Kaloussis, a.a.O., S. 24, 31. Man schätzt die von der Landwirtschaft absorbierten Flüchtlinge auf 560 136. Ebenda.

109 „Zerlumpte Menschen durchquerten die Straßen der Hauptstadt, um Arbeit zu suchen oder ihr tägliches Brot zu erbetteln“, schreibt Kaloussis, a.a.O., S. 33. Ein Bericht des Völkerbundes von 1926 dagegen schätzt die Zahl der Arbeiter unter den Flüchtlingen, die sich in den Städten niederließen, auf 35 %, während die übrigen 65 % Kleinindustrielle, Handwerker und Händler waren. Siehe Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 57. Vgl. Pallis: *Les effets de la guerre sur la population de la Grèce*, a.a.O., S. 151 ff.

110 Siehe Kaloussis, a.a.O., S. 32—34.

heute noch bestehen solche Siedlungen in einigen Städten, und zwar neben den Luxus-Hochhäusern, die in den letzten Jahren gebaut worden sind.

Der Urbanisierungsprozeß ging noch weiter in dieser Periode. Folgende Tabelle zeigt die Einwohnerzahl der wichtigsten Städte Griechenlands¹¹¹.

	1920	1928	1940	1951
Großathen (mit Piräus)	453 042	802 000	1 124 109	1 378 586
Thessaloniki	174 390	251 254	278 145	297 164
Volos	30 046	47 892	54 919	65 090
Heraklion	24 848	33 404	39 550	51 144
Drama	15 263	29 339	30 425	29 488
Serrai	14 486	29 640	34 630	36 760
Patras	52 174	61 278	62 275	79 014
Korfu	27 175	32 221	29 988	27 431
Trikkala	20 194	18 682	18 892	24 131
Syros	18 663	21 156	18 922	16 971

Ein Vergleich mit der entsprechenden Tabelle im ersten Kapitel macht deutlich, daß sich die Landbevölkerung graduell auflöst und sich dem Proletariat in den Städten anschließt¹¹².

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, daß die gesellschaftlichen Umwandlungen am Anfang der zweiten Periode eine Lage schufen, die durch eine drückende Überzahl an Arbeitskräften in bezug auf die vorhandenen Produktionsmittel gekennzeichnet wird. In der Landwirtschaft garte noch das Problem der Bodenverteilung, das durch die Annektierung der neuen Gebiete und durch die Einwanderung der Flüchtlinge akut wurde. Der auf dem landwirtschaftlichen Sektor ausgeübte Druck förderte die Urbanisierung und Proletarisierung der Massen, für die, da die Industrialisierung damit nicht Schritt hielt, kein anderer Ausweg bestand als die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten. Diese Lösung des Problems hatte schon in der vorigen Periode begonnen. Folgende Tabellen geben den Trend der Auswanderung wieder, die in den ersten Jahren der zweiten Periode ihren Höhepunkt erreichte. In der Zeit danach geht das Ausmaß der Auswanderung wieder zurück, und zwar als Folge der Einschrän-

111 Aus C. A. Munkman: *American Aid to Greece, A report on the first ten years*, London 1958, S. 48.

112 Nach Evelpidis entwickelte sich die städtische Bevölkerung in Prozent der Gesamtbevölkerung folgendermaßen: 1883 11,85 %, 1889 18 %, 1896 22 %, 1907 24 %, 1920 27 %, 1928 33 %, 1940 33,73 %. Für die Jahre von 1883 bis 1907 vgl. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria...* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte...), a.a.O., S. 80. Für die übrigen Jahre derselbe: *I georgia tis Ellados* (Die Landwirtschaft Griechenlands), a.a.O., S. 28.

kungsmaßnahmen, die die amerikanische Regierung nach 1921 traf sowie später in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre¹¹³.

Zahl der Auswanderer

1910	39 135	1917	23 974
1911	37 021	1918	1 910
1912	21 449 (31 566)	1919	386
1913	22 817 (38 644)	1920	11 981 (29 967)
1914	35 832 (45 888)	1921	28 502 (12 860)
1915	12 592	1922	3 994
1916	27 034	1925	4 580

Evelpidis gibt folgende Durchschnittszahlen¹¹⁴:

	Durchschnitt pro Jahr	Zahl der Auswanderer auf 1000 Einwohner
1901—1910	17 351	6,62
1911—1920	19 612	4,96
1921—1930	9 137	1,43
1931—1937	3 111	0,46

Diesen Entwicklungen wurde mit der angestrebten Lösung der Agrarfrage, mit einer Reorganisation des Staatsapparates und der Schaffung von neuen Institutionen und mit einer neuen „sozialen“ Gesetzgebung begegnet. Einige Fortschritte im industriellen Sektor haben dazu beigetragen, den oben genannten, von der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgeübten Druck zu mildern.

113 Siehe Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 40, Fußn. 1. Die Zahlen in Klammern für die Jahre 1920 und 1921, wie auch diejenigen für die Jahre 1922 und 1925 stammen aus Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 56. Die Zahlen in Klammern für die Jahre 1912, 1913 und 1914 stammen aus Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 13. Die Unterschiede deuten auf die Unzuverlässigkeit der Statistiken hin. Siehe auch M. B. Simonide: *L'économie rurale grecque et la crise de la guerre mondiale*, in *Andreadis: Les effets économiques et sociaux de la guerre en Grèce*, a.a.O., S. 165.

114 Evelpidis: *I georgia tis Ellados* (Die Landwirtschaft Griechenlands), a.a.O., S. 29, Fußn. 1. Simonide bemerkt mit Recht, daß sich die Zahlen der Auswanderer vor 1912—13 auf das Gebiet des alten Griechenlands beziehen, die Zahlen nach 1910 dagegen auf das Griechenland nach der Annektierung Mazedoniens, Epirus', Thraziens usw. Dies deutet auf die Verminderung der Auswanderung schon am Anfang dieser Periode hin. Simonide: *L'économie rurale grecque* . . . , a.a.O., S. 165, Fußn. 2. Simonide (ebenda) erwähnt, daß auch in den neuen Gebieten die Auswanderung in der vorigen Periode gang und gäbe gewesen war. Nur aus der Gegend Monastir in Westmazedonien wanderten zwischen 1902—1909 nach Rolleyde Visme mehr als 80 000 Personen aus.

Durch die Änderung der Verfassung im Jahre 1911¹¹⁵ war der Weg zur Lösung der Agrarfrage geöffnet. Durch fünf Dekrete der provisorischen Regierung unter Venizelos im Jahre 1917 und weitere Gesetze, die im Jahre 1932 kodifiziert wurden, wurden Güter im Besitz des Staates oder der Gemeinden und anderer Institutionen des öffentlichen Rechts (dazu zählen auch Klöster und kirchliche Organisationen) und der Großgrundbesitz zwangsenteignet und an besitzlose bzw. Kleinbauern und Flüchtlinge verteilt¹¹⁶. Durch diese Maßnahme wurden, wie Stefanidis berichtet, bis Ende 1936 1 700 000 Hektar an 305 000 Bauernfamilien insgesamt verteilt. Dadurch „verschwand aus dem Land Griechenlands der größte Teil der besitzlosen Bauern und beschränkte sich die Zahl der Zwergbauern“¹¹⁷. Nach Evelpidis verteilte sich das Land nach der Volkszählung von 1929 folgendermaßen¹¹⁸:

115 Siehe dazu die hervorragende Arbeit von A. I. Svolos: *I anagastiki Apallotriosis pros Apokatastasin aktimonon georgon ipo syntagmatikin kai oikonomikin popsin* (Die Zwangsentziehung zur Niederlassung von besitzlosen Bauern aus verfassungsmäßiger und ökonomischer Sicht), Athen 1918, wiedergegeben in derselbe: *Nomikai Meletai* (Rechtsstudien), hrsg. von Th. Tsatsos, Ph. Vegleris und A. Roussopoulou, Athen 1958, S. 5—48.

116 Siehe dazu Stefanidis: *Mathimata agrotikis politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 97 ff. Zolotas: *Agrotiki politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 82 ff. Kienitz: *Existenzfragen...*, a.a.O., S. 33—40. Simonide: *L'économie rurale grecque...*, a.a.O., S. 168—174. Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 103 bis 109. Ph. Sachsamanoglou: *Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft*, Diss., Hamburg 1939, S. 37—40.

117 Stefanidis, a.a.O., S. 107. Siehe auch Zolotas, a.a.O., S. 89. Stefanidis bemerkt, daß trotzdem dadurch keine „idealen Besitzverhältnisse“ geschaffen wurden, zumal der Peloponnes, Mittelgriechenland und die Inseln durch die angeführte Gesetzgebung nicht betroffen wurden (ebenda). Stefanidis schätzte den nach dem Zweiten Weltkrieg noch bestehenden Großgrundbesitz auf 150—160 000 Hektar. Dazu sollten etwa 50 000 Hektar Land gezählt werden, die dem Staat, den Gemeinden, der Kirche und den Klöstern gehörten (a.a.O., S. 109). Kalitsounakis erwähnt, daß bis 1940 2 328 016 Hektar Land verteilt worden waren und bis 1939 303 793 Familien auf eigenen Boden angesiedelt wurden. Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 109.

118 Evelpidis: *I elliniki georgia* (Die griechische Landwirtschaft), a.a.O., S. 25. Vgl. auch Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 110. Nach den Angaben der Volkszählung von 1929 waren 13,2 % des Ackerbaus Zwergbetriebe, 49,5 % Kleinbetriebe, 9,2 % Mittelbetriebe, 24,2 % Großbetriebe und 3,8 % sehr große Betriebe (über 10 000 Hektar). 80 % der Bauern waren Besitzer, die übrigen Pächter, Teilbauern usw. Ebenda. Die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe betrug nach der Bodenreform 4,85 Hektar im Bezirk Trikkala (Thessalien), 13,25 Hektar im Bezirk Larissa (Thessalien), 12,0 Hektar im Bezirk Thessaloniki, 4,11 Hektar im Bezirk Jannina (Epirus), 4,45 Hektar im Bezirk Prevesa (Epirus), 12,1 Hektar im Bezirk Attika. Simonide: *L'économie rurale grecque...*, a.a.O., S. 173. Nach Zolotas sah die Durchschnittsgröße der Betriebe in Hektar folgendermaßen aus: Thessalien 8,28, Arta (Epirus) 2,84, Mazedonien 6,01, Epirus 2,82, übriges Land 4,64. Zolotas, a.a.O., S. 89.

Prozentsatz der Bauern

36,96 %
 35,09 %
 23,45 %
 3,87 %
 0,15 %

Größe der Betriebe

bis 1 Hektar
 1— 3 Hektar
 3— 10 Hektar
 10—100 Hektar
 über 100 Hektar

Die Folge der Bodenreform war eine Steigerung und eine weitere Kommerzialisierung der Agrarproduktion. Zolotas bemerkt, daß die mit Getreide bebaute Fläche zwischen 1915 und 1931 von 736 000 auf 1 356 000 Hektar stieg, diejenige mit Tabak von 17 500 auf 84 400 Hektar. Die Produktion von Getreide stieg in derselben Zeit von 565 616 auf 775 386 Tonnen, die von Tabak von 12 702 auf 43 215 Tonnen¹¹⁹. Man kann daraus ersehen, daß, während einerseits das Verhältnis im Zuwachs der bebauten Fläche zwischen beiden Jahren 1 : 1,8 für das Getreide und 1 : 4,7 für den Tabak ist, das Verhältnis des Zuwachses der Produktion bei 1 : 1,3 für das Getreide und 1 : 3,4 für den Tabak liegt. Dies bedeutet, daß die Steigerung der Produktion nicht mit der Erweiterung der bebauten Fläche Schritt hielt, was darauf hinweist, daß die Intensivierung der Landwirtschaft nicht mit der Bodenreform zusammenging. Dies ist eine Tatsache, die alle Autoren hervorheben. Stefanidis z. B. betont, daß die einheimischen Besitzlosen, denen Land durch die Landreform zugeteilt wurde, vom

119 Zolotas: *Agrotiki politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 101. Wegen der Flüchtlingsfrage weist Zolotas auf die Schwierigkeit hin, festzustellen, wie weit die Steigerung der Produktion ein Ergebnis der Bodenreform war. Ebenda, S. 100. Sahsamanoğlu verneint dies und behauptet vielmehr, daß die Produktion zurückgegangen ist, „insbesondere bei Getreide“. Er führt dies auf die „plötzliche Ausschaltung der Großgrundbesitzer“, die „Zersplitterung der Ackerbaufläche“ und das „Fehlen sachkundiger Beamter bei der Durchführung der Agrarreform“ zurück. Sahsamanoğlu: *Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft*, a.a.O., S. 41 f. Sahsamanoğlu gibt jedoch keine statistischen Angaben für seine Behauptung. Zolotas spricht von einer „Stagnation“ nur in der Getreideproduktion, nicht in der Produktion der anderen landwirtschaftlichen Produkte. Siehe Zolotas, a.a.O., S. 102 f. Dagegen untermauern die auch von Evelpidis angegebene Daten die im Text angeführte Feststellung Zolotas. Evelpidis gibt folgende Zahlen für die Getreideproduktion zwischen 1920—1939 (über die Produktion der sogenannten Industriepflanzen siehe weiter im Text):

Jahresdurchschnitt	1920—24	1925—29	1930—34	1935—39
Bebaute Fläche in Hektar	429 214	506 103	656 030	865 809
Ertrag pro Hektar in kg	602	660	746	920
Gesamtproduktion in Tonnen	256 100	332 660	501 260	798 880
Getreide- und Mehleinfuhr (in Tonnen)	599 927	540 706	515 619	453 598
Prozentsatz der Produktion am Gesamtkonsum	30,3 %	38,1 %	49,3 %	63,8 %

Siehe Evelpidis: *I elliniki georgia* (Die griechische Landwirtschaft), a.a.O., S. 45, Fußn. 1. Siehe auch nächste Fußnote.

Staat sich selbst überlassen wurden, was nicht der Fall bei den Flüchtlingen war, denen die für die Verteilung des Bodens gebildete Kommission nicht nur das Los, sondern auch Tiere, Werkzeuge, Samen und sogar Bargeld zur Verfügung stellte¹²⁰. Durch die Bodenreform entstanden im übrigen hauptsächlich Kleinbetriebe, und zwar meistens zersplittert, die eine Intensivierung der Bewirtschaftung nicht erlaubten und für die Ernährung der Bauernfamilien nicht ausreichten¹²¹. Evelpidis schätzt für das Jahr 1936 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft auf 4200 Drachmen, während das Pro-Kopf-Einkommen in den Städten 14 525 Drachmen betrug. Während das Durchschnittseinkommen der Bauernfamilie pro Jahr bei 21 685 Drachmen lag, waren ihre notwendigen Ausgaben 27 988 Drachmen, das Bauernbudget wies also ein Defizit von 6303 Drachmen auf¹²². Schließlich wird als Nachteil der Bodenreform erwähnt, daß Lose nicht nur erfolglosen und unfähigen Bauern, sondern auch Leuten, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun hatten, zugeteilt wurden¹²³.

Die Kommerzialisierung der Agrarproduktion ist der zweite bedeutende Punkt nach der Bodenreform, die mit einem monokulturellen Trend verbunden ist. Etwa 70 % der bebauten Fläche des Landes wurden mit Getreide bebaut, wobei der Ertrag wegen Mangels an Kapital und Kenntnissen sehr niedrig war. Zu dieser Zentralstellung des Getreides bei der landwirtschaftlichen Produktion hat die Politik des Staates beigetragen, der den Getreideerzeugern einen weitgehenden Zollschatz gewährte und zum Preisschutz den Einkauf der Produktion durch den Staat einführte¹²⁴. Das Korinthenproblem, das schon in der vorigen Periode akut wurde, blieb durch die ungeschickte

120 Stefanidis, a.a.O., S. 108—119. Zolotas, a.a.O., S. 100—105. Siehe auch Hadzopoulos: Die Flüchtlingsfrage in Griechenland, a.a.O., S. 84 ff. Kaloussis: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, a.a.O., S. 25 bis 28.

121 Zolotas, a.a.O., S. 89 f., Stefanidis, a.a.O., S. 117 f.

122 Evelpidis: *I elliniki georgia* (Die griechische Landwirtschaft), a.a.O., S. 26 f. Vgl. auch die Angaben über das Einkommen der Tabakerzeuger, das als einziges Beispiel einer landwirtschaftlichen Tätigkeit mit Netto-Profit für den Erzeuger angeführt wird, in Servakis-Pertountzi: *The Agricultural Policy of Greece*, a.a.O., S. 186 f., Tabelle auf S. 198. Diese Autoren behaupten, daß 64 % der Kosten der Arbeitslohn ausmacht. Merkwürdigerweise rechnen sie darunter die Arbeitskosten von Menschen und Tieren! (S. 198). Nach ihnen erzielte auch die Baumwoll-Erzeugung keine Netto-Gewinne. An anderer Stelle (S. 191) führen die Autoren im Gegensatz zu ihrer oben erwähnten Behauptung aus, daß wegen nicht ausreichender Märkte die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, wie z. B. des Tabaks, auch Kosten des Anbaus nicht deckten!

123 Stefanidis, a.a.O., S. 117, Zolotas, a.a.O., S. 99. Es sei bemerkt, daß die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes mit einer Entschädigung der Besitzer einherging, die aber wegen der Abwertung der Drachme nicht voll entsprechend war. Siehe Zolotas: ebenda; Stefanidis, a.a.O., S. 115.

124 Siehe dazu Zolotas, a.a.O., S. 269 ff. Stefanidis, a.a.O., S. 216—220. Tsoungos: *Hundert Jahre griechische Landwirtschaft*, a.a.O., S. 63 ff.

staatliche Politik weiter bestehen. Dieses Problem betraf hauptsächlich den Peloponnes, wo etwa 90 % der Gesamtanbaufläche liegen. Die Produktion stieg von 69 898 Tonnen im Jahre 1911 auf 160 300 Tonnen im Jahre 1924. Der größte Teil wurde ausgeführt¹²⁵. In den Jahren 1935—1938 lag die Durchschnittsfläche des mit Korinthen bebauten Landes pro Jahr bei 58 300 Hektar mit einer Jahresproduktion von 127 000 Tonnen¹²⁶. Erst ab 1936 traf der Staat Maßnahmen, wie die Abschaffung des garantierten Aufkaufs eines Teils der Produktion und die Gesetzgebung zugunsten der Entwurzelung eines Teils der Weinberge, die die Schärfe des Korinthenproblems minderten¹²⁷. Der Tabak nimmt in dieser Periode eine führende Stellung in der Produktion und die erste in den Ausfuhren ein. Zwischen 1912 und 1937 stieg die bebaute Fläche für Tabak von 13 034 auf 95 680 Hektar, die Produktion von 11 193 000 kg auf 68 705 000 kg, die Ausfuhren von 10 982 000 auf 42 882 000 kg¹²⁸. Die Tabakproduktion konzentrierte sich hauptsächlich in Mazedonien, Thessalien, West-Thrazien und Mittelgriechenland¹²⁹. Im Jahre 1935 machte die Tabakanbaufläche 3,91 % der bebauten Gesamtfläche, die Tabakproduktion 15,9 % der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion und 50,2 % der Gesamtausfuhren aus¹³⁰. Deutschland und die Vereinigten Staaten nahmen über 70 % der Tabakausfuhren ab¹³¹. Der Monokulturcharakter der Tabakerzeugung führte auch zu Krisen, die die Einmischung des Staates mit Schutzmaßnahmen veranlaßten¹³² (z. B. 1919, als der bulgarische und

125 Der prozentuale Anteil der Korinthenausfuhren am Wert der Gesamtausfuhren lag zwischen 28,76 % im Jahre 1913 und 17,48 % im Jahre 1924. Siehe Eiswaldt: Die Wirtschaft Griechenlands, a.a.O., S. 39 f. Siehe weiter Simonide: *L'économie rurale grecque...*, S. 179. Kriekoukis: Die Entwicklung des Korinthenproblems in Griechenland, a.a.O., S. 123. Tsoungos: Hundert Jahre griechische Landwirtschaft, a.a.O., S. 113—121. Das Angebot an Korinthen stand einem monopsonistischen Markt gegenüber. 65—73 % der Korinthenausfuhren wurden von England gekauft. Danach folgten Holland mit 11—13 %, Deutschland mit 9—11 %, die Vereinigten Staaten mit 5—6 % und andere Länder. Siehe Zolotas, a.a.O., S. 297.

126 Stefanidis, a.a.O., S. 229, Fußn. 1.

127 Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 224—229, Zolotas, a.a.O., S. 296—305.

128 Sahsamanoglou: Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft, a.a.O., S. 65.

129 Sahsamanoglou, a.a.O., S. 78, 79.

130 Sahsamanoglou, a.a.O., S. 92, 115, 138. Der durchschnittliche prozentuale Anteil der Tabakausfuhren an den Gesamtausfuhren in der Zeit 1933—1937 war 43,6 % (ebenda, S. 138). Vgl. Tsoungos: Hundert Jahre griechische Landwirtschaft, a.a.O., S. 74 ff.

131 Sahsamanoglou, a.a.O., S. 140. Stefanidis wirft dem griechischen Staat die Schuld vor, daß „Deutschland eine führende Stellung unter den Tabakabnehmer-Ländern Griechenlands einnahm, die unseren Tabakmarkt bestimmte und unser ökonomisches Leben vor dem Krieg tyrannisierte“. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 222 f.

132 Siehe dazu Zolotas, a.a.O., S. 288 ff., auch Stefanidis, a.a.O., S. 220 bis 224. Eiswaldt: Die Wirtschaft Griechenlands, a.a.O., S. 49—57. Tsoungos: Hundert Jahre griechische Landwirtschaft, a.a.O., S. 92 f.

türkische Tabak, die mit dem griechischen konkurrierten, auf dem internationalen Markt erschienen; 1929 wegen der Weltwirtschaftskrise; usw.). Es müssen schließlich die staatlichen Maßnahmen zur Begünstigung der Baumwollindustrie erwähnt werden. Die Erzeugung der Baumwolle nahm besonders nach dem amerikanischen Bürgerkrieg zu, als die amerikanischen Ausfuhren nach Europa abnahmen. Die Entwicklung der Baumwollerzeugung kann man in der folgenden Tabelle ablesen¹³³:

	Anbaufläche in Hektar	Produktion in Tonnen
1911	9 051	9 115,5
1922	7 487	6 054,8
1937	72 177	54 564,3
1939	65 200	45 062,4

Diese Steigerung der Baumwollproduktion ist auf die Steigerung der Nachfrage seitens der einheimischen Textilindustrie, die Erhöhung der Produktivität und den Zollschutz zurückzuführen¹³⁴.

In dieser Periode fing der Staat an, sich mit der Agrarpolitik systematischer zu befassen¹³⁵. Die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften¹³⁶, die Gründung der Agrarbank und die Organisation des Agrarkredits¹³⁷, die Politik zum Schutz der wichtigen Agrarprodukte¹³⁸, die durchgeführten Meliorationsprojekte¹³⁹, die Aufhe-

133 Evelpidis: *I elliniki georgia* (Die griechische Landwirtschaft), a.a.O., S. 55 f.

134 Evelpidis, a.a.O., S. 57 f. Siehe weiter allgemein Eiswaldt, a.a.O., S. 66—68. Stefanidis, a.a.O., S. 235—238.

135 Siehe Stefanidis: *Isagogi is tin agrotikin politikin* (Einführung in die Agrarpolitik), a.a.O., S. 93 ff.

136 Siehe dazu M. Nikolinakos: Die ländlichen Genossenschaften in Griechenland und die darin erwähnte Literatur, demnächst in Bd. IX, Heft 2, 1970, der Zeitschrift „Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen“, Hrsg. Prof. G. Weisser.

137 Siehe dazu Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 119 ff. Stefanidis: *Mathimata agrotikis politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 282 ff. Zolotas: *Agrotiki politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 172—181, Kienitz, a.a.O., S. 60 ff.

138 Siehe Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 70 f. Unter den übrigen Maßnahmen des Staates soll auch die Abschaffung der Besteuerung der Agrarprodukte (Abschaffung der Dekati und der Getreidesteuer) erwähnt werden. Evelpidis, ebenda.

139 Es handelt sich um die Meliorationsprojekte in Mazedonien (Thessaloniki-Tal, Drama- und Serrai-Tal), die Trockenlegung der Sümpfe bei Philippi usw. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 206, Kalitsounakis, a.a.O., S. 115 bis 119, Zolotas, a.a.O., S. 191 ff. Es wird geschätzt, daß zwischen 1922 und 1940 etwa 212 500 Hektar Land durch Meliorationsprojekte aller Art für den Anbau gewonnen wurden. Siehe Pepelasis: *Greece*, a.a.O., S. 509.

bung der Schulden der Bauern im Jahre 1937¹⁴⁰ sind hier zu erwähnen. Erwähnenswert ist auch in dieser Beziehung die Abschaffung einiger Besitz- und Bebauungssysteme mittelalterlicher Herkunft auf den Ionischen Inseln (Korfu, Zante), auf dem Nordpeloponnes, im Attika und Mittelgriechenland (Phthiotis)¹⁴¹ nach dem Ersten Weltkrieg.

Faßt man nun die Lage in der Landwirtschaft während der zweiten Periode zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß durch die Bodenreform die feudalähnlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft abgeschafft wurden, wobei danach der Kleinbau entstand, der seinerseits eine Intensivierung der Bebauung nicht erlaubte¹⁴². Durch die Bodenreform und die fortschreitende Tendenz zum monokulturellen Anbau wurde die landwirtschaftliche Produktion zum Teil kommerzialisiert, wodurch die kapitalistischen Verhältnisse in die Landwirtschaft eindringen, ohne daß jedoch die naturalwirtschaftlichen Zustände abgeschafft wurden, wie aus der hervorragenden Rolle der Getreideproduktion ersichtlich ist. Auf jeden Fall drangen die kapitalistischen Verhältnisse in die Landwirtschaft des Flachlandes ein, während im Bergland die Verhältnisse der Naturalwirtschaft beibehalten wurden¹⁴³. Die Monokultur und der Agrarcharakter der

140 Die Agrarschulden stiegen besonders nach dem Ersten Weltkrieg erheblich. Die Weltwirtschaftskrise verschlechterte die Situation der Bauern. Die Schulden der Bauern waren im Jahre 1931 mit 8,5 Mrd. Drachmen beziffert, wovon $\frac{1}{4}$ Schulden gegenüber Privaten waren, die manchmal mit einer Verzinsung von 50 % belastet waren. Von den 8,5 Mrd. Drachmen Schulden der Bauern waren die Hälfte kurzfristig. Siehe Zolotas, a.a.O., S. 184 ff., insb. S. 186. Durch das Gesetz 677 des Jahres 1937 wurde der größte Teil der Agrarschulden erlassen. Nach offiziellen Angaben betrug die Summe der erlassenen Schulden der Bauern 2,5 Mrd. Drachmen. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 288—290.

141 Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 66.

142 Die maschinelle Ausrüstung der Landwirtschaft ließ viel zu wünschen übrig. Vor 1914 war sie sehr spärlich. Siehe Decasos: *Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland*, a.a.O., S. 75 f. In der Periode zwischen den zwei Weltkriegen nahm die Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen in der Landwirtschaft zu. Siehe dazu Zolotas: *Agrotiki politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 202—204. Stefanidis: *Mathimata agrotikis politikis* (Vorlesungen über Agrarpolitik), a.a.O., S. 201 f. Sahsamanoğlu: *Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft*, a.a.O., S. 28—32. Es muß hervorgehoben werden, daß die Intensivierung der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe nicht nur die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen, sondern auch die Verwendung von Pflügetieren, Düngemitteln, besseren Samen, die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten usw. bedeutet. Siehe dazu Stefanidis, a.a.O., S. 194 ff.

143 Tsoungos spricht von der „Getreidegemeinde“, die „in allen Gebirgsgegenden Griechenlands, in einem großen Teil der thessalischen Ebene und in den Niederungen Mazedoniens und Westthraziens vorkommt“ und die einigermassen „autark“ ist, da sie wenig „vom Markt abhängig“ ist. „Zur Ergänzung ihrer Produktion unterhalten die getreideproduzierenden Bauern auch Vieh, meistens kleine Tiere — welches, weil leicht verkäuflich, für den Fall einer Mißernte oder Krankheit die beste

Wirtschaft Griechenlands machten die Abhängigkeit vom Ausland größer. Die Bodenreform löste die Probleme der Agrarbevölkerung nicht, da sie nicht von infrastrukturellen Investitionen und Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft selbst begleitet wurde. Die Misere der Agrarbevölkerung kommt in dieser Periode im Übergewicht der Getreideproduktion mit niedrigen Erträgen, in der weitgehenden Verschuldung und in der Unzulänglichkeit der zu kleinen Betriebe zum Ausdruck.

Unter den Flüchtlingen, die ab 1922 nach Griechenland kamen, waren, wie schon angeführt, viele Händler und Geschäftsleute. Sie gaben dem Handel nach ihrer Niederlassung durch das Geld und die Erfahrung, die sie mitbrachten, neuen Aufschwung¹⁴⁴. Der Krieg verursachte der griechischen Schifffahrt, die bis dahin einen großen Fortschritt zu verzeichnen hatte, große Schäden¹⁴⁵, die durch die Krise von 1920—21, herbeigeführt durch die Verminderung des internationalen Handels wegen des Krieges und die gleichzeitige Ausweitung der internationalen Schifffahrt, vergrößert wurden. Trotzdem konnten die griechischen Reeder während des Krieges außerordentliche Gewinne erzielen und noch dazu hohe Entschädigungen für verlorene bzw. hohe Preise für verkaufte Schiffe bekommen, was ihnen eine

Versicherungsart darstellt. Der Getreidebauer verbraucht fast ohne Ausnahme den größten Teil seiner Produktion selbst und nur eine geringe Weizenmenge, deren Preise mittels hoher Schutzzölle und eines Weizensammeldienstes bestimmt werden, bringt er zum Markt. Von Grund aus verschieden ist die Lage der Erzeuger von Tabak, Korinthen, Wein, Öl und Oliven, Feigen und anderen Edelprodukten, denen wir an der peloponnesischen Küste, auf den Inseln, in Attika und in einem Teil Thessaliens, Mazedoniens und Westthraziens begegnen. Sie unterliegen den Gefahren der Monokultur und der Unsicherheit des Weltmarktes, auf den ihre Produkte größtenteils angewiesen sind.“ Tsoungos: Hundert Jahre griechische Landwirtschaft, a.a.O., S. 167.

144 „Les plus riches des réfugiés ont importé une certaine quantité d'argent; les armées d'Orient et le passage continué par les ports grecs des navires du ravitaillement ou des navires de guerre, ont laissé dans le pays pas mal d'argent, et ensuite, ce qui est très important, beaucoup de monnaie fut importée sous forme de bénéfices extraordinaires de la marine marchande et d'autres différentes entreprises.“ Tsoudero: Le relèvement économique de la Grèce, a.a.O., S. 206 f. Kaloussis erwähnt Thessaloniki als Beispiel, wo die Kaufleute unter den Flüchtlingen bald den Markt beherrschten und die Juden verdrängten. Siehe Kaloussis: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, a.a.O., S. 57 f.

145 Siehe dazu A. Andreadis: La marine marchande grecque pendant et après la guerre mondiale, in derselbe: Erga (Werke), Bd. II, a.a.O., S. 278. A. Andreadis: La marine marchande grecque et la guerre, in derselbe: Les effets économiques et sociaux de la guerre en Grèce, a.a.O., S. 112. Tsouderos, a.a.O., S. 219 f. Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekvionichaniseos (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 71. Vgl. auch K. K. Österr. Handelsmuseum: Griechenland, wirtschaftliche Verhältnisse 1914, Wien, Okt. 1916, S. 66 f.

rasche Regeneration der griechischen Flotte ermöglichte¹⁴⁶. Nachstehende Tabelle zeigt diesen Prozeß sehr deutlich¹⁴⁷.

Z a h l	1920 ^{a)}	1921 ^{a)}	1922 ^{a)}	1923 ^{a)}	1926 ^{b)}	1927 ^{c)}
Dampfschiffe	282	419	432	437	477	504
Segelschiffe	1056	1121	1060	1018	737	726

Tonnage

Dampfschiffe	430 237	736 719	762 358	828 635	933 516	1 111 050
Segelschiffe	133 116	122 496	122 354	113 707	59 705	58 684
Gesamttonnage	563 353	859 215	884 712	942 342	933 221	1 169 734

a) 1. Januar b) 1. Oktober c) 31. Dezember

Die griechische Schifffahrt arbeitete zu 90 % für den internationalen Verkehr, was für Griechenland selbst große Gewinne bedeutete¹⁴⁸.

Interessant sind in dieser Periode die Entwicklungen im Bankwesen. Während bis zum Ersten Weltkrieg das Bankwesen unentwickelt war, mit Ausnahme der Nationalbank, die nun über ein ausgedehntes Filialennetz verfügte, erlebte das griechische Bankwesen „nach dem Ersten Weltkrieg und besonders im Laufe der Inflationszeit nach dem Ende des kleinasiatischen Krieges (1922) eine Bankgründungsblüte, die bis kurz vor dem Zusammenbruch der Banken im Jahre 1931 dauerte“¹⁴⁹. Ihre Zahl kam auf 40 neue Banken. Es handelte sich jedoch um kleine Banken, „deren Aufgabe hauptsächlich in der Finanzierung von Industrie Gründungen bestand“¹⁵⁰. Dies ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: erstens war besonders durch die Flüchtlinge eine große Nachfrage nach Kapital zwecks Investierung in der Industrie vorhanden, und zweitens wurde diese Finanzierung durch die Reform des Gesetzes der Aktiengesellschaften im Jahre 1920, das die Teilnahme der Banken an den Neugründungen von Industrieunternehmungen ermöglichte, erleichtert¹⁵¹. Das Handels- bzw. das Finanzkapital fing damit an, eine wichtige Rolle zu spielen.

146 Siehe dazu Tsouderos, a.a.O., S. 237 f., Zolotas, a.a.O., S. 71 f.

147 Für die Jahre 1920, 1923, 1924, 1925, Zolotas, a.a.O., S. 72. Für die Jahre 1926 und 1927, Andreadis: *La marine marchande grecque et la guerre*, a.a.O., S. 126 f.

148 Zolotas, a.a.O., S. 73.

149 Vasos: *Die Beziehungen zwischen Banken und Industrie in Griechenland*, a.a.O., S. 13, 14. Zur Bedeutung der Banken für die Akkumulation des Kapitals siehe Dobb: *Studies in the Development of Capitalism*, a.a.O., S. 189.

150 Vasos, a.a.O., S. 14.

151 Siehe dazu Andreadis: *Les progrès économiques de la Grèce*, a.a.O., S. 208—215. Zolotas, a.a.O., S. 122 ff.; Vasos, a.a.O., S. 18 ff.; Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 139 f.

Erst von da an bemerkt man auch eine gewisse Änderung in der Bereitschaft des Handels- bzw. Finanzkapitals, sich in Industriekapital umzuwandeln. Das Finanzkapital wurde damit sogar dominierend. Die Industrie geriet in eine völlige Abhängigkeit von den Banken. Ducas bemerkt, daß „fast jede wirtschaftliche Neugründung des Landes“ durch die Banken finanziert wurde¹⁵². Wie dieser Zustand zur Monopolisierung der Wirtschaft führte, zeigt folgende Bemerkung von Woïwoda: „Die Verkettung der Nationalbank mit der griechischen Wirtschaft wurde mit der Zeit so stark, daß diese bei allen bedeutenden Unternehmungen als Mitteilinhaberin zu finden... (war) und diese ein größeres Portefeuille von Beteiligungen als alle anderen griechischen Banken“ besaß¹⁵³. Das Bankwesen wurde in dieser Periode durch die Gründung der Bank von Griechenland (1927) als Emissionsbank, der Agrarbank (1929) für den landwirtschaftlichen Kredit, der Immobilienbank (1927) neben der seit 1841 existierenden Nationalbank und, wie oben erwähnt, einiger Privatbanken (wie die Kommerzbank, die Ionische Bank, die Bank von Athen, die Volksbank), die die Devisenbewirtschaftung im Jahre 1932 überleben konnten, noch ergänzt.

Das Industriekapital wuchs in dieser Periode weiter, so daß man eine Erweiterung der Industrie beobachten kann. Der Hauptcharakter bleibt jedoch bestehen: die industrielle Produktion wird noch in Manufakturen erwirtschaftet. Gleichzeitig aber finden sich in dieser Periode endlich die Ansätze zu einer größeren Kapitalakkumulation in der Industrie. Im Jahre 1920 betrug, nach Zolotas, die Zahl der Verarbeitungsbetriebe 34 892. Davon beschäftigten 31 987 weniger als 5 Arbeiter, 2413 6 bis 25 Arbeiter und 492 mehr als 26 Arbeiter. Zolotas selbst bemerkt, daß die letztgenannte Gruppe, von der als von „großen Unternehmungen“ gesprochen wird, nach der deutschen Statistik nicht als solche anerkannt wurde¹⁵⁴. Charitakis beziffert die Zahl der industriellen Betriebe, also derjenigen, die maschinelle Kraft für die Produktion benutzten, mit 1749 im Jahre 1925. Die Kraft in PS belief sich auf 121 413¹⁵⁵. Folgende Tabelle gibt Aufschluß auf die Struktur der Industrie in dieser Zeit¹⁵⁶.

152 Zitiert von Vasos, a.a.O., S. 21.

153 Zitiert von Vasos, a.a.O., S. 22.

154 Die deutsche Statistik bezeichnete als „große Unternehmungen“ diejenigen, die mehr als 50 Personen beschäftigten. Zolotas, a.a.O., S. 117. Charitakis gibt die Zahl der Betriebe im Jahre 1920 mit 33 811 an. Siehe G. Charitakis: *Le mouvement industriel en Grèce pendant les années 1915—1925*, in *Andreadis: Les effets économiques et sociaux de la guerre en Grèce*, a.a.O., S. 227 f. Siehe auch allgemein Charitakis: *I elliniki vïomichania (Die griechische Industrie)*, a.a.O., S. 41 ff.

155 Charitakis: *Le mouvement industriel ...* a.a.O., S. 229—231. Es handelt sich um Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten und mehr oder weniger maschinell ausgerüstet.

156 Charitakis, a.a.O., S. 230.

	Bestehende Betriebe 1923	Neugründungen 1924	1925	Bestehende Betriebe 1925
Gruben und Metallbau	22	—	—	22
Maschinenbau	116	6	15	137
Bau	62	6	7	75
Textilien	164	9	11	184
Lebensmittel	347	60	50	457
Chemische Industrie	138	7	8	153
Leder	69	1	4	74
Papier und Druck	82	4	6	92
Bekleidungsindustrie	21	—	—	21
Holz	55	12	31	98
Tabakindustrien	52	2	—	54
Elektrizität	31	—	—	73
Gesamtzahl	1159	107	132	1440

Es handelt sich um die wichtigsten Betriebe, die Mitte der zwanziger Jahre bestanden. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten betrug 1920 154 663 Arbeiter und Angestellte, 42 149 davon waren in der sogenannten Großindustrie beschäftigt¹⁵⁷. Wie Charitakis bemerkt, stieg das Kapital der in der Form einer Aktiengesellschaft existierenden Unternehmungen von 4,6 Mio. Drachmen im Jahre 1896 auf 7,7 Mio. Drachmen im Jahre 1904, auf 85,9 Mio. Drachmen im Jahre 1918 und auf 253,5 Mio. Drachmen im Jahre 1921¹⁵⁸. Von den 282 „Großunternehmungen“, nach der statistischen Erhebung von 1917, hatten 28 die Form der Aktiengesellschaft und ein Kapital von 60,7 Mio. Drachmen. Nur 52 dieser Unternehmungen hatten Kapital von mehr als 1 Mio. Drachmen¹⁵⁹. Der Hauptteil der industriellen Produktion war im Raum Athen-Piräus konzentriert. Tsouderos bemerkt, daß 47 % der Arbeiter, 62 % der Betriebe (nach ihrem Wert) und 60 % der Produktion aus dem Raum Athen-Piräus stammen¹⁶⁰.

157 Diese Zahl bezieht sich auf 1364 Betriebe (Groß- und Mittelbetriebe), die maschinell ausgerüstet waren. Nach den Angaben der Volkszählung von 1920 verteilte sich die aktive Bevölkerung folgendermaßen aus:

Industrie, Verarbeitung	380 391 Personen
Landwirtschaft, Forstwirtschaft	794 110 Personen
Viehzucht, Jagd	120 394 Personen
Handel	150 884 Personen

Siehe Charitakis, a.a.O., S. 228. Vgl. unten Fußn. 203.

158 Charitakis, a.a.O., S. 227.

159 Tsouderos, a.a.O., 174 f. Auch Zolotas, a.a.O., S. 123.

160 Tsouderos, a.a.O., S. 173. Von den 282 „Großunternehmungen“ befanden sich 55 in Athen, 70 in Piräus, 100 verstreut im alten Griechenland (vor 1912), 27 in Thessaloniki und 30 in den neuen Gebieten. Ebenda, S. 174. Siehe auch Zolotas, a.a.O., S. 33.

Nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Neugründungen bis 1931. Wie ersichtlich, erlebte die Industrie diesen Aufschwung bis 1927. Danach wurde dieser Trend durch die Wirtschaftskrise angehalten¹⁶¹.

	Neugegründete Betriebe	Motorkraft in PS
1921	56	1 821
1922	46	371
1923	41	1 217
1924	107	2 517
1925	132	4 624
1926	124	3 145
1927	214	6 105
1928	192	6 240
1929	63	3 815
1930	45	1 636
1931	93	2 751
Insgesamt	1113	34 242

Die Entwicklung der Industrie, besonders nach dem Weltkrieg, ist hauptsächlich auf die flächen- und zahlenmäßige Erweiterung des Marktes, die fortschreitende Urbanisierung, die Abwertung der Drachme ab 1920, eine gewisse Vermehrung des vorhandenen Geldes, und die Zollpolitik des Staates, die die einheimische Industrie schützte, zurückzuführen¹⁶². Nicht zuletzt kann diese Entwicklung auf das graduelle Anwachsen der Zahl der Unternehmer, die sich aus den alten Industriellen und aus den Flüchtlingen rekrutierten, zurückgeführt werden¹⁶³. Langsam begann sich eine Kapitalistenklasse zu

161 Siehe Kaloussis: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, a.a.O., S. 53. Die meisten dieser neugegründeten Betriebe, also 663 von den insgesamt 1113 waren Lebensmittelindustrien. Danach folgten die Spinnwebereien mit 115 Neugründungen und die Holzbearbeitungsindustrie mit 111 Neugründungen. Ebenda S. 54.

162 Charitakis: I elliniki viomichania (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 54 ff. Derselbe: Le mouvement industriel en Grèce ... a.a.O., S. 234 ff. Über die Zollpolitik zum Schutz der Industrie siehe auch Zolotas, a.a.O., S. 129—136. Vgl. weiter Tsouderos, a.a.O., S. 180 ff. Zolotas sagt, daß diese Politik zur Gründung marginaler Betriebe führte. Evelpidis bemerkt, daß dieser Zollschatz außerdem zu Lasten der Konsumenten ging, zumal die vorhandene Industrie für den einheimischen Markt produzierte. Siehe Evelpidis: Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 90.

163 Siehe Stefanidis: I thesis tis viomichanias ... (Die Stellung der Industrie ...), a.a.O., S. 30. Aufschlußreich ist diesbezüglich die Untersuchung von Alexander. Er findet, daß 25% der Industriellen im Jahre 1961 außerhalb Griechenlands geboren waren. Alexander: Greek Industrialists, a.a.O., S. 92 f. Siehe insbesondere den Auftrieb, den die Flücht-

formieren. Dies kam auch in Organisationsformen zum Ausdruck. In dieser Periode werden die ersten Berufsverbände der Industriellen wie auch die Industrie- und Handelskammer gegründet¹⁶⁴.

Die Industrie, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entstand, war hauptsächlich leichte Industrie. Sie diente vor allem der Erzeugung von Lebensmitteln und anderer Konsumgüter. Zu den letzteren gehört die Textil- und Zwirnindustrie, wie auch die Teppichindustrie. Die sogenannte „chemische Industrie“ bestand in der Bearbeitung der Olivenkerne, wovon Seife produziert wurde. Zu der chemischen Industrie zählte auch die Harzbearbeitung, wodurch Naptha und Kolophonium gewonnen werden. Die Düngemittelproduktion konzentrierte sich in zwei Fabriken, wovon die eine mit Sitz in Piräus über 1000 Arbeiter beschäftigte und eine Kraft von 750 PS besaß. In der Metallbearbeitung gab es eigentlich nur zwei große Betriebe in Lavrion bei Sounion. Die griechischen Mineralien wurden hauptsächlich unverarbeitet exportiert. Andere Industriezweige waren die Tabak- und die Gerbeindustrie, während die sogenannte Schuh- und Holzindustrie handwerklichen Charakter hatten¹⁶⁵.

In dieser Zeit ist, wie schon oben angedeutet, ein Kapitalakkumulationsprozeß im Gange, der neue Kräfte in Bewegung setzt. Wie Charitakis berichtet, fand in der Periode 1913 bis 1924 eine Steigerung des Geldkapitals statt. In den ersten Jahren bestand diese Steigerung aus den Überweisungen der Auswanderer¹⁶⁶. Während des

linge der Teppichindustrie zugaben, in Hadzopoulos: Die Flüchtlingsfrage in Griechenland, a.a.O., S. 136 ff., auch Kaloussis: Der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, a.a.O., S. 56. Kaloussis nennt auch die Seidenstoff-, die Mehlprodukte-, die Strick- und die Wollstoffindustrie als Wirtschaftszweige, deren Aufschwung den Flüchtlingen zu verdanken ist. Ebenda S. 56 f. Vgl. auch Zolotas, a.a.O., S. 150 f. Nach einem schon zitierten Bericht des Völkerbundes gehörten dem Industriellenverband von Thessaloniki 12 Flüchtlings-Industrielle (Gesamtmitgliederzahl 82), der Handels- und Industriekammer 300 (Gesamtzahl 1200) an. Siehe Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 57, Fußn. 3.

164 Siehe dazu Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 150—152. Die Industrie- und Handelskammer wurde auf Grund des Gesetzes 184 vom 29. 3. 1914 gegründet. Ende 1926 gab es 15 solcher Kammern in den wichtigsten Städten des Landes.

165 Siehe Zolotas, a.a.O., S. 143—165. Tsouderos, a.a.O., S. 156—167. Eine eingehendere Analyse der Industriezweige in dieser Zeit siehe in Charitakis: a.a.O., S. 188—233 und Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 95—130.

166 Nur die aus den Vereinigten Staaten kommenden Geldüberweisungen durch Banken (also nach Ausschluß der anderen Überweisungswege) beliefen sich in Goldfrancs: 1914: 69 Mio., 1916: 85 Mio., 1917: 80 Mio., 1918: 140 Mio., 1919: 330 Mio., 1920: 670 Mio. Siehe Zolotas: *I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 47 f. Die Geldüberweisungen der Auswanderer betragen in Goldfrancs: 1927: 199 Mio., 1928: 161 Mio., 1929: 197 Mio., 1930: 211 Mio., 1931: 179 Mio., 1932: 72 Mio., 1933: 77 Mio. Zolotas: *Agrotiki politiki* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 34.

Weltkrieges entstanden große Gewinne, die für Investitionen zur Verfügung standen. Die nach 1923 eingetretene Inflation erbrachte mehr bares Geld, das zum Teil in der Industrie investiert wurde. Wegen der politischen Ereignisse jedoch, der fortschreitenden Inflation und der Staatspolitik, ist auch in dieser Periode eine Tendenz zu beobachten, nach der das einheimische Kapital den Weg nach dem Ausland suchte. Charitakis macht Angaben, denen zufolge die in fünf führenden Banken angelegten Gelder sich zwischen 1915 und 1925 von 504 Mio. Drachmen auf 287 Mio. Drachmen verminderten. D. h., die Spareinlagen des Jahres 1925 machten etwa $\frac{2}{3}$ der Spareinlagen des Jahres 1915 und etwa $\frac{1}{4}$ der Spareinlagen des Jahres 1919 aus, die sich schon auf 1 359 Mio. Drachmen vermehrt hatten¹⁶⁷. In der griechischen Industrie wurde in dieser Periode wenig ausländisches Kapital investiert. Eine Ausnahme machte die Teppichindustrie, wo das englische Kapital nach der kleinasiatischen Katastrophe weitgehend vertreten war¹⁶⁸.

Nach der Wirtschaftskrise ist bei der griechischen Industrie ein weiterer Aufschwung bis 1939 zu beobachten. Neue Betriebe wurden errichtet, die Produktion stieg, die Struktur der Industrie wurde geändert. Nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über die Vermehrung der industriellen Produktion¹⁶⁹.

Index der industriellen Produktion (1938 = 100)

1924	48	1932	61
1925	50	1933	66
1926	50	1934	76
1927	56	1935	76
1928	59	1936	84
1929	61	1937	91
1930	63	1938	100
1931	65	1939	106

Zwischen 1929—33 wurden 287 neue Betriebe, zwischen 1934—36 300 neue Betriebe gegründet¹⁷⁰. Im Jahre 1930 wurden 58,81 % der Konsumnachfrage nach Industrieprodukten von der einheimischen Produktion gedeckt. Die entsprechenden Prozentsätze waren 70,29 % für 1932, 76,41 % für 1933, 74,69 % für 1934, 75,13 % für 1935 und

167 Siehe Charitakis, a.a.O., S. 77 f., und insbes. Fußn. 1, auf S. 78.

168 Siehe dazu Stefanidis: *I isroi xenon kefalaiou ...* (Die Einfuhr ausländischen Kapitals ...), a.a.O., S. 297. Auch Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 145 f.

169 Alexander: *Greek Industrialists*, a.a.O., S. 63. Siehe auch Stefanidis: *I thesis tis viomichanias ...* (Die Stellung der Industrie ...), a.a.O., S. 32—34.

170 Stefanidis, a.a.O., S. 34.

82,83 % für 1936¹⁷¹. Im Jahre 1939 betrug dieser Prozentsatz 81 0/0¹⁷². Dieser neue Aufschwung nach der Wirtschaftskrise wird auf die starke Abwertung der Drachme, die den Einfuhren auferlegten Beschränkungen (Gesetz 5426/1932) und die Währungsmaßnahmen von 1931 (Abweichung vom Geld-Standard) zurückgeführt¹⁷³.

Ausländisches Kapital floß auch in dieser Periode zur Investierung in Griechenland unter verschiedenen Formen ein. Folgende Tabelle gibt ein Bild des eingeführten Kapitals¹⁷⁴:

Eingeführtes ausländisches Kapital in französischen Francs			
	1898—1922	1923—1930	Insgesamt
1. In der Form von Staatsanleihen	1 200 Mio.	907,8 Mio.	2 107,8 Mio.
2. In der Form von Anleihen an Institutionen des öffentlichen Rechts	100 Mio.	125,0 Mio.	225,0 Mio.
3. In der Form von Privatinvestitionen in öffentl. Projekten	170 Mio.	70,0 Mio.	240,0 Mio.
4. In der Form von anderen Privatinvestitionen	—	60,0 Mio.	60,0 Mio.
Insgesamt	1 470 Mio.	1 162,8 Mio.	2 632,8 Mio.

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, war die Einfuhr ausländischen Kapitals nicht gering. Stefanidis bemerkt in bezug auf die Periode 1923—1930, daß „nie Griechenland in so kurzer Zeit so viel Kapital“ eingeführt hatte¹⁷⁵. Die Staatsanleihen der Periode bis 1922 wurden fast ausschließlich für unproduktive Zwecke, wie Kriegsvorbereitungen und die Kriegsführung verwendet¹⁷⁶. Die Staatsanleihen der Periode 1923—1930 werden von Stefanidis als „sehr ungünstig“ bezeichnet. Es handelt sich um Anleihen kurz- bzw. mittelfristigen Charakters, denen besondere Privilegien und Monopolstellungen zuerkannt

171 Stefanidis, a.a.O., S. 36. Die Zahlen sind Schätzungen des Höchsten Wirtschaftsrates und können als hoch angesetzt betrachtet werden.

172 Siehe Kabanias: Die Lage der abhängigen Arbeit . . . , a.a.O., S. 235, Fußn. 87.

173 Siehe Evelpidis: Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados: (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 68—71.

174 Zusammengestellt nach den Angaben von Stefanidis: I isroi xenon kefalaion (Die Einfuhr ausländischen Kapitals . . .), a.a.O., S. 232, 298.

175 Stefanidis, a.a.O., S. 299.

176 Stefanidis, a.a.O., S. 215. Nur ein kleiner Teil wurde für die Ergänzung und Erweiterung des Bahnnetzes verwendet. Ebenda, S. 216—218.

wurden¹⁷⁷. Auf der anderen Seite wurden einige von diesen Anleihen für die Erweiterung des Bahnnetzes, für Meliorationszwecke wie auch für das Straßennetz benutzt¹⁷⁸. Das in der zweiten Form eingeführte Kapital betrifft hauptsächlich Anleihen von schon bestehenden Eisenbahngesellschaften. Die dritte Form betrifft investiertes Kapital in Elektrizitätsprojekten und im Bergbau, wie es auch der Fall in der vorigen Periode war¹⁷⁹, aber auch im Bank- und Versicherungswesen und im Handel. Von den 131 Versicherungsgesellschaften, die Anfang 1929 in Griechenland arbeiteten, waren nur 15 griechisch! Der Tabakhandel war zu 75 bis 80 % in den Händen von Ausländern¹⁸⁰. Wenn man bedenkt, daß der Tabak das führende Exportprodukt war, kann man leicht feststellen, wie weit die griechische Wirtschaft auf diese Weise vom ausländischen Kapital abhängig war. Die eingeführten Kapitalien, besonders in der Form der Anleihen, waren in der Periode 1898—1922 hauptsächlich französischer und englischer, in der Periode 1923—1930 englischer (48 %), amerikanischer (31 %), belgischer (12 %), schwedischer (6 %) und das übrige verschiedener Nationalität¹⁸¹. Eiswaldt schreibt in diesem Zusammenhang: „Die Konkurrenz Englands und Frankreichs, sich *durch Kapitalgewährung wirtschaftlichen und politischen* Einfluß in diesem für den Nahen Osten so wichtigen Lande zu sichern, ist überaus stark,

177 Die Bedingungen der sogenannten „Bewässerungsanleihe für Groß-Athen“ bezeichnet Stefanidis als „besonders bedrückend“ (S. 238), die Bedingungen der Anleihen von 1925 für die Erweiterung des Bahnnetzes bezeichnet er als „lästiger“ als die oben erwähnten Bewässerungsanleihe (S. 240) und die Verträge der sogenannten „Schweden-Anleihe“ als „den dunkelsten Fleck der Anleihepolitik des Staates während der letzten sieben Jahre“ (S. 243). Stefanidis: *I isroi xenon kefalaion ...* (Die Einfuhr ausländischen Kapitals ...), a.a.O. Durch den sogenannten „Schweden-Vertrag“ übernahm die schwedische Firma Svenska Tandsticksaktiebolaget zusammen mit der englischen Firma The Alsing Trading Co. Ltd. das Streichhölzermanopol für 28 Jahre! Dafür gab die schwedische Firma dem griechischen Staat einen Kredit in Höhe von 1 Mio. engl. Pfund. Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 242 f.

178 Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 235—265. Bezüglich der Meliorationsprojekte handelt es sich um die Trockenlegung von Seen und um die Flußregulierungen in den Tälern von Axios, Aliakmon, Strymon wie auch in Thessalien, Epirus und Kreta. Ebenda, S. 248—254. Auch der Vertrag mit der Firma Siemens & Halske für die Errichtung des Fernsprechnetzes soll erwähnt werden. Siehe Ebenda, S. 287—291.

179 Siehe oben Fußn. 58.

180 Siehe Stefanidis, a.a.O., S. 222—232, 291—296. Außer den schon bestehenden Bankhäusern, die zum Teil (wie die Bank von Athen, die Bank des Ostens, die Ionische Bank) oder völlig (wie die Othomanische Bank, die Bank von Thessaloniki) mit ausländischem Kapital arbeiteten, wurden damals die American Express Company, die Englisch-Französische Diskontierungsbank und die italienisch-griechische Kommerzbank gegründet (S. 293 f.). Über den Tabakhandel insbesondere Informationen auf S. 296. Siehe auch Eiswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 142—147.

181 Stefanidis, a.a.O., S. 222, 266.

und es ist schwer zu entscheiden, welchem der beiden Staaten in dieser Beziehung die größere Bedeutung zukommt...“¹⁸² Wie bekannt, gelang es letztlich der imperialistischen Politik Englands, Griechenland unter ihren Einfluß zu bringen. Stefanidis schätzte die Gesamtsumme des in Griechenland investierten Kapitals jeglicher Form um 1930 auf 2 196 Mio. französische Francs¹⁸³.

Der Ausbau des Bahn- und Straßennetzes soll hier besonders hervorgehoben werden, da er Voraussetzung für den weiteren Ausbau des Marktes und dadurch für die industrielle Entwicklung ist. Wie schon anfangs dieses Kapitels erwähnt, wurden nach dem Aufschluß der neuen Gebiete nach den Balkankriegen von 1912—13 500 km Bahnlinien und 2000 km Straßen dem vorhandenen Bahn- und Straßennetz des alten Griechenlands hinzugefügt. Die Gesamtlänge des Bahnnetzes im Jahre 1909 betrug, wie erwähnt, 1583 km¹⁸⁴. Durch die nach dem Jahre 1922 gemachten Anleihen wurden auch neue Linien gebaut und einige schon geplant, deren Fertigung jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg vollendet wurde. Durch die Verbindung des Bahnnetzes von Griechenland vor 1912 mit den mazedonischen Linien verband sich Griechenland direkt mit Europa und durchbrach auf diese Weise seine bisherige Isolierung¹⁸⁵. Die Länge des Straßennetzes war im Jahre 1913 7691 km, im Jahre 1927 9252 km und erweiterte sich in der Zeit 1932—40 auf 17 227 km¹⁸⁶.

Auch während dieser Periode blieb die Passivität der Außenhandelsbilanz nicht nur bestehen, sie verschlechterte sich sogar. War der Saldo der Handelsbilanz im Jahre 1910 15 965 Mio. Drachmen, so stieg er im Jahre 1925 auf 5513 981 Mio. Drachmen¹⁸⁷. Die Ausfuhren machten im Jahre 1913 66,9 %, im Jahre 1925 42,9 % der Gesamteinfuhren aus¹⁸⁸. Die Passivität der Handelsbilanz war auch der Hauptgrund der Passivität der Zahlungsbilanz überhaupt. In der Zeit 1929—1931 machten die Einfuhren 70 % der Schulden Griechenlands gegenüber dem Ausland aus, die Ausfuhren nur 36 % der Gesamt-

182 Eisswaldt, a.a.O., S. 147.

183 Stefanidis, a.a.O., S. 308.

184 Siehe Fußn. 97 und 98. Nach Tsouderos, a.a.O., S. 246, war die Länge der Bahnlinien in Mazedonien 619 km (Linie Thessaloniki-Karassouli 340 km, Linie Thessaloniki-Gevgeli 17 km, Linie Thessaloniki-Serbische Grenze 201 km). Im Jahre 1919 hatte das griechische Eisenbahnnetz eine Gesamtlänge von 2415 km. Man plante den Bau neuer Linien mit einer Gesamtlänge von 970 km. Ebenda.

185 Siehe Stefanidis: *Mathimata emborikis politikis* (Vorlesungen über Handelspolitik), a.a.O., S. 155 f. S. Goronis: *La guerre et les voies de communication*, in Andreadis: *Les effets économiques et sociaux de la guerre en Grèce*, a.a.O., S. 251 ff.

186 Siehe Kalitsounakis: *Efirismeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 575. Vgl. auch Goronis, a.a.O., S. 259 ff. Tsouderos, a.a.O., S. 243.

187 Eisswaldt: *Die Wirtschaft Griechenlands*, a.a.O., S. 155 f.

188 Eisswaldt: a.a.O., S. 156. Auch Zolotas: *Agrotiki politikis* (Agrarpolitik), a.a.O., S. 30.

einnahmen¹⁸⁹. Die Einfuhren bestanden nach wie vor hauptsächlich aus Industriewaren und Lebensmitteln (Weizen, Mehl, Zucker, Reis usw.). Die Ausfuhren blieben von zwei Produkten abhängig. Die Tabakausfuhr betrug etwa 40—60 %, die Korinthenausfuhr 20—30 % des Gesamtwertes der Ausfuhren. Die übrigen Ausfuhren bestanden vor allem aus Rohstoffen, insbesondere aus unverarbeiteten Mineralien¹⁹⁰. Die Wirtschaftskrise hatte große Rückwirkungen auf die Handelsbilanz. In den Jahren 1930 und 1931 gingen die griechischen Ausfuhren um 23,2 % (Umfang) und um 29,8 % (Wert) zurück. Die Tabakausfuhren gingen um nur 12,5 % im Umfang, um 33,5 % jedoch im Wert zurück. Von der Wirtschaftskrise wurden auch die Schifffahrt, die Geldüberweisungen der Auswanderer und die Kapitaleinfuhr betroffen¹⁹¹. Diese Lage, die Abweichung des englischen Pfunds vom Goldstandard, die Überforderung der griechischen Zahlungsbilanz durch die benötigten Rückzahlungen für die in den vorangegangenen Jahren gemachten Staatsanleihen, die Devisenminderung bei der Bank von Griechenland und die Flucht der Kapitalien ins Ausland führten dazu, daß durch das Gesetz 5422/1932 die Drachmenparität aufgehoben und Kontrollen und Beschränkungen dem Handel auf-

189 Anotaton Oikonomikon Symvoulion (Höchster Wirtschaftsrat): To exoterikon emborion tis Ellados kai ai symvasis antallagis emborevmaton (Der Außenhandel Griechenlands und die Kompensations-Verträge), Athen 1933, S. 16, 25.

190 Siehe Eiswaldt, a.a.O., S. 162—169. Vgl. auch Zolotas: I Ellas is to stadion tis ekviomichaniseos (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 56, 166. Derselbe: Agrotiki Politiki (Agrarpolitik), a.a.O., S. 31—33.

191 Siehe dazu D. S. Stefanidis: I pangomios oikonomiki krisis kai i Ellas (Die Weltwirtschaftskrise und Griechenland), Thessaloniki 1932, S. 16 f. Siehe auch Anotaton oikonomikon Symvoulion (Höchster Wirtschaftsrat): To exoterikon emborion tis Ellados ... (Der Außenhandel Griechenlands ...), a.a.O., S. 29—33, 36 f. Evelpidis macht folgende Angaben, die Aufschluß über die Preisschwankungen während der Wirtschaftskrise geben:

Preisverlust am Produktionsort, 1929—1933

Eingeführte Produkte		Ausgeführte Produkte	
Fleisch	50,4—55,2 %	Feigen	49,3 %
Baumwolle	56,6 %	Häute	49,7 %
Weizen	58,8 %	Sultaninen	55,4 %
Butter	60,0 %	Olivenöl	61,0 %
Eier	62,5 %	Korinthen	62,7 %
Kartoffeln—Gemüse	66,8—67,0 %	Wein	64,8 %
Gerste—Hafer	67,2—67,9 %	Oliven	68,1 %
Mais	70,0 %	Tabak	68,6 %
Bohnen	75,5 %	Harz	80,9 %

Evelpidis: I elliniki georgia (Die griechische Landwirtschaft), a.a.O., S. 132, Fußn. 1. Vgl. auch Servakis-Pertountzi: The agricultural policy of Greece, a.a.O., S. 185.

erlegt wurden¹⁹². In bezug auf die Richtung der Außenhandelsbeziehungen hinsichtlich der Herkunfts- und Bestimmungsländer ist eine Verschiebung zu bemerken, die Aufschluß für die späteren Entwicklungen im Land gibt. Die folgende Tabelle ist bezeichnend in dieser Hinsicht¹⁹³. Waren im Jahre 1913 Großbritannien und Rußland die Hauptlieferanten Griechenlands, so rückten die Vereinigten Staaten an erste Stelle nach dem Krieg. Ähnliche Verschiebungen beobachtet man auch bei der Kundschaft Griechenlands vor und nach dem Ersten Weltkrieg. In den Spätjahren dieser Periode rückt Deutschland an die erste Stelle.

Handelsbeziehungen mit Drittländern in %

	1913		1921		1922		1925		1936—38	
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
Ver. Staaten	1,6	7,8	22,8	18,4	21,9	26,6	23,2	26,6	6,2	15,9
Großbritan.	23,9	23,9	17,0	21,2	14,4	17,0	15,6	7,0	13,3	10,0
Italien	3,6	3,2	9,0	5,6	8,9	8,3	9,6	16,8	2,2	4,4
Deutschland	7,5	10,2	4,9	14,8	6,0	21,1	7,2	16,4	26,2	35,3
Frankreich	5,9	11,4	7,8	3,1	6,5	5,0	8,0	5,4	1,7	2,9
Rumänien	1,2	—	3,0	—	3,7	—	5,6	—	8,9	2,8
Belgien	1,2	4,3	3,1	1,4	3,3	1,0	3,4	2,0	1,0	1,4
Ägypten	0,6	7,3	3,2	7,1	5,4	4,6	2,2	4,2	—	2,5
Holland	2,5	8,0	2,6	6,8	1,8	6,0	2,4	3,6	2,2	2,8
Rußland	19,9	2,4	0,3	—	—	—	0,8	—	2,9	0,6
Südslavien	—	—	3,8	5,3	2,6	1,7	3,2	0,8	—	—
Bulgarien	1,6	0,8	1,0	0,8	2,5	0,7	0,6	1,2	0,2	0,3

Bei den zwei Hauptprodukten der Ausfuhr herrschten dazu monopsionistische Verhältnisse, wie auch in der vorigen Periode. Für diesen Zustand gibt nachstehende Tabelle Auskunft für die Jahre 1928 bis 1931¹⁹⁴.

192 Anotaton Oikonomikon Symvoulion (Höchster Wirtschaftsrat): To exoterikon emborion tis Ellados ... (Der Außenhandel Griechenlands ...), a.a.O., S. 37 ff.

193 Eiswaldt, a.a.O., S. 157 f., 160. Die Daten für 1936—38 sind Jahresdurchschnitte aus B. Sweet—Escott: Greece, a political and economic survey, 1939—1953, London—N. York, 1954, S. 187. Siehe auch Sahsamanoğlu: Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft, a.a.O., S. 144. Während vor dem Kriege Rußland der wichtigste Weizenlieferant war, deckten nach der russischen Revolution die Vereinigten Staaten und Kanada den Weizenbedarf Griechenlands. Ebenda, S. 163.

194 Anotaton Oikonomikon Symvoulion (Höchster Wirtschaftsrat): To exoterikon emborion tis Ellados ... (Der Außenhandel Griechenlands ...), a.a.O., S. 34 f. Siehe auch Sahsamanoğlu: Der Tabak in der griechischen Landwirtschaft, a.a.O., S. 140 ff., insbes. Tabelle auf S. 148. Siehe oben auch Fußn. 125 und 131.

	1928		1929		1930		1931	
	% Umf.	% Wert	% Umf.	% Wert	% Umf.	% Wert	% Umf.	% Wert
Tabakausfuhren								
Deutschland	44,27	41,4	32,3	33,8	35,24	34,6	19,89	16,7
Ver. Staaten	17,4	26,02	19,6	22,29	18,1	20,6	21,49	27,3
Italien	18,1	14,09	21,11	18,2	15,4	11,7	14,5	17,14
Korinthenausfuhren								
Großbritan.	73,3	71,9	65,6	67,6	68,2	71,2	65,2	69,4
Deutschland	10,5	9,8	9,7	9,1	7,9	7,1	11,19	10,05
Holland	5,9	8,2	11,5	10,5	11,1	10,6	13,4	12,09
Italien	4,2	3,6	4,9	4,8	4,01	3,4	2,05	1,56
Ver. Staaten	6,49	7,5	6,1	6,05	5,7	5,3	4,5	4,48

Mit Recht bemerkte nun der Höchste Wirtschaftsrat in seiner schon zitierten Schrift folgendes: „Griechenland befindet sich in solch einer Abhängigkeit vom Ausland, wie vielleicht kein anderer Staat. Seine Agrarprodukte sind beschränkt in Qualität und Art und treffen als Luxusprodukte nur einen engen Konsumbereich in den Bestimmungsländern, während Griechenland einen Einfuhrbedarf von einer Vielzahl von Produkten hat. Andererseits liegt der Wert der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen in bezug auf das Nationaleinkommen viel höher als bei allen Balkan- und den meisten anderen Ländern. Seine Industrieproduktion ist beschränkt in der Quantität und zum größten Teil ungenügend in der Qualität...“¹⁹⁵

Wie am Anfang dieses Kapitels erwähnt, haben die am Ende der vorigen Periode bestehenden Verhältnisse besonders in der Landwirtschaft zur Urbanisierung und zugleich zur Proletarisierung großer Massen beigetragen. Der nach dem Aufstand von 1909 entstandene liberale Staat traf Maßnahmen zur Linderung der Not, besonders der sich formierenden Arbeiterklasse. Über die Agrarreform ist schon die Rede gewesen. Die soziale Gesetzgebung der ersten Jahre betrifft die Sonntagsruhe, die Beschränkung der Arbeitszeit der Minderjährigen und Frauen, hygienische Einrichtungen für Arbeiter in den Betrieben, die Regelung der Arbeit in den Bergwerken, die Arbeitsstunden der Handelsangestellten, die Gründung von Arbeiterhilfsvereinen, Gewerkschaften und Genossenschaften, die Entschädigung der Arbeiter bei Unfällen, die Arbeitslosigkeit¹⁹⁶. Später wurden Gesetze über

195 Ebenda, S. 15. Siehe weiter zu den Handelsbeziehungen Griechenlands mit dem Ausland in *Pepelasis: Greece, a.a.O.*, S. 514—516.

196 Siehe K. K. Österreichisches Handelsmuseum: *Griechenland, Wirtschaftliche Verhältnisse 1914, a.a.O.*, S. 70. Siehe auch im einzelnen A. Andreadis: *La législation ouvrière en Grèce*, in „*Revue Internationale du travail*“, Bd. VI, Nr. 5, Nov. 1922, S. 735 ff. Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia (Angewandte politische Ökonomie)*, a.a.O., S. 236—238. Derselbe: *Législation ouvrière et sociale grecque pendant et après la*

Schiedsverfahren, Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, Einführung des Achtstunden-Arbeitstages, Schutzmaßnahmen für die durch den Fortschritt geschädigten Berufe verabschiedet¹⁹⁷. Diese Gesetzgebung wurde in der Praxis nicht angewandt. Charitakis erwähnt z. B., daß trotz des neuen Gesetzes zum Schutz der Frauen- und Kinderarbeit die Zahl der beschäftigten Minderjährigen stieg. Nur teilweise wurden auch die Gesetze über den Achtstunden-Arbeitstag angewandt¹⁹⁸. Dazu muß man die schlechte Ernährung und die schlechten Wohnverhältnisse erwähnen. Über die Wohnverhältnisse wird berichtet, daß in Piräus nach einer Untersuchung im Jahre 1920 durchschnittlich 4—5 Personen in einem Zimmer wohnten¹⁹⁹. Die

guerre, in Andreadis: *Les effets économiques et sociaux ...*, a.a.O., S. 193—202. Zolotas: *Hellas is to stadion tis ekviomichaniseos* (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), a.a.O., S. 99—101. Tsouderos, a.a.O., S. 184—186.

197 Siehe Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 106—108. Kalitsounakis: *Efirmosmeni politiki oikonomia* (Angewandte politische Ökonomie), a.a.O., S. 258—262. Derselbe: *Législation ouvrière ...*, a.a.O., S. 203 ff. Siehe auch allgemein Charitakis: *I elliniki viomichania* (Die griechische Industrie), a.a.O., S. 116 ff.

198 Charitakis, a.a.O., S. 135. Vgl. auch Zolotas, a.a.O., S. 101 f. Daß die Gesetzgebung nicht angewandt wurde, ist u. a. auch auf die ungenügende Organisation der Arbeiter zurückzuführen. Mit Recht bemerkt von Baligand: „Mehr noch als anderswo gilt in Griechenland der Satz, daß gute und schlechte Sozialgesetze genausoviel Wirkung haben wie die Stärke der Arbeiterbewegung...“. A. von Baligand: *Die Arbeiterbewegung in Griechenland*, in „Sozialistische Monatshefte“, 30. Jg., Bd. 61 (1924), S. 235. Man kann nicht verkennen, daß die Verabschiedung der sozialen Gesetzgebung nicht von unten, sondern von oben erzwungen wurde. Wenn auch die Arbeitsverhältnisse genauso miserabel waren wie in anderen kapitalistischen Ländern und die Arbeiter ausgebeutet wurden, war ihr Druck wegen ihrer kaum existierenden Organisation nicht hinreichend, um diese Gesetzgebung zu erzwingen. Die sozialen Gesetze sind vielmehr Werk einiger fortschrittlicher Politiker innerhalb der liberalen Partei (Gruppe der Soziologen, siehe dazu Mathiopoulos, a.a.O., S. 77 f.) und der bürgerlichen Klasse überhaupt, die eventuellen Explosionen seitens der ausgebeuteten Arbeiter zuvorkommen wollte. Eine ähnliche Bemerkung von Zolotas (*Agrotiki politiki* [Agrarpolitik], a.a.O., S. 97) über die Bodenreform ist auch richtig. Die Aufstände der Bauern, wie z. B. im Jahre 1910 in Thessalien (siehe dazu J. Kordatos: *Istoria tis neoteris Elladas* [Geschichte Neugriechenlands], Athen 1958, Bd. V, S. 182—194) waren spontane Reaktionen. Auch die Bauernbewegung blieb bis Anfang der zwanziger Jahre unorganisiert. Siehe dazu Mathiopoulos, a.a.O., S. 127—130.

199 Siehe Zolotas, a.a.O., S. 94 f., 102 f. Nach Charitakis waren von 1000 Arbeiterwohnungen in Athen 767 Einzimmer-, 206 Zweizimmer- und nur 27 Dreizimmerwohnungen. Nur 125 Wohnungen hatten eine Küche, und nur 180 hatten Fenster nach der Straße zu. Siehe weitere Einzelheiten in Charitakis, a.a.O., S. 137—139 und Kalitsounakis: *Législation ouvrière ...*, a.a.O., S. 214 ff. Über die Ernährung und das Sumpffieber, woran viele Arbeiter litten, siehe ebenda, S. 98. Auch Zolotas, a.a.O., S. 93.

Lohnverhältnisse waren viel niedriger im Vergleich zu den in den europäischen Ländern bestehenden. Nach vorhandenen Untersuchungen mußte der Tageslohn eines Arbeiters mit vierköpfiger Familie im Jahre 1914 wenigstens 5,60 Drachmen sein, damit er das Existenzminimum seiner Familie gewährleisten konnte. Der gewöhnliche Tageslohn lag jedoch zwischen 2,75 und 6 Drachmen. Ähnliches war auch für das Jahr 1923 festzustellen²⁰⁰. Nach Zolotas war der Reallohn in der Nachkriegszeit niedriger als der Lohn vor 1914. Die Steigerung der Nominallöhne wurde von der Steigerung des Preisniveaus überholt²⁰¹. Die Arbeitslosigkeit war nach einer statistischen Erhebung von 1917 mit 47,36 % beziffert (28 530 Arbeitslose auf 64 202 Beschäftigte). Für 37,49 % der Arbeitslosen dauerte die Arbeitslosigkeit bis 3 Monate, für 40,75 % zwischen 3 und 6 Monaten, für 13,26 % von 6 bis 12 Monaten und für 8,5 % über ein Jahr. Nach Zolotas war diese Arbeitslosigkeit struktureller Natur, sie war nämlich auf ein größeres Angebot an Arbeitskräften als die Nachfrage danach zurückzuführen²⁰². Über die Zahl der Arbeiter schließlich sind keine genauen Statistiken vorhanden. Nach einigen Angaben betrug die Gesamtzahl der Arbeiter im Jahre 1925 285 052 Personen²⁰³.

Zusammen mit dem Entstehen der Arbeiterklasse entstand auch ihre gewerkschaftliche Organisation, die jedoch in dieser Periode noch im Anfangsstadium bleibt. Streiks und Arbeitsniederlegungen hatten schon seit 1880 stattgefunden. Die ersten Arbeitervereine wurden auf lokaler Basis schon in den ersten Jahren des Jahrhunderts gegründet. Das Gesetz 281 von 1914 schuf die rechtliche Basis für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Die Vielzahl der Gewerkschaften ließ es jedoch nicht zu, daß eine aktive und starke Gewerkschaftsbewegung entstand. 1918 gab es 366 Gewerkschaften mit 79 306 Mitgliedern²⁰⁴. Im gleichen Jahr wurde der Allgemeine Gewerkschaftsbund gegründet, dem sich 214 Gewerkschaftsverbände mit 65 000 Mitgliedern anschlossen. Bis 1928 stieg die Zahl der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiter weiter. In diesem Jahr war die Zahl

200 Siehe Charitakis, a.a.O., S. 115 f. Siehe auch einige Daten, ebenda, Tabellen auf S. 106—113, auch Zolotas, a.a.O., S. 85. Vgl. Tsouderos, a.a.O., S. 187.

201 Zolotas, a.a.O., S. 88 f. Vgl. auch oben Fußn. 67. Der Lebensstandardindex stieg von 100 im Jahre 1914 auf 1414 im Jahre 1925 (Index des Statistischen Amtes Griechenlands) oder auf 1485 (Index der Nationalbank). Charitakis, a.a.O., S. 114.

202 Zolotas, a.a.O., S. 90. Vgl. auch Charitakis, a.a.O., S. 89.

203 Charitakis, a.a.O., S. 93. Zolotas (a.a.O., S. 83) beziffert die Arbeiter mit 150 000. Nach Stefanidis lag die Zahl der Arbeiter im Jahre 1937 über 220 000. Stefanidis: *I thesis tis viomichanias...* (Die Stellung der Industrie...), a.a.O., S. 35. Nach anderen Angaben belief sich die Zahl der in der Industrie Beschäftigten im Jahre 1938 auf 400 000, wovon 145 000 im Kleingewerbe (Betriebe mit weniger als 5 Beschäftigten) beschäftigt waren. Sweet-Escott: *Greece*, a.a.O., S. 127. Vgl. auch oben Fußn. 157.

204 Nach Georgiadis zitiert in Zolotas, a.a.O., S. 104. Siehe auch Kalitounakis: *Législation ouvrière...*, a.a.O., S. 210—213.

der Gewerkschaften auf 560 und deren Mitglieder auf 167 509 gestiegen. Wie Jecchinis bemerkt, zeigte jedoch die Organisation der Gewerkschaften „little improvement; the movement as a whole remained inefficient throughout the 1919—39 period“²⁰⁵.

Will man nun die Entwicklungen in dieser Periode zusammenfassen, so muß man mit Alexander feststellen, daß „within the space of the inter-war period, Greece changed from an almost completely agricultural-commercial country to one in which industry played an important economic and social role“²⁰⁶. Die nachstehende Tabelle gibt ein abgerundetes Bild der bisherigen Entwicklung in dieser Hinsicht²⁰⁷.

	Zahl der industr. Betriebe	Zahl der i. d. Indu- strie Be- schäftigten	PS	Anlage- wert in Mio. Drachm. (Gold)	Produktions- wert in Mio. Drachmen
1867	168 (22) ^{a)}	7 300	—	—	—
1873	95 ^{b)}	7 342 ^{b)}	1 967 ^{b)}	20	—
1875	199 (95) ^{a)}	—	1 967	—	—
1889	— (145) ^{a)}	—	5 588	—	—
1917	2213	35 500	70 000	—	200
1920	2905 (2853) ^{b)}	59 120 ^{b)}	110 000 (95744) ^{b)}	220	1950 ^{c)}
1923	2994 ^{b)}	72 100 ^{b)}	—	260	3191 ^{c)}
1929/30	4000	110 000	230 000	—	7210
1938	4515	140 000	277 000	1080	13565 (6898) ^{c)}

a) maschinell ausgerüstet

b) Fabriken mit mehr als 5 Beschäftigten

c) Kaufkraft von 1923

205 Ch. Jecchinis: Trade Unionism in Greece, a study in political paternalism, Chicago 1967, S. 51. Ebenda, S. 25 ff. Zolotas, a.a.O., S. 103 f. Charitakis, a.a.O., S. 141 f. Mathiopoulos, a.a.O., S. 85 f. Baligand: Die Arbeiterbewegung in Griechenland, a.a.O., S. 232—235.

206 Alexander: Greek Industrialists, a.a.O., S. 63.

207 Zusammengestellt nach Evelpidis: Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 91 und nach „Wörterbuch der Sozialwissenschaften“ zitiert in Kabanis: Die Lage der abhängigen Arbeit in Griechenland, a.a.O., S. 30. Vergleichsweise erwähnt Charitakis (Le mouvement industriel en Grèce..., a.a.O., S. 243, Fußn. 1), daß während das Verhältnis der PS in der Industrie zur Gesamtzahl der Bevölkerung 1:3,5 für die Vereinigten Staaten und 1:3,3 für Deutschland war, war es in Griechenland 1:50. „Ce qui revient à dire que l'industrialisation de ces pays est 15 fois plus forte que celle de la Grèce.“ Diese Feststellung sollte nur als Größenordnung und nicht den Stand der kapitalistischen Entwicklung angehend, verstanden werden, da nicht die Zahl der PS (!), sondern die Produktionsverhältnisse und die Klassenentwicklung aussagefähig für die Entwicklung des Kapitalismus sind.

Man schätzt, daß im Jahre 1940 die sogenannte Industrie mit 18 % zum Nationalprodukt beitrug und etwa 15 % der Gesamtzahl der aktiven Bevölkerung beschäftigte²⁰⁸.

Die Erweiterung der Staatsgrenzen nach den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg und die Einwanderung der über 1 Mio. Flüchtlinge hatte den Markt vergrößert und damit die wichtigste Grundlage für einen Prozeß in Richtung auf die Umwandlung des Geld- bzw. Handels- in Industriekapital geschaffen. Die Flüchtlinge wirkten wie ein Schock auf die griechische Wirtschaft. „A backward rural population, living primitively, with restricted contacts with the world, was suddenly joined by a large, urbanized, trading, merchanting, administrative group“, schreibt Munkman²⁰⁹. Der Kapitalakkumulationsprozeß wurde in dieser Periode fortgesetzt, und zwar in beschleunigter Form und mit Beteiligung des ausländischen Kapitals, insbesondere im infrastrukturellen Sektor²¹⁰. Auf der anderen Seite ging dieser Prozeß mit einem Protektionismus zusammen²¹¹, der sich auf eine Philosophie der Autarkie stützte und dazu führte, daß in der Industrie marginale konkurrenzunfähige Betriebe entstanden, die auf

208 Siehe Alexander, a.a.O., S. 63. Zum ähnlichen Ergebnis kommt auch Stefanidis: *I thesis tis viomichanias...* (Die Stellung der Industrie...), a.a.O., S. 35. Dagegen beteiligte sich die Landwirtschaft mit etwa 33 % am Nationalprodukt und beschäftigte etwa 62 % der Gesamtzahl der Beschäftigten. Stefanidis, ebenda. Nach den von Evelpidis gemachten Angaben hatte sich die Bevölkerung bis 1928 strukturell folgendermaßen auf die verschiedenen Wirtschaftszweige verteilt:

	1861	1870	1879	1907	1920	1928
Landwirtschaft	74,0	74,8	69,9	66,3	70,0	68,3
Industrie/Handwerk	10,0	10,3	11,8	12,8	13,1	14,7
Handel/Kreditwesen/Verkehr	6,1	6,3	7,3	11,1	9,2	10,7
Dienstleistungen	3,9	3,8	5,2	3,4	2,2	1,9
Armee und Verwaltung	4,4	3,4	3,9	3,2	2,0	1,5
Freie Berufe	1,6	1,4	1,9	3,2	2,6	2,9
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Evelpidis, a.a.O., S. 82. Zwischen 1907 und 1928 scheint nach diesen Angaben keine wesentliche strukturelle Änderung stattgefunden zu haben. Wenn man die durch die Einwanderung der Flüchtlinge verursachten großen Verschiebungen in Rechnung zieht, muß man die obigen Zahlen in Zweifel stellen.

209 Munkman: *American Aid to Greece*, a.a.O., S. 47.

210 Trotzdem wurden die erzielten Gewinne nicht gerne reinvestiert, sondern gehortet oder in Schmuck und Boden angelegt. Pepelasis, a.a.O., S. 513 f. Kabanias: *Über die Lage der abhängigen Arbeit...*, a.a.O., S. 29. Es gibt keine Angaben über die Höhe des akkumulierten Kapitals in dieser Periode.

211 Pepelasis bemerkt, daß dieser Protektionismus in den Jahren 1922 bis 1926 geplant wurde und um 1930 die ganze Wirtschaft erfaßte. Pepelasis: *Greece*, a.a.O., S. 511. Siehe weiter dazu Anatonot Oikonomikon Symvoulion (Höchster Wirtschaftsrat): *To exoterikon emborion tis Ellados...* (Der Außenhandel Griechenlands...), a.a.O., S. 11 f. Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 90. Zolotas, a.a.O., S. 128—137.

den einheimischen Markt eingerichtet waren. Diesen Protektionismus behielt man bis 1961 weiter bei, als das Assoziierungsabkommen mit der EWG unterschrieben wurde. In diesem Zusammenhang bemerkt Pepelasis: „Unprogrammed protection, use of high-cost domestic materials, excessively monopolistic organisation of the industrial sector, and lack of incentives to change production methods made industrial development possible only at a very high cost.“²¹²

Die Bodenreform machte aus den Teilbauern bzw. Pächtern Grundbesitzer, ohne jedoch gesunde Verhältnisse zu schaffen. Die Kleinheit der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Zersplitterung, die Unwissenheit der Bauern, ihre Abhängigkeit vom Staat durch Kreditaufnahme und vom Handel wegen des Absatzes ihrer Produktion, der dualistische Charakter der Landwirtschaft mit extensiven Bebauungsmethoden und Getreideproduktion einerseits, und einem kommerzialisierten, verhältnismäßig intensiv bebauten aber monokulturellen Sektor andererseits, der von den Preisen des internationalen Marktes abhängig war, die geringe Kapitalisierung, das ungenügende Straßennetz, das einen großen Teil des Marktes isoliert und aus dem Zirkulationsprozeß des Geldes herausgehalten hatte, die Überbevölkerung in der Landwirtschaft, all diese Faktoren blieben lange Jahre bestehen, manche haben sich sogar verschlechtert und zur Stagnation bis zum heutigen Tage geführt. Dies kommt in der Auswanderung der Agrarbevölkerung besonders nach 1955 nach Kanada und Australien und in den letzten zehn Jahren nach Deutschland und anderen europäischen Ländern kraß zum Ausdruck.

Die Klassengegensätze in dieser Periode verschärfen sich. Das Bürgertum, das mit Venizelos nach 1909 an die Macht kam, spaltete sich in einen fortschrittlichen und in einen konservativen Flügel²¹³. Die Arbeiter als Klasse fingen an, sich zu organisieren und ihrer selbst bewußt zu werden. Die Bauern traten auch in dieser Periode als eine selbständige Klasse hervor²¹⁴. Die Gegensätze formierten sich zwischen den alten Feudalherren, um den Thron versammelt, und den bürgerlichen, liberalen Elementen. Darüber hinaus treten zwischen der neuen Klasse der Kapitalisten (Industriellen, Bankiers, Reeder, Kaufleute) und den Arbeitern verschärfte Klassengegensätze ans Licht, während die Bauern ihren Klassenfeind in der Person der Händler und der Vertreter der Bourgeoisie und der Oligarchie sehen. Über die sozialen Verhältnisse in dieser Periode gibt Aufschluß nachstehende Tabelle über die Einkommensverteilung im Jahre 1938²¹⁵:

Mehr als $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung hat ein Jahreseinkommen von weniger als 40 000 Drachmen, während sich die höheren Einkommen in den Händen einer kleinen Minderheit konzentrieren. Dazu muß man erwähnen, daß die Bauern und die Arbeiterklasse diejenigen

212 Pepelasis, a.a.O., S. 512 f. Kabanias, a.a.O., S. 30.

213 Siehe *Oi koinonikopolitikes dynameis stin Ellada* (Die sozialen und politischen Kräfte in Griechenland), a.a.O., S. 13—16.

214 Siehe Mathiopoulos, a.a.O., S. 127—130.

215 Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 112.

Zahl der Familien	%	% kumulativ	Jahreseinkommen bis:
630 208	37,1	—	20 000 Drachmen
632 768	38,5	75,6	40 000 Drachmen
271 404	16,5	92,1	80 000 Drachmen
66 897	4,0	96,1	140 000 Drachmen
31 173	1,9	98,0	280 000 Drachmen
6 048	0,3	98,3	500 000 Drachmen
2 602	0,1	98,4	1 000 000 Drachmen
900	0,06	98,46	über 1 Mio. Drachmen

waren, die die Hauptlast der Besteuerung trugen. Nach Angaben von Evelpidis sah die Verteilung der Steuereinnahmen in Prozentzahlen folgendermaßen aus (zum Vergleich ziehen wir auch die vorige Periode mit ein)²¹⁶:

	Grundsteuer (Steuer auf Tiere inbegriffen)	Andere direkte Steuern	Indirekte Steuern und Zölle
1860	40,8	2,6	31,1
1880	20,6	4,7	51,0
1900	14,9	5,5	65,3
1909	10,7	6,8	71,5
1918/19	11,0	12,0	77,0
1930/31	4,7	13,5	73,1
1938/39	4,7	22,4	67,6

Die Spaltung des Bürgertums einerseits und die Schwäche der Arbeiterklasse und der Bauern andererseits bewirkten, daß der Versuch der alten Oligarchie, nach den verschärften Klassengegensätzen infolge der Wirtschaftskrise und der Finanzkrise von 1932, die Macht an sich zu reißen und eine Diktatur im Jahre 1936 zu errichten, nicht verhindert werden konnte²¹⁷. Diese Diktatur und der danach erfolgte Zweite Weltkrieg bedeuten für Griechenland eine Stagnation seiner wirtschaftlichen Entwicklung. (wird fortgesetzt)

216 Siehe Evelpidis: *Oikonomiki kai koinoniki istoria tis Ellados* (Wirtschafts- und Sozialgeschichte Griechenlands), a.a.O., S. 103. Siehe weiter N. G. Photias: *Das System der direkten Besteuerung in Griechenland*, Diss. Jena 1929, S. 113—117, auch S. 53 ff., 73 f. und Evelpidis: *I georgiatis Ellados* (Die Landwirtschaft Griechenlands), a.a.O., S. 139—141. Siehe auch Tsouderos, a.a.O., S. 94—97. Prof. Angelopoulos zitiert den Höchsten Wirtschaftsrat, nach dem die indirekten Steuern 42% der Gesamtausgaben einer Arbeiterfamilie im Jahre 1936 ausmachten. Siehe A. Angelopoulos: *I elliniki oikonomia kai oi scheseis tis me to exoteriko* (Die griechische Wirtschaft und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen), Athen 1946, S. 12. Vgl. oben Fußn. 51.

217 Siehe dazu Nikolinakos: *Griechenland auf dem Weg zur Industrialisierung*, a.a.O., S. 11 f. (durch einen Druckfehler ist auf S. 12 dieser Schrift das Jahr der Errichtung der Diktatur mit 1935 anstatt 1936, wie richtig, angegeben). Siehe auch Despotopoulos-Vournas-Kouchtzoglou: *Istoria tis neoteris Ellados* (Geschichte Neugriechenlands), a.a.O., S. 522 bis 541.

Zur Diskussion gestellt:

Autorenkollektiv

„Marxistische Wirtschaftstheorie“ - ein Lehrbuch der Politischen Ökonomie?

Mandels Untersuchung¹ beginnt mit der Behandlung der Kategorien „Arbeit — Notwendiges Produkt — Mehrprodukt“ und endet mit einem Abschnitt „Grenzen des Menschen?“. Einschließlich der Darstellung des Beginns der Menschheitsgeschichte und der Projektion der Zukunft versucht Mandel einen Überblick sowohl über die universelle Wirtschaftsgeschichte als auch über die marxistische Wirtschaftstheorie zu geben, d. h. beide Aufgaben sind ihm eine, denn nach seiner Auffassung ist es gerade die „dynamische Verbindung von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie“, auf der „die große Überlegenheit der Marxschen Methode im Vergleich mit anderen ökonomischen Schulen beruht“ (16). Darüber hinaus versucht er zu zeigen, „daß man aus den empirischen Daten der heutigen Wissenschaft das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren kann“ und „daß allein die Marxsche Wirtschaftslehre die(se) Synthese aller menschlichen Wissenschaften erlaubt“ (16).

Die Selbstverständlichkeit, mit der Mandel die Möglichkeit einer Universalwissenschaft voraussetzt und zu realisieren versucht, bedarf gegenüber der Intention der Marxschen Theorie einer doppelten Erklärung: Sowohl der historische und begriffliche Ansatzpunkt Mandels — er beginnt mit den Kategorien „Arbeit — Notwendiges Produkt — Mehrprodukt“, die ebenso anthropologisch wie den „Beginn der Menschheitsgeschichte“ charakterisierend gefaßt sind (22) — als auch seine Auffassung des Verhältnisses zu den bürgerlichen Wissenschaften müssen problematisiert werden. Ergibt sich aus seinem anthropologisch und historisch fundamental gedachten Ansatz eine Differenz zur Marxschen Vorgehensweise, die er noch selbst zu erklären versucht², so bleibt ihm das Verhältnis von bürgerlicher Wissenschaft

1 Mandel, Ernest: Marxistische Wirtschaftstheorie. Aus dem Französischen von Lothar Böpple. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1968 (805 S., kart., 36,— DM/Ln., 48,— DM).

2 Es gibt einen „Konflikt zwischen der Genesis der Erkenntnis und der Forschungsmethode. Bevor man den Sinn einer Kategorie in ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe voll begreift, muß man sie zuvor in ihrer fertigen Form untersuchen. Deswegen gibt Marx entschlossen die genetisch-evolutive Darstellungsmethode in den ersten Kapiteln des KAPITALS auf. Aber einmal im Besitz des geheimnisvollen Schlüssels, hat der zeitgenössische Forscher, der die Gültigkeit angesichts der neuen empirischen Daten überprüfen will, alles Interesse, die Entwicklung von ihren Anfängen an wieder aufzugreifen“ (17).

und marxistischer Theorie insoweit unproblematisch, als die bürgerlichen Wissenschaften „empirische Daten“ liefern, die mit Hilfe der Marxschen Methode synthetisiert werden können. Über die Konsequenzen Mandels „genetisch-evolutiver“ Vorgehensweise und die Einzelheiten des geheimnisvollen Syntheseprozesses ergibt sich Näheres aus der inhaltlichen Auseinandersetzung mit seinem Buch.

Für Mandels Darstellung der Genese und Evolution der Produktionsweisen erweist sich der Begriff des „gesellschaftlichen Mehrprodukts“ als Schlüsselbegriff (26, 45, 49). Diese „für die marxistische Wirtschaftsanalyse wesentliche“ Kategorie (45) wird von ihm zunächst lediglich als Gebrauchswertquantum begriffen, ein Lebensmittelüberschuß, der über das lebensnotwendige Minimum einer Gesellschaft hinausgeht (27). Wie dieses gewachsene Gebrauchswertquantum zustande kommt, wodurch sich also die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erhöht, wird von Mandel nicht näher erklärt. Er nennt vielmehr nur die Resultate dieser Entwicklung: Die „neolithische Revolution“ (Erfindung von Ackerbau und Viehzucht ca. 10 000 Jahre v. Chr.) führte zu einem „ständigen Mehrprodukt“ (30). Dieses landwirtschaftliche Mehrprodukt ist „die Grundlage jedes (anderen) Mehrprodukts und darüber hinaus jeder Zivilisation“ (101). Aber wie das Mehrprodukt sich in seinen historisch spezifischen Formbestimmungen weiterentwickelt, bleibt bei Mandel ebenfalls unklar: „Das Anwachsen des Mehrprodukts über eine bestimmte enge Grenze hinaus (Nahrungsreserven) ist nicht Ergebnis einer selbständigen Entwicklung der Wirtschaft. Es ist auf die Einwirkung eines *äußeren Drucks* wirtschaftlicher Natur (Tausch) oder gesellschaftlicher Natur (Aneignung des Überschusses durch eine Zentralgewalt oder durch eine herrschende Klasse) zurückzuführen“ (63 ff.).

Mandel stellt keinen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Verbesserung der Produktionsmittel und dem Anwachsen des gesellschaftlichen Mehrprodukts her. Vielmehr faßt er umgekehrt das gewachsene gesellschaftliche Mehrprodukt als Bedingung für die Entwicklung einer „ausgeprägten Arbeitsteilung“ (27) auf, speziell für die Herausbildung des „berufsmäßigen Handwerks“ (30, 38), damit einhergehend die Trennung von Stadt und Land (38 ff., 62), also für das „Entstehen einer Zivilisation“ (41). Hier bleibt indes unklar, warum die Existenz des berufsmäßigen Handwerkers, der doch notwendige Arbeit verrichtet, ein gesellschaftliches Mehrprodukt voraussetzt, dessen „Konzentrierung und Akkumulierung“ (44) durch eine „herrschende Klasse“ (33) überhaupt erst die Trennung des Handwerks von der Landwirtschaft ermöglichen soll (42).

Die Entstehung einer herrschenden Klasse (und damit einhergehend die des Privateigentums) bleibt bei Mandel unerklärt. Zwar benennt er die Existenz eines ständigen und großen Mehrprodukts als „Grundbedingung für die Aufspaltung der Gesellschaft in Klassen“ (41, 188), als die Möglichkeit für einen Teil der Gesellschaft, „der produktiven Arbeit den Rücken zu kehren und auf Kosten eines anderen Teils der Gesellschaft Freizeit zu genießen“ (42), aber „das ist offensichtlich

nur eine Möglichkeit: es ist ebensogut möglich, daß die so (durch ein vergrößertes Mehrprodukt) gewonnene Freizeit die Arbeitszeit aller Produzierenden verkürzt und von allen für nicht-ökonomische Tätigkeiten genutzt wird“ (42). Damit wirklich eine Klassengesellschaft entsteht, bedarf es einer „gesellschaftlichen Revolution“ (48), die Mandel abgesehen von gelegentlichen Hinweisen darauf, daß kriegerische Niederlagen zur Tributpflicht führen können (63, 73), und auf die Entstehung der Fronarbeit (34, 73, 101) nicht näher beschreibt.

Es gelingt Mandel also weder, seinen Schlüsselbegriff des „gesellschaftlichen Mehrprodukts“ konsequent aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß abzuleiten (vgl. 26) noch ihn von der unentgeltlichen Aneignung der Arbeitsprodukte durch eine nicht arbeitende Klasse her zu bestimmen. Eine zureichende Vermittlung des Begriffs des Mehrprodukts mit dem Fortschreiten der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung fehlt ebenso wie die genaue Darstellung des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichem Mehrprodukt und der historischen Entstehung einer herrschenden Klasse. Er begreift Mehrprodukt nicht unter historisch bestimmten ökonomischen Formen, sondern die Schaffung eines Mehrprodukts erscheint als Naturgabe aller sich in Gesellschaft vollziehenden menschlichen Arbeit. „Mitten in der westeuropäischen Gesellschaft, wo der Arbeiter die Erlaubnis, für seine eigne Existenz zu arbeiten, nur durch Mehrarbeit erkaufte, wird sich leicht eingebildet, es sei eine der menschlichen Arbeit eingeborene Qualität, ein Surplusprodukt zu liefern“ (MEW 23, S. 537 f.).

Auch die Entwicklung von Tauschbeziehungen vermittelt sich gemäß Mandel durch die Entstehung eines Mehrprodukts. Dem zunächst nur zufällig auftretenden Mehrprodukt entspricht der einfache Tausch, während der „entwickelte Tausch entsteht aus dem Zusammentreffen zweier nicht nur *gelegentlicher* Überschüsse, sondern durch den Tausch eines festen und ständigen Überschusses gegen andere Produkte“ (55). In dem Maße, in dem der Überschuß wächst, entfalten sich die Tauschbeziehungen, bis sie schließlich Ausmaße annehmen, die eine neue Stufe der Arbeitsteilung erfordern und den Handel als ein von der unmittelbar produktiven Tätigkeit losgelöstes Gewerbe entstehen lassen (57).

Gemäß dieser Ableitung muß sich die weitere Analyse des Tauschs vorrangig auf den Aspekt der quantitativen Bestimmtheit von Tauschbeziehungen richten. In der Tat setzt Mandel die quantitativ „genau bemessene Gegenleistung“ als das „Wesen des Tauschs“ voraus (50), wobei er sich darüber klar ist, daß die in primitiven Gesellschaftsformationen entstehenden Tauschbeziehungen „unter materiellen Bedingungen (stattfinden), die jedes genaue Messen ausschließen“ (50). Aufgrund dieser Betonung des quantitativen Aspektes unterläßt es Mandel zu untersuchen, was sich im Tausch qualitativ vollzieht, weshalb er sich dann der Möglichkeit begibt, bestimmte Momente der sich entwickelnden Tauschbeziehungen — wie die Entwicklung eines allgemeinen Warenäquivalents zur Geldware — als sich bereits

logisch notwendig ergebende Konkretionen des in sich widersprüchlichen einfachen Tauschverhältnisses zu erklären.

Die Unterscheidung in Wertformen, die sich innerhalb des Tauschaktes ergeben, erlaubte Marx, den „Mystizismus der Warenwelt“ bereits in der Analyse der „einfachen, einzelnen oder zufälligen Wertform“ zu durchbrechen: Indem er ableitete, wie in der Äquivalentform der „Gebrauchswert zur Erscheinungsform seines Gegenteils, des Werts“ wird (MEW 23, S. 70), kann Marx die auf der Basis der Warenproduktion funktionierende Produktionsweise als in sich widersprüchlich begreifen³. Da Mandel im Gegensatz zu Marx die sich aus der logischen Analyse von Tauschbeziehungen ergebenden Widersprüche historisch ableiten will, müßte er sie bereits in ihrer historisch frühesten Erscheinungsform aufzeigen. Der einfache Tausch erscheint jedoch in den Gesellschaften, an deren Rand er entsteht, noch nicht als in sich widersprüchlich. Gemäß seiner „genetisch-evolutiven“ Methode stellt so für Mandel der „Tauschhandel kein ökonomisches „Problem““ (75) auf dieser historischen Stufe dar, das auch unabhängig von seiner historisch konkreten Ausprägung analysiert werden müßte. Deshalb kann er die Analyse der einfachen Wertform übergehen und versäumt es damit auch, die Unterschiedenheit der einzelnen Wertformen in den ihnen je eigenen Mängeln gegenüberzustellen und die Entfaltung von Tauschbeziehungen als einen sich entwickelnden Widerspruch auf ihren Begriff zu bringen.

Die Notwendigkeit eines allgemeinen Warenäquivalents läßt sich dann nur noch aus der Erfordernis ableiten, daß „Tauschgeschäfte auf der Grundlage der Gleichwertigkeit stattfinden“ (75). Das Ergebnis der Marxschen Analyse, derzufolge im Übergang aus der allgemeinen Wertform zur Geldform die Widersprüchlichkeit von Tauschbeziehungen in der Geldware „objektive Festigkeit und gesellschaftliche Gültigkeit“ findet (MEW 23, 70), kann so nicht evident gemacht werden. Indem Mandel nur bis zur abstrakten Gegenüberstellung von Tauschwert und Gebrauchswert gelangt, die schon Ricardo durchführte, kann er zur Erklärung der Geldform und ihrer Genese nichts weiter beitragen, als daß er „den Katalog all des Warenpöbels ableiert, der seinerzeit die Rolle des Warenäquivalents gespielt hat“ (MEW 23, 72). Damit gelangt er nicht über die Positionen bürgerlicher Ökonomie hinaus.

Nachdem es Mandel nicht gelungen ist, aus der systematischen Analyse der Wertform das Geld zu entwickeln, ist er bei dem Versuch, die kapitalistischen Krisen zu analysieren, gezwungen, die Widersprüche des Geldes unterzuschieben, um überhaupt die theoretische Basis zur Erklärung der allgemeinen Möglichkeit kapitalisti-

3 Daß Mandel im Gegensatz zu Marx den qualitativen Aspekt innerhalb von Tauschbeziehungen vernachlässigt und sich damit die Möglichkeit zur begrifflichen Entfaltung des Kapitalverhältnisses verstellt, ist bereits von W. Müller (Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware, in: Neue Kritik, Heft 51/52 1969, S. 64 ff.) ausführlich behandelt worden.

scher Krisen zu gewinnen. Zunächst referiert er den von Marx erklärten Unterschied von Wirtschaftskrisen in vorkapitalistischen Gesellschaftsformen, die aus „Unterproduktion von Gebrauchswerten“ folgen (infolge natürlicher oder gesellschaftlicher Katastrophen), und Wirtschaftskrisen in kapitalistischen Gesellschaften, die Ergebnis der „Überproduktion von Tauschwerten“ sind. Die allgemeinen Voraussetzungen kapitalistischer Krisen müssen daher aus den „Eigenschaften der Waren und den Merkmalen der allgemeinen Entwicklung der Warenproduktion“ (360) hergeleitet werden. „Der der Ware inwohnende Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert führt zur *Verdopplung der Ware in Ware und Geld*“ (361). Die dadurch möglich gewordene Trennung der Ware von ihrem Geldäquivalent schafft die Voraussetzung der zeitlichen Trennung von Kauf und Verkauf und damit die erste Voraussetzung kapitalistischer Krisen, die noch beim einfachen, unmittelbaren Tausch $W - W$ nicht gegeben ist. Der „Widerspruch zwischen der Ware und ihrem Geldäquivalent, das sie auf dem Markt antreffen muß, entwickelt sich so zu dem Widerspruch zwischen dem Geld als Zirkulationsmittel und dem Geld als Zahlungsmittel, führt also seinerseits zu einem Widerspruch zwischen dem gesamten Zirkulationsprozeß der Waren und dem Reproduktionsprozeß“ (ebd.). An diesem Punkt bricht Mandel den Abriß der Krisen, „wie sie sich aus der allgemeinen Natur des Kapitals“ ergeben, ab (MEW 26.2, 477—531). „Es handelt sich aber nun darum, die weitere Entwicklung der *potentia* Krisis . . . zu verfolgen, soweit sie aus den Formbestimmungen des Kapitals hervorgeht, die ihm als Kapital eigentümlich und nicht in seinem bloßen Dasein als Ware und Geld eingeschlossen sind“ (a.a.O., S. 509). Selbst in der Analyse der allgemeinen Voraussetzungen, wie sie sich aus der bloßen Natur der Ware und des Geldes ergeben, gelingt es Mandel nicht, die Ebene der analytischen Abstraktion einzuhalten; er schmuggelt ständig Bestimmungen ein, die auf dieser Stufe noch nicht entwickelt sind, wie „Handels- und Kreditsystem“, „Produktionspreis“ etc.

Anstatt nun schrittweise die allgemeinen Möglichkeiten der Krise, wie sie aus den Formbestimmungen des Kapitals hervorgehen⁴, zu untersuchen und so die Faktoren, die Ursache und Verlauf kapitalistischer Krisen beeinflussen, allgemein zu bestimmen, läßt er in dem nun folgenden Versuch einer Erklärung des zyklischen Verlaufs der kapitalistischen Wirtschaft auch den letzten Anspruch einer systematischen Darstellung fallen und bewegt sich zwischen mehreren Beschreibungen der Oberflächen solcher Zyklen und der wahllosen Behauptung unterschiedlicher Ursachen für zyklische Abläufe. Selbst wo er versucht, die bestimmenden Faktoren isoliert zu analysieren: „Wir abstrahieren vorübergehend von den zahlreichen Faktoren, die sich in die zyklische Bewegung einschalten und die wir später behandeln

4 Ansätze zu einem derartigen Vorgehen hat Marx im 2. Band der Theorien über den Mehrwert gegeben. Sie sind dort jedoch nicht im einzelnen durchgeführt und weder in bürgerlichen noch in marxistischen Ansätzen zur Krisentheorie wieder aufgegriffen worden.

werden“ (365 Fn.), verwandeln sich ihm unter der Hand die so konstruierten Zyklen stets wieder in Gesamtbeschreibungen der oberflächlichen Erscheinung kapitalistischer Zyklen, in denen dann alles durch alles erklärt werden soll und nichts erkannt werden kann. Mandels Unfähigkeit, methodische Abstraktionen zum Zweck der Untersuchung einzelner Momente aufrechtzuerhalten, ist Ausdruck desselben Klebens an der Erscheinung wie seine Unfähigkeit zur Trennung von historischer und systematischer Darstellung in der Entwicklung der Geldform. Wie er dort den ganzen Katalog des Warenpöbels ableiern muß, der als allgemeines Äquivalent diene, so reiht er hier alle möglichen Faktoren in unverbundener Mannigfaltigkeit aneinander, die seiner Meinung nach die kapitalistischen Zyklen beeinflussen. Warum er gerade diese und keine anderen genommen hat, bleibt sein Geheimnis.

1. Steigerung der organischen Zusammensetzung und tendenzieller Fall der Profitrate verändern ständig den Produktionspreis der Waren und schaffen „theoretisch die Möglichkeit für das Entstehen allgemeiner Überproduktionskrisen. Die kapitalistische Produktionsweise erhält damit jenen *ungleichen, unsteten* Entwicklungsrhythmus...“ (364).

2. Die Veränderung des Produktionspreises durch Einführung neuer Produktionsverfahren erfolgt nicht allmählich und unmerklich, sondern stoßartig in regelmäßigen Abständen. „Sieht man von allen anderen Faktoren ab, so liegt die Ursache hierfür im *Umschlagszyklus des fixen Kapitals*“ (364, Hervorhebung d. Aut. Koll.). S. 371 sieht Mandel „in dieser Erneuerung des fixen Kapitals nicht die ‚Ursache‘ des Zyklus, sondern nur einen für die Erklärung bequemen Ausgangspunkt“. S. 379, in der Not auf Fragen nach der Wirkung bestimmter Techniken zur Vermeidung von Krisen im Kapitalismus zu antworten, meint er, „daß die ... periodische Erneuerung dieses Kapitals genügt, um den zyklischen Verlauf zu erklären“.

3. „Die Schwankungen der Durchschnittsprofitrate sind für den konkreten Stand der kapitalistischen Wirtschaft die entscheidenden Kriterien“ (364 f.). S. 368 enthüllen die Schwankungen der Profitrate zwar den „inneren Mechanismus des Wirtschaftszyklus“, aber nicht die „konkreten Ursachen‘ von Krisen“, während S. 151 die „Verringerung der Profitrate ... eine der Ursachen für das Ausbrechen der Krise“ ist und es S. 366 vor allem darauf ankommt, „den grundlegenden Mechanismus der Profitrate zu verstehen, der der Ausgangspunkt der zyklischen Bewegung ist“.

4. Das periodische Auftreten von Krisen erklärt sich „nur“ (368) durch eine periodische Unterbrechung der Proportionalität in der Entwicklung des Produktions- und des Konsumgütersektors, oder anders ausgedrückt, durch eine ungleiche Entwicklung dieser beiden Sektoren. Diese periodische Disproportionalität müsse mit den periodischen Unterschieden der Profitrate in beiden Zweigen verknüpft werden, um zu zeigen, daß und warum der kapitalistische Entwicklungsprozeß notwendig zu solchen Disproportionalitäten führe.

5. Als letzten Faktor bezeichnet Mandel die Ausdehnung der kapitalistischen Wirtschaft und das Auftauchen neuer Absatzmärkte.

Mandel ist es weder gelungen, einen brauchbaren Ansatz zur Analyse kapitalistischer Wirtschaftskrisen darzulegen noch in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der ökonomischen Ideen marxistischer und nichtmarxistischer Theoretiker über kapitalistische Krisen eine brauchbare Geschichte und Kritik dieser Theorien zu entwickeln. Sein Entwurf einer „marxistischen Synthese“ aus Unterkonsumtions- und Disproportionalitätstheorien ist willkürliche Konstruktion.

Unter den Titeln Monopolkapitalismus, Imperialismus und Spätkapitalismus beschreibt Mandel die Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise in den letzten hundert Jahren. Ob es sich in den einzelnen Kapiteln jeweils um historische Phasen der kapitalistischen Entwicklung oder um verschiedene Perspektiven ein und derselben Sache handelt, wird nicht recht klar. Diese Unklarheit drückt sich in der Disparatheit der drei Begriffe aus. Er führt den Übergang vom Kapitalismus der „freien Konkurrenz“ zum „Monopolkapitalismus“ auf eine „zweite industrielle Revolution“ zurück, die „sich als ein mächtiger Anreiz für die Zentralisation und Konzentration des Industriekapitals“ (403) entpuppt. Demnach erklären sich in Mandels Darstellung Konzentration und Zentralisation des Kapitals nicht aus dem Wesen des Kapitals als sich verwertender Wert, sondern sie bedürfen eines äußeren „Anreizes“. Statt die industrielle Revolution aus der kapitalistischen Konkurrenz zu erklären, in der sich diese innere Natur des Kapitals als äußeres Zwangsgesetz geltend macht, indem sie die Kapitalisten dazu zwingt, ihre Produktionsverfahren ständig zu verbessern und neue Produkte auf den Markt zu bringen, stellt Mandel diese dem Verwertungs- und Akkumulationszwang des Kapitals entspringenden Erscheinungen als äußere Faktoren dar, die das Kapital zu Konzentration und Zentralisation allererst anreizen. Den spezifischen Unterschied zwischen Konzentration und Zentralisation des Kapitals berücksichtigt Mandel nicht. Unter dem Titel „kapitalistische Konzentration“ beschreibt er meist nur die Techniken der Zentralisation des Kapitals (vgl. S. 412 ff.).

Da Mandel von der unmittelbaren Identität von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte ausgeht, beschreibt er die Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise in der Überzeugung, damit zugleich deren theoretische Durchdringung geleistet zu haben. Typisch für diese Methode ist die Deskription von Zirkulationsphänomenen unter Vernachlässigung der Analyse des Produktionsprozesses. So beginnt er seine Untersuchung über Konzentration und Zentralisation des Kapitals seit Ende des 19. Jahrhunderts auch nicht mit der Analyse der Bedingungen der Akkumulation des in der Produktionssphäre erzeugten Mehrwerts, sondern mit der sich in der Zirkulationssphäre vollziehenden Zentralisation bisher getrennt fungierender oder vorübergehend brachliegender Kapitale. Weil die Anwendung der neuen Techniken in der Stahl-, Elektro- oder chemischen Industrie große Anfangskapitale voraussetzt, erscheinen juristische For-

men der Zentralisation von Kapital, wie die Aktiengesellschaften, als Ergebnis der „zweiten industriellen Revolution“, ohne daß dieses Resultat weiter aus der kapitalistischen Form des Produktionsprozesses abgeleitet wird.

Der Monopolkapitalismus unterscheidet sich nach Mandel vom klassischen „Konkurrenzkapitalismus“ nicht nur graduell; das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts hat den „Beginn einer neuen Ära“ eingeleitet, „die durch eine radikale Änderung in der Verhaltensweise der Chefs der bedeutendsten Unternehmen charakterisiert wird“ (446). Die neu entstandenen Großunternehmen standen nach Mandel vor einem doppelten Dilemma: einmal wuchsen mit dem Umfang ihrer Geschäfte auch deren Risiken, zum andern bedrohte die zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals langfristig die Profitrate. Zugleich entstand aber die Möglichkeit, diesem Dilemma dadurch zu entgehen, daß die wenigen Großunternehmen vereinbarten, auf Preiskonkurrenz zu verzichten (vgl. 408 f.). Wie bei vielen Autoren wird auch hier ein Oberflächenphänomen — die „Verhaltensweise der Chefs“ — der kapitalistischen Produktionsweise zum Wesenmerkmal einer neuen Ära erhoben. Preis- und Profittheorie treten damit in den Mittelpunkt der Analyse des Monopolkapitalismus.

Die wichtigste Strategie der „Monopolbourgeoisie“ ist nach Mandel die „Verteidigung und ... Steigerung der Profitrate der Trusts“ (429). Dies geschieht durch die „Ausschaltung der freien Konkurrenz, des freien Kapitalstroms“, denn dadurch „wird es den monopolistischen Sektoren möglich, sich dem allgemeinen Ausgleich der Profitrate zu entziehen ... So entsteht eine monopolistische Profitrate, die höher ist als die Durchschnittsprofitrate“ (429).

Da aber allein die Existenz von Monopolen die Masse des produzierten Mehrwerts nicht erhöhen kann, bedingt eine monopolistische, überdurchschnittliche Profitrate zugleich eine nicht-monopolistische, unterdurchschnittliche Profitrate. Für eine solche Zwei-Profitraten-Theorie gibt es allerdings keinen empirischen Nachweis und theoretisch beinhaltet sie einen unauflösbaren Widerspruch. Eine Zwei-Profitraten-Theorie setzt einen monopolisierten und einen nicht monopolisierten Sektor der Wirtschaft voraus. Das Großkapital erscheint historisch zunächst in ganz bestimmten Produktionszweigen, deren technische Bedingungen Produktion auf großer Stufenleiter voraussetzen. Deshalb erscheint auch der monopolisierte Sektor bei Mandel als eine Zusammenfassung bestimmter Industriezweige. Diese Deutung widerspricht jedoch seiner Theorie vom „Ausgleich der Monopolprofitrate“ (433 f.). Der Ausgleich erfolgt danach ähnlich wie im „Konkurrenzkapitalismus“ entweder durch „wilde Preiskämpfe“ (433) oder durch Zustrom von fremdem Kapital, wobei dessen Herkunft keine Rolle spielt, sondern lediglich dessen Größe (vgl. 435). Das Großkapital vermag zwar den Zustrom von kleinem und mittlerem Kapital in seinen Produktionszweig durch eine Reihe von Techniken (z. B. das von Mandel erwähnte „innere Dumping“) zu verhindern, nicht jedoch den von gleich oder ähnlich großem Kapital, bei dem die Risiken solcher Techniken zu groß sind.

Daraus folgt freilich, daß nicht bestimmte Produktionszweige, sondern allein die Größe des Kapitals das Kriterium der Zugehörigkeit zum „monopolisierten Sektor“ darstellt. Dieses Kriterium widerspricht jedoch prinzipiell einem „Zwei-Sektoren-Modell“, da die reine Quantität in sich unendlich differenziert ist.

Mandel sucht seine methodologische Aussage, daß „der Begriff des gesellschaftlichen Mehrprodukts ... für die marxistische Wirtschaftsanalyse wesentlich“ (45) sei, erneut bei der Betrachtung der Sowjetwirtschaft bzw. der Wirtschaft der Transformationsperiode einzulösen. Zielte die Untersuchung der vorkapitalistischen und kapitalistischen Gesellschaftsformationen zunächst auf die Darstellung der gesellschaftlichen Form der Produktion, so schränkt Mandel diese Perspektive jetzt ein. In der Übergangsgesellschaft bestimmt nicht die besondere Form der Produktion, sondern „die besondere Form der Aneignung dieses Mehrprodukts ... die besondere Dynamik der Wirtschaft, deren Gesetze aufgezeigt werden müssen“ (576). Anhand einer an sich instruktiven Skizze der verschiedenen Stadien der Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates seit 1917 meint er folgende Thesen beweisen zu können:

1. daß die Sowjetgesellschaft „die Negation der entscheidenden Merkmale der kapitalistischen“ (595) Form der Produktion verkörpert;
2. daß indes nicht die nicht-kapitalistische Form der Produktion die Dynamik dieser Gesellschaft bestimmt, sondern daß „in Wirklichkeit die sowjetische Wirtschaft ... durch die widersprüchliche Verknüpfung einer nicht-kapitalistischen Produktionsweise mit einer bürgerlichen Verteilungsweise“ (597) gekennzeichnet ist;
3. daß diese „Verknüpfung von Widersprüchen charakteristisch“ (597) für jedwede Übergangsgesellschaft ist;
4. daß dieser typische Widerspruch in der sowjetischen Wirtschaft noch eine spezifische Form annimmt (606).

Nach Mandel resultiert „die Notwendigkeit einer Übergangsperiode ... gerade aus der Tatsache, daß die Gesellschaft nach Abschaffung des Kapitalismus noch relativ knapp an Konsumgütern ist“ (673). Aus dieser spezifischen Knappheit entspringt letztlich der Warencharakter der Konsumgüter. Da die fundamentalen Bedürfnisse der Menschen nicht durch die Produktion befriedigt werden können, somit „die Verteilung relativ knapper Konsumgüter ... das Kernproblem der Wirtschaft“ (599) bleibt, diese Verteilung aber nach objektiven Gesichtspunkten zu erfolgen hat, „wird die Verteilung durch den Austausch menschlicher Arbeit gegen die durch diese Arbeit erzeugten Güter geregelt. Austausch aber bedeutet Warenproduktion. Das heißt: *Der Tauschwert lebt fort, solange Gebrauchswerte knapp sind*“ (599, vgl. 673). Konsumgüter werden nur als Gesamtmasse geplant, ihre Verteilung vollzieht sich nach den Gesetzen des Marktes. Ihr Warencharakter bleibt daher notwendig in der Transformationsperiode erhalten.

Dagegen haben die Produktionsgüter ihren Warencharakter bereits verloren, „denn nicht nur die Gesamtproduktion, sondern auch ihre

genaue Verteilung werden im voraus durch den Plan festgesetzt“ (600).

Folge der spezifischen Knappheit an Konsumgütern ist das Weiterbestehen von Geld- und Marktwirtschaft. Die ökonomischen Kategorien Ware, Wert, Geld, Preis, Lohn, Profit etc. leben weiter. Aber in der sozialistischen Wirtschaft wirkt das Wertgesetz nicht über „den Ausgleich der Profitrate und die Bildung der Produktionspreise“ (602), sondern über den Plan. Die „Koexistenz von Plan und Markt ... während der Phase des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (ist) unvermeidlich“ (607).

Das Resultat der Analyse Mandels läßt sich wie folgt zusammenfassen: Einerseits ist der „Grundwiderspruch aller Gesellschaften im Übergang ... der Widerspruch zwischen der nicht-kapitalistischen Produktionsweise und den bürgerlichen Verteilungsnormen“ (604). Andererseits ist der unzureichende Entwicklungsstand der Produktivkräfte für diesen Widerspruch die Ursache, insofern dadurch eine ausreichende Produktion von Konsumgütern nicht möglich ist. „Die Waren-Kategorien bestehen in der UdSSR weiter aufgrund der augenblicklich unzulänglichen Entwicklung der Produktivkräfte“ (598 Fn.). Daß Mandel damit eine gültige ökonomische Analyse der Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau des Sozialismus einstellen, entwickelt hat, muß bezweifelt werden.

Ein Arbeitsprodukt verwandelt sich in Ware, weil sich innerhalb einer historisch bestimmten Entwicklungsepoche die in der Produktion eines Gebrauchsdings verausgabte Arbeit als seine gegenständliche Eigenschaft darstellt. Der in der Ware eingehüllte Widerspruch zwischen konkret-individueller und abstrakt-allgemeiner Arbeit kann nur als äußerer Gegensatz erscheinen. Der Wert, als gegenständliche Eigenschaft eines Gebrauchsdings, drückt sich durch die Beziehung auf eine zweite, verschiedenartige Ware aus. Sofern durch diese Beziehung die Naturalform zur Wertform wird, Gebrauchswert zur Erscheinung seines Gegenteils, des Werts, stellt sich auch Privatarbeit als Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form dar. Als Geheimnis der Ware zeigt sich die Verschleierung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit.

Der Warencharakter der Arbeitsprodukte muß verschwinden, sobald die Produzenten über eine planmäßige Organisation der Produktion den gesellschaftlichen Charakter der verausgabten Arbeitszeit bewußt setzen, sie also die Vermittlung zwischen verschiedenen Bedürfnissen und verschiedenen Arbeitsfunktionen leisten können. Unbestritten ist, daß selbst nach bewußter Organisation der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeitszeit weiterhin Maß der Verteilung des Gemeinprodukts sein kann, weil die Entwicklung der Produktivkräfte keinen anderen Modus zuläßt. Der Warencharakter verschwindet aber nicht durch die Veränderung eines bestimmten Verteilungsmodus, sondern durch planmäßige proportionierte Verteilung der verschiedenen Arbeitsfunktionen.

Mandel deutet diesen entscheidenden Zusammenhang selbst an: „In einer sozialistischen Gesellschaft besitzen die menschlichen Arbeitsprodukte unmittelbar gesellschaftlichen Charakter und haben infolgedessen keinen Wert“ (598). In der Sowjetwirtschaft bleiben dagegen häufig Waren — gleich ob Produktions- oder Konsummittel — unverkäuflich, „vom Standpunkt der Gesellschaft und des Staates aus gesehen sind sie daher völlig vergeblich hergestellt worden“ (604 f.). Also ist nicht die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts das Problem der Wirtschaft der Übergangsperiode, sondern die proportionierte Aufteilung der Arbeit, die Herstellung des gesellschaftlichen Charakters jedweder konkreten Arbeit.

In der Sowjetunion nimmt nun nach Mandel der angeblich grundlegende Widerspruch zwischen sozialistischer Produktion und bürgerlicher Verteilungsweise eine spezifische Form an. In der UdSSR hat allein die „politische, wirtschaftliche und militärische Zentralverwaltung ... die Kontrollgewalt über das gesellschaftliche Mehrprodukt“ (672). Der unvermeidliche Widerspruch der Transformationsperiode wird also durch die Privilegien der Bürokratie verschärft. Er verbindet sich mit den Widersprüchen, „die sich im besonderen aus der Machtanmaßung der Bürokratie im Staat und in der Wirtschaft ergeben“. Der Grundwiderspruch nimmt in der sowjetischen Wirtschaft die historisch spezifische Form eines „Widerspruchs zwischen dem geplanten Charakter der Wirtschaft und dem privaten Interesse der Bürokraten“ (627) an, aus dem sich wieder eine ganze Reihe einzelner Formen des Widerspruchs ergeben. Insofern die Bürokraten nicht freiwillig auf ihre Privilegien verzichten, können die Mißstände in der sowjetischen Wirtschaft durch die Zentralverwaltung nicht beseitigt werden, denn die Bürokratie verwirklicht nur Reformen, die ihren privaten Interessen nicht entgegenstehen. Darüber hinaus wird gerade die materielle Interessiertheit das Mittel der Bürokratie zur Lenkung der Produktion. Das „materielle Interesse der Bürokraten (dient) als Motor zur Realisierung des Plans“ (627 Fn.). Folglich tendieren bürokratische Reformen „im allgemeinen dahin, nur einen gegensätzlichen Typ von Widerspruch an die Stelle eines vorherbestehenden zu setzen“ (609). Konsequenz dieser Tendenz ist, daß der grundlegende Widerspruch zwischen Produktions- und Verteilungsform der Gesellschaft der Transformationsperiode „bis zum Extrem gediehen (ist) und ... einen deutlich antagonistischen Charakter“ (631) angenommen hat. „Die tendenzielle Auflösung und Zerrüttung der Planwirtschaft“ (632) ist nach Mandel unübersehbar.

Bei der Benennung der Ursachen für das Entstehen eines bürokratischen Apparates in der UdSSR bleibt Mandel ziemlich vage. Einerseits verloren die sowjetischen Arbeiter „aus historischen Gründen“ (606) das Interesse an der direkten Leitung des Staates und der Wirtschaft. Andererseits resultiert — wie so vieles — auch die „bürokratische Entstellung oder Entartung des Staates und der Wirtschaft ... letztlich aus dem unzureichenden Entwicklungsgrad der Produktivkräfte“ (674). Wie relativ unterentwickelter Stand der Produktiv-

kräfte und Bürokratie miteinander vermittelt sind, bleibt offen. Statt die Bestimmung einer optimalen Wachstumsrate zum „Schlüsselproblem der Übergangsperiode“ zu erklären, hätte Mandel genau dieses Problem weiter untersuchen müssen.

Mandels „Marxistische Wirtschaftstheorie“ ist als Lehrbuch der politischen Ökonomie nicht geeignet, schon allein weil sich neben den oben kritisierten theoretischen Schwächen zahlreiche kleinere Fehler in dem Buch finden, die durch die miserable Übersetzung noch vermehrt werden.

Die Intention Mandels, seine politische Arbeit auf einer Analyse der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise und einer Kritik der Ökonomie der Transformationsperiode zu begründen, halten wir für richtig. Ebenso richtig ist Mandels daraus folgende Kritik an Theorie und Praxis der Neuen Linken.

Die möglichen politischen Differenzen, die sich aus den dargestellten Schwächen der Mandelschen Theorie in bezug auf die Organisation der Arbeiterklasse und die Einschätzung der sozialistischen Länder ergeben, können von uns nicht bestimmt werden. Ihre Bestimmung ist Aufgabe künftiger Diskussion mit und über Mandel.

Veit-Michael Bader, Joachim Bischoff, Heiner Ganssmann,
Werner Goldschmidt, Burkhard Hoffmann, Lothar Riehn

Besprechungen

Philosophie

Luxemburg, Rosa: Politische Schriften, Bd. I—III, hrsg. von Ossip K. Flechtheim. Reihe Politische Texte. Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main 1966—68 (229 S./210 S./157 S., kart., je 12,— DM).

Cliff, Tony: Studie über Rosa Luxemburg. Probleme sozialistischer Politik 13. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main 1969 (92 S., kart., 7,— DM).

Kennzeichen der gegenwärtigen Luxemburg-Renaissance ist ihr polemischer Charakter. In ihrem Feldzug gegen den Marxismus-Leninismus verfügen Neorevisionisten freigebig über Luxemburg-Texte. Kernstück solcher Polemik ist begreiflicher — wenn auch nicht legitimerweise — das Begriffspaar Demokratie-Diktatur, exemplifiziert, schon seit Kautsky, an der Sowjetunion. Die vorliegende Ausgabe, nützlich durch den bequemen Zugang zu verstreuten Texten, macht, infolge der Präsentation durch den Herausgeber, keine Ausnahme.

Die Auswahl ist repräsentativ. Der Bogen reicht von der um die Jahrhundertwende geschriebenen Abrechnung mit dem Revisionismus Bernsteins („Sozialreform oder Revolution“) über die Rede vor der Frankfurter Strafkammer über „Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse“, über die Abrechnung mit der Sozialdemokratie in der „Juniusbroschüre“ bis zum Programm von Spartakus. Und, gleichsam als Schlußeffekt, in einem Band zusammengefaßt, Rosa Luxemburgs Kritik am russischen Modell. So kalkuliert der Aufbau zu sein scheint, so fragt man sich doch, warum so wichtige Texte wie „Die Akkumulation des Kapitals“ oder „Sozialdemokratie und Parlamentarismus“ fehlen, während die nur historisch bemerkenswerte Auseinandersetzung mit der verschollenen polnischen Partei „Proletariat“ zum Range einer Erstveröffentlichung erhoben wird.

Rosa Luxemburgs Argumente gegen Bernstein sind von brennender Aktualität. Das Schicksal der sozialistischen Bewegung sei nicht an die bürgerliche Demokratie gebunden, sondern umgekehrt, „die Schicksale der demokratischen Entwicklung an die sozialistische Bewegung (I/111).“ Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt oder im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wähle tatsächlich nicht einen ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern ein anderes Ziel. Bernstein bleibe es vorbehalten, „den Hühner-

stall des bürgerlichen Parlamentarismus für das berufene Organ zu halten, wodurch die gewaltigste weltgeschichtliche Umwälzung: die Überführung der Gesellschaft aus kapitalistischen in sozialistische Formen, vollzogen werden soll“.

Für die Auffassungen Rosa Luxemburgs positiv wie negativ entscheidend ist die Arbeit über die erste russische Revolution, an der RL persönlich teilgenommen hat. In der Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ (1906) entwickelt die Revolutionärin ihre Lehre von der Spontaneität des revolutionären Massenstreiks. Während der Anarchismus den Massenstreik als Gegensatz zur politischen Betätigung des Proletariats propagierte, sei er, wie die russische Revolution gezeigt hat, in Wirklichkeit die mächtigste Waffe des politischen Kampfes. Freilich, der Massenstreik könne nicht beschlossen, dekretiert, organisiert werden, „nur in der Gewitterluft der revolutionären Periode vermag sich jeder partielle kleine Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zu einer allgemeinen Explosion auszuwachsen“ (I/179). Das sei kein spezifisch russisches, aus dem Absolutismus stammendes Produkt, sondern eine allgemeine Form des proletarischen Klassenkampfes. Damit biete Rußland den fortgeschrittenen Ländern des Westens ein Vorbild.

Fasziniert von der Tiefe der Analyse und der Leidenschaft der Anklage liest man heute die Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Juniusbroschüre), geschrieben im Gefängnis. Die Beschwörung der Kriegsgreuel und der Kriegssozialismus-Greuel steigert sich ins Visionäre: „Noch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben“ (II/151).

Spartakus, am Vorabend der Novemberrevolution aus der Illegalität hervorbrechend, kämpft für die Diktatur des Proletariats. RL sieht sich vor die Aufgabe gestellt, die Rolle der Gewalt in der Revolution zu definieren. In dem Flugblatt „Was will der Spartakusbund?“ wird der Terror abgelehnt und der Mord als Kampfmittel verabscheut. Die Stelle wird im Zuge der modischen Luxemburg-Aufwertung oft, wenn auch unvollständig zitiert. Unmittelbar im Anschluß an die jedem Marxisten selbstverständliche Verurteilung des Terrors bekennt sich RL zum bewaffneten Kampf und zur gewaltsamen Brechung des konterrevolutionären Widerstandes. „Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten“ (II/163). Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution müsse die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengesetzt werden. Das klingt eher nach Fidel Castro als nach Waldeck-Rochet.

Im Mittelpunkt der RL-Diskussion steht mit Recht ihre Stellung zur Russischen Revolution. Der Herausgeber versieht den 3. Band, der im wesentlichen diesem Problem gewidmet ist, mit einer eigenen (zweiten) Einleitung, um das Polemische des Textes zu unterstreichen. In ihrer Kritik am Leninschen Organisationsprinzip (geschrie-

ben 1904) lehnt RL den Zentralismus keineswegs ab, sie wendet sich gegen den Ultrazentralismus Lenins, den sie als ein unter den Verhältnissen des russischen Absolutismus erhaltenes blanquistisches Erbe ansieht. In der Unterschätzung der Rolle der Organisation offenbare sich der Spontaneitäts-Aberglaube der Linken in der deutschen Sozialdemokratie, antwortete zu seiner Zeit Lenin.

Von weitaus größerer Breitenwirkung als der Streit um die „Partei neuen Typus“ erweist sich die im Sommer 1918 im Gefängnis von Breslau geschriebene, von RL nicht veröffentlichte Arbeit „Die russische Revolution“. Bekanntlich ist diese Schrift 1922 auf Grund einer fragmentarischen Abschrift von Paul Levi veröffentlicht worden, der damit seinen Bruch mit der KPD, deren Vorsitzender er war, begleitet hat.

Seit dem Erscheinen der Schrift mußten die Vorwürfe und Einwände RL's gegen die Maßnahmen der regierenden Bolschewiki unzähligmale zur Rechtfertigung der sozialdemokratischen Theorie und Praxis herhalten. Das ist aber das genaue Gegenteil von dem, was RL vorhatte. Sie wolle sich kritisch mit der russischen Revolution auseinandersetzen, schreibt sie, doch ihr Ausgangspunkt ist der Nachweis des reaktionären Charakters der Politik von Kautsky und seiner menschewistischen Freunde. Sie staunt, wie dieser fleißige Mann (Kautsky) in den vier Jahren des Weltkrieges durch seine unermüdliche Schreibarbeit ein theoretisches Loch nach dem andern in den Sozialismus reißt, „eine Arbeit, aus der der Sozialismus wie ein Sieb ohne eine heile Stelle hervorgeht“ (III/112), während den Bolschewiki das geschichtliche Verdienst zufalle, von Anfang an diejenige Taktik verfolgt zu haben, die schließlich die Revolution zum Siege geführt hat.

RL wirft den Bolschewiki vor, daß sie nach der Verjagung der Nationalversammlung nicht sofort Neuwahlen ausgesprochen, daß sie den Großgrundbesitz aufgesplittert, den Bauern das Land zur privatwirtschaftlichen Nutzung gegeben, daß sie die bürgerlichen Freiheiten (Wahlrecht, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit) beschränkt haben. Es sei die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.

Die Versuchung, dieses Credo ins Tschechoslowakische zu übersetzen, ist groß, doch davor muß gewarnt werden. Denn im gleichen Atemzug wirft RL Lenin auch vor, den bürgerlich-nationalistischen Unfug vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ nicht nur zu verkünden, sondern sogar zu praktizieren. Statt die Integrität des russischen Reiches als „Revolutionsgebiet“ mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, hätten Lenin und Trotzki das „nationale Selbstbestimmungsrecht“ bis zur Losreißung proklamiert, den „utopisch-kleinbürgerlichen Charakter dieser nationalistischen Phrase“ nicht erkannt und damit „der Bourgeoisie in den Randländern den erwünschten Vorwand, geradezu das Banner für ihre konterrevolutionären Bestrebungen geliefert“ (III/124).

Mit dieser Kritik hat RL ihre alte These gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Zeitalter des Imperialismus wieder aufgenommen, die Lenin bereits 1914 aufs heftigste zurückgewiesen hat.

Es ist also nicht ganz einfach, sich mechanisch auf RL zu berufen; dabei kann man leicht ausrutschen. Clara Zetkin hat aus eigenem Wissen bezeugt, daß RL diese Schrift, in der Isolierung der Gefängniszelle ohne ausreichende Kenntnis der Vorgänge verfaßt, niemals zur Veröffentlichung freigegeben hat. „Der Inhalt der Broschüre in wichtigsten Fragen entsprach nicht den Auffassungen, die RL nach ihrer Befreiung aus der Schutzhaft bis zu ihrer Ermordung in der Öffentlichkeit vertreten hat“, schreibt Clara Zetkin, sie habe ihre früheren Einstellungen zu Konstituante, Demokratie, Sowjetsystem, Terror wesentlich geändert und aus diesem Grunde die Arbeit nicht veröffentlicht. (Clara Zetkin: „Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution“, 1922.)

Was RL in den letzten Wochen vor ihrem Tode über Demokratie-Diktatur wirklich gedacht hat, ist in ihrem von Flechtheim nicht veröffentlichten Artikel vom 20. November 1918 in der „Roten Fahne“ deutlich genug ausgedrückt. Die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur sei nichts anderes als „gegenrevolutionäre Demagogie“, heißt es hier. „Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, ‚Anarchie‘, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus.“

Lenin hat sein Urteil über RL in das vielzitierte Bild vom Adlerflug gebannt. Trotz der nicht wenigen Irrtümer eines Kämpferlebens, das im Martyrium seine Krönung fand, „war sie und bleibt sie ein Adler“ (Werke Bd. 33, S. 195).

Eine kritische Anmerkung zu den Einführungen Flechtheims. Der Herausgeber glaubt aus dem Werk RL's die Schlußfolgerung ziehen zu können, daß RL einen „dritten Weg“ zu finden bemüht war, der als Vorwegnahme „der gewaltlosen Aktion von heute (?) angesehen werden sollte“ (I/27). Daß hier kein unbedachter Zungenschlag vorliegt, beweist die Tatsache, daß Flechtheim mehrfach auf diesen Gedanken zurückkommt. Ist es auch nicht zu verwundern, daß der Berliner Professor findet, Bernstein habe mit seinem Hinweis auf die Bedeutung des evolutionären Weges „nicht so ganz unrecht“, so ist doch die Vorstellung, RL sei eine Vorläuferin Mahatma Ghandis, noch grotesker als die übliche Verzerrung ihrer Botschaft durch den Neo-Revisionismus. Der von RL beschriebene und geforderte revolutionäre Massenstreik ist alles andere als eine „gewaltfreie“ Aktion, auch nicht, wie Flechtheim an anderer Stelle formuliert, eine „gewaltarme“. Empfehlend hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf Cliffs Studie über Rosa Luxemburg. Die Schrift bietet eine gründliche, wenn auch knappe, Übersicht über Leben und Werk von

RL. Nach der ebenso populären wie präzisen Wiedergabe von RL's Kritik an den Bolschewiki kommt der Verfasser zu dem Schluß, diese Kritik sei für die reformistischen Kritiker des revolutionären Sozialismus „nicht gerade ein Trost“. Die emotionell-agitatorische Sprache der Bearbeiter Meino Büning und Helmut Dahmer findet ihre Berechtigung in dem Umstand, daß die deutsche Ausgabe zum 50. Jahrestag der Ermordung von RL, Karl Liebknecht und Leo Joghiches besorgt wurde.

Bruno Frei (Wien)

Buber, Martin: *Der utopische Sozialismus*. Verlag Jakob Hegner, Köln 1967 (271 S., Ln., 12,80 DM).

Der Band vereinigt Bubers politisch-philosophisches Hauptwerk „Pfade in Utopia“ (fertiggestellt 1945) und den ergänzenden Aufsatz „Zwischen Gesellschaft und Staat“ (1950). Beide Schriften sind zuerst auf hebräisch erschienen. Die letzten Seiten von „Pfade in Utopia“ sind, ohne daß darauf aufmerksam gemacht würde, mit dem Vortrag „Bemerkungen zur Gemeinschaftsidee“ aus dem Jahre 1931 identisch.

In diesen Schriften entwickelt Buber seine Konzeption von der Notwendigkeit, das „politische Prinzip“ durch das „soziale“ abzulösen, und von dem Weg, der zu diesem Ziel führe. Unter dem politischen Prinzip versteht Buber die Dominanz von Herrschaft, Zwang und Staat, unter dem sozialen Prinzip die gegenläufige Bewegung von unten: Spontaneität und Vitalität der *Gesellschaft*. Der Ernst der Forderung nach einer Erneuerung der Gesellschaft ergebe sich daraus, daß wir uns im Vorfeld der alle menschlichen Bereiche umfassenden „Weltkrise“ befänden; „das Sein des Menschen in der Welt“ überhaupt sei in Frage gestellt. Da in dieser Situation die Herstellung des Friedens die vordringlichste Aufgabe und der Friede nur noch auf der Grundlage „gemeinsamer Erdbewirtschaftung“, das heißt auf sozialistischer Grundlage möglich sei, laute die alles entscheidende Frage: Wie soll dieser Sozialismus aussehen?

Auf dem Hintergrund dieser Frage verdichtet sich für Buber die Konkurrenz zwischen Staat und Gesellschaft zur Alternative Marxismus-Leninismus einerseits, und utopischer Sozialismus andererseits. „Staatlicher Machtzentralismus“ sei unfähig, die im „Hochkapitalismus“ destrukturierte und atomisierte Gesellschaft zu „restrukturieren“ und die „Urhoffnung aller Geschichte“, eine „gemeinschaftshaltige Gemeinschaft“, zu verwirklichen. Diese Gemeinschaft zeichnet Buber als Föderierung kleiner und kleinster Gesellschaften („consociatio consociationum“, „Zellengewebe“), die sich als „Werkgemeinschaften“ konstituierten und ihre Substanz vom „gemeinschaftlichen Leben“ erhielten. Von den Sozialismus-Theorien und -Experimenten, die Buber unter dem Aspekt ihrer Brauchbarkeit für die Restrukturierung der Gesellschaft untersucht, kommen neben den jüdisch-palästinensischen Genossenschaften die Lehren Kropotkins und Landauers seinen Vorstellungen am nächsten.

Hier und jetzt gelte es, mit der Erneuerung der Gesellschaft nach Maßgabe des jeweils Möglichen zu beginnen; es gehe nicht um ein Entweder-Oder, sondern um den Abbau des immer neu zu bestimmenden „politischen Überschusses“, des „Mehrstaates“. Der utopische Sozialismus sei also durchaus realistisch und „topisch“. Diesem Programm der permanenten, kontinuierlichen Verwirklichung des Sozialismus entspricht Bubers undialektisches Sistieren auf der Weg-Ziel-Identität; die Veränderung von Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen erhält bei Buber lediglich die Randfunktion der Unterstützung, der „Ergänzung“ und der „vollen Durchsetzung“ des „wirklichen Geschehens“, nämlich des Aufbaus der „echten Gesellschaft“ aus Gemeinschaftszellen, und darf diesen nicht beeinträchtigen.

Bubers Krisenbewußtsein reflektiert die vom Untergang bedrohte Situation des Kleinbürgertums und die Krise und Krisen des Kapitalismus — das eine im Medium des andern —, ohne sie bewußt und konkret zu begreifen; die Krise, deren Überwindung sein Werk dienen möchte, erscheint als Krise des Menschen, zumindest des abendländischen Menschen, und *der* Menschheit. Nicht an der sozialen Strukturierung, die die moderne Industrie leistet, und nicht an der sozialen Bewegung, die diese hervorgebracht hat, knüpft Buber an, sondern an das Bedürfnis nach und den Willen des Menschen zur Gemeinschaft. Sein Gemeinschaftsmodell ist an vorindustrieller Kleinproduktion im Kleinkollektiv orientiert: als pluralisierter Komplex dualer zwischenmenschlicher Beziehungen.

Aus Bubers Verbleiben innerhalb des kleinbürgerlichen Horizonts und seiner politischen Ambivalenz erklärt sich seine systematische Blindheit gegenüber der Machtfrage, seine Klassen- und Staatsindifferenz und seine Unfähigkeit, zwischen kapitalistischen und sozialistischen Industriestaaten qualitativ zu unterscheiden. Der Grundwiderspruch heißt in Bubers Werk nicht Arbeit — Kapital, sondern hier: personalistische Dialogik — dort: der menschlichen Wirklichkeit aufoktroyierte Dialektik.

Diese Wirklichkeitsferne macht es der Bourgeoisie leicht, Bubers Humanismus für sich zu reklamieren — etwa als Geschwätz von Ich-Du-Beziehung im Rahmen einer Partnerschaftsideologie. Der Imperialismus bereichert so sein ideologisches Instrumentarium und Bubers — trotz aller Irrealität und Irrationalität — wirklichkeitsnaher Anspruch wird verdeckt.

Wolf-Dieter Gudopp (Berlin)

Geschichte

Von deutscher Republik. 1775—1795. I. Aktuelle Provokationen. Herausgegeben von Jost Hermand. sammlung insel 41/1. Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (209 S., Ln., 7,— DM). — zit. (a)

Von deutscher Republik. 1775—1795. II. Theoretische Grundlagen. Herausgegeben von Jost Hermand. sammlung insel 41/2. Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (212 S., Ln., 7,— DM).

— zit. (b)

Knigge, Adolph Freyherr: Josephs von Wurmbbrand, Kaiserlich abyssinischen Ex-Ministers, jezzigen Notarii caesarii publici in der Reichsstadt Bopfingen, politisches Glaubensbekenntniß, mit Hinsicht auf die französische Revolution und deren Folgen. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Gerhard Steiner. sammlung insel 33. Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (156 S., Ln., 6,— DM). — zit. (c)

Rebmann, Georg Friedrich: Kosmopolitische Wanderungen durch einen Teil Deutschlands. Herausgegeben und eingeleitet von Hedwig Voegt. sammlung insel 34. Insel Verlag, Frankfurt/Main 1968 (167 S., Ln., 6,— DM). — zit. (d)

Scheel, Heinrich: Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I, Band 13). Akademie Verlag, Berlin 1962 (XVII, 772 S., Ln., 50,— M). — zit. (e)

Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts. Eingeleitet und herausgegeben von Heinrich Scheel (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I, Band 14). Akademie Verlag, Berlin 1965 (XIII, 500 S., Ln., 48,— M). — zit. (f)

Die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts preußischer wie österreichischer Observanz hat den deutschen Jakobinern keine Forschungsarbeiten gewidmet und sie — bis auf ganz wenige Ausnahmen — nicht einmal der Erwähnung würdig gefunden. Fixiert blieb der Blick haften auf den zumeist militärischen Haupt- und Staatsaktionen Friedrichs II. und Maria Theresias, um dann das Hl. Römische Reich deutscher Nation in großem Schwung wohlbehütet über die sittlichen und politischen Gefahren aus dem Westen hinüberzuheben zu den sogenannten Freiheitskriegen. Einen Napoleon, zumal mit der Kaiserkrone, konnte man wieder verstehen, ernst nehmen und bekämpfen. Die Arbeiten von F. Stern, J. Droz und M. Boucher haben inzwischen den Einfluß der französischen Revolution auf das deutsche *Geistesleben* aufgewiesen. Es ist bekannt, wie schnell das liberale, antiaristokratische Engagement 1792/93 angesichts des französischen Jakobinerstaates sein Profil verlor, und wie mehrheitlich die konservative Grundhaltung herausgekehrt wurde. Gerade diese Haltung aber unterschied die „liberalen“ Konstitutionellen von den deutschen Demokraten. Jakobinisch „schließt den Willen zur Demokratie als auch seine Verwandlung in die Tat ein, die in klassischer Vollendung nur die französischen Jakobiner 1793 an der Spitze der Volksmassen erreichten“ (f 3). Die glänzenden Arbeiten von H. Scheel und W. Grab¹ bedeuten, da sie die politische

Theorie und Praxis dieser Demokratenzirkel zum ersten Male wissenschaftlich untersucht haben und aufzeigen, hinsichtlich ihres Forschungsgegenstandes wie methodologisch die Erschließung von Neuland für die hiesige Geschichtswissenschaft. Für den politisch-sozialen Emanzipationsprozeß der Sektion „deutsches Volk“ werden somit eigne revolutionäre Traditionen wieder bewußt gemacht, wird längst Überfälliges — vorab literarisch — wieder eingeholt. Die *grandes journées* stehen noch aus.

Kein Zufall war es, daß (der in den USA lehrende Literaturwissenschaftler) Jost Hermand seiner Zusammenstellung von Auszügen aus historischen Texten unter dem Slogan „Von deutscher Republik“ keine Literaturangaben beigefügt hat — es war wohl Unkenntnis. Wie anders hätte er die Lobeshymnen Schubarts und v. Halesms auf die „demokratischen“ Landgemeinden der Schweiz für bare Münze nehmen (a 13) und die Helvetische Republik mehr als ein Jahrzehnt vor ihrem historischen Beginn einsetzen lassen können? Wie sonst hätte er J. H. Campes behutsames Urteil über die Reformation (a 118) so versteinern können, daß das „Gaistlose Sanftlebende fleysch zu Wittenberg“ post festum einen Ehrenplatz in der Ahnenreihe der Aufklärer und Republikaner erhält? Daß es die Senilität Friedrichs II. gewesen sein soll (b 12), die Presseerleichterungen geschaffen habe, ist ebenso neu wie es falsch ist, daß über den österreichischen Jakobiner Andreas Riedel „leider nichts Näheres bekannt“ sei (b 26)². Die Vorbemerkungen Hermands zu den beiden Bänden stellen ein *mixtum compositum* von Gemeinplätzen, Anachronismen und historisch schiefen Begriffen dar, das auch in seiner sprachlichen Form der schlechten Journaille äußerst nahe steht. Knapp gehaltene Erläuterungen, eine die Angaben des Ploetz nicht übersteigende Zeittafel und ungenaue Quellenangaben, die die neueren Abdrucke nur dann verzeichnen, wenn sie dem Text zugrunde gelegt wurden, runden das Bild einer oberflächlichen Edition ab. Die Auswahl der abgedruckten Texte folgt systematischen Kriterien. Hermand sammelt unter einer bestimmten Fragestellung (Helvetien / England / Der Freistaat Amerika / Proteste gegen das Soldatenpressen / Sympathie mit unterdrückten Nationen usw.) Äußerungen mehr oder weniger erlauchter Vertreter des deutschen Geisteslebens quer durch ein Vierteljahrhundert. Für den von Kenntnis ungetrübten Leser entsteht so ein schiefes Bild, da bedeutsame Korrekturen, Modifikationen oder gar Revisionen angesichts bestimmter geschichtlicher Erfahrungen (etwa der Septembermorde) nicht vorgeführt werden. Die Positionen werden, herauspräpariert aus dem konkreten geschichtlichen Prozeß, zugunsten einer

1 W. Grab, Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik, Hamburg 1966. — W. Grab, Norddeutsche Jakobiner, Frankfurt 1967. Vgl. dazu die Besprechung in: *Argument* 46, 1/2, 1968, S. 145—147.

2 Näheres findet man bei F. Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770—1815, München 1951, pp. 192—195, 199 bis 201, 454—490, 505—515.

progressiven Gesamtschau gekappt. Dieser Eindruck wird dadurch noch verschärft, daß die Positionen in nuce bereits verkürzt geboten werden. Weniger — das aber ganz vorgestellt — wäre mehr gewesen.

Dennoch ist es natürlich von großem Nutzen, daß überhaupt in die bürgerliche Revolutionszeit und die Aufklärungsbewegung hineingeleuchtet wird, um der Verkürzung des Gesichtsbildes in den Schulen³ und anderswo entgegenzuwirken. Wer kennt schon G. A. Bürgers Votum zum Reichskrieg gegen die Franken, das so anhebt: „Für wen, du gutes deutsches Volk / Behängt man dich mit Waffen? / Für wen läßt du von Weib und Kind / Und Herd hinweg dich raffend? / Für Fürsten- und für Adelsbrut / Und fürs Geschmeiß der Pfaffen?“ / Bürger hat auch einen hervorragenden Essai über die englische Umwälzung von 1649 (a 32—36) geschrieben, der von der Gewißheit getragen ist, daß deren Niederlage niemals endgültig sein wird: „Dennoch mißbilligt die Vernunft keineswegs das aus den matten Widerstrahlen von der Phantasie zusammengeahndete Bild, und sie verbeut auch alsdann noch die Verspottung derselben, wenn schon der folgende Tag eine ganz andere Gestalt der Dinge aufklärt“ (a 32). Beindruckend ist auch der unverkennbar jakobinische „Wiederholte Aufruf an die deutsche Nation“⁴, der für die revolutionäre Leidenschaft und politische Klarsicht des unbekannt gebliebenen Verfassers aus dem Ansbachschen ein glänzendes Zeugnis ablegt: „Ihr, deutsche Bürger, bestreitet eine Nation, eure Nachbarin, welche für Freiheit, für Menschenrechte, fürs Volksglück kämpft, damit auch ihr von euren Fürsten in den nämlichen Abgrund hinabgeschleudert werdet, aus welchem sich eure Nachbarn mit so vieler Mühe herauswinden“ (a 136 f.). Unter den mehr als hundertzwanzig abgedruckten Texten erscheinen neben den bereits erwähnten hinsichtlich des erreichten politischen Bewußtseins die Haltungen J. L. Ewalds, G. Forsters, A. v. Knigges, G. F. Rebmanns, J. Chr. Schmohls (besonders: „Von dem Ursprunge der Knechtschaft in der bürgerlichen Gesellschaft“) und W. L. Wekhrlins als die herausragendsten.

Knigges „Wurmbrand“ ist im Februar 1792, also in der noch monarchisch-konstitutionellen Vorkriegszeit, verfaßt. In den europäischen Monarchien rüstete man bereits ideologisch zum Kriege. Frei-journalistische und professoral-beamtete Parteigänger der Höfe in Wien und Berlin verketzerten jene bürgerlich-liberalen Gruppierungen, die die *Konstitutionalisierung* der französischen Monarchie, lebhaft begrüßt hatten. Zu diesen profranzösischen Kreisen war auch der Freiherr gestoßen. Die große Leistung des damals in vielen deutschen

3 Vgl. Gertrud Bienko, So steht es immer noch im Geschichtsbuch . . . , in: Blätter f. dt. u. intern. Politik, XIII. Jg, (Heft 6, Juni 1968), pp. 623 bis 644.

4 der bereits abgedruckt ist 1. bei H. Voegt, Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789—1800, Berlin 1955, pp. 200—204 und 2. in einer Textvariante bei H. Scheel, Jakobinische Flugschriften, a.a.O., p. 81—85. Scheel würdigt ihn in: Süddeutsche Jakobiner, a.a.O., pp. 114—116. Hermand schweigt über diesen Sachverhalt.

Ländern, ja selbst in der Schweiz gelesenen — und sehr bald von der Zensur kassierten — „Wurmbrand“ liegt einmal in der argumentativen Schärfe und Gradlinigkeit des Eintretens für die französische Umwälzung, zum andern in der — den Ereignissen vorgreifenden — Kritik der militärischen Intervention seitens der alten Mächte zugunsten Louis Capets; einer Kritik, die bereits gewisse Vorstellungen von politischer Demokratie implizierte: „Nichts kömt mir albern vor, als wenn man sich in moralischen und politischen Gemeinprüchen über die Befugnisse und Nichtbefugnisse einer ganzen Nation, ihre Regierungsform zu ändern ergießt; wenn man darüber raisonniert, *was* ein Volk, wenn es sich empört, hätte thun sollen, und *wie* es hätte besser und gelinder handeln können und sollen, und ob zu viel oder zu wenig Blut dabey vergossen worden“ (c 29).

Freilich waren vor der I. französischen Republik bei den kritischen Denkern noch altständische, liberale, teilweise auch aufgeklärt-absolutistische Theoreme eng mit prädemokratischen Gedankenreihen verbunden — es fehlten ja die praktischen Erfahrungen mit den Konstitutionalisten und der Gironde! So gilt Knigge der königliche Majordomus Lafayette noch als „einer der edelsten Männer in der Welt“. Und Knigge betrachtet — wie viele seiner Gesinnungsfreunde — die französische Revolution als „unvermeidliche Folge vorhergegangener Mißbräuche“ (c 44). Knigge bleibt dabei ganz konkret: Er spricht von dem „blutdürstigen Ludwig dem Eilften“, verweist auf die Regenseiten des Sonnenkönigs („Jeder Staat, der seinem niedrigen Hochmuth ein Opfer versagte, wurde von ihm geneckt, angegriffen und von seinen Räuber- und Banditenheeren zu einem Schauplatze grausamer Ermordungen, Verheerungen und Mordbrennereyen gemacht“ (c 35), schildert die „Inkonsequenzen und Abscheulichkeiten“ der Regierung Louis' XV. und nennt den derzeit herrschenden Louis den „armen, gutmüthigen“.

Dennoch liegen die Grenzen der Einsicht einer Prämisse „Mißbrauch“ deutlich zutage: Weder werden die ständische Ordnung noch die vergleichbar depravierten deutschen Verhältnisse einer ähnlich scharfen Kritik unterzogen und als solche prinzipiell angegriffen. Der „edle Kaiser Joseph“ figurirt neben Friedrich II., dem „Muster aller Könige, (dem) Wunder aller Zeiten“. Gerade an der Stelle, an welcher Knigge die Monarchie als „vielleicht die zweckmäßigste“ Regierungsform bezeichnet, hätte man sich von dem ganz ausgezeichneten Editorial Gerhard Steiners, der von einer durchgängig demokratischen politischen Theorie Knigges ausgeht, eine Selbstkorrektur erhofft.

G. F. Rebmanns „Kosmopolitische Wanderungen“ erschien im Jahre I der Gleichheit (1793) — nach der Hinrichtung des vorläufig letzten Louis und mitten im ersten großen Kriege des französischen Volkes gegen das monarchische Ausland. Die profranzösische Begeisterung der *gebildeten Welt* im Deutschen Reich war nunmehr erheblich abgeflaut, mehrheitlich gar ins Gegenteil umgeschlagen. Um so mehr Beachtung verdient das Fähnlein der aufrechten bürgerlichen Demokraten, die nicht nur weiterhin in ihren Heimatländern mit der Revolution sich identifizierten, sondern die bereits zur politisch-

sozialen Veränderung *im eigenen Lande* aufriefen oder zumindest ihrer publizistischen Tätigkeit eine solche Perspektive verliehen. Unter diesen nahm Rebmann in Norddeutschland eine führende Rolle ein. Aus der Reihe seiner zahlreichen Publikationen kommt mit dem vorliegenden Band ein in Briefform gekleidetes Stück seines schriftstellerischen Schaffens zum Neuabdruck: ein Reisebericht, der allerdings — möglicherweise wegen seiner peinlich allzu genauen Beobachtungen — keinen Ehrenplatz in der antirationalen deutschen Literaturtradition erhalten konnte, während doch Altmeister Goethens italienische Abendgedanken („Von der Schönheit, im vollen Mondschein Rom zu durchgehen, hat man, *ohne es gesehen zu haben*, keinen Begriff“⁵) und seine dem deutschen Bürger aus der Seele empfundene Grunderfahrung („daß der Mensch noch immer Humor genug hat, sich über das Unabwendbare lustig zu machen“⁵) ebenso wie seine Plattitüden und Ausfälle gegen die französische Umwälzung nicht nur in unseren Schulstuben Allgemeingut geworden sind.

Nun, Rebmann war ein der Vernunft und der Wahrheit verpflichteter Schriftsteller, und das hieß z. B.: Kritik an der Fetischisierung der bloßen Geldbeziehungen, da diese der freien Entwicklung der menschlichen Natur entgegensteht: „Es ist ein sonderbarer Gedanke, unter einer Menge gleichartiger Wesen zu sein, die kein Interesse an mich knüpft, wenn es nicht bar bezahlt ist, und die den Grad ihrer Achtung gerade nach der Korpulenz meines Beutels abmessen“ (d 75).

Der häufig zu findende formale Bruch in der erzählenden Beschreibung Rebmanns, die zunächst das scheinbar lobenswerte darstellt, dann aber in eine ungleich schärfere Kritik übergeht — es ist der sich ankündigende für die voll entfaltete bürgerliche Gesellschaft konstitutive Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, dessen Erscheinungen Rebmann sichtbar werden läßt: „Und nun gehe mit mir aus diesen paradisischen Gegenden zurück nach dem, von mir so getauften *traurigen Berlin* . . . ich finde es immer billig, den Bildern der Pracht auch Bilder des Elends entgegenzustellen“ (d 95). Ein Vergleich mit den Palästen — „Dort staunst Du über die prächtige Livree des Läufers, hier muß eine arme Familie die Materialien dazu um einen unglaublich geringeren Preis verarbeiten, damit der Kaufmann dem Müßgänger, der seine Bedienten mit Aufwand einer Summe kleidet, wovon diese arme Familie ein Jahr lang lebt, desto leichter Kredit geben kann . . .“ — führt Rebmann dazu, „dies Mißverhältnis . . . doch wohl nicht für ursprüngliche Bestimmung zu halten“ (d 96). Diese *Mißverhältnisse* sieht er allerorten: man gestatte das „den ärmsten Teil des Volkes“ betrügende Lotterienwesen, stelle aber die Hasardspiele („wo schon die Höhe des Einsatzes den gemeinen Mann abhält, Anteil zu nehmen“) unter Strafe. Mit den stehenden Heeren erhalte man „hunderttausend Menschen in einer, im Grunde sklavischen und elenden Lage . . . und (entreihe sie) ihrer eigentlichen Bestimmung, um — einen

5 Goethe, Italienische Reise (1786—1788). Werke (Hamburger Ausgabe) Bd. 11, S. 168 (Hervorhebung von mir — KV).

Feind, der ein Land angreift, methodisch totschiessen zu können“ (d 112). Man stelle kleine Eigentumsdelikte unter strengste Strafe, schone aber die großen Ausbeuter: „Welches Verhältnis ist zwischen der Immoralität eines Soldaten, der in der äußersten Not einen Sack mit Erdäpfeln stiehlt, und eines — Financiers, der den Staat um eine Million betrügt?“ (d 115). Man denaturiere Liebe zum „Gegenstand der kaufmännischen Spekulation“, betrachte den Körper eines Mädchens „nicht viel anders als ein Gegenstand des Handels“ (d 143). Rebmann erklärt „sozialpsychologisch“, wie diese „unglücklichen Mädchen“ — teils früh an eine Kupplerin verkauft und dort „nach einem System von eingeweihten Dirnen (erzogen), das gewiß genauer befolgt wird, als die Systeme unserer Erzieher“ (d 137) — unverschuldet den bitteren Weg von den vornehmen Salons über die Winkelbordelle bis in die Charité zu Ende gehen müssen.

Nachdem H. Voegt und W. Grab die bedeutsame Rolle Rebmans für die norddeutschen Demokraten ausführlich gewürdigt haben, sollte eine Edition seiner gesamten politischen und literarischen Schriften eine vielversprechende Aufgabe sein.

So nützlich der Wiederabdruck von Schriften deutscher Demokraten fraglos ist, so hilfreich ein Glossar sein kann — bei der verbreiteten Unkenntnis des realen Geschichtsablaufs, die Ergebnis der Weigerung führender hiesiger Historiker ist, den sozialen Unterschichten im Geschichtsablauf einen gebührenden Platz zuzuweisen⁶, kann der reprint nur Bausteine liefern, die gesetzt und gefügt sein wollen. Die Texte fordern die materielle Entfaltung des Geschehens. Diese Explikation — sofern sie sich über das positivistische Sammler- und Jägerdasein erheben will — muß an eine geschichtstheoretische Frage gebunden sein. Diese aber kann nur in einer den gesamten sozialen und ökonomischen Bereich durchdringenden Analyse beantwortet werden. Auf die Erschließung des deutschen Jakobinismus gewandt bedeutet dies: einen aus profunder Kenntnis des einschlägigen Quellenmaterials und der Forschungsergebnisse gewonnenen *Begriff* der französischen Revolutionsperiode 1789—1799; Vorarbeiten über die sozio-ökonomische Verfassung des feudalen deutschen Reiches; mühsame archivalische Kleinarbeit zur Aufhellung des Netzes der persönlichen Beziehungen der Revolutionäre untereinander und mit Frank-

6 Stellvertretend für viele zuletzt H.-O. Sieburg im 2. Sonderheft der Historischen Zeitschrift (München 1965), in der er G. Rudé vorhält, er zeige „eine oft sehr einseitige Verherrlichung seines kollektiven Helden, des ‚Peuple‘“; die „Vernachlässigung der älteren deutschen Forschung (führe) dazu, daß ein auch für die Erkenntnis des Massenproblems in der französischen Revolution so gewichtiger Beitrag, wie er sich in H. v. Sybels ‚Geschichte der Revolutionszeit‘ darstellt, völlig unberücksichtigt bleibt ...“ (pp. 325 f.). — v. Sybels Beitrag hingegen zum „Massenproblem“ erschöpft sich in der Variation von Verbalinjurien aus dem obrigkeitstaatlichen Sprachschatz: „rasende Pöbelherrschaft“, „Pöbelgewalt“, „Banditen des 6. Oktober“, „Schreier der Hallen“ oder: „aus dem innersten Wesen ihrer (i. e. Pöbelherrschaft — KV) Natur ... entsprang ... der kommunistische Despotismus, dem sie das eigene Volk unterwarf.“

reich; Detailanalysen über die Beziehungen der Revolutionäre zu den Volksmassen und zum bürgerlich-liberalen Lager; schließlich die klassensoziologische Gesamtdarstellung⁷.

Eben diesen Anspruch erhebt Scheel für seine Untersuchung, und er löst ihn in hervorragendem Maße ein.

Die Darstellung setzt nach einem gründlichen Einführungskapitel („Die sozialökonomischen Verhältnisse und die Verschärfung der Klassenkämpfe nach dem Beginn des Reichskrieges“) im Jahre 1793 mit der weitverbreiteten Kriegsunwilligkeit der feudalunterworfenen Volksmassen ein. „Wenn die Franzosen kommen“, wurde rundheraus in einer Gemeindeversammlung geäußert, „so nehmen wir, was uns in die Hand gerät, kehren aber den Stiel um und schlagen zuerst die Herren tot“ (e 121). Die angesichts der allerorten sich verschärfenden Widersetzlichkeiten notwendig gewordene Aushebung durch Militärkommandos vermochte ebensowenig auszurichten wie das fein ausgeklügelte Volksbewaffnungsprojekt „für Religion, Ordnung und Verfassung“. Dort, wo die Untertanen einmal begriffen hatten, daß es galt, französische Verhältnisse zu schaffen, konnte eine Volksbewaffnung ganz unerwartete Folgen zeitigen. Im allgemeinen gelangten die Massen freilich noch nicht zu dieser Einsicht — verbreiteter war der Unwille an dem verhaßten und sinnlosen Krieg, der sich in antifeudalen Sentiments und lokal begrenzten antifeudalen Aktionen artikulierte, die aber insgesamt — wie Scheel nachweist —

7 Daß dies von der hiesigen Geschichtswissenschaft nicht einmal mehr als Provokation aufgefaßt wird, kennzeichnet das geschlossene Weltbild, in dem man sich dort verschanzt hat. Grundtenor der Rezensionen des Scheelschen Werkes ist das Gefühl, „daß die dem Buch letztlich innewohnende Tendenz, die Richtigkeit der marxistischen Klassiker zu beweisen, in der Geschichtswissenschaft zu Irrtümern führen muß“ (J. Sydow, in: *Hist. Jahrb.* 84. Jg. (1964), pp. 440—442). Zwar honoriert man allgemein die beachtliche Archivarbeit Scheels, seine Gründlichkeit und seinen Fleiß, trennt dies aber scharf von den „daraus gezogenen Schlußfolgerungen, die am eigentlichen Problem vorbeigehen“ (K. O. Freiherr v. Aretin, in: *HZ* 204, 1967, pp. 682 f.). Statt des Versuchs einer Widerlegung von Scheels Thesen begnügt man sich mit Polemik: „Wenn alle und jede Regung und Äußerung, jeder Schulbubenauflauf . . . , jeder Studentenuk und jeder Schulmeisterunmut als revolutionäre Bewegung der ‚Massen‘, der ‚revolutionären Demokraten‘ gedeutet werden — was bleibt da noch zu sagen?“ (H. H. Hofmann, in: *Das Hist.-Polit. Buch* XI, 8, 1963, p. 235). Eine scheinbar noch josephinische Stimme aus Österreich: „Es handelt sich weitgehend um die obskure Hetzliteratur der Volks- und Vaterlandsverräter von damals, deren Bedeutung wohl nicht so groß gewesen sein mag, wie sie Scheel darstellt . . .“ (L. Schmidt, in: *Öster. Ztschrft. f. Volkskunde*, Band 67 (N. S. XVII), Wien 1964, pp. 308 f.). F. Kallenberg hat so Unrecht nicht, wenn er meint: „Scheel ist bei der Würdigung der Vorgänge stets abhängig von der komplizierten marxistischen Beurteilung der französischen Revolution.“ Kallenberg aber weiter: „Es gab weder Volksmassen, die diesem unreflektiertem Massenbegriff entsprochen hätten, noch die von ihm behauptete revolutionäre Kraft.“ (in: *Bl. f. deutsche Landesgeschichte*, 99. Jg., 1963, p. 411). Der Wunsch als Vater des Gedankens?

zur spürbaren Waffenhilfe für die französischen Revolutionsheere wurden.

Zunächst weitgehend von den Aktionen der Volksmassen isoliert — für ein schwach entwickeltes Bürgertum wie das deutsche zu jener Zeit ist es charakteristisch, daß das Bündnis mit den *classes populaires* nur punktuell hergestellt werden konnte — operierten verschiedene jakobinische Zirkel, die mit dem Convent, dem Direktorium und/oder deren Emmissären in enger Beziehung standen. Vorherhand kämpften sie — zum Teil als Agenten — für den Sieg der französischen Waffen, da allein über einen französischen Sieg der Weg zur deutschen Demokratie führen konnte. Hinsichtlich einer deutschen Revolution aber hatten sie sich von Anfang an volle Unabhängigkeit ausbedungen. Es ist bemerkenswert, daß einige dieser revolutionären Demokraten die soziale Bedeutung der Thermidorwende klar erkannten (Brief Popp vom 11. III. 1795: „Glaubt ihr nicht, daß der gegenwärtige Moderantismus in Frankreich . . . Schläffheit hervorbringen, die Republikanergünde verdrängen und so nach und nach Monarchie wieder herstellen könne? O — ein gräßlicher Gedanke!“ — e 157), obwohl die Thermidormänner wie auch später das Direktorium aus machtpolitischen Erwägungen die Revolutionsdrohung nach außen hin bis zu einem Zeitpunkt aufrechterhielten, an dem sie diese nicht nur nicht mehr wahr machen wollten, sondern auch gar nicht mehr konnten.

Neben Straßburg (C. F. Cotta), Würzburg (Popp), Gießen (Damm) und natürlich Mainz⁸ bildete Nürnberg das eigentliche Zentrum; eine Stadt, in der die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Frankreich bis in die Kreise des besitzenden Bürgertums hineinreichte. In Württemberg bereitete im Frühjahr 1796 eine Gruppe um den Kaufmann G. F. List aktiv die Schaffung einer süddeutschen Republik vor — als Vorstufe zur deutschen Republik. List und seine Freunde mußten mit der wiedererstärkten französischen Großbourgeoisie notgedrungen bis zur siegreichen deutschen Revolution zusammenarbeiten; sie mußten deren politisch-militärische und ökonomische Interessen in Rechnung stellen; aber sie dachten nicht im Traum daran, sich den französischen Interessen zu unterwerfen: „Man wird den vereinigten Deutschen das Recht lassen und gesteht ihnen zu, sich selbst zu regieren und Gesetze zu machen . . . überdies soll ihnen in allen Punkten die vollkommene Unabhängigkeit zugestanden sein, dergestalt, daß sie alle Teile der Regierung des Landes mit und durch sich selbst zu besorgen haben“ (e 187) — so lautete, was immer daraus einmal geworden wäre, eine französische Instruktion an mit den deutschen Demokraten kooperierende frz. Emmissäre. Für die deutschen Jakobiner mußte die Frage, inwieweit sie mit französischer Unterstützung rechnen konnten, über alles entscheiden. Nichts hatten sie mehr zu

⁸ Mehr darüber in: C. Träger (Hrsg.), Mainz zwischen Rot und Schwarz. Die Mainzer Revolution 1792—1793 in Schriften, Reden und Briefen, Berlin 1963.

fürchten — und Scheel weist nach, daß sie sich dessen bewußt waren — als den Separatfrieden, in dem sie nur das Paktieren der französischen Republik mit den deutschen Feudalherren unter Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen status quo im Reich zu sehen vermochten.

Die weitere Entwicklung von 1796 bis 1799 läßt sich zusammenfassend als zunehmendes Desinteresse Frankreichs — bis hin zum offenen Verrat — an den Bestrebungen der deutschen Jakobiner kennzeichnen. Die plebejische Manier von 1793 war abgelegt, der alte Adam kam wieder zum Vorschein. Im Zuge der seit 1796 einsetzenden unverhüllten Raub- und Eroberungspolitik wurde aus der demokratischen Revolutionsarmee wieder eine Söldnertruppe fest in der Hand der herrschenden Bourgeoisieklasse. Das Direktorium befahl seinen Armeeführern, die besetzten Länder ohne jede Rücksicht auszuplündern, wobei neben dem Interesse an unmittelbarer Bereicherung auch das am zukünftigen süddeutschen Absatzmarkt eine Rolle spielte. Doch so heruntergekommen die französischen Armeen auch waren — unzählige deutsche Geschichtsdarstellungen scheinen geradezu magisch auf die französische Ausbeutungspolitik zu jener Zeit fixiert zu sein, um ad oculos zu demonstrieren, was finaliter bei einer Revolution herauskomme — in ihrem antifeudalen Kampf repräsentierten sie den historischen Fortschritt⁹. Ein Progreß allerdings, der den fatalen Widerspruch in sich trug, daß er zugleich antidemokratischen und imperialistischen Zwecken diene. Diese Lage versetzte die deutschen Demokraten in ein schweres Dilemma, und Scheel zeigt die breite Skala der Reaktionsvarianten. Viele unter ihnen setzten weiterhin auf den französischen Sieg, andere entwickelten Vorstellungen von einem national-sozialen Befreiungskampf.

Erstaunlich ist, daß bei den spontanen und begrenzten Selbsthilfemaßnahmen der Bauern gegenüber marodierenden französischen Einheiten die antifeudale Grundhaltung gewahrt blieb. Nicht selten kehrten sie bei der nächsten Gelegenheit ihre freiwillig ergriffenen Waffen mit gestärktem Selbstbewußtsein gegen die eigenen Herren (e 287 ff.). Hier hatte — trotz so günstiger Ausgangslage für die Reaktion — jeder Versuch, die Bauern für feudale Interessen einzuspannen, seine Grenze. Ein beim Rückzug der frz. Armeen schnell wieder aufgenommenes Volksbewaffnungsprojekt scheiterte, zum Teil auf Grund der Widerstände, die Thugut aus berechtigter Angst vor der Selbstbewaffnung des Volkes hegte, ebenso wie das vom Frühjahr 1796.

Die nächste Gelegenheit — das waren, wenn man die Phase des Aufschwungs der bürgerlich-liberalen Bewegung 1796/97 in Würt-

⁹ Vgl. dazu die Kontroverse in: Zur Frage des Charakters der französischen Kriege in bezug auf die Entwicklung in Deutschland in den Jahren 1792 bis 1815 (Protokoll der Arbeitstagung des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 18. November 1956), Berlin 1958.

temberg, die keine grundlegenden Erfolge erreichte, überspringt — die Fanfarenstöße aus der Schweiz im Frühjahr 1798. Die Helvetische Republik hatte zunächst alle personalen Feudalleistungen abgeschafft. Unter dem sich rapide verschärfenden Druck der Volksmassen¹⁰ sah sich der Herzog von Württemberg zu Scheinreformen genötigt, rührte sich in Bayern verstärkt die bürgerliche Opposition mit zahlreichen Flugschriften und Projekten. Wieder griff man den Plan zur Schaffung einer süddeutschen Republik aktiv auf und setzte nun — von Frankreich desillusioniert, wiewohl auf Duldung zumindest angewiesen — auf Hilfeleistung aus der Schweiz. Da aber das helvetische Direktorium fester ins französische Schlepptau genommen wurde, und da die französische Außenpolitik sich stärker an der Bildung eines Bundes deutscher Mittelstaaten orientierte, konnte dieses Vorhaben nicht verwirklicht werden. Aus eigener Kraft hätten die deutschen Revolutionäre dieses Werk nicht in Szene setzen können. Mit dem Machtantritt Napoleons wurden endgültig alle Hoffnungen auf eine deutsche demokratische Republik begraben.

Die wenigen von uns herausgehobenen Aspekte können der Scheelschen Arbeit nur andeutungsweise gerecht werden. In ihrem Anspruch auf Erfassung der gesellschaftlichen *Totalität* bei der Abhandlung eines notwendigerweise eingegrenzten Themas überragt sie handelsübliche historische Monographien beträchtlich. Der vom gleichen Verfasser 1965 herausgegebene Band „Jakobinische Flugschriften“ muß nicht nur für den Historiker als notwendige Ergänzung angesehen werden. Auch für den Germanisten lohnt ein Vergleich zwischen den Flugschriften und Hermands Textauswahl. Verbleibt Hermands Blütenlese ganz im Rahmen tradierter, nach ästhetischen Kriterien beurteilter Literaturgeschichte, selbst wenn er einige anonyme Flugschriften aufnimmt, die durch den Kontext der Sammlung zur Literatur erklärt werden, so läßt Scheel unbelastet von solcher Auswahl die Sprecher der antifeudalen Volksbewegung unmittelbar zu Wort kommen und könnte mit größerem Recht behaupten, die verbalen „Waffen (von) erstaunliche(r) Schärfe“ (a 11) zu präsentieren, wie Hermand es seiner Auswahl zuschreibt. Erkennbar macht der Vergleich die politische Relevanz des herkömmlichen Literaturbegriffs, erkennbar auch, wie wenig die literarische Welt in Deutschland, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, Stimme der revolutionären Avantgarde ist. — Daß die beiden Bände Scheels texteditorisch sehr gut gelungen sind, über ein Personen- und Ortsregister und ein umfangreiches Literaturverzeichnis im ersten Band verfügen, versteht sich. Dietfrid Krause-Vilmar (Marburg)

10 Wenn man — wie Freiherr v. Aretin, a.a.O., p. 683 — die Unruhen (besonders die in Ulm) in den 90er Jahren als „letzte ... verschärfte Ausläufer“ der Reformbewegungen der 70er Jahre auffaßt, — und damit den Einfluß des französischen Exempels auf Deutschland in seiner Wirkung herabsetzt — wie sind dann die späteren Unruhen, vor allem die anlässlich der helvetischen Revolution, zu deuten?

Soziale Bewegung und Politik

Manousakis, Gregor: *Hellas wohin? Das Verhältnis von Militär und Politik in Griechenland seit 1900.* Verlag Wissenschaftliches Archiv, Godesberg 1967 (228 S., geb., 19,80 DM).

Manousakis erweist sich in vorliegendem Buch als ein Verfälscher der griechischen Geschichte. Es ist daher erstaunlich, daß er mit einem Thema über die griechische Geschichte bei Professor Bracher (Bonn) seinen Dokortitel erwerben konnte. Das Buch ist eine Fundgrube für Fehlinformationen. Seine Hauptweisheit: Die „gute Armee“ war immer bereit, die „bösen Politiker“ zurechtzuweisen.

„Zwischen 1936 und 1940 (Diktatur von Metaxas) wird keinerlei Vermehrung des Einflusses des Militärs auf die Politik sichtbar ...“ (145). Vielleicht hat der Autor nichts über den Militär- und Polizeistaat dieser Periode gehört. „Was ihn (Metaxas) in den vier Jahren seiner Diktatur an der Macht hielt, waren nicht so sehr seine Freunde in einflußreichen Positionen des Militärs, als die Uneinigkeit der politischen Welt, die wachsende kommunistische Gefahr und vor allem der König selbst, der durch sein verfassungswidriges Handeln die royalistischen Offiziere an die Diktatur gebunden hatte ...“ (145). Die „wachsende kommunistische Gefahr“ bedeutet für diese Periode 4000 bis 5000 KPG-Mitglieder einschließlich sämtlicher Kader, die auf die Inseln verbannt waren. Manousakis übergeht, was er selbst einige Seiten weiter (156) schreibt: „Der Diktatur des Metaxas gelang es, die Organisation der kommunistischen Partei Griechenlands praktisch aufzulösen.“ Die „Uneinigkeit der politischen Welt“ wiederum bedeutet die Eliminierung der Führung der bürgerlichen politischen Parteien durch Verhaftung und Verbannung; das trifft z. B. zu auf Swolos, Sophianopoulos, Th. Tsatos, Michalakopoulos, G. Papandreou, Glinos, Kanellopoulos, Kafantaris. Zeugt von jener Uneinigkeit etwa auch die Versammlung der 85 Abgeordneten aus allen Parteien im Hause von Kafantaris noch in derselben Nacht, in der die Diktatur an die Macht kam, deren einziges Thema es war, wie sie der Diktatur entgegentreten könnten?!

„... die Diktatur des Metaxas — obwohl sie zweifellos den geistigen Einflüssen des Faschismus und Nationalsozialismus nicht gänzlich entgangen ist — verfügte über keine totalitäre Ideologie“ (146). Was bedeutet dann wohl die Theorie von der „Dritten Zivilisation“, d. h. der gleichzeitigen Auferstehung der spartanischen und byzantinischen Zivilisation mit Bindung an den christlich-orthodoxen Glauben?

Auf Seite 157 lesen wir: „Der Angriff Deutschlands auf die UdSSR bewirkte eine neue Wendung in der KPG. Den offiziellen Auffassungen Moskaus gemäß wurde der Krieg gegen Deutschland nun zum ‚Befreiungskrieg‘ auch für die Kommunisten Griechenlands ...“. Der Autor hat keine Vorstellung von der langwierigen Prozedur der

1 Daphni: „Griechenland zwischen den beiden Kriegen“, 1923—1940, Athen 1955, Bd. II, S. 468 ff.

Politik der antifaschistischen Front in der kommunistischen Internationale und besonders über deren VII. Weltkongreß. Amüsanterweise ergänzt er seine Ausführungen durch den Satz: „... Die Bildung der EAM bedeutet keineswegs, daß die kommunistischen Ziele seitens der KPG außer acht gelassen wurden. Durch geheime Befehle an die kommunistischen Mitglieder der EAM (also gab es auch nicht-kommunistische Mitglieder der EAM!) machte die KPG ihnen klar, daß ein Unterschied zwischen Kommunisten und Angehörigen der EAM, die nur (sic!) für die Befreiung des Landes von der Besatzung kämpfen, bestehe, daß der Widerstand eine Form des Klassenkampfes sei, und daß die Kommunisten zunächst vorsichtig in den Reihen der EAM die ‚Volksdemokratie‘ propagieren sollten, die aber die Vorstufe der ‚Diktatur des Proletariats‘ sein würde“ (158).

Persönliche Diffamierungen fehlen ebensowenig: „... Die Führung des ELAS (der Armee von EAM) übernahm Athanasios Klaras, eine wahre Bestie in Menschengestalt, der unter dem Pseudonym Aris Velouchiotis bekannt wurde².“ Und auf derselben Seite, Fußnote 47, lesen wir: „... Velouchiotis hatte eine besondere Freude daran, deutsche und italienische Gefangene vor der terrorisierten Bevölkerung der von ELAS beherrschten Dörfer zu entkleiden, ihnen die Augen auszureißen und andere Körperteile abzuschneiden.“ Und was meint dieser „Geschichtsschreiber“, wenn er von „Kollaborateuren“ spricht? „... Die von der neuen Regierung Athens unter Ioannis Rallis aufgestellten ‚Sicherheitsbataillone‘, die von den Deutschen zum Schutz der Landbevölkerung vor der ELAS bewaffnet wurden, konnten einerseits die terroristische Tätigkeit der ELAS nicht einschränken, andererseits aber gaben sie der KPG Anlaß, alle bürgerlichen Kräfte als ‚Kollaborateure‘ zu brandmarken, weil diese Bataillone auch von antiroyalistischen Offizieren wie Plastiras und Gonatas unterstützt wurden...“ (162).

Die Kernfrage der griechischen Geschichte der letzten 25 Jahre wird wie folgt analysiert: „Der Versuch, den die KPG im Dezember 1944 machte, um die Macht in Athen gewaltsam zu ergreifen, wurde von dem griechischen Militär, das aus Afrika zurückgekehrt war, von der Gendarmerie und den Engländern blutig niedergeschlagen“ (164). Sehen wir uns schließlich noch an, was dieser Spaßvogel unter den Historikern an Motiven nennt, die zu der von ihm so genannten „Revolution“ geführt haben. Er fragt sich (199): „... Soll man mit einem solchen Staat leben? War Griechenland nicht schon längst für eine Revolution reif?“ Was blieb noch übrig, wenn die ASPIDA-Verschwörung „... nichts anderes war als einer der Versuche, die der linke Flügel der Zentrumsunion mit beiden Papandreou an der Spitze unternommen hat, um die zwischen Armee und Königtum als stabilisierender Faktor bestehende Interdependenz zu lösen...“ (197), wenn Andreas Papandreou „kein wirklicher Grieche mehr“ war (190), „...“

2 In Wirklichkeit bestand die Führerschaft der ELAS aus dem liberalen Oberst Stephanos Sarafis als Militärführer, Aris Velouchiotis als Kommissar und Andreas Tzimas als Vertreter der EAM.

wenn die Kommunisten wieder bereit waren, mit der unbewußten Hilfe des radikaldemokratischen Teils des Bürgertums und unter dem Patronat Papandreous nochmals zu versuchen, die Macht im Staat an sich zu reißen“ (186)?

Das Buch ist nur von Interesse als Beleg für die Verbohrtheit der Vorkämpfer einer „Griechisch-Orthodoxen Zivilisation“, zu der die faschistische Diktatur in Athen den Weg bahnen soll.

Karolos Papulias (Köln)

Cassandras, Nicolas: Zwischen Skylla und Charybdis. Griechenland unter der Diktatur. Verlag des österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien 1968 (122 S., kart., 36,— öS).

Cassandras bemüht sich sichtlich, die historischen Tatsachen Griechenlands aus den letzten 32 Jahren als „guter und objektiver“ Sozialdemokrat zu beschreiben. Er kann dennoch nicht seinem anti-kommunistischen Komplex entgehen (27, 35, 117). Das Kapitel über den Dezember 1944 (26 ff.) ist eine Karikatur objektiver Geschichtsschreibung. Für den Autor gibt es zwei Ursachen der griechischen Tragödie: erstens die Grausamkeit der Kommunisten; zweitens das Fehlen einer „echten“ demokratischen sozialistischen Partei (8, 89, 118, 119). Bezüglich der Faktoren, die den 21. April 1967 möglich machten, vertritt der Autor die Meinung von Angelo Tasca bzw. was Tasca für die allgemeinen Bedingungen der Entstehung des Faschismus hält: Verschärfung des Klassenkampfes und relatives Gleichgewicht der einander gegenüberstehenden Kräfte. Über die soziale Herkunft der Putschisten (85 ff.) führt der Autor ein sehr zutreffendes Zitat von Thalheimer¹ an: „Die bonapartistische Armee besteht aus deplazierten bäuerlichen Elementen. Der Heeresdienst ist für sie ein Gewerbe, Ersatz für die verlorene oder nicht erreichbare Parzelle. Es sind größtenteils Berufssoldaten mit langjähriger Dienstzeit, zu jedem konterrevolutionären Zweck zu gebrauchen, militärisch aber ein faules Element, denn sie wollen für ihren Sold nicht sterben, sondern leben. . . Die Korruption muß sich hier notwendigerweise immer tiefer einnisten.“ Hinsichtlich der Aussichten des antifaschistischen Kampfes hat der Autor sehr nebulose Vorstellungen. Er nimmt an (110), daß dann, wenn die bestehenden (welche??) politischen Parteien ihren Kampf gegen diese Diktatur koordinieren, die Befreiung von dem jetzigen Joch erreicht und eine Menge von sozial-politischen Problemen gelöst werden könnte. In aller Harmlosigkeit fährt der Autor fort (11): „Das Signal zur Erneuerung der politischen Struktur wird durch die Schaffung moderner realitätsorientierter Parteien, durch die Erneuerung des Parlaments sowie durch die Abschaffung der feudalen Verhältnisse im Pressewesen gegeben werden. Erst unter

1 August Thalheimer: Über den Faschismus, in: Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt am Main 1967, S. 24.

diesen Bedingungen kann die Demokratie leben und gedeihen. Der stärkste Garant dafür ist eine demokratische Arbeiterschaft.“

Karolos Papulias (Köln)

Kedros, André: *La Résistance Grecque (1940—1944), le combat d'un peuple pour sa liberté.* Robert Laffont, Paris 1966 (544 S., brosch., 24,70 F.).

Die griechische Intelligenz hat in den letzten dreißig Jahren drei Emigrationen erlebt: nach der militärischen und politischen Niederlage der nationalen Befreiungsfront (Ethniko Apelefterotiko Metopo), nach dem Bürgerkrieg (1949—1950) und seit dem 21. April 1967 (Junta-Periode). Kedros gehört zu Betroffenen der ersten Emigration. Er war aktiv in der Résistance. Sein Pathos und seine Emotionen bei der Beschreibung dieser heroischen Periode des griechischen Volkes sind Bestandteile seines Versuches, mit Hilfe einer guten Auswahl von Dokumenten den griechischen Widerstand zu reaktivieren. In den Jahren der Konterrevolution (1945—1964) wurden nicht nur die Mitglieder der Befreiungsfront füsilirt, verurteilt, verbannt, verfolgt — allein vom 12. 2. 1945 bis zum 31. 3. 1946 sind 1289 von ihnen ermordet worden, 6671 wurden verwundet, 84 931 verhaftet —, sondern auch die Historiographie des Widerstandes wurde als angebliche Beleidigung für den „gesunden Verstand des national Denkenden“ unterdrückt. Das Buch von Kedros bildet den ersten Versuch, die Lücke in der Literatur über den Widerstand aufzufüllen; zusammen mit den Werken von Dimitriou — Nikiforou: „Partisanen auf den Gebirgen von Roumeli“, Grigoriadis Foivos (beide Offiziere der Befreiungsarmee): „Die Partisanen“, bildet es eine solide Basis für die weitere Entwicklung der Studien über diese wichtige Etappe der griechischen Volksbewegung.

Kedros als Geschichtsschreiber läßt nicht Kedros, den Romancier, vergessen — nach 1948 hat er in Paris acht Romane publiziert. Die Schilderungen der Operation „Gorgopotamos“ (150 ff.), der großen Massenkundgebungen vom 22. 12. 1942 und 24. 2. 1943 (188 ff.), des bewegenden, ergebnislosen Kampfes der drei jungen Partisanen in Hymittos (Athen) (439) und der acht Eponiton (EPON = Organisation der Jugend) in der Bisaniou-Straße von Athen (448), der Exekution der 200 Patrioten am 1. Mai 1944 auf dem Schießstand von Kaissariani (441), der SS-Säuberungsaktion in den „roten Vierteln“ von Athen vom 14. 6. bis zum 29. 8. 1944 (447 ff.) sind auch von hohem literarischem Wert.

Unter Widerstand verstehen wir nichts anderes als die Verfolgung politischer Ziele mit anderen Mitteln. Auf die Frage aber, warum die griechische Widerstandsbewegung ihre politischen Ziele nicht erfüllt hat — die EAM (Ethniko Apelefterotiko Metopo = Nationale Befreiungsfront) verpflichtete sich z. B., „mit allen Mitteln das souveräne Recht des Volkes, allein über seine Regierungsform zu entscheiden, zu schützen und jeden Versuch der Reaktion, andere Lösungen an-

zustreben, zu verhindern“ (aus der Satzung der EAM [108]) —, gibt das Buch keine direkte Antwort, und wir spüren ein gewisses Bestreben des Autors, die Niederlage ausschließlich mit der britischen Intervention zu rechtfertigen (485 ff.). In der Verabsolutierung dieser Rechtfertigung liegt auch die einzige Schwäche dieser Darstellung. Die wiederholten „Fehler der politischen Führung der Linken“ (425) oder der „Mangel an Erfahrung und politischer Qualifikation“ (104) der KP-Leute haben für die Niederlage der Volksbewegung gewiß eine Rolle gespielt, aber sie bilden nicht die *causa* des Problems. Die letzten 40 Seiten des Buches geben keine Antwort auf die Frage, die sich aus der Lektüre der übrigen Teile stellt, warum dieses bewaffnete Volk mit seiner langen kämpferischen Erfahrung und guten Ausrüstung trotz des Abkommens Churchill-Stalin vom Oktober 1944¹ und trotz der britischen militärischen Intervention einen unabhängigen Weg zur Erfüllung seiner minimalen Forderungen: Demokratie und Souveränität, nicht gewagt hat.

Andreas Kedros hat mit seiner Arbeit die Geschichte des Widerstands des griechischen Volkes von dem Staub und der Verleumdung der Konterrevolution gereinigt. Das Buch ist nicht nur für Griechen eine unentbehrliche Lektüre, es ist dies vielmehr auch für alle diejenigen, die den Kampf der Völker um Demokratie und nationale Unabhängigkeit als ihren eigenen Kampf betrachten.

Karolos Papulias (Köln)

Greece since the Second World War: On the occasion of the twentieth anniversary of the Truman Doctrine. A symposium at the University of Wisconsin, 10—12 April 1967. *Balkan Studies*, Vol. 8, No. 2, Thessaloniki 1967 (520 S., br., 5.— \$).

Vom 10. bis 12. April 1967, nur wenige Tage also vor dem Militärputsch in Griechenland, fand an der Universität Wisconsin ein Symposium zur Feier des 20jährigen Jubiläums der Truman-Doktrin statt. Ein großes Aufgebot von griechischen und amerikanischen „chief authorities“ und „distinguished scholars“ befaßte sich mit den politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten der griechischen Geschichte und der griechisch-amerikanischen Beziehungen der vergangenen 20 Jahre. Herauskam (wenn man absieht von einigen Beiträgen zu Randgebieten wie dem Aufsatz von Zepos zum griechischen Civil Code oder dem Essay von Fatuoros über Bildende Kunst und Architektur) eine unverhüllte Apologie der Truman-Doktrin und der US-Intervention in Griechenland. Der Gesamttenor dieser Apologie wird am besten charakterisiert durch das folgende dictum des griechisch-amerikanischen Politologen D. G. Kousoulas: „Twenty years after the United States under the Truman Doctrine joined in preserving democratic institutions in Greece, we find that the effort has been largely successful. Today's political institutions in Greece

1 Siehe Kedros: „La fin d'un mythe“, „Le Monde“, 25 Avril, 1967.

correspond in most respects to the democratic model“ (416). Zeigte sich der von Kousoulas hier produzierte Zynismus erst am 21. April in seinem vollen Ausmaß, als NATO-Panzer auch die letzten Reste demokratischer Institutionen von Uncle Sam's Gnaden in Griechenland niederwalzten, so ist das Gesagte auch so zynisch genug, gemessen an den politischen Realitäten vor dem Putsch (und gemessen an den Kommentaren amerikanischer Zeitungen wie der New York Times und der New York Herald Tribune zum Verhältnis zwischen Truman-Doktrin und Demokratie; vgl. die Zitate auf S. 132 in diesem Heft).

Etwas pragmatischer ist, wenigstens partiell, der Beitrag von Ch. W. Yost („The United States and Greece“), der von 1950 bis 1953 in der Athener US-Botschaft für die Integration Griechenlands in die NATO und den Ausbau des Landes zum militärischen Brückenkopf zuständig war. Yost nennt offen die essentials der US-Griechenlandpolitik, die man wenn nötig auch mit massivem Druck durchsetzte: Neben dem allgemeinen Erfordernis politischer und wirtschaftlicher „Stabilität“ erschien es „equally necessary to the US, in view of the international tension created by aggression in Korea and the fear that it might be repeated in Europe, that the Greek Army be maintained at the highest possible pitch of efficiency, even though it constituted a heavy burden on the Greek budget, that there not be changes of command for political purposes which would lower its morale, that facilities be provided for US air and naval bases which seemed vital to the maintenance of NATO's Eastern flank, and that avowed or clandestine Communist political movements not to be permitted to exercise any decisive influence over government policy or to undermine the victory so recently won“ (300). Bemerkenswerte Erfolge waren zu verbuchen: Griechenland stellte die Qualität seiner Armee durch ein „gallant and effective detachment“ in Korea unter Beweis, trat 1952 der NATO bei, und „very substantial infrastructure in the form of bases, roads, communications and other facilities were constructed . . . , US-Greek army, navy and air force cooperation became more intimate and effective . . .“ (301). In diesem Sinne nennt er Griechenland zu Recht „one of the outstanding success stories in the checkered history of US aid programs“ (301); wenn er im Rahmen dieser story allerdings von der Wiederherstellung von Griechenlands „full economic independence“ (301) spricht, so dürfte diese Frechheit auch seine abgebrühtesten Zuhörer erheitert haben.

Während der Beitrag von Ch. F. Edson („Greece during the Second World War“) lediglich die Ergebnisse zweier einschlägiger Arbeiten anderer Autoren referiert (W. H. McNeill, *The Greek Dilemma*, Philadelphia 1947, und D. G. Kousoulas, *Revolution and Defeat. The Story of the Greek Communist Party*, London 1965), faßt das Referat von St. G. Xydis („The Truman Doctrine in perspective“) dessen eigenes über 600seitiges Monumentalwerk über die Truman-Doktrin (*Greece and the Great Powers 1944—1947*, Thessaloniki 1963) zusammen. Xydis stellt die Truman-Doktrin in den Rahmen einer neuen US-Globalstrategie, gewissermaßen als Ausdehnung der Monroe-Doktrin

auf die gesamte nicht-kommunistische Welt (257 f.) und analysiert in sachlichem Ton die machtpolitischen Motive für die Intervention auf dem „testing-ground“ Griechenland, die er richtig als ein Vorspiel der US-Intervention in Vietnam erkennt.

Neben einigen Referaten zum „social change“, zur Agrarfrage und zu Fragen der ausländischen Investitionen in Griechenland (mit recht brauchbarem und aufschlußreichem Zahlenmaterial) wäre schließlich noch die ebenfalls abgedruckte Tischrede des US-Generals van Fleet auf dem Jubiläumsbankett zu erwähnen („How we won in Greece“). Van Fleet, der ab Februar 1948 die Operationen der griechischen Regierungstruppen gegen die Partisanen als „Militärberater“ koordinierte, hatte sich für seine militärische Karriere nach eigener Aussage u. a. als football-Trainer vorbereitet („... if you can handle a football squad, you can command an army ...“, 387), und wie ein football-match erscheint van Fleet der griechische Bürgerkrieg in der Rückschau: Unter der Führung von „coach“ (Trainer) van Fleet und mit „quarterback“ (Verteidiger) Papagos „calling the plays“, mit „superb soldiers“, ausgerüstet mit dem „pep and spirit that fights on to victory“ (392 f.), „this magnificent Greek Army, Navy, Air Force and Gendarmerie came alive and the international communist gangsters began to run“ (390). Das klingt wie eine böse Parodie, ist aber bittere Realität — ein authentisches Stück Psychopathologie des Pentagonismus, in der die ganze Welt als ein überdimensionales Fußballfeld für die van Fleets, MacArthurs und Westmorelands erscheint, bevölkert mit „magnificent armies“ und „superb soldiers“, die gegen „communist gangsters“ kämpfen. „I am confident“, sagte van Fleet am 12. April 1967 in Wisconsin, „that the Armed Forces of Greece will protect and keep safe that nation, now and forever, and that the United States will always be with them“ (387). Zehn Tage später putschte „quarterback“ Papadopoulos, um die griechische Nation vor der Mehrheit ihrer eigenen Bürger zu schützen, und die Vereinigten Staaten standen ihm bei.

Eberhard Rondholz (Bonn)

Vassilikos, Vassilis: Z. Roman. Verlag Lothar Blanvalet, Berlin 1968 (360 S., Ln., 22,— DM/Pb., 14,80 DM).

Wenn das Buch hier erwähnt wird, so nur, weil es sich eigentlich nicht um einen Roman, sondern um die wirklichkeitsgetreue Wiedergabe von Vorfällen, die eng mit der Ermordung des Abgeordneten Lambrakis zusammenhängen, handelt. Wer über Methoden des politischen Mordes, über faschistische Erscheinungen in praediktatorischen Perioden, über den Verfall des parlamentarischen Staates, über Korruption und über das vom Staat organisierte Verbrechen Bescheid wissen will, der muß dieses Buch gelesen haben. Denn die Geschichte mag in Griechenland stattgefunden haben, sie kann aber überall unter ähnlichen Umständen stattfinden, da Ursachen und Ergebnis nicht örtlich oder zeitlich, sondern systembedingt sind.

Marios Nikolinakos (Köln)